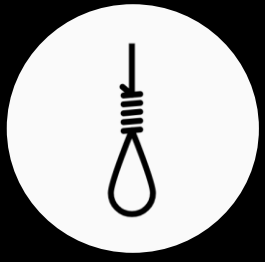
Abbildung: UN-Menschenrechtsrat | 2015 | Wikimedia / U.S. Department of State | Lizenz: CC0 1.0
Symbol - Schlinge | thenounproject.com / *Guilherme Appolinário* | Lizenz: CC BY 3.0 US

dəmo kratie zəntrum wien

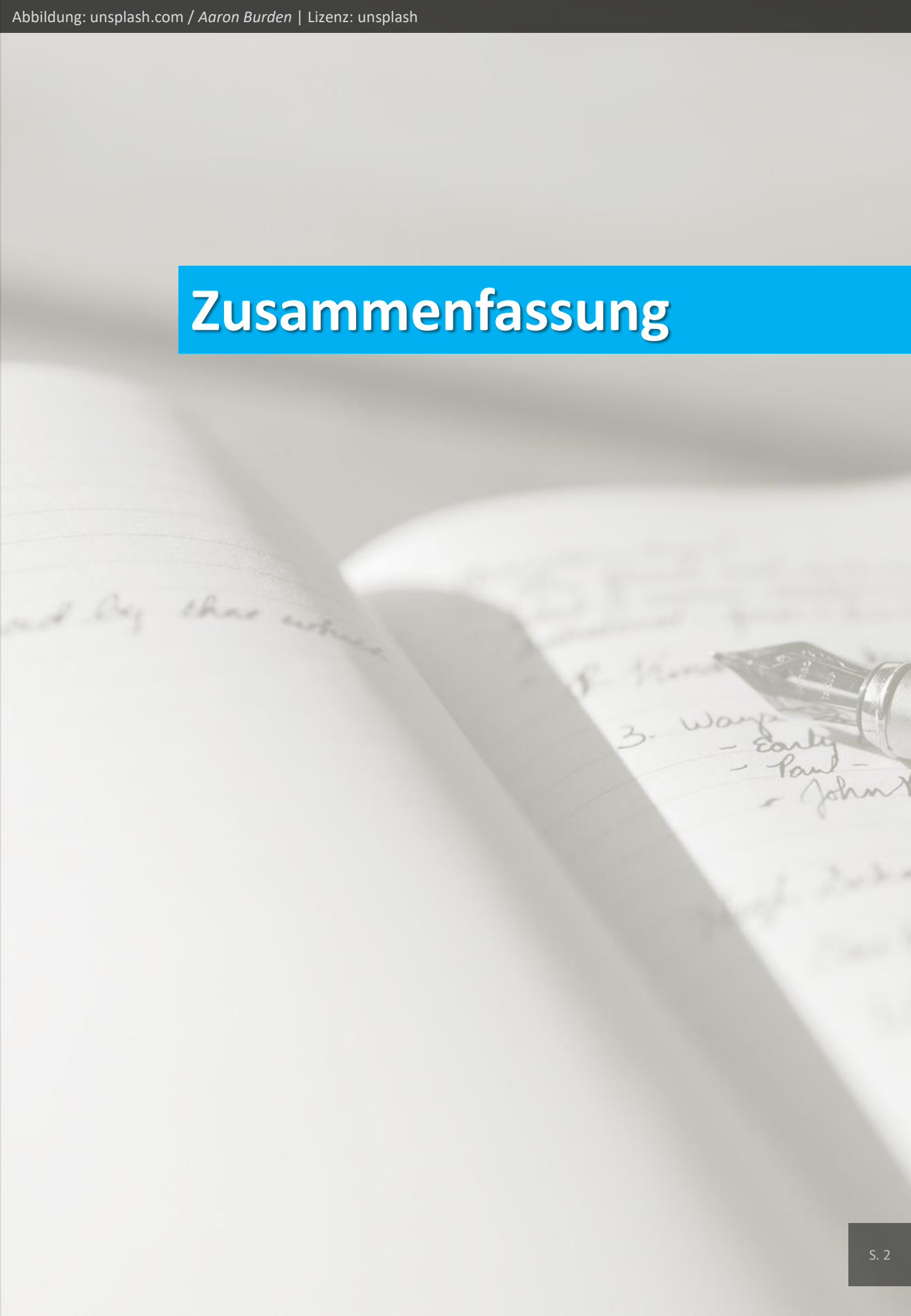


Der UN-Menschenrechtsrat - eine Konferenzsimulation

Schwerpunkt: Todesstrafe

Abbildung: unsplash.com / *Aaron Burden* | Lizenz: unsplash

Zusammenfassung



Der UN-Menschenrechtsrat
eine Konferenzsimulation

Beschreibung des Formates

Schulklassen, Multiplikator·innen oder andere Interessierte ab 16 Jahren simulieren den UN-Menschenrechtsrat. Dabei schlüpfen sie in die Rollen exemplarischer Akteure. Mithilfe von Rollenprofilen bereiten sie sich auf die Konferenzsimulation vor. In Verhandlungen wird diskutiert, ob die Todesstrafe mit den Menschenrechten vereinbar ist. Am Ende werden Beschlüsse gefasst. In der Auswertung wird das Geschehene reflektiert und mit den realen Entwicklungen im UN-Menschenrechtsrat verglichen.

Eckdaten

- **Dauer:** 3 - 6 Zeitstunden beziehungsweise 4 - 8 Unterrichtseinheiten (bei kürzerer Dauer werden weniger Teilaspekte behandelt).
- **Gruppengröße:** ca. 15 – 40 Teilnehmende
- **Videokonferenz:** bei Distanzlehre ist auch eine Videokonferenz möglich
- **Kontakt:** projektteam2@demokratiezentrum.org | 0043 (0)699 19012885

Schwerpunktthema Todesstrafe

Je nach verfügbarer Zeit können verschiedene Aspekte rund um die Todesstrafe diskutiert werden:

- **Abschreckung:** Hat die Todesstrafe einen abschreckenden Effekt?
- **Asyl:** Sollte in Länder mit Todesstrafe abgeschoben/ausgeliefert werden?
- **Beliebtheit:** Ist es undemokratisch, die Todesstrafe gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit abzuschaffen?
- **Gleichheit vor dem Gesetz:** Wird die Todesstrafe bei gleichen Straftaten häufiger gegen benachteiligte Gruppen verhängt?
- **Justizirrtum:** Wie umgehen mit Justizirrtümern bei Verhängung der Todesstrafe?
- **Kosten:** Was kostet die Todesstrafe im Vergleich zu lebenslanger Haft?
- **Mitglieder:** Sollten Staaten mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen aus dem UN-Menschenrechtsrat ausgeschlossen werden?
- **Straftaten:** Wird die Todesstrafe nur bei "schwersten Straftaten" angewandt?
- **Terrorismus:** Haben Terroristen wie Anders Breivik die Todesstrafe verdient?
- **UN:** Sind die Mitgliedstaaten bereit, die UN mit den notwendigen Kompetenzen und finanziellen Mitteln auszustatten, um die Menschenrechtslage zu überwachen?
- **Zivilgesellschaft:** Welchen Einfluss haben Zivilgesellschaft und NGOs?
- **Zusammenfassung:** Ist die Todesstrafe mit den Menschenrechten vereinbar?

Akteure (bzw. vertretene Rollen)

- **staatlich:** Ägypten, Belarus, Burkina Faso, China, Indien, Iran, Kasachstan, Nordkorea, Norwegen, Österreich, Singapur, Türkei, USA
- **zwischenstaatlich:** UN-Menschenrechtsbüro, Europäische Union
- **nichtstaatlich:** Amnesty International, Universität Oxford

Gefördert durch:

UNESCO United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
Österreichische UNESCO-Kommission
Austrian Commission for UNESCO

ZukunftsFonds der Republik Österreich

Abbildung: UN-Menschenrechtsrat | 2015 | Wikimedia / *U.S. Department of State* | Lizenz: CC0 1.0

Der UN-Menschenrechtsrat
eine Konferenzsimulation

Lehrplanbezüge (Österreich)

AHS | Kompetenzerwerb

- **Handlungskompetenz:** » […] *eigene Positionen zu artikulieren, Positionen anderer zu verstehen und aufzugreifen sowie an der gemeinsamen Entwicklung von Lösungen mitzuwirken. Diese für politisches Handeln zentralen Fähigkeiten sind anhand konkreter Beispiele, etwa durch Simulationsspiele […] zu vermitteln.* «
- **Urteilskompetenz:** » […] *zu einer selbstständigen, begründeten und möglichst sach- und wertorientierten Beurteilung politischer Entscheidungen, Probleme und Kontroversen befähigen und es andererseits schrittweise ermöglichen, sich selbst (Teil-)Urteile zu bilden und zu formulieren.* «

AHS | Allgemeines Bildungsziel

» *Der Unterricht hat aktiv zu einer den Menschenrechten verpflichteten Demokratie beizutragen. Urteils- und Kritikfähigkeit sowie Entscheidungs- und Handlungskompetenzen sind zu fördern, sie sind für die Stabilität pluralistischer und demokratischer Gesellschaften entscheidend.* «

AHS | Ethik

» *Philosophische Grundlagen der Menschenrechte, historische Entwicklung, aktuelle Situation.* […] *ethische Dimensionen des Strafrechts* «

AHS | Geographie und Wirtschaftskunde

» *Interessen, Konflikte und Macht | Die Analyse unterschiedlicher (Gruppen)-Interessen, die Durchsetzung im Rahmen gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse sowie die Auseinandersetzung mit Konflikten, die dabei ausgetragen werden und in der Folge entstehen* […]. *Besonders zu fördern sind Unterrichtsprojekte, da sie eine ganzheitliche Auseinandersetzung mit komplexen Fragestellungen ermöglichen.* «

AHS | Geschichte und politische Bildung

» *Funktionen und Möglichkeiten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und der UNO* […] *Die Schülerinnen und Schüler sollen weiters befähigt werden, Sachverhalte und Probleme in ihrer Vielschichtigkeit, ihren Ursachen und Folgen zu erfassen und ein an den Menschenrechten orientiertes Politik- und Demokratieverständnis zu erarbeiten.* «

Berufsbildende Schulen | (fächerübergreifende) Politische Bildung

» *Politische Bildung ist als fächerübergreifende Bildungs- und Erziehungsaufgabe (= Unterrichtsprinzip) vorgesehen* […] *Im Vordergrund des Unterrichts stehen die Identifikation mit Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie die Förderung des Interesses an Politik und an politischer Beteiligung.* «

Gymnasium für Berufstätige | Deutsch

» *Mensch und Gesellschaft | Der Deutschunterricht trägt mittels Ausbildung von Kommunikationskompetenz zur Friedenserziehung und zu den Grundwerten einer pluralistischen und den Menschenrechten verpflichteten demokratischen Gesellschaft bei.* «

Polytechnische Schulen | Politische Bildung, Wirtschaft und Ökologie

» *Im Kompetenzbereich „Leben und Mitgestalten in der Gesellschaft" stehen die Identifikation mit Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie die Förderung des Interesses an Politik und an politischer Beteiligung im Vordergrund des Unterrichts.* «

Abbildung: UN-Menschenrechtsrat | 2015 | Wikimedia / *U.S. Department of State* | Lizenz: CC0 1.0

Abbildung: **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte** | 1949 | Wikimedia / *FDR Presidential Library & Museum* | Lizenz: CC BY 2.0

Resolutionstext

Vereinte Nationen

A/RES/75/183
A/HRC/48/L.17/Rev.1

Menschenrechtsrat

Seite 1

Resolutionsentwurf

Moratorium für die Anwendung der Todesstrafe[1]

Der Menschenrechtsrat,

geleitet von den in der **Charta der Vereinten Nationen** enthaltenen Zielen und Grundsätzen,

in Bekräftigung der **Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte** und des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (UN-Zivilpakt) und überzeugt, dass ein Aussetzen der Todesstrafe zur Stärkung der Menschenrechte beiträgt,

in Anerkennung der Arbeit der **Sonderberichterstatter·innen**, die sich mit menschenrechtlichen Problemen der Todesstrafe auseinandersetzten,

in Anerkennung des Beitrags von **Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsaktivist·innen**,

in Anerkennung des Berichts des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, nach welchem es keine Beweise dafür gab, dass die Todesstrafe eine **abschreckende** Wirkung habe, die die Kriminalitätsrate senke,

in Anbetracht dessen, dass jedes **Fehlurteil** oder Versagen der Justiz bei der Anwendung der Todesstrafe unumkehrbar und nicht wiedergutzumachen ist,

unter Hinweis darauf, dass Staaten mit unterschiedlichsten Rechtssystemen, **Traditionen, Kulturen und Religionen** die Todesstrafe bereits abgeschafft haben,

betonend, dass der Begriff **„schwerste Verbrechen“** immer wieder so ausgelegt wurde, dass er nur Straftaten von äußerster Schwere wie vorsätzliche Tötung einbezieht und dass die Todesstrafe unter keinen Umständen eine akzeptable Strafe für Apostasie (Wechsel der Religion), Gotteslästerung, Ehebruch, Homosexualität, politisches Engagement oder die Beleidung eines Staatsoberhauptes ist,

mit tiefer Besorgnis feststellend, dass arme und wirtschaftsschwache Menschen, Ausländer·innen, Personen, die ihre Menschenrechte ausüben, und Angehörige religiöser oder ethnischer **Minderheiten überproportional häufig** unter denjenigen vertreten sind, gegen die ein Todesurteil ergangen ist,

1. bekräftigt das eigenständige und **souveräne Recht** aller Länder, im Einklang mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen ihre eigenen Rechtssysteme zu entwickeln, einschließlich der Festsetzung angemessener gesetzlicher Strafen;

[1] ***Moratorium on the use of the death penalty*** [gekürzt und vereinfacht]: https://digitallibrary.un.org/record/3896434 und ***Question of the death penalty***: https://undocs.org/a/hrc/48/l.17/rev.1

Abbildung: **UN-Generalversammlung, New York, USA** | 2011 | Wikimedia / Basil D Soufi | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Vereinte Nationen

A/RES/75/183
A/HRC/48/L.17/Rev.1

Menschenrechtsrat

Seite 2

Resolutionsentwurf

Moratorium für die Anwendung der Todesstrafe[1]

Der Menschenrechtsrat,

[Fortsetzung …]

2. *fordert* alle Staaten *auf*,

a) die **Menschenrechte** derjenigen zu beachten, denen die Todesstrafe droht;

b) **Informationen und Statistiken** über die Zahl der zum Tode Verurteilten und der vollstreckten Hinrichtungen zur Verfügung zu stellen, um informierte Debatten in den Gesellschaften der Mitgliedsstaaten zu ermöglichen;

c) die Anwendung der Todesstrafe zunehmend einzuschränken und sie weder über Personen, die zum Zeitpunkt der Straftat jünger als **18 Jahre** waren, noch über Schwangere noch über Menschen mit psychischen Behinderungen zu verhängen;

d) die **Zahl der Straftatbestände**, für die die Todesstrafe verhängt werden kann, zu verringern;

e) sicherzustellen, dass die Todesstrafe nicht auf der Grundlage diskriminierender Gesetze oder aufgrund einer **diskriminierenden** oder willkürlichen Anwendung des Rechts angewandt wird;

f) Hinrichtungen auszusetzen und in weiterer Konsequenz die **Todesstrafe abzuschaffen**;

g) die **Todesstrafe nicht wieder einzuführen**;

h) den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (**UN-Zivilpakt**) zu unterzeichnen und zu ratifizieren (in nationales geltendes Recht zu überführen);

i) das **Zusatzprotokoll zur Abschaffung der Todesstrafe** des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte zu unterzeichnen und zu ratifizieren (in nationales geltendes Recht zu überführen);

3. *ersucht* das UN-Menschenrechtsbüro, dem Menschenrechtsrat auf der nächsten Sitzung über die Durchführung dieser Resolution **Bericht zu erstatten**;

4. *beschließt*, diese Frage auf ihrer nächsten Tagung unter dem Punkt „Förderung und Schutz der Menschenrechte“ **weiter zu behandeln**.

[1] ***Moratorium on the use of the death penalty*** [gekürzt und vereinfacht]: https://digitallibrary.un.org/record/3896434 und ***Question of the death penalty***: https://undocs.org/a/hrc/48/l.17/rev.1

Abbildung: **UN-Generalversammlung, New York, USA** | 2011 | Wikimedia / Basil D Soufi | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Abbildung: **Flaggen vor dem Eingang der UNO,** Genf, Schweiz| Wikimedia / *Tom Page* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Länderprofile

Abbildung: **Pyramiden, Gizeh, Ägypten** (UNESCO-Welterbe) | unsplash.com / *Jeremy Bishop* | Lizenz: CC0 1.0

Arabische Republik Ägypten

Rollenprofil | grundlegende Infos

Arabische Republik Ägypten

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]
Ägypten

*» Ägypten (offiziell Arabische Republik Ägypten) ist ein Staat im nordöstlichen Afrika mit über **97 Millionen Einwohnern** und einer Fläche von über einer Million Quadratkilometern. Die Megastadt Kairo ist ägyptische Hauptstadt und die größte Metropole Afrikas und Arabiens, der Ballungsraum „Greater Cairo“ ist eine der bevölkerungsreichsten Stadtregionen der Erde. […] Hinsichtlich der Wirtschaftsleistung beim BIP pro Kopf liegt Ägypten auf Platz 94 von 190 Ländern (2016, PPP).*

[…] *Am 3. Juli 2013* […] *verkündete **Generaloberst Abd al-Fattah as-Sisi**, dass Mursi nach den massiven Protesten in der Bevölkerung durch das Militär abgesetzt worden sei. Am 8. Juni 2014 trat der parteilose Militär as-Sisi sein Amt als Präsident an. Im April 2018 wurde al-Sisi mit knapp 97 % der Stimmen für weitere vier Jahre zum Präsidenten des Landes gewählt. An der Freiheit und Unabhängigkeit der Wahl gab es erhebliche Zweifel.* […]

*Ägypten ist der Verfassung nach ein **islamischer Staat**. Das islamische Recht, die Scharia, ist seit 1980 die Hauptquelle der Gesetzgebung.* […] *Das islamische Erziehungssystem in Ägypten ist generell auf die Vermittlung von Werten wie Respekt und Toleranz gegenüber Andersgläubigen ausgerichtet, allerdings wird in den Büchern, die den Lehrplan bestimmen, auch unmissverständlich deutlich gemacht, dass der Islam den anderen Religionen gegenüber überlegen ist.* […]

*Theoretisch gewährt Artikel 18 der ägyptischen Verfassung allen Bürgern **Religionsfreiheit**, aber in der Praxis ist diese eingeschränkt.* […] *Muslime* […] *die zu einer anderen Religion, wie dem Christentum, konvertieren; für solche Personen wird von zahlreichen Politikern und Religionsgelehrten sogar die Todesstrafe gefordert.* […]

*In Ägypten ist **Folter verbreitet**. Die am häufigsten geschilderten Foltermethoden sind Elektroschocks, Schläge, das Aufhängen an Hand- oder Fußgelenken, das Ausdrücken von Zigaretten auf dem Körper sowie verschiedene Formen der psychologischen Folter und Misshandlung.* […]

***Homosexualität ist illegal**. Nach einer 2013 durchgeführten Erhebung glauben 95 % der Ägypter, dass Homosexualität in Ägypten nicht von der Gesellschaft akzeptiert werden sollte. «*

[1] **Wikipedia**, 2021 abgerufen: https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%84gypten
Abbildung: **Abdel Fattah el-Sisi, König Salman of Saudi Arabia, Melania Trump, and Donald Trump** | Wikipedia / *The White House* | Lizenz: CC0 1.0
Abbildung: **Globus:** Orthographic map of Egypt | Wikimedia / *Addicted04* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Arabische Republik Ägypten

Position: **Todesstrafe**

SRF – Schweizer Rundfunk[1]

Ägypten vollstreckt immer mehr Todesurteile

- **Todesstrafe für Demonstrierende.** Todesstrafen würden in Ägypten nicht nur für „schwerste Verbrechen“ verhängt, sondern auch für die Teilnahme an Demonstrationen gegen die Regierung.
- **Unterstützung erhofft.** Menschenrechtler·innen riskierten ihr Leben und erhoffen sich Unterstützung und deutliche Kritik aus dem Ausland.
- **Todesurteile zunehmend.** Anzahl der Todesurteile hätte in den letzten Jahren zugenommen. Sie würden auch nicht gezielt gegen einzelne Personen verhängt, sondern als Kollektivstrafe gegen Bevölkerungsgruppen eingesetzt.

ORF – österreichischer Rundfunk[2]

Amnesty: „Entsetzliche“ Hinrichtungswelle in Ägypten

- **Fehlende Statistiken.** Die Anzahl der Todesurteile sei möglicherweise noch höher, aber es gebe keine offiziellen Statistiken.
- **Unfaire Gerichtsverfahren.** Die Gerichtverfahren, die zu Todesurteilen führen, hätten zumindest in manchen Fällen kein hohes rechtsstaatliches Niveau.
- **Folter berichtet.** Aus ägyptischen Gefängnissen gebe sei auch Berichte zu Folter.

ständige Vertretung der Arabischen Republik Ägypten in Genf[3]

Erklärung der Arabischen Republik Ägypten

- **Singapurs Position unterstützt.** Ägypten teile die Meinung Singapurs.
- **Eigenständigkeit bei Strafrahmen.** Ägypten berufe sich auf bisherige Entscheidungen der Vereinten Nationen, in denen festgehalten wurde, dass jedes Land selbstständig seine Gesetze und Strafen für Verbrechen festlegen könne.
- **Verbot der Todesstrafe kein Konsens.** Bei Abstimmungen innerhalb der UN hätte sich gezeigt, dass es international keine klare Norm gäbe, die Todesstrafe auszusetzen oder zu verbieten, sondern dies eben umstritten sei.
- **Völkerrecht erlaube Todesstrafe.** Das Völkerrecht verpflichte nicht dazu, die Todesstrafe unbedingt abzuschaffen. Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte räume durchaus die Möglichkeit ein, die Todesstrafe zumindest bei schwersten Verbrechen einzusetzen.
- **Gerichtsverfahren bei Todesstrafe seien vertrauenswürdig.** Wenn die Gerichtsverfahren und Rechtsstaatlichkeit ein hohes Niveau hätten, so erlaube das Völkerrecht durchaus die Möglichkeit, auch die Todesstrafe einzusetzen.

[1] **SRF**, 2020: https://www.srf.ch/news/international/15-hinrichtungen-an-einem-tag-aegypten-vollstreckt-immer-mehr-todesurteile
[1] **ORF**, 2020: https://orf.at/stories/3192051/ | [3] **ständige Vertretung der Arabischen Republik Ägypten in Genf**[1], 2021: https://www.ohchr.org/SP/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26778&LangID=E
Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Pyramiden, Gizeh, Ägypten** (UNESCO-Welterbe) | unsplash.com / *Jeremy Bishop* | Lizenz: CC0 1.0

Arabische Republik Ägypten

Rollenprofil | vertiefende Infos

Arabische Republik Ägypten

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung[1]

Ägypten

- **Hoffnungen der ägyptischen Revolution enttäuscht.**

  » Das Ende des Regimes von Hosni Mubarak (Amtszeit 1981-2011) war ein hoffnungsvoller Moment für alle Ägypter, die sich nach einem freien, demokratischen und gerechten Ägypten sehnen. Die verkrusteten staatlichen Strukturen, getragen von der in viele Bereiche hineinregierenden Armee und einer aufgeblähten, ineffizienten Bürokratie, schienen plötzlich überwindbar. Dies war eine Illusion. Heute sind weitgehend dieselben Kräfte an den entscheidenden Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wie unter Mubarak und den Regimen davor. «

- **Hohe Zahl politischer Gefangener.**

  » Nach Schätzungen von Amnesty International darben zwischen 40.000 und 60.000 politische Häftlinge in überfüllten Gefängnissen. […] *Die Regierung hat seit 2011 mindestens 19 neue Gefängnisse errichten lassen, in denen Folter und Misshandlung von Gefangenen weit verbreitet sind. «*

- **Demonstrationen riskant.**

  » Viele der Aktivisten des Arabischen Frühlings 2011 wurden mit drakonischen Gefängnisstrafen belegt, teilweise für Kommentare in sozialen Medien. Strafbar ist die Beteiligung an Demonstrationen, egal ob gegen steigende Preise der Kairoer U-Bahn oder die drastischen Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit. «

- **Anhaltender Terrorismus.**

  » Trotz massiver Ausweitung der Befugnisse der Sicherheitskräfte hat die Gefahr terroristischer Anschläge in Ägypten nicht abgenommen. Diese richten sich überwiegend gegen staatliche Einrichtungen, wie Polizeistationen und Militärposten, aber auch gegen Kirchen und Moscheen, mit Hunderten von Opfern. Allein 2020 haben bereits mehrere schwere Attentate stattgefunden. Bei einem Anschlag von Islamisten auf der Sinai-Halbinsel am 30. April 2020 wurden zehn Armeeangehörige getötet. Der "Islamische Staat" (IS) bzw. dessen lokaler Ableger "Wilayat Sina", übernahm in den meisten Fällen die Verantwortung für die Angriffe. «

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2020): https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/182905/aegypten [06.06.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken."*

Abbildung: **Straßenszene in Kairo, Ägypten** | unsplash.com / *Adrian Dascal* | Lizenz: CC0 1.0
Abbildung: **Globus:** Orthographic map of Egypt | Wikimedia / *Addicted04* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Arabische Republik Ägypten

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung[1]

Ägypten

- **Terrorismusverdacht bei Regierungskritik.**

  » Wer immer sich kritisch über die Regierung äußert, muss wegen "Gefährdung der staatlichen Sicherheit" oder "Unterstützung von Terrorismus" mit langen Gefängnisstrafen oder gar der Todesstrafe rechnen. «

- **Mit Härte für Sicherheit.**

  » Bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit setzt die Regierung auf Härte. Hunderte, vor allem junge Ägypter, verschwinden plötzlich. Auch wenn die Regierung in vielen Fällen die Vorwürfe dementiert, ist davon auszugehen, dass die Verschwundenen von Polizeikräften verhaftet werden und sich dann ohne Gerichtsverfahren in Haft wiederfinden, oder aber von den Sicherheitskräften bereits zu Tode gefoltert bzw. hingerichtet wurden. Der Bericht "We do unreasonable things here" der Organisation Human Rights Watch vom September 2017 dokumentiert das "gewaltsame Verschwindenlassen" und die systematischen Folterungen auf bedrückende Weise. «

- **Strömungen des Islams seien Konfliktherd.**

  » Der Kampf zwischen dem Regime und der Muslimbruderschaft hat nach dem einjährigen Intermezzo der Herrschaft von Präsident Mohamed Mursi (2012-2013) wieder stark an Bedeutung gewonnen. Präsident Abdel Fattah al-Sisi wirft der Muslimbruderschaft religiösen Extremismus und Staatsgefährdung vor und präsentiert sich selbst als Verteidiger des echten, gemäßigten Islams. «

- **Unklare Haltung westlicher Länder.**

  » Internationale Akteure, wie die EU oder die USA, befinden sich in einem Dilemma. Zwar appellieren sie an die Regierung, Demokratie und Menschenrechte zu wahren, setzen tatsächlich aber eher auf die Stärkung des Regimes, um eine befürchtete weitere Destabilisierung der Region zu verhindern. «

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2020): https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/182905/aegypten [06.06.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“*

Abbildung: **Kairo, Ägypten** | unsplash.com / *Omar Elsharawy* | Lizenz: CC0 1.0

Arabische Republik Ägypten

Position: **Todesstrafe**

SRF – Schweizer Rundfunk[1]

Ägypten vollstreckt immer mehr Todesurteile

- **Todesstrafe für Demonstrierende.**

  » Man muss in Ägypten keine Straftat begangen haben, um zum Tode verurteilt zu werden. Manchmal reicht es schon, wenn man zur falschen Zeit am falschen Ort ist. Das sagt Hussein Baoumi, der für Amnesty International Menschenrechtsverletzungen in Ägypten ermittelt. «Im letzten Monat gab es Proteste wegen der Verschlechterung der Wirtschaftslage, da hat die Polizei Hunderte von Menschen verschleppt.» Einige von ihnen seien Passanten gewesen, die nur zufällig an den Protesten vorbeigegangen seien. «

- **Folter.**

  » Sie seien an unbekannte Orte gebracht, gefoltert und dann dem Richter vorgeführt worden. Obwohl Zivilpersonen eigentlich vor zivile Gerichte gestellt werden müssten, landeten viele stattdessen vor dem Militärgericht, das unter Präsident Abdel Fattah al-Sisi mehr Macht erhalten hat. «

- **Gerichtsverfahren unfair.**

  » „Oft dürfen sie gar keinen Anwalt nehmen, es gibt unfaire Massenprozesse, Geständnisse werden mit Folter erzwungen und am Schluss werden sie zum Tod verurteilt und hingerichtet“, sagt Baoumi. Zum Tod verurteilt würden die meisten wegen Terrorismus. Der Begriff umfasse jegliche Art von Kritik an der Regierung. Ins Visier der Sicherheitsbehörden gerieten Journalistinnen, Menschenrechtsaktivisten, Anwältinnen und sogar medizinisches Personal, das Missständen im Gesundheitswesen zu kritisieren wage. «

- **Todesurteile zunehmend.**

  » 2500 Todesurteile in sechs Jahren, das sind fünfmal mehr als in den von Terroranschlägen geprägten 1990er Jahren unter dem später gestürzten Autokraten Hosni Mubarak. Baoumi von Amnesty beobachtet unter al-Sisi eine Häufung von Hinrichtungen im Zusammenhang mit bestimmten Ereignissen. „Wenn bei einem Anschlag oder einer Demonstration Polizisten oder Soldaten umkommen, gibt es Hinrichtungen. Das macht uns Sorgen, weil die Regierung mit den Hinrichtungen zeigt: Es geht nicht um Recht, sondern um Rache.“ «

[1] **SRF**, 2020: https://www.srf.ch/news/international/15-hinrichtungen-an-einem-tag-aegypten-vollstreckt-immer-mehr-todesurteile

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Arabische Republik Ägypten

Position: **Todesstrafe**

SRF – Schweizer Rundfunk[1]

Ägypten vollstreckt immer mehr Todesurteile

- **Einschüchterung.**

  » Damit schüchtere der Staatsapparat die gesamte Bevölkerung ein. «Die erschreckende Botschaft ist: Jeder und jede kann ohne fairen Prozess hingerichtet werden.» Seit 2017 ist Ägypten in einem Ausnahmezustand, der seither immer wieder verlängert wird. […] *«*

- **Besuchsverbot in Gefängnissen.**

  » Da Telefongespräche zwischen Gefangenen und ihren Familien in Ägypten verboten seien, komme das Besuchsverbot einer Informationssperre gleich: Über die entsetzlichen Zustände in ägyptischen Gefängnissen könnten die Gefangenen nun nicht mehr berichten. „In ägyptischen Gefängnissen sterben Menschen, weil ihnen medizinische Betreuung verweigert wird. Indem Familienangehörige keinen Kontakt mehr haben dürfen mit Insassen, verstummt die Kritik an den Zuständen in den Gefängnissen.“ «

- **Menschenrechtsorganisationen unerwünscht.**

  » Amnesty International kann längst nicht mehr in Ägypten arbeiten: Dass sie zu Informationen über die schweren Menschenrechtsverletzungen in Ägypten kommt, verdankt sie mutigen Aktivistinnen und Aktivisten, die dafür ihr Leben riskieren. «

- **Unterstützung aus Ausland erhofft.**

  » Von Ländern, die wirtschaftliche Beziehungen zu Ägypten pflegen, wünscht sich Baoumi mehr Engagement für diese Menschen. Dies, indem sie die Menschenrechtsverletzungen nicht einfach nur am Rande von Gesprächen mit der Regierung erwähnen, sondern direkt und unmissverständlich ansprechen. «

[1] **SRF**, 2020: https://www.srf.ch/news/international/15-hinrichtungen-an-einem-tag-aegypten-vollstreckt-immer-mehr-todesurteile

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Arabische Republik Ägypten

Position: **Todesstrafe**

ORF – österreichischer Rundfunk[1]

Amnesty: „Entsetzliche“ Hinrichtungswelle in Ägypten

- **Vermehrt Todesurteile.**

  » Amnesty International (AI) hat eine „entsetzliche“ Hinrichtungswelle in Ägypten angeprangert. Allein im Oktober und November seien in dem nordafrikanischen Land mindestens 57 Männer und Frauen hingerichtet worden, erklärte die Menschenrechtsorganisation heute. Das seien fast doppelt so viele Hinrichtungen gewesen wie im gesamten vergangenen Jahr. «

- **Fehlende Statistiken.**

  » Die Menschenrechtsorganisation geht davon aus, dass die Zahl der Hinrichtungen noch höher ist. Die ägyptischen Behörden veröffentlichten keine Statistiken zur Zahl der Hinrichtungen oder der Häftlinge im Todestrakt. Vor einer Hinrichtung würden auch nicht die Familien und Anwälte der Verurteilten informiert. «

- **Unfaire Gerichtsverfahren.**

  » In einigen Fällen seien die Todesurteile nach „grob unfairen Massenprozessen“ vollstreckt worden, so der AI-Experte Philip Luther. «

- **Folter berichtet.**

  » Im Oktober hatte bereits die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch gesagt, allein in der ersten Oktober-Hälfte seien in Ägypten 49 Todesurteile vollstreckt worden. Amnesty und Human Rights Watch forderten die ägyptischen Behörden auf, die Hinrichtungen sofort zu stoppen. Amnesty kritisierte zudem die „ungezügelte“ Folter in ägyptischen Gefängnissen. «

[1] **ORF**, 2020: https://orf.at/stories/3192051/

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Arabische Republik Ägypten

Position: **Todesstrafe**

ständige Vertretung der Arabischen Republik Ägypten in Genf[1]

Erklärung der Arabischen Republik Ägypten

- **Singapurs Position unterstützt.**

  » Ägypten schließt sich der gemeinsamen Erklärung der Delegation von Singapur im Namen einer Gruppe gleichgesinnter Länder an. «

- **Strafen Angelegenheit der einzelnen Länder.**

  » Die Annahme der Entschließung mit dem Titel „Aussetzung der Anwendung der Todesstrafe“ im Rahmen der Arbeit des Dritten Ausschusses der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf seiner fünfundsiebzigsten Tagung Ende letzten Jahres und die darin enthaltene Änderung bestätigen das Recht jedes Landes, eigenständig sein Justizsystem zu gestalten, einschließlich der Festlegung von Strafen sowie des angemessenen Rechtsrahmens im Einklang mit seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen. «

- **Verbot der Todesstrafe kein Konsens.**

  » Auch das Abstimmungsverhalten […] *zeigt, dass es keinen internationalen Konsens über die Anwendung eines Moratoriums oder die Abschaffung der Todesstrafe gibt «*

- **Völkerrecht erlaube Todesstrafe.**

  » Die internationalen Menschenrechtskonventionen machen deutlich, dass Staaten nicht verpflichtet sind, auf das souveräne Recht zu verzichten, die Todesstrafe als Instrument der Strafjustiz einzusetzen. Artikel 6 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte besagt, dass „ Länder, in denen die Todesstrafe noch nicht abgeschafft wurde, die Todesstrafe nur als Strafe für die schwersten Verbrechen […] *verhängen dürfen. «*

- **Gerichtsverfahren bei Todesstrafe seien vertrauenswürdig.**

  » In diesem Zusammenhang bekräftigen wir, dass für positive Ergebnisse in Fragen der Todesstrafe Diskussionen im Rahmen des Völkerrechts erforderlich sind und gleichzeitig betont wird, dass die Todesstrafe in erster Linie eine Frage der Strafjustiz bleibt. Folglich muss der Schwerpunkt aus menschenrechtlicher Sicht auf der Förderung der Achtung der international vereinbarten Schutzmaßnahmen liegen, die im internationalen Menschenrechtsgesetz verankert sind. Wir bekräftigen auch, dass es keine internationale Vereinbarung gibt, dass die Anwendung der Todesstrafe in Übereinstimmung mit soliden und unparteiischen rechtlichen Verfahren und Garantien eine Verletzung der Menschenrechte darstellt. «

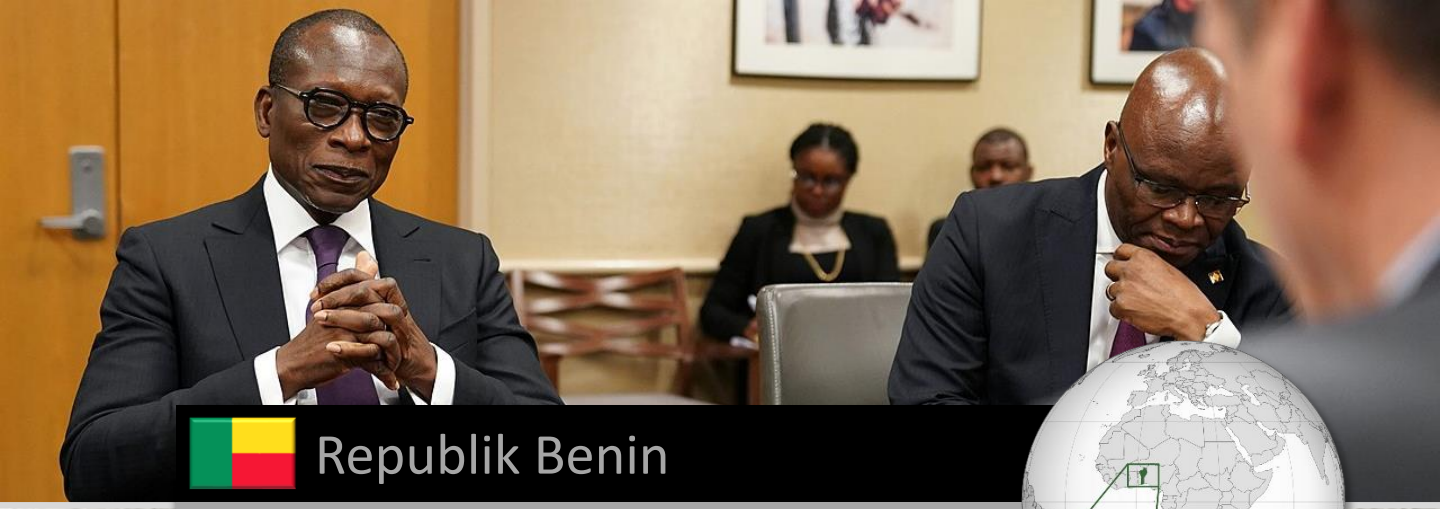
[1] **ständige Vertretung der Arabischen Republik Ägypten in Genf** (2021, übersetzt aus dem Arabischen): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/SP/33157_46_d11c4c2b_94cd_45c9_82ef_a0503fa09844.doc [07.06.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Königlicher Palast Abomey, Benin** (UNESCO-Welterbe) | Wikimedia / *UNESCO* | Lizenz: CC BY-SA 3.0 IGO

Republik Benin

Rollenprofil | grundlegende Infos



Republik Benin

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]
Republik Benin

*» Benin ist ein **Staat in Westafrika**. Er grenzt im Westen an Togo, im Norden an Burkina Faso und Niger, im Osten an Nigeria.* […]

***Geschichte*:** *Bis 1975 hieß das Land Dahomey. Die Bezeichnung steht in Tradition zum historischen Königreich Dahomey, das bis zur Eroberung durch die Franzosen Ende des 19. Jahrhunderts den südlichen Teil des modernen Staates und des Nachbarstaates Togo umfasste. Von 1975 bis 1990 hieß es Volksrepublik Benin.* […] *In den Jahren 1989 und 1990 erzwang die Bevölkerung mit Unruhen aufgrund der katastrophalen Wirtschaftslage eine Nationalkonferenz* […]. *Sie* […] *legte die Richtlinien eines **demokratischen Neuanfangs** fest, darunter die Aufgabe der marxistisch-leninistischen Doktrin, die Begründung einer Demokratie, die Zulassung politischer Parteien, die Achtung der Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit sowie die Einführung der Marktwirtschaft.* […]

Politik*:** *"Das Land galt lange als stabile Demokratie in Westafrika mit einer Verfassung, die für andere Staaten beispielhaft war." Nun hat die Demokratie "zunehmend schlechte Karten". Beobachter sprechen von "Demokratie-Abbau" und der Entstehung einer **„Scheindemokratie“ […]

***Menschenrechte*:** […] *Mit Einführung des neuen Strafgesetzbuches im Jahr 2019 stehen diese* [homosexuellen] *Beziehungen nicht mehr unter Strafe. Zahlreiche Einschränkungen der Meinungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit bestehen weiterhin. Häufig wird bei Demonstrationen von exzessiver und willkürlicher Gewalt berichtet, die von den Sicherheitskräften ausgeht.*

***Religion*:** *Größte Religion ist offiziell das Christentum mit einem Bevölkerungsanteil von 42,3 %.* […] *Etwa 27,8 % der Bevölkerung Benins sind Muslime.* […] *Bei der Volkszählung 2002 gaben nur noch 23,4 % der Einwohnerschaft traditionelle Religionen als ihren Glauben an.* […]

***Wirtschaft*:** *Benin ist **eines der ärmsten Länder** der Erde. Knapp die Hälfte der Beniner lebt laut Definition der Weltbank in absoluter Armut (weniger 1,90 US-Dollar pro Tag).* […]

***Traditionen*:** *Am 9. April 2005 beschloss der Staat Benin als erster afrikanischer Staat öffentlich und offiziell das **Ende der Beschneidung junger Mädchen**. Bereits 2003 war die Beschneidung weiblicher Genitalien in Benin verboten worden.* […]

[1] **Wikipedia – Benin**: https://de.wikipedia.org/wiki/Benin [27.11.2021]
Abbildung: **Patrice Talon (Präsident der Republik Benin) im Gespräch mit Mark Green von USAID** | 2020 | Wikimedia / *Office of USAID Administrator* | Lizenz: CC0 1.0
Abbildung: Karte von Benin | Wikimedia / *Flappiefh* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Republik Benin

Amnesty International

Amnesty International (2018, 2021)[1]
Länderbericht Benin 2017/18, 2020

- **Todesstrafe – Empfehlung des Menschenrechtsrates angenommen.** Benin habe kürzlich eine Empfehlung des UN-Menschenrechtsrates angenommen und die Todesstrafe abgeschafft sowie bestehende Todesurteile in Gefängnisstrafen umgewandelt.
- **Versammlungsfreiheit.** 2016 seien Studierendenorganisationen jegliche Aktivitäten verboten worden. Demonstrationen der Studierenden gegen dieses Verbot habe die Polizei mit Tränengas auseinandergetrieben und den Studenten Théophile Dieudonné Djaho erschossen.
- **Beschwerden gegen Menschenrechtsverletzungen untersagt.** Es habe Beschwerden beim Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte gegeben, weil eine Partei verboten worden sei. Die Regierung habe daraufhin Einzelpersonen und Menschenrechtsorganisationen untersagt, Beschwerden gegen Menschenrechtsverletzungen einzureichen.
- **Pressefreiheit.** Journalist·innen seien inhaftiert worden, weil sie der Regierung vorwarfen, mit dem Gesetz über *Belästigung mittels elektronischer Kommunikation* die Pressefreiheit einzuschränken.
- **Diskriminierung.** Die Regierung unternehme zu wenig, um weit verbreitete Angriffe gegen Menschen mit Albinismus [Hautstörung] zu verhindern.
- **LGBTI.** Es gebe wiederholt Berichte über Misshandlungen von Transsexuellen durch die Polizei in Benin.

[1] **Amnesty International** (2018): https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/benin#section-3514573 [28.11.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » *Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen.* «
[2] **Amnesty International** (2021): https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/benin-2020 [28.11.2021]
Abbildung: "**Making the Invisible Visible**", Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Republik Benin

Position: **Todesstrafe**

Ständige Vertretung Benins (2018)[1]
Offizielle Notizen des Eröffnungsstatements im Rahmen einer Diskussion zur Todesstrafe bei den Vereinten Nationen

- *eröffnete mit dem Hinweis, dass die Todesstrafe ein sehr sensibles und **umstrittenes Thema** ist.*
- *„Dies ist ein Kampf, den wir alle gemeinsam ausfechten müssen, und es muss noch viel Arbeit geleistet werden„*
- *betonte, dass es darum geht, ein Moratorium zu verabschieden, um die Todesstrafe zu stoppen. Es wird hervorgehoben, dass die Anwendung der Todesstrafe die Menschenwürde untergräbt. Zudem ist die Todesstrafe **unumkehrbar** ist und nicht wiedergutzumachen.*
- *berichtete, dass die **Bewegung zur Abschaffung der Todesstrafe** sich ausbreitet und weltweit immer stärker wird*
- *beschrieb die **Erfahrungen von Benin** folgendermaßen:*
    - *Das **Recht auf Leben**, das in Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert ist, ist Benin heilig.*
    - *Das Land hat die Abschaffung der Todesstrafe in seine **Verfassung** eingefügt.*
    - *Das Land ist dem **Zusatzprotokoll** zur Abschaffung der Todesstrafe des UN-Zivilpakts beigetreten.*
- *setzte fort mit der Feststellung, dass der Schlussstrich der fortschrittlichen Maßnahmen zur Abschaffung der Todesstrafe in Benin der 5. Juni 2018 war, als die Nationalversammlung ein neues Strafgesetzbuch verabschiedete, in welchem die Todesstrafe abgeschafft wurde*
- *erklärte, dass Benins Delegation die Todesstrafe für eine grausame und unmenschliche Strafe hält und als **Symbol für ein versagendes Justizsystem** ansieht, da die Todesstrafe ein **diskriminierendes Instrument** sei, das vor allem die Schwächsten und Ärmsten der Gesellschaft betrifft*
- *Benin hat ein neues Ziel in sein Programm aufgenommen, das darin besteht, ein offeneres Land zu werden und sicherzustellen, dass jeder Zugang zu einer **gerechten Justiz** hat und verspricht, Institutionen zu schaffen, die effizient, verantwortungsvoll und offen für alle sind. Dies zeigt, dass das Land Menschenwürde ins Zentrum seiner Ziele setzt.*
- *Im Juli 2014 wurde eine regionale und nationale Konferenz organisiert, um in der afrikanischen Gemeinschaft ein Bewusstsein für die Abschaffung der Todesstrafe zu schaffen.*

[1] **Statement des Ständigen Vertreters von Benin bei den Vereinten Nationen** (2018, aus dem Englischen übersetzt und leicht gekürzt): https://www.ohchr.org/EN/newyork/Documents/Death-penalty-23-10-2018-side-event-notes-1-opening.pdf [28.11.2021]
Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Königlicher Palast Abomey, Benin** (UNESCO-Welterbe) | Wikimedia / *UNESCO* | Lizenz: CC BY-SA 3.0 IGO

Republik Benin

Rollenprofil | vertiefende Infos

Republik Benin

Amnesty International

Amnesty International (2018)[1]
Länderbericht Benin 2017/18

- **Todesstrafe – Empfehlung des Menschenrechtsrates angenommen**.

  » die Regierung […] *nahm* […] *eine Empfehlung an, die der UN-Menschenrechtsrat* […] *ausgesprochen hatte. Diese sah nicht nur die Umwandlung aller Todesurteile* [in Gefängnisstrafen] *vor, sondern auch eine* […] *Streichung der Todesstrafe aus dem neuen Strafgesetzbuch. Ende 2017 befanden sich noch 14 Gefangene in den Todeszellen. «*

- **Versammlungsfreiheit – Organisationen von Studierenden**.

  » Am 17. Februar 2017 trieb die Polizei unter Einsatz von Tränengas Hunderte Studierende der Universität von Abomey-Calavi auseinander. Diese hatten sich in Abomey-Calavi, einem Außenbezirk von Cotonou, vor einem Hotel zu einer Generalversammlung und einer Pressekonferenz versammelt und wollten friedlich gegen das im Oktober 2016 erlassene Verbot jedweder Aktivitäten von Studierendenorganisationen protestieren. «

S. 24

Amnesty International (2021)[2]
Länderbericht Benin 2020

- **Überblick.**

  » Die Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung wurden unangemessen eingeschränkt. Journalist_innen und Mitarbeiter_innen des Gesundheitswesens wurden unrechtmäßig verfolgt, schikaniert und eingeschüchtert. Die Polizei wandte bei der Überwachung von Demonstrationen und der Durchsetzung der Einschränkungen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit unverhältnismäßige Gewalt an. Frauen und Minderheiten wurden nach wie vor diskriminiert, und LGBTI litten unter Schikanen und Gewalt. «

[1] **Amnesty International** (2018): https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/benin#section-3514573 [28.11.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

[2] **Amnesty International** (2021): https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/benin-2020 [28.11.2021]

Abbildung: “**Making the Invisible Visible**”, Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Republik Benin

Amnesty International

Amnesty International (2021)[1]
Länderbericht Benin 2020

- **Beschwerden gegen Menschenrechtsverletzungen untersagt.**

  » Auch nach den umstrittenen Parlamentswahlen im Jahr 2019 hielten die Spannungen zwischen der Regierung und den Oppositionsparteien an. Der Afrikanische Gerichtshof für Menschenrechte und Rechte der Völker (ACHPR) forderte Benin auf, die Kommunalwahlen auszusetzen, bis er eine Entscheidung über eine Beschwerde bezüglich des Ausschlusses der Sozial-Liberalen Unionspartei bei diesen Wahlen gefällt habe. Die Beschwerde war von dem Oppositionspolitiker Sébastien Ajavon eingereicht worden. Wenige Tage später verbot die Regierung Einzelpersonen und NGOs, beim ACHPR Beschwerden einzureichen. «

- **Meinungsfreiheit.**

  » Die Behörden inhaftierten und verfolgten auch weiterhin Journalist_innen auf Grundlage von Bestimmungen des Digitalgesetzes (Loi portant Code du numérique) von 2018, die das Recht auf freie Meinungsäußerung unangemessen einschränkten. […] Im Juni wurde der Journalist Ignace Sossou aus dem Gefängnis von Cotonou entlassen, nachdem das Berufungsgericht Cotonou seine Strafe auf zwölf Monate – sechs davon auf Bewährung – reduziert hatte. Er war wegen "Belästigung mittels elektronischer Kommunikation" schuldig gesprochen worden, weil er auf Twitter den Staatsanwalt zitiert hatte, der Benins Digitalgesetz als "Waffe" zum Einsatz gegen Journalist_innen bezeichnet hatte. «

- **Versammlungsfreiheit.**

  » Im März 2020 erschoss die Polizei den Studenten Théophile Dieudonné Djaho während einer Demonstration gegen die Inhaftierung von drei Mitgliedern der Nationalen Studierendenvereinigung der Universität von Abomey-Calavi. Der Ehrenvorsitzende der NGO Voices of Students reichte beim Verfassungsgericht Beschwerde gegen den Präsidenten und den Innenminister ein, denen er Menschenrechtsverletzungen vorwarf. «

[1] **Amnesty International** (2021): https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/benin-2020 [28.11.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

Abbildung: “**Making the Invisible Visible”**, Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Republik Benin

Amnesty International

Amnesty International (2021)[1]
Länderbericht Benin 2020

- **Diskriminierungsfreiheit.**

  » Im März 2020 veröffentlichte der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) seine Abschließenden Beobachtungen […]. *Der Ausschuss zeigte sich besorgt über die weitverbreiteten Angriffe auf Menschen mit Albinismus sowie die Tötung sogenannter "Hexenkinder"* […] *Ein Rekrutierungswettbewerb für den öffentlichen Dienst schloss Menschen mit Behinderungen von der Teilnahme aus. «*

- **Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intergeschlechtlichen (LGBTI).**

  » Im April 2020 schlugen unbekannte Angreifer in Cotonou eine Trans-Frau bewusstlos. Nachdem sie in der Polizeistation Godomey wieder zu sich gekommen war, wurde sie von Polizeibeamten geschlagen, beleidigt und bedroht. Nach fünf Tagen in Gewahrsam zogen die Polizisten sie vollständig aus, fotografierten sie und schickten sie unbekleidet nach Hause. «

[1] **Amnesty International** (2021): https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/benin-2020 [28.11.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*
Abbildung: “**Making the Invisible Visible”**, Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Abbildung: **Moschee von Bobo-Dioulasso, Burkina Faso** (UNESCO-Welterbe-Kandidat) | Wikipedia / *qiv* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Burkina Faso

Rollenprofil | grundlegende Infos

Burkina Faso

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]
Burkina Faso

*» Burkina Faso (übersetzt Land des aufrichtigen Menschen), ist ein **west-afrikanischer Staat** […]. Seine Unabhängigkeit erlangte das Land am 5. August 1960. Bis zum 4. August 1984 wurde der Name Republik Obervolta (französisch République de Haute-Volta), den es in seiner Zeit als französische Kolonie erhielt, verwendet. Die Umbenennung erfolgte durch den panafrikanistisch-sozialistisch orientierten Präsidenten Thomas Sankara, der nach einer Phase politischer Instabilität 1983 durch einen Staatsstreich die Macht erlangt hatte.*

*Administrative und kulturelle Hauptstadt des rund 20,1 Millionen Einwohner zählenden Landes ist die zentral gelegene Millionenstadt Ouagadougou. Der vorwiegend flache Binnenstaat mit Anteilen an der Großlandschaft Sudan und der Sahelzone ist durch tropisches Klima und verschiedenartige Savannenlandschaften geprägt. Etwa die Hälfte der Burkiner (Burkinabe) zählt zur politisch dominierenden Ethnie der Mossi, die bis zur Kolonisierung durch Frankreich Ende des 19. Jahrhunderts in mehreren streng hierarchisch organisierten Reichen lebten. In Burkina Faso werden etwa 60 einheimische Sprachen gesprochen. Der Islam ist neben den traditionellen Glaubensvorstellungen die meistpraktizierte Religion. **Burkina Faso gehört zu den ärmsten Ländern der Welt**, zeichnet sich heute aber durch eine gewisse Stabilität und die kulturelle Vielfalt der friedlich zusammenlebenden Ethnien aus. Regelmäßig wiederkehrende Dürreperioden sorgen oft für große Not der hauptsächlich als Bauern lebenden Bevölkerung.*

*Die Lage der **Menschenrechte** hat sich dem deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zufolge verbessert. Die Regierung von Burkina Faso hat in den vergangenen Jahren verschiedene Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte ergriffen. Unter anderem wurde ein Menschenrechtsministerium eingerichtet, ein Fonds für die Opfer politischer Gewalt gegründet, und es wurden Reformen im Justizwesen eingeleitet. Allerdings werden auf dem Land die Grundrechte – und besonders die Frauenrechte – noch wenig respektiert; Frauen sind kaum an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt. In vielen ländlichen Gebieten wird, obwohl die Regierung mit gravierenden Strafen dagegen vorgeht, immer noch die Genitalverstümmelung von Mädchen praktiziert.«*

[1] **Wikipedia – Burkina Faso**: https://de.wikipedia.org/wiki/Burkina_Faso#Demokratie_und_Menschenrechte [24.04.2021]
Abbildung: **Roch Marc Christian Kaboré, Präsident von Burkina Faso** | Wikipedia / *Koch / MSC* | Lizenz: CC BY 3.0 DE
Abbildung: **Globus:** Orthographic map of Burkina Faso | Wikimedia / *Martin23230* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Burkina Faso

Amnesty International

Amnesty International[1]

Burkina Faso 2020

- **Innerstaatliche Konflikte.** Es gebe in Burkina Faso regelmäßig Angriffe von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen. Beispielsweise habe es im Juli 2020 einen Angriff eines bewaffneten Konvois gegeben, bei dem der Bürgermeister der Stadt Pensa sowie 10 weitere Personen getötet worden seien. Als Angreifer wird eine radikalislamische Gruppe vermutet. Einen Monat später sei eine muslimische Führungsperson entführt und getötet worden.
- **Folter.** Am 11. Mai 2020 habe es eine Razzia durch Sicherheitskräfte und „Freiwillige“ gegeben, bei denen 25 Menschen auf einem Markt in Kpentchangou festgenommen worden seien. Am nächsten Tag seien 12 davon tot in ihren Gefängniszellen aufgefunden worden. Die Polizei habe eine Verantwortung abgestritten. Aber Überlebende hätten berichtet, dass diese 12 Personen durch Schläge der Polizist·innen gestorben seien. Die Behörden hätten gesagt, dass sie den Vorfall untersuchen würden, allerdings habe es dazu bis Ende des Jahres keine weiteren Informationen gegeben.
- **Außergerichtliche Tötungen.** Im April seien 31 Personen bei einer Razzia einer Spezialeinheit getötet worden, welche möglicherweise als Kriegsverbrechen zu bewerten sind. Die Regierung kündigte Untersuchungen an. Allerdings habe die Öffentlichkeit seitdem nichts mehr darüber erfahren.
- **Recht auf Bildung.** Das Recht auf Bildung sei durch Angriffe und Drohungen von bewaffneten radikalislamischen Gruppen untergraben worden. Aufgrund der schlechten Sicherheitslage seien im April 2020 laut dem UN-Kinderhilfswerk UNICEF 3.000 Schulen geschlossen gewesen.
- **Innerstaatliche Vertreibung.** Laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR seien etwa 1 Million Menschen aufgrund des innerstaatlichen Konflikts innerhalb des Landes vertrieben worden. Diese Vertriebenen und Flüchtlingscamps seien regelmäßig von verschiedenen Konfliktparteien angegriffen worden.
- **Sicherheit von Journalist·innen.** Im Jänner sei ein Auto des Journalisten Yacouba Ladji Bama angezündet worden, mutmaßlich um diesen einzuschüchtern, weil er über Korruption und Betrug berichtet habe.

[1] **Amnesty International – Burkina Faso 2020**: https://www.amnesty.org/en/countries/africa/burkina-faso/report-burkina-faso/ [24.04.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» … «*

Abbildung: “**Making the Invisible Visible**”, Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Burkina Faso

Position: **Todesstrafe**

Associated Press[1]

Burkina Faso abolishes death penalty in new penal code

- **Druck von NGOs.** Amnesty International, katholische Aktivist·innen und andere setzten sich seit Jahren dafür ein, die Todesstrafe in Burkina Faso abzuschaffen.

ständige Vertretung von Burkina Faso bei den Vereinten Nationen[2]

Erklärung Burkina Fasos zum Thema Todesstrafe

- **Todesstrafe wichtiges Thema.**

  » Die Delegation von Burkina Faso möchte den Moderatoren dieses Gremiums gratulieren und danken. Die Aktualität dieses Themas bleibt bestehen […]. *«*

- **Plädoyer für die Menschenrechte.**

  » Als die Vereinten Nationen 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedeten, verpflichteten sich die Staaten, die Grundrechte zu fördern, um die Grundlagen einer Welt zu schaffen, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden herrschen. Mehr als 70 Jahre später sollten die Regierungen endlich erkennen, dass die dort proklamierten Rechte keine Privilegien sind, die sie aufgrund individuellen Verhaltens gewähren oder entziehen können. «

- **Recht auf Leben.**

  » In der Tat erkennt die Erklärung das Recht jedes Einzelnen auf Leben an und stellt fest, dass "niemand gefoltert oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung ausgesetzt werden darf". «

- **Justizsysteme verbessern.**

  » Meine Delegation ist der Ansicht, dass […] *der Schwerpunkt auf die Beseitigung der Schwächen der Justizsysteme gelegt werden sollte* [...]. *«*

- **Drei Fragen – 1. Wie umgehen mit Beliebtheit der Todesstrafe?**

  » Abschließend möchte meine Delegation den Diskussionsteilnehmern folgende Fragen stellen: Wie geht man vor, um die Todesstrafe abzuschaffen, wenn die Bevölkerung dafür ist sie beizubehalten? «

- **Drei Fragen – 2. Terrorismus.**

  » Welche Argumente würden Sie denen entgegnen, die behaupten, dass die einzig gültige Sanktion gegen Terroristen die Todesstrafe ist? «

- **Drei Fragen – 3. Todesstrafe für arme Länder?**

  » Welche Lösungen empfehlen Sie für Länder mit begrenzten Ressourcen, die sich aus wirtschaftlichen Gründen weigern, die Todesstrafe abzuschaffen, weil das Töten die Gesellschaft weniger kostet als lebenslange Haft? Vielen Dank. «

[1] **Associated Press** (2018): https://apnews.com/article/15b6e4f6a4a54af29e74e4e3d45a7bb6 [24.04.2021]
[2] **ständige Vertretung von Burkina Faso bei den Vereinten Nationen** (2021, übersetzt aus dem Französischen): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/SP/33038_46_e8f02047_1a25_4757_b4de_6aed3830fc7b.docx [24.04.2021]
Abbildung: **„Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben** […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Moschee von Bobo-Dioulasso, Burkina Faso** (UNESCO-Welterbe-Kandidat) | Wikipedia / *qiv* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Burkina Faso

Rollenprofil | vertiefende Infos

Burkina Faso

Allgemeine Informationen

Bpb – Bundeszentrale für politische Bildung[1]

Innerstaatliche Konflikte – Burkina Faso

- **Politisch instabil, früher französische Kolonie.**

  » Einst Kolonie Frankreichs, erlangte Burkina Faso als Obervolta im Jahr 1960 seine Unabhängigkeit. Schon immer war das Land von großer Armut, sozialer Ungleichheit wie auch politischer Instabilität geprägt. Es zählt zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern der Welt. In Burkina Faso spielt das Militär traditionell eine starke Rolle, und es kam in seiner Geschichte immer wieder zu Militärputschen. Dies ist eine Folge der französischen Kolonialherrschaft, die auf eine Stärkung des Militärs zur Aufrechterhaltung ihrer Autorität setzte. Dieses Erbe wirkt auch nach der Unabhängigkeit fort. «

- **Unzufriedenheit in der Bevölkerung.**

  » Im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten blieb Burkina Faso lange verschont von Krieg und schwerwiegenden sozialen Unruhen. Doch als Teil der Sahelzone ist Burkina Faso immer mehr betroffen von Klimawandel, Dürre, Bevölkerungswachstum und Landspekulationen. Hinzu kommen Konflikte zwischen sesshaften Bauern und viehzüchtenden Nomaden um Land und natürliche Ressourcen. Präsident Blaise Compaoré und seiner Regierung, der das Land von 1987-2014 im semi-autoritären Stil kontrollierte und Kritiker mundtot machte, gelang es nicht, nachhaltige Lösungen für die Probleme zu finden. Mit den Jahren wuchs die Unzufriedenheit der Bevölkerung. «

- **Von neuer Regierung enttäuscht.**

  » Nach dem Sturz Compaorés durch das Militär in Folge von Massenprotesten haben sich die Hoffnungen auf eine Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Situation nicht erfüllt. Stattdessen besteht der Eindruck, dass die Regierung unter Präsident Kabaoré genauso ineffektiv und unverantwortlich agiert wie ihre Vorgängerin – und zu denselben repressiven Methoden greift. Nach wie vor sind extreme Armut und soziale Ungleichheit weit verbreitet, besonders in ländlichen Gegenden und bei Frauen. «

- **Profiteure der Frustration.**

  » Die Frustration in ländlichen Gemeinden wird von den radikal-islamistischen Gruppen geschickt genutzt, um die Menschen für ihre Ziele zu gewinnen. «

[1] **bpb – Bundeszentrale für politische Bildung** (2021): https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/327266/burkina-faso [24.04.2021]

Abbildung: **Fischerboote während der Trockensee in einem See bei Ougadougou, Burkina Faso** | unsplash.com / *YODA Adaman* | Lizenz: CC0 1.0

Burkina Faso

Allgemeine Informationen

Bpb – Bundeszentrale für politische Bildung[1]

Innerstaatliche Konflikte – Burkina Faso

- **Ermordung von Regierungskritiker·innen.**

  » Auch Blaise Compaoré kam im Oktober 1987 durch einen Militärputsch an die Macht. Das System Compaorés war geprägt durch eine semi-autoritäre […] Regierungsführung. […] Durch die Gründung einer Präsidentengarde schuf er eine ihm ergebene Truppe. Kritiker der Regierung, wie etwa der Journalist Norbert Zongo, wurden ermordet aufgefunden. «

- **Kriminelle Gruppen rekrutierten entlassene Soldat·innen.**

  » Die Auflösung der Präsidentengarde hatte eine Schwächung des Militärs zur Folge. Viele der ehemaligen Mitglieder schlossen sich kriminellen oder bewaffneten Gruppen an. Die Aufrechterhaltung staatlicher Dienstleistungen, wie Sicherheit und Bildung, wurden zunehmend geschwächt. «

- **Sicherheit der Bevölkerung könne Staat nicht garantieren.**

  » Die Regierung wiegelte lange ab und behauptete, dass die Angriffe eher von Kriminellen oder von ehemaligen Mitgliedern der aufgelösten Präsidentengarde ausgehen. […] *Ursache hierfür ist sicherlich auch der Unwille zuzugeben, dass der Staat durch fehlende Kontrolle der Gebiete eine Mitverantwortung für die dramatische Verschlechterung der Sicherheitssituation trägt. Inzwischen werden gerade mal 30% des burkinischen Staatsgebietes von staatlichen Sicherheitskräften kontrolliert, ein weiteres Drittel nur sporadisch. Die Lage in Burkina Faso verschlechtert sich sogar noch schneller als in Mali. Beide Staaten "sind dabei zu scheitern". «*

[1] **bpb – Bundeszentrale für politische Bildung** (2021): https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/327266/burkina-faso [24.04.2021]

Abbildung: **Platz der Vereinten Nationen in Ouagadougou, Burkina Faso** | 2005 | Wikipedia / *Helge Fahrnberger* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Burkina Faso

Allgemeine Informationen

Bpb – Bundeszentrale für politische Bildung[1]

Innerstaatliche Konflikte – Burkina Faso

- **Gewalt durch verschiedene Gruppen.**

  » Die regionale Dimension terroristischer Gewalt ist besonders schwerwiegend für die aktuelle Konfliktsituation in Burkina Faso, da sich die radikal-islamistischen Gruppierungen oft ungehindert in der Region und über staatliche Grenzen hinwegbewegen können. Gewalt geht dabei jedoch nicht nur von den Gruppierungen selbst aus. Oft sind auch Regierungseinheiten und lokale Milizen an Übergriffen gegen Zivilisten beteiligt. «

- **Außergerichtliche Tötungen spielten radikalen Gruppen in die Hände.**

  » Die überforderte Regierung in der Hauptstadt Ouagadougou reagiert vor allem mit harschen Militärmaßnahmen. Menschenrechtsorganisationen gehen davon aus, dass mindestens 200 Menschen Opfer dieser außergerichtlichen Hinrichtungen geworden sind (Human Rights Watch 2020). In der Folge wächst in der ländlichen Bevölkerung das Misstrauen gegenüber den regierenden Eliten. Dies spielt den radikalen Islamisten in die Hände und begünstigt die Rekrutierung neuer Mitglieder. «

[1] **bpb – Bundeszentrale für politische Bildung** (2021): https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/327266/burkina-faso [24.04.2021]

Abbildung: **Parlament von Burkina Faso** | 2013 | Wikipedia / *Sputniktilt* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Burkina Faso

Amnesty International

Amnesty International[1]

Burkina Faso 2020

- **Innerstaatliche Konflikte.** Es gebe in Burkina Faso regelmäßig Angriffe von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen. Beispielsweise habe es im Juli 2020 einen Angriff eines bewaffneten Konvois gegeben, bei dem der Bürgermeister der Stadt Pensa sowie 10 weitere Personen getötet worden seien. Als Angreifer wird eine radikalislamische Gruppe vermutet. Einen Monat später sei eine muslimische Führungsperson entführt und getötet worden:

  » There were regular clashes between armed groups, and attacks against civilians were committed, often along ethnic lines, which could amount to war crimes. […] In July, the Mayor of Pensa and 10 others were killed following an ambush on their convoy between the towns of Barsalogho and Pensa in the Centre-North region, believed to be carried out by GSIM (Group for the Support of Islam and Muslims) members. One month later, El Hadj Souhaib Cissé, the leader of the Islamic community of Soum province, was abducted by gunmen while travelling to his home in Djibo. His body was found four days later on the outskirts of the city. «

- **Folter.** Am 11. Mai 2020 hätte es eine Razzia durch Sicherheitskräfte und „Freiwillige“ gegeben, bei denen 25 Menschen auf einem Markt in Kpentchangou festgenommen worden seien. Am nächsten Tag seien 12 davon tot in ihren Gefängniszellen aufgefunden worden. Die Polizei streitet eine Verantwortung ab. Aber Überlebende hätten berichtet, dass diese 12 Personen durch Schläge der Polizist·innen gestorben seien. Die Behörden hätten gesagt, dass sie den Vorfall untersuchen würden, allerdings habe es dazu bis Ende des Jahres keine weiteren Informationen gegeben:

  » On 11 May, gendarmes, accompanied by volunteers, arrested and detained at least 25 people at a market in Kpentchangou town in the Eastern region. The next morning, 12 of them were found dead in their cells at the Tanwalbougou gendarmerie post. The gendarmerie denied responsibility, but the survivors, who were released in June, said that the 12 men had died as a result of severe beatings by the gendarmes. The authorities said they would investigate the incident but no public information was available at the end of the year on the investigation. «

[1] **Amnesty International – Burkina Faso 2020**: https://www.amnesty.org/en/countries/africa/burkina-faso/report-burkina-faso/ [24.04.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» … «*

Abbildung: “**Making the Invisible Visible**”, Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Burkina Faso

Amnesty International

Amnesty International[1]

Burkina Faso 2020

- **Außergerichtliche Tötungen.** Im April seien 31 Personen bei einer Razzia einer Spezialeinheit getötet worden, welche möglicherweise als Kriegsverbrechen zu bezeichnen sind. Die Regierung kündigte Untersuchungen an. Allerdings habe die Öffentlichkeit danach nichts mehr darüber erfahren:

  » On 9 April in Djibo, 31 people were arrested and executed by members of the special unit force during a raid. Although the government announced an investigation into the killings, which could amount to war crimes, no further information on the investigation was made public. «

- **Recht auf Bildung.** Das Recht auf Bildung sei durch Angriffe und Drohungen von bewaffneten radikalislamischen Gruppen untergraben worden. Aufgrund der schlechten Sicherheitslage seien im April 2020 laut UNICEF 3.000 Schulen geschlossen gewesen:

  » The right to education was severely undermined as a result of armed attacks by GSIM and Islamic State of Greater Sahara members against primary and secondary schools; students and teachers were also frequently threatened with violence. The Ministry of Education said that 222 education workers had been "the victims of terrorist attacks" between January and April. According to UNICEF, around 3,000 schools were closed by April due to the security situation. «

- **Innerstaatliche Vertreibung.** Laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR seien etwa 1 Million Menschen aufgrund des innerstaatlichen Konflikts innerhalb des Landes vertrieben worden. Diese Vertriebenen und Flüchtlingscamps seien regelmäßig von verschiedenen Konfliktparteien angegriffen worden:

  » By August, according to UNHCR, 1 million people had been internally displaced by the conflict. Internally displaced people (IDP) and refugee camps were the targets of attacks by all parties to the conflict. «

- **Sicherheit von Journalist·innen.** Im Jänner sei ein Auto eines Journalisten angezündet worden, mutmaßlich um diesen wegen seiner Berichterstattung über Korruption einzuschüchtern:

  » In January, a car belonging to Yacouba Ladji Bama, an investigative journalist and editor of the Courrier Confidentiel, was set alight outside his home. Journalists' unions said the attack was intended to intimidate him for his work uncovering corruption and fraud. «

[1] **Amnesty International – Burkina Faso 2020**: https://www.amnesty.org/en/countries/africa/burkina-faso/report-burkina-faso/ [24.04.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» … «*

Abbildung: "**Making the Invisible Visible**", Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Abbildung: **Moais, Osterinsel, Chile** (UNESCO-Welterbe-Kandidat) | unsplash / *Sophie The Laya Yogis* | Lizenz: unsplash

Republik Chile

Rollenprofil | grundlegende Infos

Republik Chile

Allgemeine Informationen

Wikipedia [1]
Chile

» Chile (amtlich Republik Chile), ist ein Staat im Südwesten Südamerikas […].

Der moderne souveräne Staat Chile gehört zu den wirtschaftlich und sozial ***stabilsten und wohlhabendsten Ländern Südamerikas*** *mit einer einkommensstarken Wirtschaft und einem hohen Lebensstandard. Es führt die lateinamerikanischen Nationen in Bezug auf menschliche Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit, Pro-Kopf-Einkommen, Globalisierung, Friedenszustand, wirtschaftliche Freiheit und geringes Korruptionsempfinden an. Nach Einschätzung der Weltbank ist Chile ein Schwellenland mit einem Nettonationaleinkommen im oberen Mittelfeld.*

Es hat auch einen hohen regionalen Stellenwert in Bezug auf die Nachhaltigkeit des Staates und die demokratische Entwicklung. […] *Chile weist* ***nach Kanada die niedrigste Mordrate in Amerika*** *auf. Das Land ist Gründungsmitglied der Vereinten Nationen* […].

Amnesty International weist darauf hin, dass es im Zusammenhang mit Landstreitigkeiten immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen an Angehörigen der ***indigenen*** *Gruppe der Mapuche kommt.* […] *Im Jahr 2006 kam es zu Ausschreitungen der Polizei gegen Angehörige der Mapuche. Festgenommene gaben damals an, gefoltert worden zu sein.*

Chile erfüllt bis heute nicht alle Verpflichtungen, die es mit Unterzeichnung der UN- ***Antifolter-Konvention*** *eingegangen ist. Besonders gravierend ist die Situation in den oft überfüllten Gefängnissen, die nicht internationalen Standards gerecht wird.*

[…] *Eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen kam 2018 zu dem Ergebnis, dass in den Kinder- und Jugendheimen des Landes die* ***Menschenrechte der Kinder*** *systematisch verletzt werden. Mehr als 865 Minderjährige sind zwischen 2005 und 2016 unter staatlicher Obhut gestorben.*

Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte sowie das ***UN-Hochkommissariat für Menschenrechte*** *warfen in jeweils eigenen Berichten Chile vor, im Verlauf der Proteste in Chile 2019/2020 schwere Menschenrechts-verletzungen der Strafverfolgungs- und Justizvollzugsbehörden toleriert zu haben. «*

[1] **Wikipedia – Chile**: https://de.wikipedia.org/wiki/Chile [12.01.2022]
Abbildung: **Sebastián Piñera, Präsident von Chila (mit Schärpe)** | Wikimedia / *Government of Chile* | Lizenz: CC BY 3.0 CL
Abbildung: **Chile auf dem Globus** | Wikimedia / *Addicted04* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Republik Chile

Position: **Todesstrafe**

Vertretung der Republik Chile (2017)[1]

Beitrag zur Diskussion über die Anwendung der Todesstrafe

*» Chile schätzt die Fortschritte, die in Bezug auf ein Moratorium für die Anwendung der Todesstrafe erzielt wurden, was unserem **Weg zur weltweiten Abschaffung** Optimismus verleiht. Wenn wir diese Bewegung nachdrücklich unterstützen, dann deshalb, weil wir auch wissen, dass die Todesstrafe trotz der unternommenen Anstrengungen weiterhin in verschiedenen Teilen der Welt verhängt wird.*

*Chile ist davon überzeugt, dass die Todesstrafe nicht die behauptete **abschreckende Wirkung** und daher keinen Platz in der modernen Kriminalitätspolitik hat. Es gibt viele andere Maßnahmen, die Staaten ergreifen können, um Kriminalität zu verhindern und zur Sicherheit der Bürger beizutragen. Andererseits ist die Rechtsprechung nicht unfehlbar und die Todesstrafe erlaubt keine Entschädigung für **Justizirrtümer**.*

Chile […] *hält es für äußerst wichtig, die Probleme im Zusammenhang mit der Anwendung der Todesstrafe anzusprechen, die in einigen Fällen **Folter*** […] *darstellen könnte.* […]

*Der **Mangel an Daten** über die Zahl der Hinrichtungen oder Personen im Todestrakt behindert die Debatte über die Abschaffung der Todesstrafe.*

Sowohl in der UN-Generalversammlung als auch in früheren Sitzungen des UN-Menschenrechtsrates wurden […] *verschiedene **wirksame Wege zur Verbrechensbekämpfung** aufgezeigt, ohne auf die Todesstrafe zurückzugreifen.* […]

*Chile unterstützt seit langem Aktionen der Reflexion, Sensibilisierung, Bildung und des Dialogs innerhalb der Vereinten Nationen und auf regionaler Ebene. Wir bekräftigen die **Bereitschaft unseres Landes zur Zusammenarbeit** im Erfahrungsaustausch und zur Zusammenarbeit, um dieses Ziel zu erreichen. Wir danken den Diskussionsteilnehmern dafür, dass sie sich weiterhin der Abschaffung der Todesstrafe widmen.*

Vielen Dank. «

[1] **Vertretung der Republik Chile** (übersetzt aus dem Spanischen, 2017): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/13/SP/4047_31_3f0bd2a2_3e83_4268_bc4e_9f56d10a3660.docx [13.01.2022]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Republik Chile

Position: **Todesstrafe**

Vertretung der Republik Chile (2019)[1]
Beitrag zur Diskussion über die Anwendung der Todesstrafe

» Frau Präsidentin, Frau Hochkommissarin für Menschenrechte, Exzellenzen,

Ich habe die Ehre, diese Erklärung im Namen einer ***Gruppe von Ländern*** [Lateinamerikas] *abzugeben, die sich aus Argentinien, Brasilien, Mexiko, Panama, Paraguay, Uruguay und meinem Land, Chile, zusammensetzt.*

Wir danken den Diskussionsteilnehmern und sprechen dem Generalsekretär und dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte unsere ***Anerkennung*** *für ihre Führungsrolle bei der weltweiten Abschaffung der Todesstrafe aus.* […]

Wir bekräftigen die Bedeutung des Schutzes des ***Rechts auf Leben*** *und die Unversehrtheit aller Menschen* […]. *Wie in dieser Diskussion ausgeführt wurde, trifft die Todesstrafe hauptsächlich Menschen in Armut oder Schutzbedürftigkeit, unter* ***ungleichen Bedingungen*** *in Bezug auf den Zugang zur Justiz und Rechtsverteidigung und in vielen Fällen auf der Grundlage offen* ***diskriminierender*** *Gründe oder Kriterien.*

Wir ***lehnen die Anwendung der Todesstrafe ab****, egal für welche Person und in welchem Zusammenhang. Aber ganz besonders fordern wir, dass diese Sanktion nicht in Bezug auf* ***Minderjährige****,* ***Schwangere*** *oder Menschen mit geistiger oder geistiger* ***Behinderung*** *angewendet wird; noch dass sie gegen Menschen aufgrund ihrer* ***politischen*** *oder* ***religiösen*** *Überzeugung,* ***ethnischen*** *Minderheiten und aus Gründen der* ***sexuellen Orientierung*** *und Geschlechtsidentität von Menschen.*

Trotz der unternommenen Anstrengungen wissen wir, dass die Zahl der Hinrichtungen weltweit zugenommen hat. Wir fordern alle Länder, die diese Sanktion aufrechterhalten, auf, zu garantieren, dass ihre Verhängung nicht auf diskriminierenden Gesetzen beruht und gegen die Menschenrechte verstößt und nicht für Verhaltensweisen verhängt wird, die als ***Apostasie*** [Wechsel der Religion]*,* ***Gotteslästerung****,* ***Ehebruch*** *und einvernehmliche* ***sexuelle Beziehungen*** *zwischen Menschen des gleichen Geschlechts eingestuft werden.*

Vielen Dank. «

[1] **Vertretung der Republik Chile** (übersetzt aus dem Spanischen, 2019):
https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/29/SP/18575_39_4df88735_6842_45fa_bd4a_81305fefdd54.docx [13.01.2022]
Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Republik Chile

Position: **Todesstrafe**

Chile war bis 1990 selbst noch eine Militärdiktatur, in der zahlreiche Personen gefoltert und hingerichtet wurden, weil sie andere politische Ansichten vertraten. Eines dieser Folteropfer ist Michelle Batchelet. Sie floh vor der Diktatur nach Deutschland und studierte in Berlin Medizin. Später kehrte sie nach Chile zurück und wurde schließlich Präsidentin von Chile. 2018 wurde sie zur UN-Hochkommissarin für Menschenrechte berufen.

Auszüge aus dem folgenden Artikel skizzieren die Zeit der Militärdiktatur und ihre Folgen.

Deutschlandfunk (2014)[1]
Der lange Schatten einer blutigen Epoche

*» Der chilenische Präsident **Salvador Allende** am 11.September 1973: Das Militär hat gegen seine Regierung geputscht. Allende spricht aus dem Präsidentenpalast „La Moneda“ in Santiago, in dem er sich verschanzt hat. Während das Gebäude von Flugzeugen bombardiert wird, wendet sich der Präsident in einer Radioansprache an sein Volk. Niemals werde er abtreten, den Putschisten das Feld überlassen.*

*Stunden später ist Salvador Allende tot. Der Sozialist begeht im Präsidentenpalast Selbstmord, kommt damit wohl seiner Erschießung durch die Schergen der Militärjunta zuvor. 17 Jahre, bis 1990 stand danach General Augusto Pinochet an der Spitze der **Diktatur in Chile**. Eine Zeit, die sich tief eingebrannt hat in das Bewusstsein des Landes, eine Zeit, die bis heute kaum verarbeitet wurde. Chiles sozialistische Präsidentin Michelle Bachelet will das nun ändern* […]

*Die Pinochet-Diktatur in Chile zählte zu den blutigsten in Südamerika. Fachleute schätzen, dass **rund 3.200 Regimegegner getötet**, und fast 40.000 von den Schergen der Junta gefoltert und misshandelt wurden. Von vielen Opfern fehlt bis heute jede Spur. Die Präsidentin setzt darauf, Licht in diese dunkle Epoche des Landes zu bringen.*

Seit gut sechs Monaten steht Michelle Bachelet als Präsidentin an der Spitze Chiles. […] *„Noch immer suchen wir nach der Wahrheit. Bis heute ist es uns nicht gelungen herauszufinden, **wie viele exekutiert** und wo sie verscharrt wurden. Wir müssen die Wahrheit herausfinden.“ «*

[1] **Deutschlandfunk** (2014): https://www.deutschlandfunk.de/aufarbeitung-in-chile-der-lange-schatten-einer-blutigen-100.html [13.01.2022] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Deutschlandfunk (DLF) ist* […] *eines der nationalen Hörfunkprogramme des Deutschlandradios.«*
Abbildung: ***Porträts von Opfern der Militärdiktatur im Museum der Erinnerung und Menschenrechte, Santiago, Chile*** | 2017 | Wikipedia / *CARLOS TEIXIDOR CADENAS* | Lizenz: CC BY-SA 4.0

Republik Chile

Amnesty International

Amnesty International (2020)[1]
Länderbericht Chile

*» Ende 2019 befand sich das Land in der **schwersten Menschenrechtskrise seit dem Ende des Regimes von General Augusto Pinochet**. Von Mitte Oktober an gab es Massendemonstrationen, deren Auslöser eine Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr war. Die zumeist friedlichen Proteste richteten sich gegen die extreme wirtschaftliche und soziale Ungleichheit im Land. Die Demonstrierenden forderten eine gerechtere Gesellschaft, in der die Rechte auf Gesundheit, Wasser, Bildung und soziale Absicherung durch den Staat garantiert werden. Die Sicherheitskräfte gingen mit extremer Repression gegen die Proteste vor und versuchten, ihr gewaltsames Vorgehen mit der Behauptung zu rechtfertigen, dies sei notwendig, um öffentliche Einrichtungen und Privateigentum vor Beschädigung und Vandalismus zu schützen.* […]

*Im Zuge der Proteste wurden **Menschenrechtsverteidiger**_innen, die Erste Hilfe leisteten, verprügelt und durch Gummigeschosse verletzt. Außerdem erhielten engagierte Personen Drohungen. Die Behörden behinderten Rechtsbeistände und medizinisches Personal mehrfach bei der Arbeit, indem sie den Zugang zu Polizeiwachen, Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen verwehrten.*[…]

*Als Reaktion auf die Unruhen einigten sich alle im Parlament vertretenen Parteien darauf, eine **neue Verfassung** ausarbeiten zu lassen.* […]

*Bezüglich anderer drängender Fragen, wie die Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen, die Straflosigkeit für Verbrechen aus der Zeit der Militärregierung, die Kriminalisierung der indigenen Bevölkerungsgruppe der Mapuche und mangelnder Umweltschutz, gab es 2019 **keine substanziellen Fortschritte**.“* […]

*Die Behörden wandten nach wie vor ein **umstrittenes Antiterrorgesetz gegen Angehörige der Mapuche** an, während das Parlament weiterhin ergebnislos über eine Reform des Gesetzes diskutierte. Der Oberste Gerichtshof hob jedoch im Fall Norín Catrimán die Entscheidung eines chilenischen Gerichts auf, das 2002 acht Mapuche wegen Terrorismus verurteilt hatte. «*

[1] **Amnesty International** (2020): https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/chile-chile-2019 [15.01.2022] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » *Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*
Abbildung: “**Making the Invisible Visible**”, Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Abbildung: **die große Mauer bei Jinshanling, China** (UNESCO-Welterbe) | Wikimedia / *Severin.stalder* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Volksrepublik China

Rollenprofil | grundlegende Infos

Volksrepublik China

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]

Volksrepublik China

» Die Volksrepublik China, allgemein als China bezeichnet, ist ein Staat in Ostasien. Mit rund 1,4 Milliarden Einwohnern stellt China das bevölkerungsreichste und gemessen an seiner Gesamtfläche das viertgrößte Land der Erde dar. Gemäß ihrer sozialistischen Verfassung steht die Volksrepublik China „unter der ***demokratischen Diktatur des Volkes“****, wird jedoch von Beginn an durchgehend allein von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) autoritär bis totalitär regiert.*

Die Volksrepublik wurde am 1. Oktober 1949 nach dem Sturz der Republik China im chinesischen Bürgerkrieg von Mao Zedong ausgerufen. […] *Erst nach Maos Tod entwickelte sich China auf Grundlage einer vorsichtigen Reform- und Öffnungspolitik ab 1978 zu einer wirtschaftlichen und technologischen* ***Großmacht.*** *Von der Weltbank wird das Land seit 2016 zu den Staaten mit einem Einkommensniveau im oberen Mittelfeld gerechnet. Im Durchschnitt wuchs die chinesische Wirtschaftskraft von 2000 bis einschließlich 2019 jährlich um 8,9 %.* […] *Seit der Machtübernahme durch den* ***Obersten Führer Xi Jinping*** *im Jahre 2012 macht die Volksrepublik laut Beobachtern jedoch wieder Rückschritte bei der sozialen und wirtschaftlichen Freiheit und tritt zunehmend ideologischer sowie auch* ***international aggressiver*** *auf.* […]

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch werfen der Volksrepublik zahlreiche Verletzungen grundlegender ***Menschenrechte*** *vor. Besonders seit dem Massaker vom 4. Juni 1989 auf dem Tian’anmen-Platz wird die Menschenrechtslage in der Volksrepublik China kritisiert.*

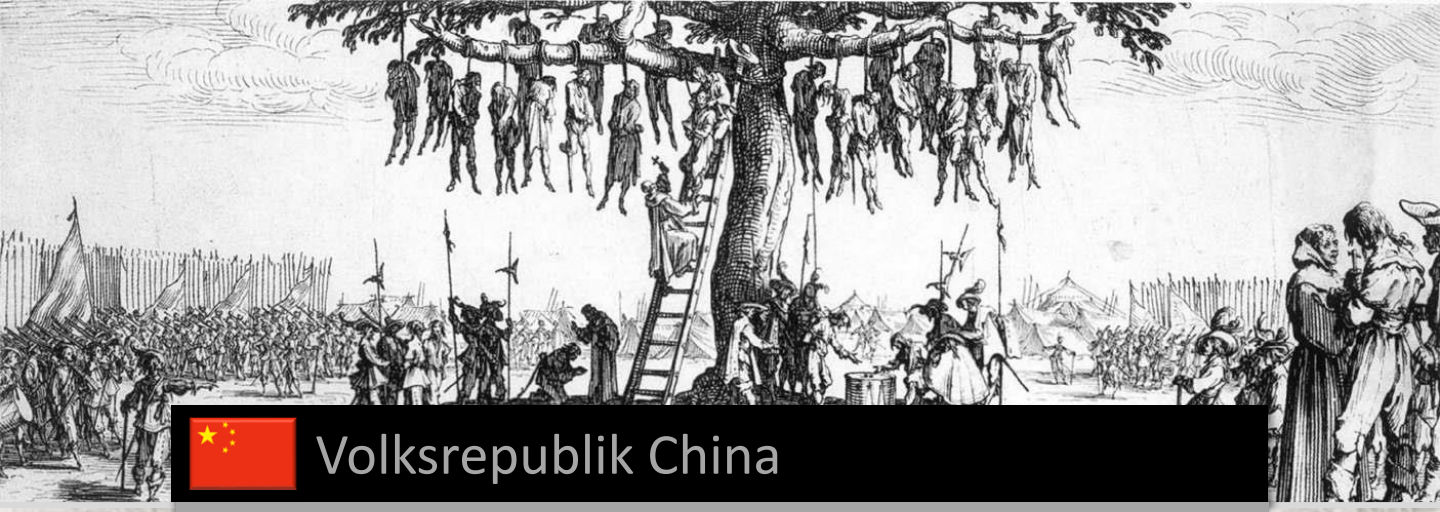
Mit tausenden Hinrichtungen ist die Volksrepublik China weltweit das Land, in dem die Todesstrafe am häufigsten vollzogen wird. Die genauen Zahlen lassen sich nur schätzen, da die konkrete Zahl der ***Hinrichtungen ein Staatsgeheimnis*** *ist.*

Formell hat die chinesische Regierung die ***Menschenrechtskonventionen*** *der Vereinten Nationen größtenteils ratifiziert. Laut Artikel 33 Absatz 3 der chinesischen Verfassung von 2004 „respektiert und gewährleistet der Staat die Menschenrechte“. Nach chinesischer Lesart verleiht und schützt der Staat die Menschenrechte, die aber nicht gegen die Interessen anderer Bürger und dem Staat gerichtet sein dürfen.*

[…] *Als bevölkerungsreichstes Land der Erde* […] *und wachsende Volkswirtschaft strebt China verstärkt nach Mitwirkung in allen bedeutenden weltpolitischen Fragen und verfolgt dabei* ***selbstbewusst*** *seine nationalen Interessen. «*

[1] **Wikipedia – China**: https://de.wikipedia.org/wiki/Volksrepublik_China [17.05.2021]

Abbildung: **Xi Jinping - Staatspräsident der Volksrepublik China** | 2017 | Wikimedia / *www.kremlin.ru* | Lizenz: CC BY 4.0
Abbildung: **Globus:** Orthographic map of China | Wikimedia / *Addicted04* | Lizenz: CC BY-SA 3.0



Volksrepublik China

Position: **Todesstrafe**

Deutschlandfunk[1]

Organentnahme an politischen Häftlingen in China?

- **Befragung von Zeug·innen.**

  » Zeugenbefragungen und Aussagen von Experten – zweimal im vergangenen Jahr hat das sogenannte China-Tribunal in London versucht, Beweise zu sammeln, unter anderem wurden Mitglieder der Falun-Gong-Sekte befragt, oder von Minderheiten in der Volksrepublik China wie zum Beispiel Uiguren. Eine Angehörige der Falun-Gong-Sekte berichtete über Video-Zuschaltung, sie sei in ein Lager gebracht worden, dort habe man ihr Unmengen an Medikamenten verabreicht. Für eine Organentnahme kam sie dann doch nicht infrage und überlebte deswegen – andere nicht. „Die Frauen haben sich erzählt, dass hier Organe entnommen werden, um sie für Spenden bereitzustellen. Das würde hier stattfinden. Aus unserer Zelle wurden viele Frauen abgeführt. Sie kamen nie wieder zurück. Ich weiß nicht, was aus ihnen wurde.“ «

- **„China-Tribunal“ sei Menschenrechtsorganisation.**

  » Hinter dem China-Tribunal steht eine internationale Vereinigung von Menschenrechtsanwälten. Sie möchte aufklären, was in China wirklich passiert. «

- **Auffälliger Unterschied zwischen entnommenen und transplantierten Organen.**

  » Experten zufolge gibt es eine auffällige Diskrepanz zwischen der offiziellen Zahl von 10.000 Organentnahmen, die die chinesische Regierung meldet – und den Berichten der Krankenhäuser, wonach bis zu 100.000 Organe pro Jahr entnommen werden. Wer sind die Spender der Organe? «

- **Vorwurf der Tötung für die Organentnahme.**

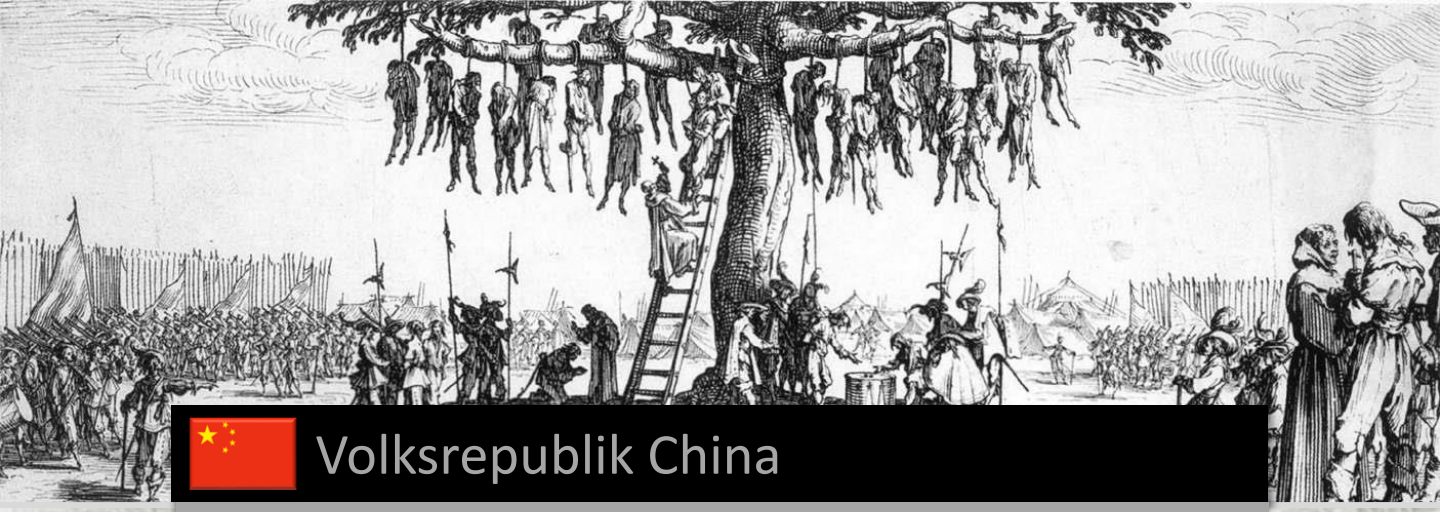
  » Dass in China Hingerichteten Organe entnommen werden oder wurden, war bekannt. Jetzt geht das Tribunal also der unfassbaren Frage nach, in welchem Umfang politische Häftlinge umgebracht werden, um ihnen die Organe zu entnehmen. […] diese Vorwürfe könnten einem Horrorfilm entspringen. Andere sprechen von Massenmord. «

- **Chinesische Regierung sei bei der Aufklärung unkooperativ.**

  » Die Regierung Chinas habe sich bisher der Aufklärung verweigert. Peking erkennt den internationalen Strafgerichtshof nicht an und eine Untersuchung durch die UNO kann die chinesische Regierung […] verhindern. Folgen könnte der Bericht aber zum Beispiel dafür haben, dass britische Krankenhäuser keine menschlichen Organe mehr aus China importieren sollen. Außerdem sollen Patienten aus dem Westen davon abgehalten werden, nach China zu reisen, um dort ein Organ implantiert zu bekommen. «

[1] **Deutschlandfunk** (2019): https://www.deutschlandfunk.de/bericht-organentnahme-an-politischen-haeftlingen-in-china.1773.de.html?dram:article_id=451530 [17.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *“Deutschlandfunk (DLF) ist […] eines der nationalen Hörfunkprogramme des Deutschlandradios.“*

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Volksrepublik China

Position: **Todesstrafe**

Chinesisches Außenministerium (2016)[1]
Tägliche Pressekonferenz

- **Aufforderung zur Veröffentlichung von Todesurteilen ignoriert.** Amnesty International habe kürzlich einen Bericht zur Todesstrafe herausgebracht und China aufgefordert, die Anzahl der Hinrichtungen zu veröffentlichen. Die Reaktion des Sprechers des chinesischen Außenministeriums: *„Die von ihnen erwähnte Organisation macht oft parteiische oder verzerrte Äußerungen über China. Wir haben kein Interesse, dies zu kommentieren."*

Chinesisches Außenministerium (2020)[2]
Tägliche Pressekonferenz

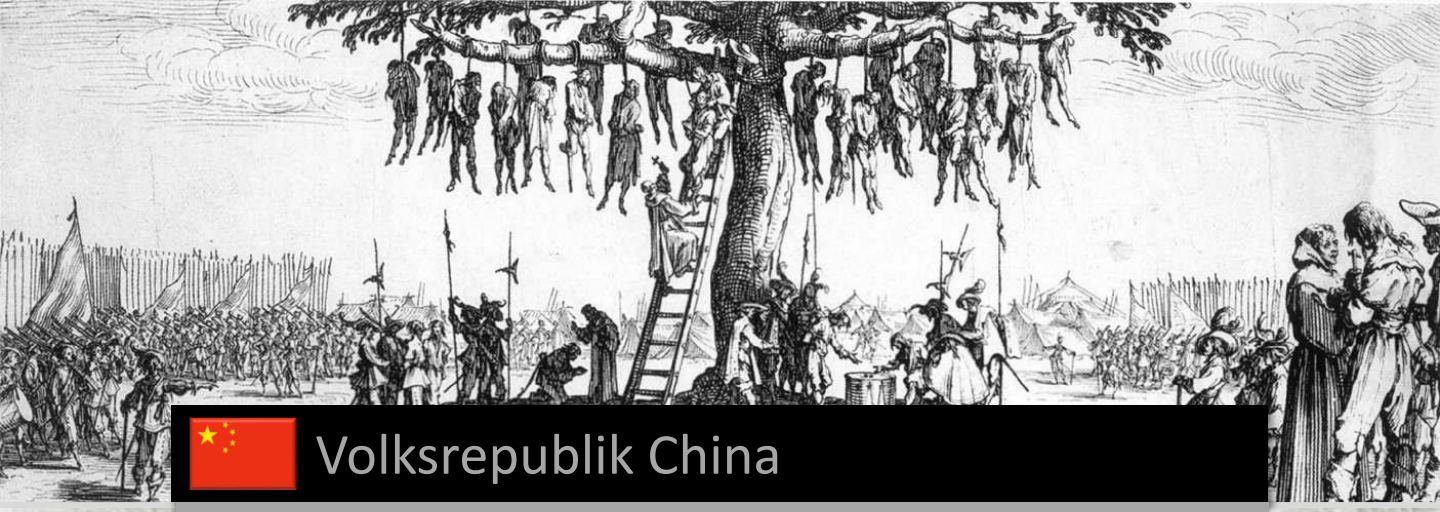
- **Todesstrafe als Abschreckung bei Drogendelikten.** Drogenkriminalität werde auf der ganzen Welt als schweres Verbrechen betrachtet. Die Todesstrafe bei Drogenkriminalität helfe, solche Verbrechen zu verhindern und abzuschrecken. Die chinesische Justiz behalte die Todesstrafe, aber kontrolliere die Anwendung streng.

S. 46

China Daily (2018)[3]
Nation moves to limit use of capital punishment

- **Anzahl der Hinrichtungen geheim.** Die Anzahl der Hinrichtungen jedes Jahr werde nicht veröffentlicht.
- **Justizirrtum bei Hinrichtung von Nie Shubin.** Zhou Guangquan sei Professor für Strafrecht an der chinesischen Tsinghua-Universität. Er zitiere oft den Fall von Nie Shubin als Beispiel. Dieser sei 1995 im Alter von 21 Jahren hingerichtet worden, nachdem er der Vergewaltigung und des Mordes schuldig gesprochen wurde. 2016 hob das chinesische Höchstgericht jedoch die Verurteilung auf und erklärte ihn nachträglich für unschuldig, da die damaligen Beweise angezweifelt wurden. Zudem habe 2013 ein Mann namens Wang Shujin gestanden, die Tat begangen zu haben, für die Nie Shubin hingerichtet wurde.
- **Professor Zhou: Todesstrafe seltener einsetzen!** Fälle wie der von Nie würden zeigen, dass die Todesstrafe nur sehr umsichtig und kontrolliert eingesetzt werden sollte, so Professor Zhou. Denn der Verlust eines jungen Lebens und das Leiden seiner Familie seien zu verheerend, als dass es ausreichend wäre, nur seine nachträglich Verurteilung aufzuheben.

[1] **Außenministerium – China** (2016): https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/xwfw_665399/s2510_665401/2511_665403/t1353604.shtml [23.05.2021]
[2] **Außenministerium – China** (2020): https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/xwfw_665399/s2510_665401/t1789003.shtml [23.05.2021]
[3] **China Daily** (2018): http://www.chinadaily.com.cn/a/201812/03/WS5c048f30a310eff30328e9e0.html [22.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » China Daily ist die erste und größte englischsprachige Tageszeitung in der Volksrepublik China. China Daily wurde am 1. Juni 1981 gegründet und befindet sich in staatlicher Hand. Sie ist damit kein offizielles Organ der Kommunistischen Partei Chinas, gilt aber als „Quasi-Partei-Zeitung". «
Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Volksrepublik China

Position: **Todesstrafe**

China Daily (2018)[1]

Nation moves to limit use of capital punishment

- **Verpflichtende Überprüfung des Höchstgerichts.** 2007 habe es eine wichtige Veränderung gegeben. Seitdem müsse jedes Todesurteil vom Obersten Gerichtshof bestätigt werden. Dies sei ein wichtiger Schritt gewesen, um die Anwendung der Todesstrafe zu reduzieren.
- **Weitere Reduzierung von Straftaten für Todesstrafe erwartet.** Professor Mo und Professor Zhou seien optimistisch, dass die Anzahl der Straftaten, für die die Todesstrafe verhängt wird, weiter verringert werde, insbesondere bei nichtgewaltätigen Verbrechen.
- **China entspricht globalem Trend.** Die Abschaffung der Todesstrafe für manche Straftaten entspreche dem weltweiten Trend, von der Todesstrafe eher Abstand zu nehmen.
- **hochwertige statt schnelle Gerichtsverfahren.** Es sei erfreulich, dass bei Gerichtsprozessen in China immer mehr auf Qualität statt Schnelligkeit geachtet werde.
- **über 75-jährige.** Mit einer Gesetzesänderung im Jahr 2011 sei es nicht mehr gestattet, über 75-jährige hinzurichten.
- **Giftspritze statt Erschießen.** Rechtsanwalt Xu sagt, es sei erfreulich, dass für Hinrichtungen die tödliche Spritze angewandt werde. Diese Hinrichtungsart sei humaner als das Erschießen.
- **Menschenrechtsschutz.** Professor Mo sage, all diese Maßnahmen zeigten die Entschiedenheit Chinas, die Menschenrechten zu schützen.
- **Argumente gegen Todesstrafe.** Professor Zhou sage, es sei nicht möglich, eine Hinrichtung rückgängig zu machen, wenn sich im Nachhinein herausstelle, dass es auf einem Fehlurteil beruhe. Drakonische Strafen würden auch nicht abschreckend wirken und die Gesellschaft auch nicht sicherer machen.
- **Todesstrafe nicht für alle Verbrechen abschaffen.** All diese Expert·innen sagen, dass die Kontrolle und umsichtige Anwendung der Todesstrafe in Zukunft weiter ausgebaut werde. Insbesondere bei nicht gewaltätigen Verbrechen und Wirtschaftskriminalität. Jedoch könne sich das Tempo der Veränderung verlangsamen. Professor Zhou sagt, es sei derzeit nicht praktisch, die Todesstrafe für alle Verbrechen abzuschaffen, auch wenn dies schon viele europäische Länder getan hätten.

[1] **China Daily** (2018): http://www.chinadaily.com.cn/a/201812/03/WS5c048f30a310eff30328e9e0.html [22.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » China Daily ist die erste und größte englischsprachige Tageszeitung in der Volksrepublik China. China Daily wurde am 1. Juni 1981 gegründet und befindet sich in staatlicher Hand. Sie ist damit kein offizielles Organ der Kommunistischen Partei Chinas, gilt aber als „Quasi-Partei-Zeitung“. «

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **die große Mauer bei Jinshanling, China** (UNESCO-Welterbe) | Wikimedia / *Severin.stalder* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Volksrepublik China

Rollenprofil | vertiefende Infos

Volksrepublik China

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung[1]

Rolle und Verständnis des chinesischen Staates

- **Ablehnung des westlichen Demokratiemodells.**

  » Knapp 40 Jahre nach Beginn der Reform- und Öffnungspolitik lehnt die chinesische Regierung die "westliche Demokratie" als ein für China sowie andere Entwicklungs- und Schwellenländer untaugliches Ordnungsmodell ab. Aktuelle Erschütterungen demokratischen Regierens in den USA, Großbritannien und vielen Ländern der EU werden als Beleg dafür angeführt, dass traditionelle westliche Demokratien den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht gewachsen seien. «

- **„Der chinesische Weg".**

  » China müsse einen eigenständigen Weg der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung beschreiten «

- **autoritärer Staat.**

  » Die Kommunistische Partei Chinas (KPC) […] hält […] unverändert an ihrem Machtmonopol fest, lässt keine unabhängigen politischen Kontrollinstanzen oder politische Konkurrenz zu und unterdrückt organisierte oppositionelle Aktivitäten. Es handelt sich bei der VR China deshalb eindeutig um ein nicht liberales, autoritäres Regierungssystem «

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung[2]

Volksrepublik China - Charakteristika des politischen Systems

- **1989 – gewaltsame Niederschlagung der Demokratiebewegung.**

  » In der städtischen Protestbewegung von 1989 wurden die Begriffe "Demokratie und Menschenrechte" zu politischen Losungen, mit denen erst die Studierenden, später bis zu zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger ihre Ablehnung von politischer Willkür und zugleich ihre Sehnsucht nach größeren Freiheitsräumen zum Ausdruck brachten. Das chinesische Militär schlug unter Einsatz von Schusswaffen und Panzern in der Nacht zum 4. Juni 1989 die Protestbewegung nieder. Landesweit wurden Zehntausende, die an der Kundgebung teilgenommen hatten, verhaftet, Tausende zu Haftstrafen und Dutzende zum Tode verurteilt. Die Unterdrückung der Protestbewegung von 1989 kennzeichnet einen Wendepunkt in der politischen Entwicklung Chinas. «

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2020): https://www.bpb.de/internationales/asien/china/322033/rolle-und-verstaendnis-des-chinesischen-staates [17.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken."*

[2] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2018): https://www.bpb.de/internationales/asien/china/44270/charakteristika-des-politischen-systems [17.05.2021]

Abbildung: **Pudong, Shanghai** | unsplash.com / *Adi Constantin* | Lizenz: unsplash

Volksrepublik China

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung[1]

Volksrepublik China - Charakteristika des politischen Systems

- **„Charta 08“ – Forderung nach Demokratisierung.**

  » Zum Internationalen Tag der Menschenrechte im Dezember 2008 veröffentlichten rund 300 Intellektuelle im Internet ein Bürgerrechtsmanifest unter dem Titel "Charta 08" und forderten zur Unterzeichnung durch weitere Unterstützer auf. Die "Charta 08" war ein Angebot und Versuch, das politische System der Volksrepublik gemeinsam mit aufgeschlossenen Kräften innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas schrittweise zu demokratisieren. «

- **Menschenrechtler inhaftiert.**

  » Einer der Initiatoren der Charta – der Schriftsteller und Bürgerrechtler Liu Xiaobo – wurde daraufhin in China zu elf Jahren Haft verurteilt. Als ihm 2010 das Nobelkomitee in Oslo den Friedensnobelpreis verlieh, blieb während der Zeremonie demonstrativ ein Stuhl frei, weil weder Liu Xiaobo noch seine Ehefrau oder ein anderer Bevollmächtigter den Preis persönlich annehmen durften. «

- **2011 Furcht, dass arabischer Frühling auf China überspringen könnte.**

  » Als 2011 – in Anlehnung an die vorangegangenen Systemumstürze in Nordafrika – vage Anspielungen auf eine chinesische "Jasmin-Revolution" im Internet kursierten, nahmen Chinas Sicherheitsorgane in mehreren Städten politische Aktivisten fest oder stellten sie unter Hausarrest, obwohl hinter den chinesischen "Jasmin"- Aktivitäten weder eine Organisation noch eine feste Agenda erkennbar waren «

- **Menschenrechtssituation verschlechtere sich.**

  » Die Partei sichert sich mit Gewalt ein Monopol auf die Wahrheit. Wer widerspricht, verschwindet. "Die harte Wahrheit lautet: China bewegt sich in der Wahrung grundlegender Rechte in erschreckender Weise rückwärts", sagt Sophie Richardson von der Organisation Human Rights Watch. «

- **Kommunistische Partei bekämpfe jede Konkurrenz.**

  » Mit […] allen bisherigen Verlautbarungen stellte Xi Jinping klar, dass nur die KPC das Land durch das 21. Jahrhundert führen kann und alle Ansätze zur Unterminierung der Parteiherrschaft oder zu westlich-demokratischer Evolution entschlossen bekämpft werden. «

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2018): https://www.bpb.de/internationales/asien/china/44270/charakteristika-des-politischen-systems [17.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“*

Abbildung: **Straßenszene in Shanghai**, China | unsplash / *Hanny Naibaho* | Lizenz: unsplash

Volksrepublik China

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung[1]

Volksrepublik China - Charakteristika des politischen Systems

- **„der chinesische Traum“ – zurück zu alter Größe.**

  » Xi Jinping erwähnte den "chinesischen Traum" erstmals bei einem Besuch im Chinesischen Nationalmuseum im November 2012. Dort definierte er in als das große Wiederaufblühen der chinesischen Nation". Damit knüpfte er an frühere Motive der Geschichtsschreibung der KPC an, laut derer China im 19. und in Teilen des 20. Jahrhunderts vom Westen gedemütigt wurde. Mit seinem wirtschaftlichen Aufstieg kann das Land nun unter der Führung der Partei "wiederaufblühen" und seinen "rechtmäßigen Platz" in der Welt einnehmen. «

- **Die kommunistische Partei könne sich im Amt halten, solange es wirtschaftlich bergauf gehe.**

  » die Herrschaftslegitimation der KPC ist an das Versprechen gekoppelt, gesellschaftlichen Wohlstand und soziale Stabilität zu gewährleisten. «

- **Keine Gewaltenteilung.**

  » Die KPC durchdringt den Staat auf allen Ebenen: Als Staatspartei, die nicht in Konkurrenz zu anderen Parteien tritt und nicht von diesen abgelöst werden kann. (…) De facto steht die KPC über der Verfassung und über dem Volk: Die Partei, nicht das Volk, ist der Souverän im Staat. (…) Es gibt keine gerichtlichen Instanzen wie etwa ein Verfassungsgericht, um die [in der Verfassung] *zugesicherten Rechte einzuklagen. «*

- **Chinas Herrschaftsmodell als Konkurrenz zu westlichen Demokratien.**

  » Was aber geschieht, wenn es der chinesischen Parteiführung gelingt, die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und technologische Innovationskraft Chinas wie geplant bis 2025, 2035 und 2049 in mehreren Stufen beständig zu steigern und zugleich die innenpolitische Stabilität zu sichern und die weltweite Präsenz Chinas weiter auszubauen? Dann werden sich die bislang wirtschaftlich und technologisch dominierenden marktwirtschaftlichen Demokratien voraussichtlich einem Systemwettbewerb stellen müssen: Das von wirtschaftlicher Globalisierung und digitaler Transformation angetriebene, staatlich gelenkte, autoritäre Politik-, Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell Chinas könnte dann weltweit demokratische Ordnungsprinzipien in Zweifel ziehen und als Alternativmodell für das Regieren im 21. Jahrhundert womöglich wachsende Zustimmung finden «

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2018): https://www.bpb.de/internationales/asien/china/44270/charakteristika-des-politischen-systems [17.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“*

Abbildung: **Eingang zur verbotenen Stadt**, Peking, China (UNESCO-Weltkulturerbe) | 2014 | *Ekrem Canli* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Volksrepublik China

Amnesty International

Amnesty International[1]

Menschenrechte in China 2019

- **Todesstrafe Staatsgeheimnis.**

  » Die Menschenrechtslage in China war auch 2019 davon geprägt, dass die Behörden abweichende Meinungen systematisch und massiv unterdrückten. Das Justizwesen war weiterhin durch unfaire Prozesse sowie Folter und andere Misshandlungen in der Haft gekennzeichnet. China stufte Informationen über die massenhafte Anwendung der Todesstrafe nach wie vor als Staatsgeheimnis ein. «

- **Unterdrückung von Minderheiten.**

  *» In der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang und in den von Tibeter*innen bewohnten Landesteilen war die Repression weiterhin besonders stark und wurde unter dem Vorwand der Bekämpfung von „Separatismus" oder „Terrorismus" vorangetrieben. In Xinjiang wurden Uigur*innen, Kasach*innen und andere überwiegend muslimische Bevölkerungsgruppen Opfer weitreichender Überwachung, willkürlicher Inhaftierung und Zwangsindoktrination. «*

- **Unterdrückung von NGOs und Menschenrechtsverteidiger*innen.**

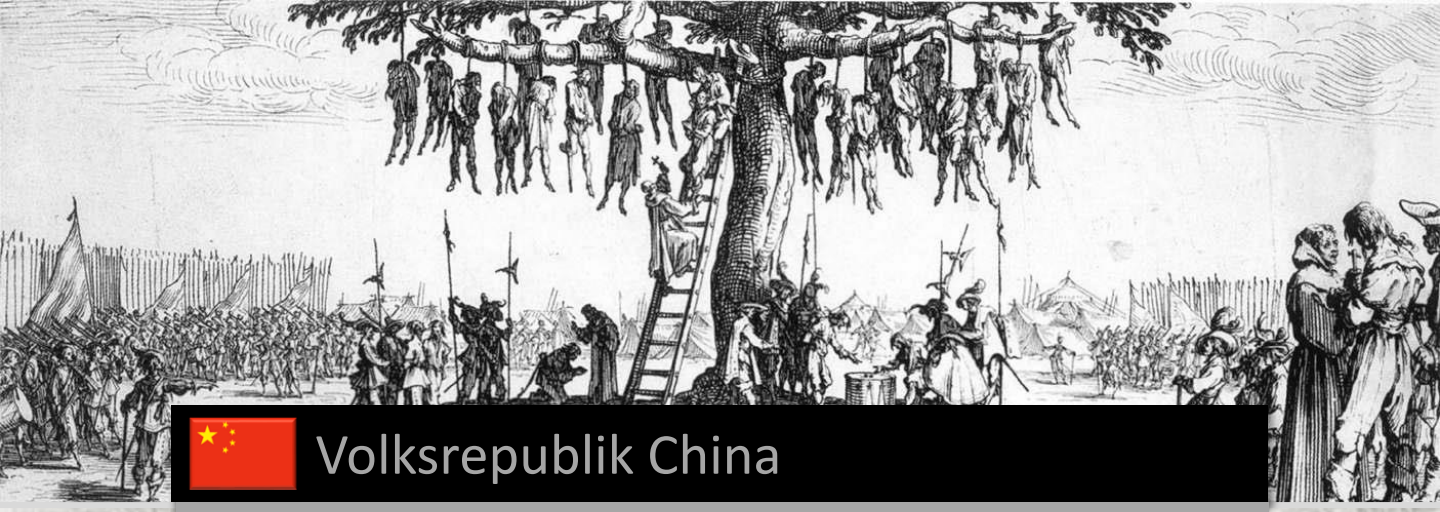
  *» Die Regierung ging weiterhin gegen Menschenrechtsverteidiger*innen und unabhängige Nichtregierungsorganisationen vor, indem sie diese einschüchterte, schikanierte, strafrechtlich verfolgte und deren Wohnungen und Büros durchsuchen ließ. Familienangehörige von Menschenrechtsverteidiger*innen wurden von der Polizei beschattet, drangsaliert, inhaftiert oder in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. […] Viele politisch engagierte Bürger*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen wurden nach wie vor auf Grundlage vager und viel zu weit gefasster Anklagen wie „Untergrabung der staatlichen Ordnung", „Anstiftung zur Untergrabung der staatlichen Ordnung" oder „Streitsucht und Unruhestiftung" strafrechtlich verfolgt. «*

- **Meinungsfreiheit - Internet**

  *» Sämtliche Medien unterlagen einer strikten staatlichen Zensur – von Druckerzeugnissen bis hin zu Computerspielen. […] Im Januar berichteten chinesische Twitter-Nutzer*innen, sie seien ermahnt, bedroht oder festgenommen worden, weil sie die Plattform genutzt hatten, die in China offiziell verboten ist. «*

[1] **Amnesty International** (2020): https://www.amnesty.de/jahresbericht/2019/vereinigte-staaten-von-amerika-vereinigte-staaten-von-amerika#section-11114738 [14.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

Abbildung: "**Making the Invisible Visible**", Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0



Volksrepublik China

Position: **Todesstrafe**

Chinesisches Außenministerium (2016)[1]

Tägliche Pressekonferenz

- **Aufforderung zur Veröffentlichung von Todesurteilen ignoriert.** Amnesty International habe kürzlich einen Bericht zur Todesstrafe herausgebracht und China aufgefordert, die Anzahl der Hinrichtungen zu veröffentlichen. Die Reaktion des Sprechers des chinesischen Außenministeriums: „Die von ihnen erwähnte Organisation macht oft parteiische oder verzerrte Äußerungen über China. Wir haben kein Interesse, dies zu kommentieren."

  » Q: Amnesty International has just released a report on death penalty worldwide, asking China to disclose the number of execution in the country. Have you read the report, and do you have any comment? A: The organization you mentioned often makes partial or even biased remarks on China. We have no interest in making comments on that. «

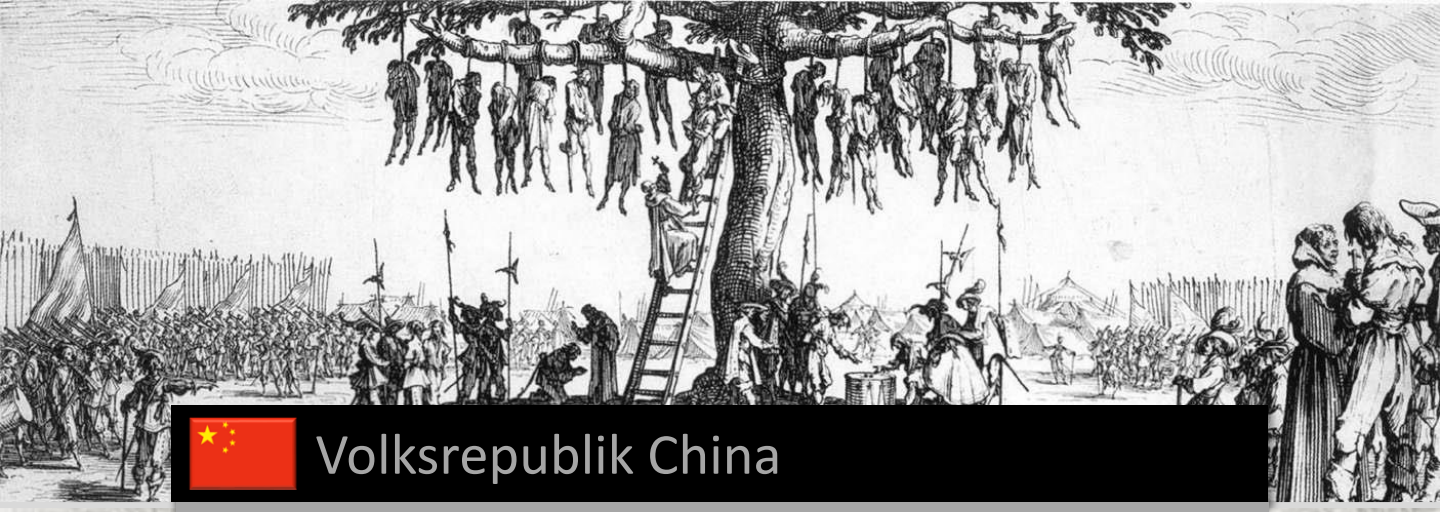
Chinesisches Außenministerium (2020)[2]

Tägliche Pressekonferenz

- **Todesstrafe als Abschreckung bei Drogendelikten.** Drogenkriminalität werde auf der ganzen Welt als schweres Verbrechen betrachtet. Die Todesstrafe bei Drogenkriminalität werde helfen, solche Verbrechen zu verhindern und abzuschrecken. Die chinesische Justiz behalte die Todesstrafe und kontrolliere ihre Anwendung streng.

  » drug-related crimes are considered serious crimes worldwide. Chinese law retains death sentence and controls its application strictly. Death sentence for drug-related crimes that are extremely dangerous will help deter and prevent such crimes. «

[1] **Außenministerium – China** (2016): https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/xwfw_665399/s2510_665401/2511_665403/t1353604.shtml [23.05.2021]
[2] **Außenministerium – China** (2020): https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/xwfw_665399/s2510_665401/t1789003.shtml [23.05.2021]
Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Volksrepublik China

Position: **Todesstrafe**

Chinesische Botschaft, Berlin (2010)[1]

Todesstrafe: Antrag auf Aufhebung stößt auf Widerstand im Nationalen Volkskongress

- **Hohe Hinrichtungsrate in China.**

  » Einigen anderen Abgeordneten zufolge muss die Einschränkung der Todesstrafe "nicht unbedingt eine Aufhebung" der Todesstrafe bedeuten. "Unser Augenmerk sollte auf der Verbesserung der Kontrolle von Geldern und der Eindämmung von Wirtschaftsverbrechen liegen", meint Shi Taifeng, ebenfalls Abgeordneter. Eine "ineffektive Kontrolle" der Todesstrafe hätte zu der hohen Hinrichtungsrate in China beigetragen. «

- **Todesstrafe, um Bevölkerung zu befriedigen.**

  » "Harte Strafen müssen erteilt werden, damit der Unmut der Öffentlichkeit über Wirtschaftsverbrechen gemildert wird, die meistens hohe Geldbeträge involvieren und negative soziale Effekte ausüben", so Cong. «

- **Todesstrafe notwendig für Abschreckung.**

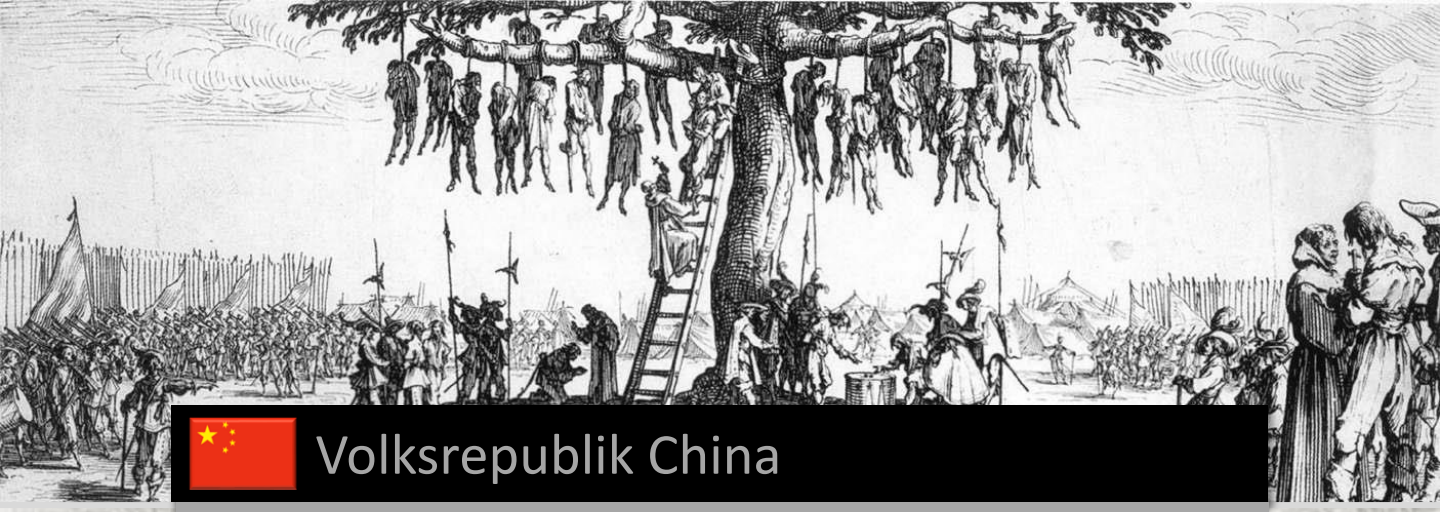
  » Angesichts dessen, dass China sich in einer Zeit des Wandels mit einer steigenden Anzahl an sozialen Konflikten befinde, sei die Todesstrafe nötig, um Verbrecher abzuschrecken, meint er. «

- **Abschreckung durch Todesstrafe fraglich.**

  » Allerdings argumentierten Experten, dass der "Abschreckungseffekt übertrieben wird". Das blinde Vertrauen auf die Todesstrafe resultiere in eine hoher Hinrichtungsrate, so Liu Wenren, Experte für Strafrecht bei der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, gegenüber China Daily. «

[1] **chinesische Botschaft, Berlin** (2010): http://de.china-embassy.org/det/zgyw/t736127.htm [23.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Volksrepublik China

Position: **Todesstrafe**

China Daily[1]

Nation moves to limit use of capital punishment (2018)

- **Todesstrafe seit 40 Jahren immer mehr eingeschränkt.** In den 40 Jahren seit der beginnenden Reform- und Öffnungspolitik [unter Deng Xiaoping] habe China die Todesstrafe immer mehr eingeschränkt, obwohl diese früher als Grundpfeiler gegolten habe, um Verbrecher·innen abzuschrecken und die öffentliche Ordnung zu garantieren.

  » In the 40 years since China adopted the reform and opening-up policy, the country has moved to gradually limit the use of the death penalty, a punishment that was once seen as a cornerstone in the fight to deter offenders and maintain public order. «

- **Justizirrtümer verhindern.** Expert·innen sagen, dass die Abkehr von der Todesstrafe zum Teil in der wachsenden wirtschaftlichen Stärke begründet sei, aber auch um unumkehrbare Fehler durch Justizirrtümer zu verhindern.

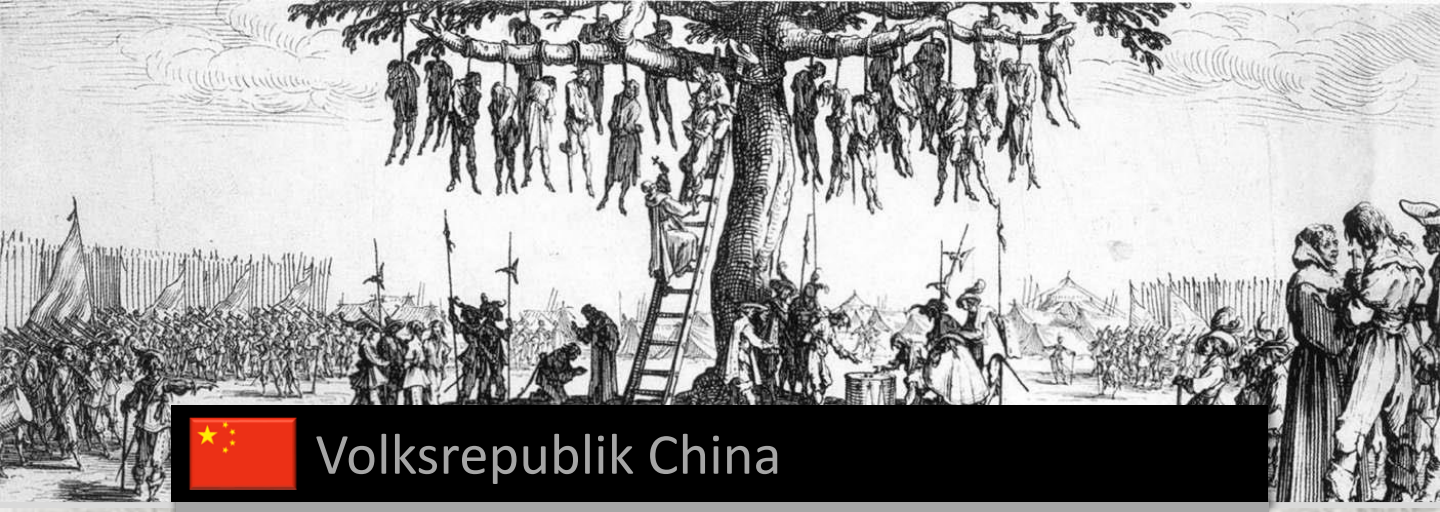
  » Experts say the move away from capital punishment is partly a result of the nation's growing economic strength, but is also motivated by a desire to prevent irreversible miscarriages of justice. «

- **Justizirrtum bei Hinrichtung von Nie Shubin.** Zhou Guangquan sei Professor für Strafrecht an der chinesischen Tsinghua-Universität. Er zitiere oft den Fall von Nie Shubin als Beispiel. Dieser sei 1995 im Alter von 21 Jahren hingerichtet worden, nachdem er der Vergewaltigung und des Mordes schuldig gesprochen wurde. 2016 hob das chinesische Höchstgericht jedoch die Verurteilung auf und erklärte ihn nachträglich für unschuldig, da die damaligen Beweise angezweifelt wurden. Zudem habe 2013 ein Mann namens Wang Shujin gestanden, die Tat begangen zu haben, für die Nie Shubin hingerichtet wurde.

  » Zhou Guangquan, a professor of criminal law at Tsinghua University in Beijing, often uses the case of Nie Shubin as an example. In 1995, Nie was executed at the age of 21 after being convicted of raping and killing a woman in Hebei province. In 2016, however, the Supreme People's Court, China's top court, quashed Nie's conviction and pronounced him not guilty posthumously after ruling that the evidence presented at his trial had been obtained illegally and could not guarantee a flawless conviction. Moreover, in 2013, during a trial at Handan Intermediate People's Court in Hebei, a man named Wang Shujin confessed to the crimes that led to Nie's execution.«

[1] **China Daily** (2018): http://www.chinadaily.com.cn/a/201812/03/WS5c048f30a310eff30328e9e0.html [22.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » China Daily ist die erste und größte englischsprachige Tageszeitung in der Volksrepublik China. China Daily wurde am 1. Juni 1981 gegründet und befindet sich in staatlicher Hand. Sie ist damit kein offizielles Organ der Kommunistischen Partei Chinas, gilt aber als „Quasi-Partei-Zeitung“. «

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Volksrepublik China

Position: **Todesstrafe**

China Daily[1]

Nation moves to limit use of capital punishment (2018)

- **Professor Zhou: Todesstrafe seltener einsetzen!** Fälle wie der von Nie würden zeigen, dass die Todesstrafe nur sehr umsichtig und kontrolliert eingesetzt werden sollte, so Professor Zhou. Denn der Verlust eines jungen Lebens und das Leiden seiner Familie seien zu verheerend, als dass es ausreichend wäre, nur seine nachträglich Verurteilung aufzuheben.

  » Cases such as Nie's demonstrate that the death penalty must be used in a prudent and controlled fashion, according to Zhou. […] *"It was a signal that capital punishment would be used less frequently in China," he said, adding that the loss of a young life and the anguish suffered by Nie's family "was too devastating to be erased by simply overturning the conviction". «*

- **Zeichen für Einschränkung der Todesstrafe.** 2013 habe das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Chinas das erste mal die „umsichtige Anwendung“ der Todesstrafe auf nationaler Ebene erwähnt. Dies sei ein Zeichen für den Wunsch, die Todesstrafe einzuschränken.

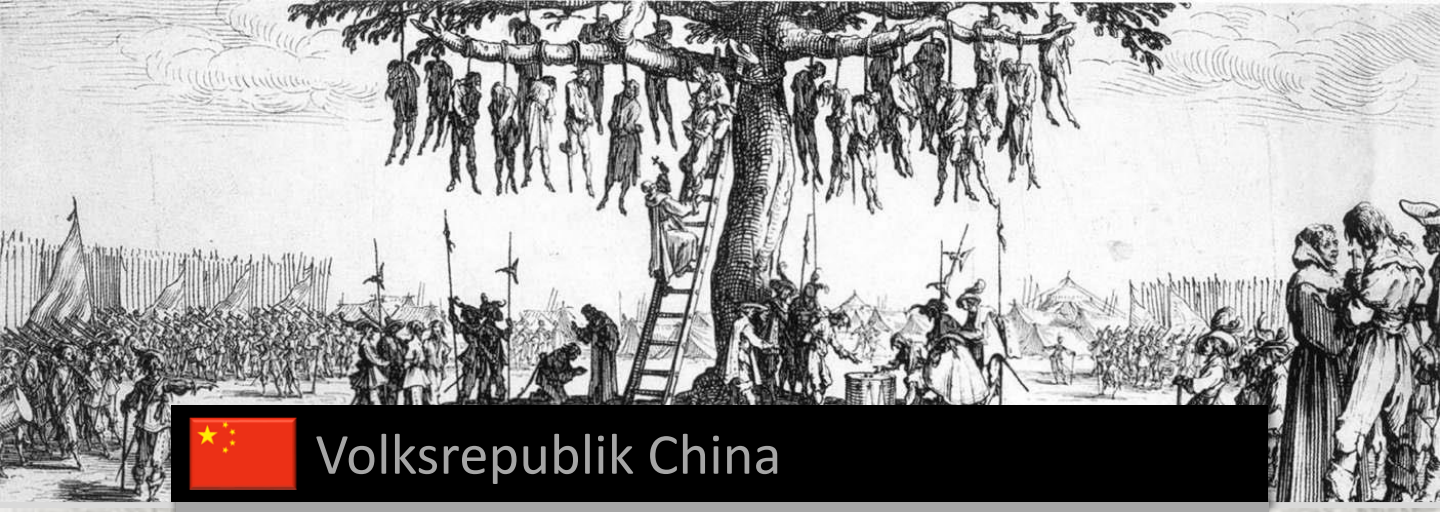
  » Cases such as Nie's demonstrate that the death penalty must be used in a prudent and controlled fashion, according to Zhou, who was pleased to see greater restrictions on its use written into a report issued at the Third Plenary Session of the 18th Central Committee of the Communist Party of China in 2013. […] Mo Hongxian, a professor of law at Wuhan University, Hubei province, who has focused on the use of the death penalty since 1997, said the report was probably the first time the prudent application of capital punishment had been mentioned in a national-level document. "It can be regarded as a display of firm support for the drive to limit the use of the death penalty in the past two decades," she said. «

- **Verpflichtende Überprüfung des Höchstgerichts.** 2007 habe es eine wichtige Veränderung gegeben. Seitdem müsse jedes Todesurteil vom Obersten Gerichtshof bestätigt werden. Dies sei ein wichtiger Schritt gewesen, um die Anwendung der Todesstrafe zu reduzieren.

  » A key move in 2007 saw the Supreme People's Court being given the power of final arbitration over the use of capital punishment, meaning it has to approve all death sentences passed by lower-level courts. […] *Mo, the law professor, regards the 2007 decision to give the Supreme People's Court the final say on executions as a major contribution to limiting the use of capital punishment. «*

[1] **China Daily** (2018): http://www.chinadaily.com.cn/a/201812/03/WS5c048f30a310eff30328e9e0.html [22.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » China Daily ist die erste und größte englischsprachige Tageszeitung in der Volksrepublik China. China Daily wurde am 1. Juni 1981 gegründet und befindet sich in staatlicher Hand. Sie ist damit kein offizielles Organ der Kommunistischen Partei Chinas, gilt aber als „Quasi-Partei-Zeitung“. «

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Volksrepublik China

Position: **Todesstrafe**

China Daily[1]

Nation moves to limit use of capital punishment (2018)

- **Professor Mo: China lege Wert auf Menschenrechtsschutz.** All diese Maßnahmen zeigten die Entschiedenheit Chinas, die Menschenrechten zu schützen.

  » "These measures illustrate the country's determination to protect human rights" said Mo, who was born in 1954 and has witnessed all 40 years of reform and opening-up. «

- **Reduzierung von Straftaten für Todesstrafe entspreche globalem Trend.** Die Abschaffung der Todesstrafe für manche Straftaten entspreche dem weltweiten Trend, von der Todesstrafe eher Abstand zu nehmen.

  » She added that the changes were a direct result of China's rapid economic development, stronger management of public security and the public's growing legal awareness, and noted that the abolition of the death penalty for a growing number of crimes is in line with global trends. «

- **Weitere Reduzierung von Straftaten für Todesstrafe erwartet.** Professor Mo und Professor Zhou seien optimistisch, dass die Anzahl der Straftaten, für die die Todesstrafe verhängt wird, weiter verringert werde, insbesondere bei nichtgewaltätigen Verbrechen.

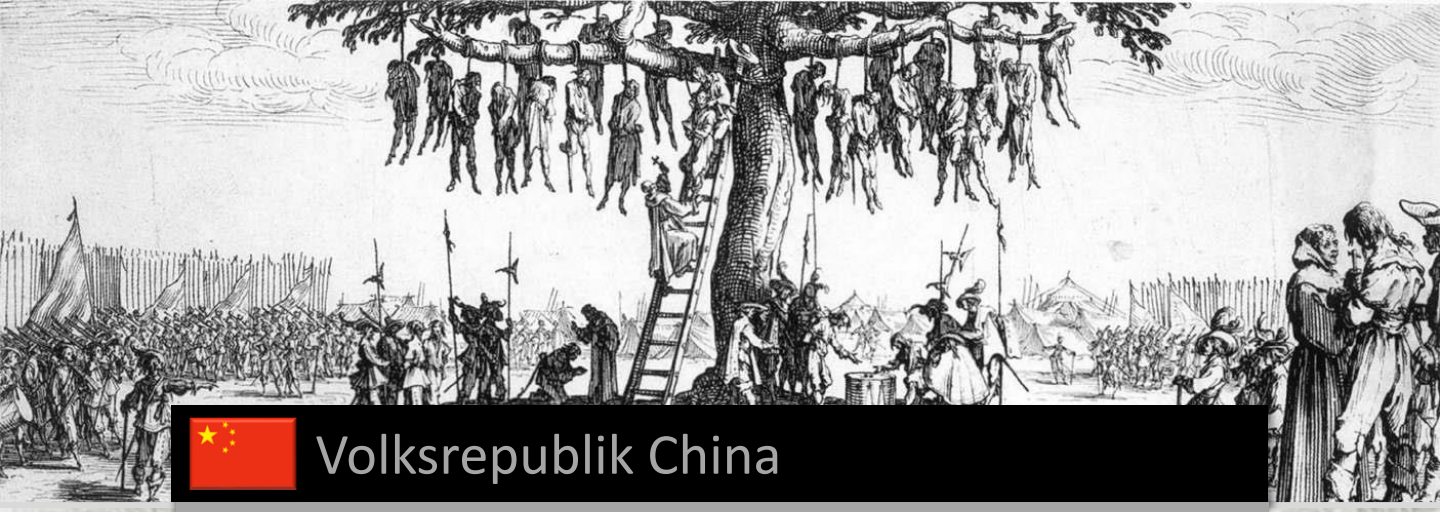
  » both Mo and Zhou are optimistic about further reductions in the use of capital punishment for a wide range of nonviolent crimes. «

- **Anzahl der Hinrichtungen geheim.** Die Anzahl der Hinrichtungen jedes Jahr werde nicht veröffentlicht.

  » the number of people sentenced to death every year is never disclosed «

[1] **China Daily** (2018): http://www.chinadaily.com.cn/a/201812/03/WS5c048f30a310eff30328e9e0.html [22.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » China Daily ist die erste und größte englischsprachige Tageszeitung in der Volksrepublik China. China Daily wurde am 1. Juni 1981 gegründet und befindet sich in staatlicher Hand. Sie ist damit kein offizielles Organ der Kommunistischen Partei Chinas, gilt aber als „Quasi-Partei-Zeitung“. «

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Volksrepublik China

Position: **Todesstrafe**

China Daily[1]

Nation moves to limit use of capital punishment (2018)

- **Todesstrafe als Antwort auf steigende Kriminalität.** In den 1980er und 1990er Jahren seien sehr viele Menschen in China vom Land in die Städte gezogen. Dies habe die Verwaltung überfordert. Verbrechen hätten zugenommen. Als Antwort habe die Regierung versucht, strengere Strafen einzuführen, die abschreckend wirken sollten. Die Anwendung der Todesstrafe sei auf über 40 Straftaten ausgedehnt worden.

  » In the 1980s and early '90s, the government believed that harsh penalties would act as a deterrent and maintain public security. According to Hu Yunteng, a senior judge at the Supreme People's Court, from 1982 to 1996, rural people flooded into China's big cities, seeking job opportunities in the rapidly diversifying market. However, the nation's urban management systems could not keep pace with the changes, let alone solve them. The changes also resulted in a rise in criminal activity, especially financial offenses, that harmed public security and threw the fledgling market into disarray. In response, the government tried to solve the problem by adding more than 100 new crimes to the statute books, imposing harsher punishments and extending the death penalty to 40 more crimes, he said. «

- **Beweise damals mangelhaft.** Damals seien im Justizsystem strenge Strafen bevorzugt worden. Man habe es aber vernachlässigt, genau darauf zu achten, dass die Beweise ausreichend waren und korrekt gesammelt wurden.

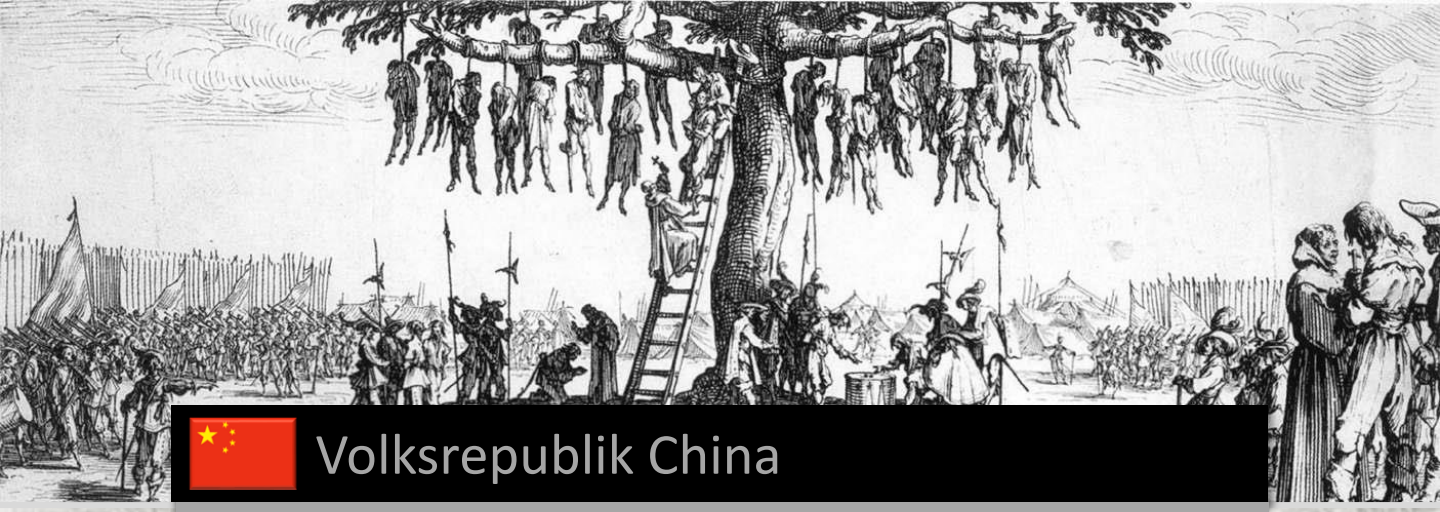
  » In 1983, sentences ranging from five years to death —often referred to as "tougher penalties" —accounted for about 50 percent of convictions. Meanwhile, provincial-level courts had the right to impose the death penalty, especially when ruling on crimes such as intentional homicide (the crime of murder does not exist in Chinese law), rape, robbery, bombing and drug-related offenses, Hu said. "At the time, the judicial system preferred tougher punishments and placed great emphasis on efficient solving of cases, so we were not strict enough in ensuring that evidence was relevant and correctly obtained," he said. «

- **hochwertige statt schnelle Gerichtsverfahren.** Es sei erfreulich, dass bei Gerichtsprozessen immer mehr auf Qualität statt Schnelligkeit geachtet werde.

  » "It's pleasing to see quality highlighted in the handling of criminal cases rather than speed," he said, adding that it demonstrates great progress in the rule of law. «

[1] **China Daily** (2018): http://www.chinadaily.com.cn/a/201812/03/WS5c048f30a310eff30328e9e0.html [22.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » China Daily ist die erste und größte englischsprachige Tageszeitung in der Volksrepublik China. China Daily wurde am 1. Juni 1981 gegründet und befindet sich in staatlicher Hand. Sie ist damit kein offizielles Organ der Kommunistischen Partei Chinas, gilt aber als „Quasi-Partei-Zeitung“. «

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Volksrepublik China

Position: **Todesstrafe**

China Daily[1]

Nation moves to limit use of capital punishment (2018)

- **Sinkende Kriminalität nach wirtschaftlichem Aufschwung.** Mit dem großen wirtschaftlichen Aufschwung sei auch die Anzahl der Raubüberfälle und anderer Verbrechen reduziert worden. Dies habe die öffentliche Sicherheit erhöht und lasse den selteneren Einsatz der Todesstrafe zu.

  » Economic growth accelerated after China further opened up in the late 1990s, causing the number of robberies and other crimes to fall and allowing rapid improvements in public security. The developments helped China to better integrate with the outside world and also prompted changes in the use of the death penalty. «

- **Rechtsanwalt: Todesstrafe nicht für Wirtschaftskriminalität.** Der Rechtsanwalt Xu Hao meint, dass die Todesstrafe insbesondere für Wirtschaftskriminalität unangemessen sei. Früher seien die Menschen so arm gewesen, dass Diebstahl dazu geführt haben könne, dass bspw. ein Kind verhungert. Doch heute seien die Menschen nicht mehr derart mittellos. Wirtschaftskriminalität habe nicht mehr so gravierende Konsequenzen und müsse deshalb nicht mehr so hart bestraft werden.

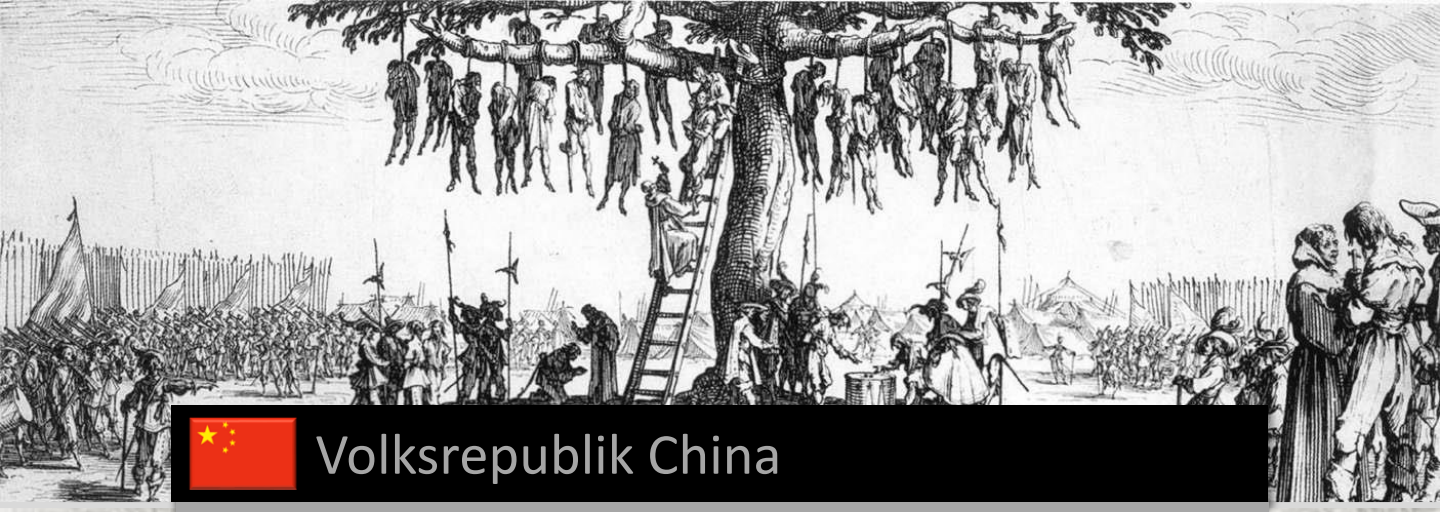
  » "The death penalty for financial misconduct was not equitable to the crime. After all, life is the most precious thing, and capital punishment is irreversible," said Xu Hao, a criminal lawyer at the Jingshi Law Firm in Beijing. "With China's rapid economic development, more people have better lives. Before, a child might starve to death if its family's savings or grain were stolen. But nowadays few people face such a situation if their property is damaged." «

- **Weniger „Harte Strafen“ in China.** 1983 seien etwa 50 % aller Verurteilungen „harte Strafen“ von 5 Jahren oder mehr bis hin zur Todesstrafe gewesen. Im Jahr 2005 seien nur noch 18 % aller Strafen solche „harten Strafen“ gewesen. Dies sei eine Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit in China.

  » In 1983, sentences ranging from five years to death —often referred to as "tougher penalties" —accounted for about 50 percent of convictions. […] Hu, from the top court, praised the reduction in the use of capital punishment, saying "scientific penalties" better protect human rights. In 2005, for example, the so-called tougher penalties accounted for just 18 percent of all sentences handed down. "It was an improvement in the rule of law," he added. «

[1] **China Daily** (2018): http://www.chinadaily.com.cn/a/201812/03/WS5c048f30a310eff30328e9e0.html [22.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » China Daily ist die erste und größte englischsprachige Tageszeitung in der Volksrepublik China. China Daily wurde am 1. Juni 1981 gegründet und befindet sich in staatlicher Hand. Sie ist damit kein offizielles Organ der Kommunistischen Partei Chinas, gilt aber als „Quasi-Partei-Zeitung“. «

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Volksrepublik China

Position: **Todesstrafe**

China Daily[1]

Nation moves to limit use of capital punishment (2018)

- **Hinrichtung nicht für über 75-jährige.** Mit einer Gesetzesänderung im Jahr 2011 sei es nicht mehr gestattet, über 75-jährige hinzurichten.

  » Moreover, under the amended law, it was no longer permissible to execute offenders age 75 and older. «

- **Professor Zhou: Argumente gegen Todesstrafe.** Professor Zhou sage, es sei nicht möglich, eine Hinrichtung rückgängig zu machen, wenn sich im Nachhinein herausstelle, dass es auf einem Fehlurteil beruhe. Drakonische Strafen würden auch nicht abschreckend wirken und die Gesellschaft auch nicht sicherer machen.

  » Zhou, the law professor, was also in favor of greater leniency. "It isn't possible to reverse an execution if errors are discovered in investigations or trials," he said. "Severe punishments do not act as a deterrent, let alone help to build a safer society." «

- **Professor Zhou: bessere, nicht härtere Strafen.** Professor Zhou meint, es brauche nicht schwerere Strafen, sondern bessere. Beispielsweise habe man Menschen, die illegal Spenden eintreiben, in der Vergangenheit zum Tode verurteilt. Jetzt bekämen sie eine lebenslängliche Freiheitsstrafe. Dies sei ausreichend, da sie durch ihre Haftstrafe ja auch daran gehindert würden, wieder illegal Spenden zu sammeln.

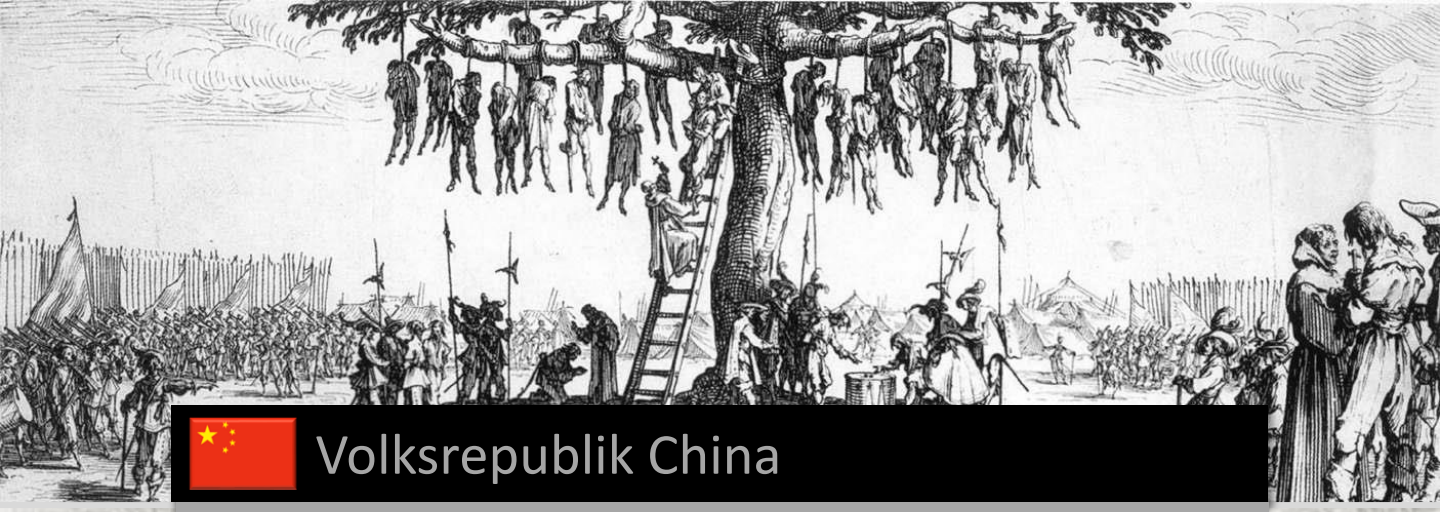
  » In Zhou's view, a good judgment consists of a flawless conviction and an appropriate punishment: "In other words, not heavier, but better." For example, illegal fundraisers could be sentenced to death in the past, but now the heaviest punishment they face is life imprisonment. "Spending their lives behind bars is enough for such offenders, and they have lost the opportunity to raise funds illegally again so I think the aim of the punishment is effective," Zhou said, dismissing concerns voiced by some legal professionals who believe that lenient punishments pose a potential risk to public security. «

- **Giftspritze statt Erschießen.** Rechtsanwalt Xu sagt, es sei erfreulich, dass für Hinrichtungen die tödliche Spritze angewandt werde. Diese Hinrichtungsart sei humaner als das Erschießen.

  » Xu, the lawyer in Beijing, said the use of lethal injection for executions is also a sign of progress. "It is more humane compared with execution by firing squad," he added. «

[1] **China Daily** (2018): http://www.chinadaily.com.cn/a/201812/03/WS5c048f30a310eff30328e9e0.html [22.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » China Daily ist die erste und größte englischsprachige Tageszeitung in der Volksrepublik China. China Daily wurde am 1. Juni 1981 gegründet und befindet sich in staatlicher Hand. Sie ist damit kein offizielles Organ der Kommunistischen Partei Chinas, gilt aber als „Quasi-Partei-Zeitung“. «

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Volksrepublik China

Position: **Todesstrafe**

China Daily[1]

Nation moves to limit use of capital punishment (2018)

- **Todesstrafe nicht für alle Verbrechen abschaffen.** All diese Expert·innen sagen, dass die Kontrolle und umsichtige Anwendung der Todesstrafe in Zukunft weiter ausgebaut werde. Insbesondere bei nicht gewaltätigen Verbrechen und Wirtschaftskriminalität. Jedoch könne sich das Tempo der Veränderung verlangsamen. Professor Zhou sagt, es sei derzeit nicht praktisch, die Todesstrafe für alle Verbrechen abzuschaffen, auch wenn dies schon viele europäische Länder getan hätten.

  » All the experts said the control and prudent application of the death penalty will be strengthened further in future, with fewer nonviolent or financial crimes coming under its remit. "However, the pace of change may slow," Zhou said, adding that it is currently not practical to abolish the death penalty for all crimes, even though some European countries have already done so. «

- **Bewusstseinsbildung notwendig vor Abschaffung der Todesstrafe.** Die gänzliche Abschaffung der Todesstrafe brauche noch mehr Zeit und Bewusstseinsbildung. Die Idee „ein Leben für ein Leben“ sei noch tief verwurzelt im Verstand vieler Menschen, insbesondere bei Gewaltverbrechen wie Vergewaltigung oder Mord [vergleiche die Bibelstelle: *„Ihr dürft niemand aus Mitleid verschonen. Stets gilt der Grundsatz: Leben für Leben, Auge für Auge, Zahn für Zahn, Hand für Hand, Fuß für Fuß.“*[2]]. Deshalb müsse sich das Bewusstsein ändern, bevor die Todesstrafe gänzlich abgeschafft werden könne.

  » Xu said: "Complete abolition would require both the country and the people's legal awareness to become more refined, which will take time. There is still a long way to go.“ As an example, he pointed out that the idea of "a life for a life" is still deeply rooted in many people's minds, especially with regard to violent offenses such as rape or intentional homicide, so perceptions would have to develop before far-reaching changes could be enforced. «

[1] **China Daily** (2018): http://www.chinadaily.com.cn/a/201812/03/WS5c048f30a310eff30328e9e0.html [22.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » China Daily ist die erste und größte englischsprachige Tageszeitung in der Volksrepublik China. China Daily wurde am 1. Juni 1981 gegründet und befindet sich in staatlicher Hand. Sie ist damit kein offizielles Organ der Kommunistischen Partei Chinas, gilt aber als „Quasi-Partei-Zeitung“. «

[2] **Bibel**: https://www.die-bibel.de/bibeln/online-bibeln/lesen/GNB/DEU.20/Deuteronomium-20 [23.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » Als Bibel (altgriechisch βιβλία biblia ‚Bücher‘) oder (Die) Heilige Schrift bezeichnet man die wichtigste religiöse Textsammlung im Judentum wie auch im Christentum. Sie gilt Gläubigen als göttlich inspiriert, mindestens aber als orientierender Maßstab. «

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Taj Mahal, Indien** (UNESCO-Welterbe) | unsplash.com / *Julian Yu* | Lizenz: unsplash

Republik Indien

Rollenprofil | grundlegende Infos

Republik Indien

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]
Indien

» Indien ist ein Staat in Südasien, der den größten Teil des indischen Subkontinents umfasst. […] *Der indische Staat ist mit über 1,393 Milliarden Einwohnern (Mai 2020) nach der Volksrepublik China (1,4 Mrd. Ende 2018) das zweitbevölkerungsreichste Land der Erde und somit die* ***bevölkerungsreichste Demokratie der Welt****.* […]

Laut dem Index der menschlichen Entwicklung (HDI) erreicht Indien den Status „mittlere menschliche Entwicklung" und lag im Jahr 2019 auf Rang 129 von 189 weltweit (im Vergleich VR China auf Rang 85). Wirtschaftlich gilt Indien als ***Schwellenland.*** […]

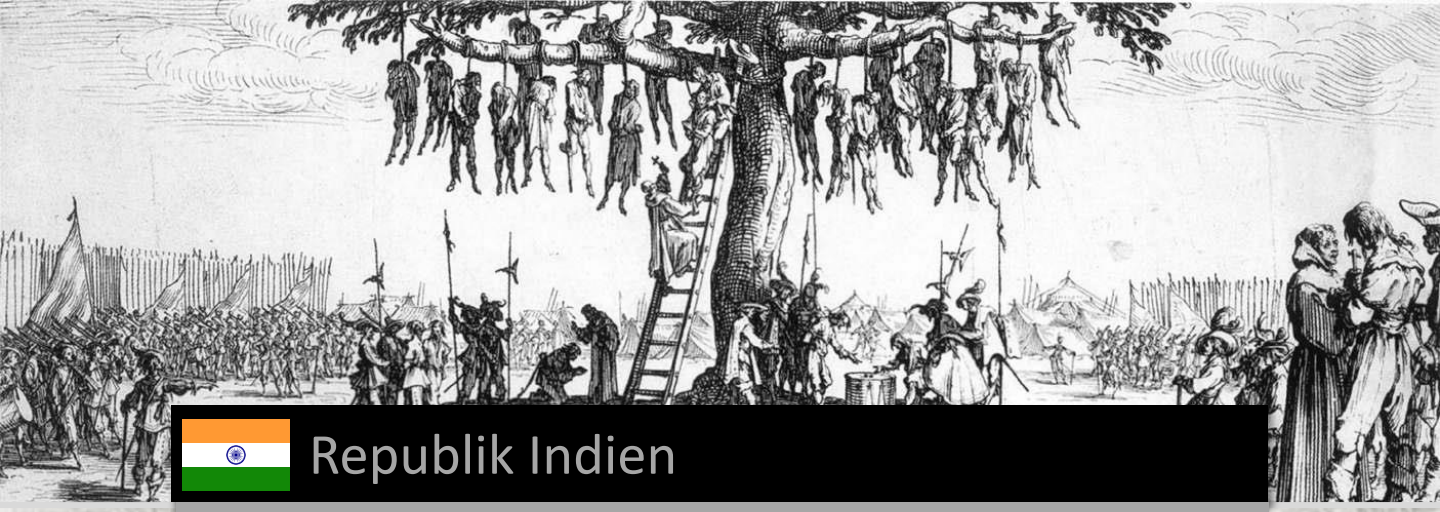
Im Demokratieindex 2020 der britischen Zeitschrift The Economist belegt Indien Platz 53 von 167 Ländern und gilt damit als eine ***„unvollständige Demokratie".*** […] *Laut dem Bericht gibt es in Indien allerdings Probleme bei der Wahrung der Bürgerrechte.* […]

Heute sind die ***fundamentalen Probleme Indiens*** *trotz des deutlichen wirtschaftlichen Aufschwungs noch immer die ausgedehnte Armut als auch die starke Überbevölkerung, die zunehmende Umweltverschmutzung sowie ethnische und religiöse Konflikte zwischen Hindus und Muslimen. Dazu tritt der fortdauernde Streit mit Pakistan um die Region Kaschmir.* […]

Die Entstehung von ***Slums*** *ist ein großes Problem in Indiens Städten. In Mumbais Slum Dharavi leben geschätzt 1 Million Menschen auf engstem Raum unter katastrophalen Bedingungen, womit es das größte Elendsviertel weltweit ist. Die Urbanisierung verläuft in Indien deutlich weniger geplant als z. B. in China ab, und geschätzt 30 % der städtischen Bevölkerung leben in ungeplanten Behausungen und Slums, insgesamt über 90 Millionen Menschen.* […]

Laut einer Studie der Thomson Reuters Stiftung war Indien im Jahr 2018 das ***gefährlichste Land für Frauen*** *weltweit. Indien lag innerhalb der 10 gefährlichsten Länder (inklusive USA und Saudi-Arabien) auf Rang 1 in 3 von 6 Bereichen: kulturelle Unterdrückung und Misshandlung von Frauen, sexualisierte Gewalt gegen Frauen sowie Menschenhandel und Zwangsprostitution. Im Jahr 2016 wurden demnach 40.000 Vergewaltigungen in Indien gemeldet. «*

[1] **Wikipedia – Indien**: https://de.wikipedia.org/wiki/Indien [23.05.2021]
Abbildung: **Der indische Premierminister Narendra Modi bei der Amtseinführung** | 2014 | Wikimedia / *Prime Minister's Office, Government of India* | Lizenz: Government Open Data License - India (GODL)
Abbildung: **Globus:** Orthographic map of India | Wikimedia / *Ssolbergj* | Lizenz: CC BY-SA 3.0



Republik Indien

Position: **Todesstrafe**

Süddeutsche Zeitung (2020)[1]

Diskussionen um Vollstreckung der Todesstrafe in Indien

- **Todesstrafe nach brutaler Vergewaltigung gefordert.**

  » Eines Abends war die Studentin mit ihrem Freund aus dem Kino gekommen, als die Täter die Ahnungslosen in einen Bus lockten, den Mann schlugen sie und die Frau quälten und folterten sie stundenlang, bevor sie sie aus dem Wagen warfen und flohen. Die Studentin starb zwei Wochen später in einer Klinik in Singapur. Die Tat provozierte Massendemonstrationen in ganz Indien […] *In Indien herrschte seit der Tat eine überwältigende Stimmung für die Vollstreckung der Todesstrafe. « .*

- **Mutter des Opfers fordert Hinrichtung als Abschreckung.**

  » Die Mutter erklärte, die Vollstreckung sende […] *ein Signal für ganz Indien aus. "Mädchen werden sich* […] *sicherer fühlen", sagte Devi. "Nach der Hinrichtung werden Familien* […] *ihre Söhne erziehen", die Hinrichtung werde ihnen künftig als warnendes Beispiel dienen. «*

World Coalition against the Death Penalty (2020)[2]

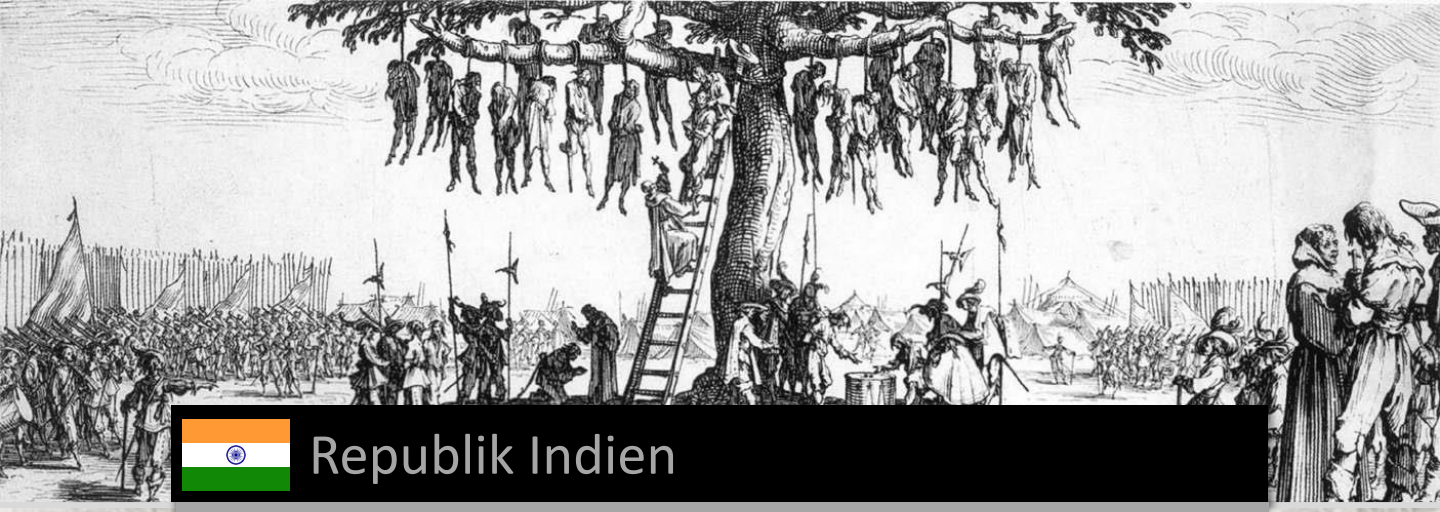
Die Entwicklung der Todesstrafe in Indien

- **Verhängte Todesstrafen gesunken.** Die Anzahl der verhängten Todesstrafen in Indien sei von 162 (2018) auf 102 (2019) gesunden.
- **Verbrechen: Sexualstraftaten und Morde.** Die häufigsten Verbrechen von zum Tode Verurteilten seien Sexualstraftaten und Morde.
- **Vollstreckung ausgesetzt.** Indien hatte seit 2015 keine Todesstrafe vollstreckt.
- **Initiative zur Abschaffung der Todesstrafe.** Der Parlamentsabgeordnete Pradeep Tamta habe einen Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Todesstrafe in Indien eingebracht. Er argumentiere, dass die Todesstrafe in den meisten Ländern weltweit abgeschafft wurde. Außerdem sei die Qualität der Gerichtsverfahren, die zu Todesstrafen führen, oft stümperhaft. Zudem würde die Todesstrafe diskriminierend angewendet und vor allem gegen arme Menschen verhängt.

[1] **Süddeutsche Zeitung** (2020): https://www.sueddeutsche.de/panorama/indien-hinrichtung-vergewaltiger-nirbhaya-1.4851884 [23.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Die Süddeutsche Zeitung (SZ) ist eine deutsche überregionale Abonnement-Tageszeitung.* […] *Laut ihrem Redaktionsstatut erstrebt die Süddeutsche Zeitung (SZ) „freiheitliche, demokratische Gesellschaftsformen nach liberalen und sozialen Grundsätzen". In der Außenwahrnehmung wird sie als linksliberal bzw. „etwas links von der Mitte" eingestuft. «*

[2] **World Coalition against the death penalty** (2020): http://worldcoalition.org/2020/04/21/punishing-sex-crimes-the-evolution-of-the-death-penalty-in-india/ [23.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Die Weltkoalition gegen die Todesstrafe (englisch World Coalition Against the Death Penalty) mit Sitz in Montreuil, Frankreich, ist eine internationale Dachorganisation, die sich die Abschaffung der Todesstrafe zum Ziel gesetzt hat.* […] *2001* […] *wurde auch die Gründung einer weltweiten Organisation beschlossen, die die Arbeit der vielen Organisationen gegen die Todesstrafe koordinieren und einen Gedenktag gegen die Todesstrafe ausrufen soll. Am 13. Mai 2002 wurde in Rom schließlich die Weltkoalition gegründet. «*

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Republik Indien

Position: **Todesstrafe**

Ständige Vertretung Indiens bei den Vereinten Nationen (2019)[1]

Statement by India

- **Übereinstimmung mit Singapur.** Indien schließe sich der Erklärung Singapurs an.
- **keine Menschenrechtsverletzung.** Die Todesstrafe als Verletzung des Menschenrechts auf Leben zu betrachten sei eine zu starke Vereinfachung und fehlerhaft, da diese Einschätzung umstritten ist.
- **nur in Extremfällen.** In Indien werde die Todesstrafe nur in den seltensten Fällen eingesetzt, wenn das Verbrechen so abscheulich sei, dass sie „das Gewissen der Gesellschaft schockiere".
- **Gerichtsverfahren fair.** Verfahren vor indischen Gerichten seien fair und entsprechen den Kriterien eines guten Rechtsstaates.
- **Nicht gegen Schwangere und Menschen mit Behinderung.** Die Todesstrafe werde nicht gegenüber Schwangeren und Menschen mit geistiger Behinderung angewandt.
- **Andere Staaten wenden Todesstrafe auch an.** Es gebe international keine eindeutige Ablehnung der Todesstrafe, was sich auch darin niederschlage, dass es bei bisherigen Abstimmungen in der UN zahlreiche Befürworter·innen gegeben hätte.
- **Kein eindeutiges Verbot im Völkerrecht.** Die Todesstrafe werde im Völkerrecht nicht eindeutig verboten.
- **Justiz Angelegenheit einzelner Staaten.** Die Anwendung der Todesstrafe liege einzig und allein in der Hand der einzelnen Staaten. Andere Staaten haben sich in das Strafsystem nicht einzumischen.

[1] **Ständige Vertretung Indiens bei den Vereinten Nationen in Genf** (2019): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/29/SP/16905_39_effa7cd6_b086_463d_a7e2_a74bc852cd67.docx [28.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Republik Indien

Amnesty International

Amnesty International (2020)[1]

Indien: Die Todesstrafe beendet Gewalt gegen Frauen nicht

- **Abschreckende Wirkung nicht bewiesen.**

  » Es gibt keinen Hinweis darauf, dass die Todesstrafe eine besonders abschreckende Wirkung hat, und sie wird die Gewalt gegen Frauen in Indien nicht abschaffen, wie Amnesty International in Indien heute sagte. «

- **Indien solle Todesstrafe aussetzen und Urteile in lebenslange Haft umwandeln.**

  » „Wir appellieren an die indische Regierung, umgehend ein Hinrichtungs-moratorium zu etablieren und alle Todesurteile umzuwandeln, als erste entscheidende Schritte in Richtung Abschaffung dieser äußersten, grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Strafe“, sagte Avinash Kumar. «

Tagesschau (2020)[2]

Amnesty muss Arbeit in Indien einstellen

- **Indische Regierung habe Konten von Amnesty blockiert.**

  » Die indische Regierung hat die Konten von Amnesty International in Indien eingefroren. […] *Die indische Regierung weist diese Vorwürfe weit von sich. «*

- **Regierung wolle Kritik unterdrücken.**

  » Das sei ein "ungeheuerlicher und schändlicher Akt", sagt die Hilfsorganisation, die deswegen nun ihre Arbeit für den Augenblick einstellen muss. Amnesty wirft der indischen Regierung eine Hexenjagd gegen Menschenrechtsorganisationen vor. […] *"Sie wollen jeden, der die indische Regierung kritisiert, zum Schweigen bringen. «*

- **NGOs dürften kein Geld mehr aus Ausland annehmen.**

  » Nichtregierungsorganisationen in Indien dürfen schon seit Jahren keine Spenden mehr aus dem Ausland annehmen. Das aber habe Amnesty getan, sagt die indische Regierung. Die Menschenrechtsorganisation allerdings bestreitet das. «

[1] **Amnesty International** (2020): https://amnesty-todesstrafe.de/2020/03/indien-die-todesstrafe-beendet-gewalt-gegen-frauen-nicht/ [28.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

[2] **Tagesschau** (2020): https://www.tagesschau.de/ausland/indien-amnesty-international-101.html [06.06.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » *Die Tagesschau-Hauptausgabe ist die mit Abstand meistgesehene Nachrichtensendung im deutschen Fernsehen.*[…] *Die Hauptausgabe der Tagesschau sehen bis zu 16 Millionen Zuschauer.* «

Abbildung: “**Making the Invisible Visible**”, Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Abbildung: **Taj Mahal, Indien** (UNESCO-Welterbe) | unsplash.com / *Julian Yu* | Lizenz: unsplash

Republik Indien

Rollenprofil | vertiefende Infos

Republik Indien

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (2014)[1]

Frauen kämpfen für Selbstbestimmung und Chancengleichheit

- **Aufkeimender Widerstand gegen Benachteiligung von Frauen.**

  » Frauen und Mädchen werden in der indischen Gesellschaft bis heute benachteiligt und unterdrückt. Immer wieder werden Sie Opfer sexuell motivierter Gewalt. Weibliche Föten werden gezielt abgetrieben. In fast allen Bereichen bestimmen Männer den Gang der Dinge. Doch es regt sich Widerstand. Vor allem in den großen Städten begehren immer mehr junge und zunehmend emanzipierte Frau gegen die patriarchalen Machtstrukturen auf. «

- **Gruppenvergewaltigung in Indien 2012.**

  » Für indische Frauen waren die vergangenen anderthalb Jahre dramatisch. Als die bestialische Vergewaltigung einer jungen Frau in der Hauptstadt Neu-Delhi am 16. Dezember 2012 ans Licht der Öffentlichkeit kam, versetzte das die Nation in tiefen Schock. Doch das Datum war sowohl Tragödie als auch Wendepunkt für die Frauenbewegung Indiens: Auf dem Heimweg vom Kino bestieg eine junge Physiotherapeutin zusammen mit ihrem Freund einen Bus. Fahrer und Passagiere, insgesamt sechs junge Männer, schienen nur auf eine solche Gelegenheit gewartet zu haben. Sie vergewaltigten und misshandelten die 23-Jährige auf brutalste Weise. Wenige Tage später starb die junge Frau an inneren Verletzungen, die ihr mit Eisenstangen zugefügt worden waren. «

- **Angestaute Wut über Unterdrückung von Frauen.**

  » "Genug ist genug", schrien daraufhin aufgebrachte indische Frauen (und Männer) bei Demonstrationen vor dem Parlamentsgebäude in Delhi. Bei vielen entlud sich eine seit langem aufgestaute Wut gegen ein patriarchales System, das Frauen unterdrückt, misshandelt, versklavt und ausbeutet. «

- **Indische Regierung, Justiz und Polizei unternehme zu wenig.**

  » Die Demonstrierenden prangerten die Passivität von Regierung, Justiz und Polizei an. Sie verlangten ein hartes Durchgreifen gegen die steigende Zahl sexuell motivierter Gewalttaten in Indien – die offizielle Kriminalstatistik spricht von einer Vergewaltigungen alle 21 Minuten. Die Dunkelziffer dürfte noch höher liegen. […] *Durch Berichterstattung und Talkshows wuchs die Solidarität mit den Opfern von Übergriffen und die Wut auf untätige Sicherheitsbehörden und Politiker. «*

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2014): https://www.bpb.de/internationales/asien/indien/182059/frauen-in-indien [30.05.2021]

Abbildung: **Proteste nach einer Gruppenvergewaltigung in Delhi, Indien** | 2012 | Wikimedia / *Nilroy (Nilanjana Roy)* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Republik Indien

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (2014)[1]

Frauen kämpfen für Selbstbestimmung und Chancengleichheit

- **Situation von Frauen schon vor Gruppenvergewaltigung schwierig.**

  » Es schien, als habe Indien, die bevölkerungsreichste Demokratie der Welt, erst ein Opfer aus den Reihen der urbanen, aufstrebenden Mittelklasse "gebraucht", um sich der oft verzweifelten Situation seiner Frauen bewusst zu werden. «

- **Überprüfungen nach öffentlichem Druck.**

  » Der öffentliche Druck zeigte Wirkung. Nicht einmal zwei Wochen nach der Tat ließ Premierminister Manmohan Singh eine hochrangig besetzte Kommission die bestehenden Gesetze prüfen. Die Zivilgesellschaft wurde aufgerufen, sich an dem Prozess zu beteiligen. Mehr als 80.000 Änderungsvorschläge gingen ein. «

- **Probleme: Gewalt in der Familie, Straftaten durch Polizisten und Soldaten.**

  » Einen Monat später legten die Experten einen schonungslosen Bericht auf den Tisch, in dem fast alle Probleme angesprochen wurden – von häuslicher Gewalt und Vergewaltigung in der Ehe bis hin zu sexuell motivierten Straftaten durch indische Polizisten und Soldaten im Dienst. «

- **Sondergerichte für Sexualverbrechen und Todesstrafe.**

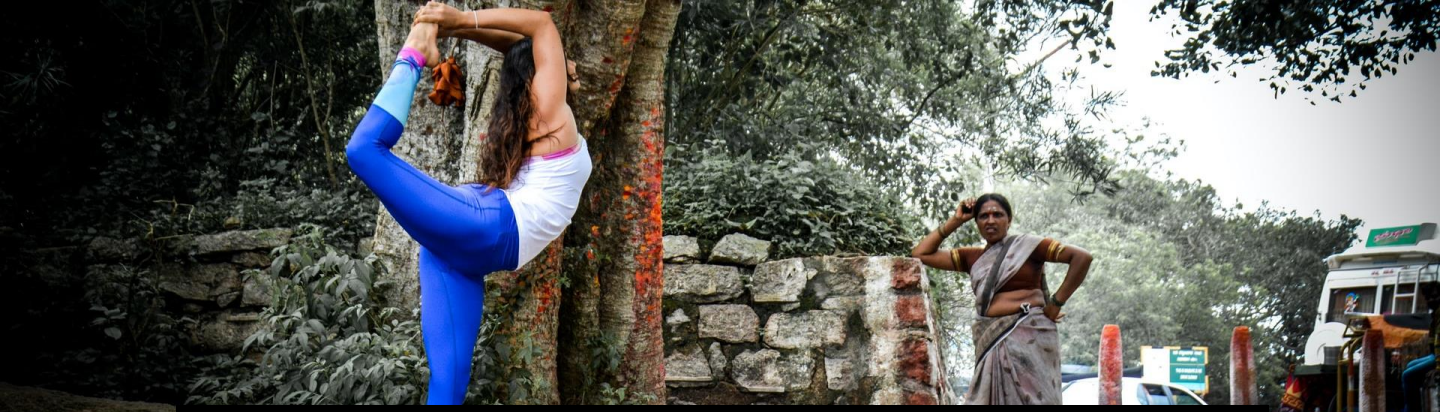
  » Nicht alle Aspekte flossen in die neue Gesetzgebung ein, trotzdem wurde die Rechtslage insgesamt erheblich verbessert. So wurden Sondergerichte zur schnellen Aburteilung von Sexualverbrechern eingerichtet. Die Strafen für Täter wurden drastisch verschärft, im Extremfall müssen Vergewaltiger nun mit der Todesstrafe rechnen. «

- **Wandel der traditionellen Sicht, dass Frau Eigentum des Mannes sei.**

  » Ein neues Anti-Vergewaltigungs-Gesetz stellt nicht mehr nur die Nötigung zum Geschlechtsverkehr unter Strafe, sondern interpretiert jede Art sexueller Belästigung als Vergewaltigung. Dies ist eine radikale Abkehr von der traditionellen Sicht, nach der Frauen Eigentum des Mannes seien. Nun ist erstmals verankert, dass der Körper einer Frau ihr selbst gehört und nicht der Willkür des Mannes ausgeliefert sein darf. «

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2014): https://www.bpb.de/internationales/asien/indien/182059/frauen-in-indien [30.05.2021]

Abbildung: **Lotus-Tempel, Neu Delhi, Indien**| 2019 | unsplash / *Matthew TenBruggencate* | Lizenz: unsplash



Republik Indien

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (2014)[1]

Frauen kämpfen für Selbstbestimmung und Chancengleichheit

- **Staat tue zu wenig gegen sexuelle Übergriffe.**

  » Indien ist keine homogene Gesellschaft. Die Realität der Frauen in den Metropolen ist mit den Problemen der Frauen auf dem Land nicht zu vergleichen. Dort haben Frauen so gut wie keine Stimme. "Sie werden schlechter behandelt als Vieh", beschreibt ein Arzt seine Erfahrungen aus seiner Landpraxis im zentralindischen Bundesstaat Chhattisgarh. Vielerorts wird die Dominanz der Männer durch eine traditionelle Feudalstruktur zementiert. Unter einem noch immer existierenden Kastensystem werden Frauen aus unteren Kasten immer wieder Opfer von sexuell motivierten Übergriffen von Männern aus oberen Kasten, die denken, dies sei ihr angeborenes Recht. Der Staat hat bislang zu wenig dagegen getan. «

- **Gezielte Abtreibung von Mädchen.**

  » Mädchen werden von der Mehrheit noch immer als Last empfunden, wofür ein ruinöses Mitgiftsystems mitverantwortlich ist. Um ein Mädchen verheiraten zu können, muss eine Familie oft die hohen Forderungen des Bräutigams erfüllen. Das heißt, wer eine Tochter hat, verliert Geld und Eigentum. Eine Folge davon ist, dass pro Jahr schätzungsweise drei bis vier Millionen weibliche Föten gezielt abgetrieben werden. Welche fatalen Folgen das hat, zeigt das Dorf Devda im Bundesstaat Rajasthan, wo auf 300 Jungen nur 20 Mädchen kommen. […] Da sich die Praxis auch in der städtischen Mittelklasse fortsetzt, hat sich das Geschlechterverhältnis in den letzten Jahren immer weiter zu Ungunsten der Mädchen verschoben: Kamen laut Volkszählung von 2001 in der Altergruppen von bis zu sechs Jahren 927 Mädchen auf 1000 Jungen, waren es 2011 nur noch 919. Selten zeigt sich die Missachtung von Frauen deutlicher. Es sind vor allem die systematischen Abtreibungen, die Indien laut einem Bericht der Vereinten Nationen von 2012 zum "gefährlichsten Land der Welt für Mädchen" machen. «

- **Arme Frauen häufiger Opfer von Gewalt.**

  » Untersuchungen der Wirtschaftswissenschaftlerin und Feministin Bina Agarwal im südindischen Bundesstaat Kerala bestätigen den Zusammenhang zwischen Besitzlosigkeit und Gewalt. Besitzlose Frauen wurden demnach deutlich häufiger Opfer sexueller Gewalt, als solche, die über Eigentum in Form von Haus oder Land verfügten. «

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2014): https://www.bpb.de/internationales/asien/indien/182059/frauen-in-indien [30.05.2021]

Abbildung: **Mysuru, Indien** | 2017 | unsplash / *David Kuba* | Lizenz: unsplash

Republik Indien

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (2014)[1]

Frauen kämpfen für Selbstbestimmung und Chancengleichheit

- **sich verändernde Geschlechternormen als Bedrohung wahrgenommen.**

  » Indien erlebt zur Zeit mehrere parallel verlaufende Übergangsphasen. Angesichts einer rasanten Entwicklung, in denen Frauen bestehende Normen aufbrechen, fühlen sich viele indische Männer eingeschüchtert und bedroht. "Und weil sich diese Männer bedroht fühlen, lassen sie ihre Angst in Aggression gegen Frauen aus", sagt die Feministin Bina Agarwal. «

- **Zunehmende Berichterstattung über Gewalt an Frauen.**

  » Inzwischen wird in den Median fast täglich über neue Gewalttaten berichtet. Gleichzeitig ist die gesteigerte Aufmerksamkeit für dieses Thema und die große mediale Öffentlichkeit ein positives Zeichen dafür, dass sich die indische Gesellschaft verändert. «

- **Tradition gegen moderne Lebensvorstellungen.**

  » Die alten verkrusteten Strukturen werden zunehmend hinterfragt und lassen sich nicht mehr aufrechterhalten. Traditionen prallen auf moderne Lebensvorstellungen. Es sind die Frauen, die im Mittelpunkt dieser Veränderung stehen. Ein weiterer Schritt in Richtung der Emanzipation der Frauen in Indien könnte die geplante Frauenquote im Parlament sein. Sollte das Gesetz – die Women's Reservation Bill – wie geplant verabschiedet werden, stünden Frauen im Ober- und Unterhaus in Delhi sowie in den Landesparlamenten jeweils ein Drittel der Sitze zu. «

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2014): https://www.bpb.de/internationales/asien/indien/182059/frauen-in-indien [30.05.2021]

Abbildung: **Sikh-Pilger beim Goldenen Tempel in Amritsar (Indien) nach einem rituellen Bad** | 2009 | Wikimedia / *Paulrudd* | Lizenz: CC BY-SA 4.0

Republik Indien

Amnesty International

Tagesschau (2020)[1]

Amnesty muss Arbeit in Indien einstellen

- **Indische Regierung habe Konten von Amnesty blockiert.**

  » Die indische Regierung hat die Konten von Amnesty International in Indien eingefroren. Das sei ein "ungeheuerlicher und schändlicher Akt", sagt die Hilfsorganisation, die deswegen nun ihre Arbeit für den Augenblick einstellen muss. Amnesty wirft der indischen Regierung eine Hexenjagd gegen Menschenrechtsorganisationen vor. Die indische Regierung weist diese Vorwürfe weit von sich. «

- **Regierung wolle Kritik unterdrücken.**

  » "Jeder Mensch in Indien sollte die Menschenrechte genießen können, die in der Verfassung des Landes gewahrt sind." Das steht auf einem Poster im Büro von Amnesty International in Bangalore. Aber diese internationalen Rechte halte die indische Regierung seit Jahren oft nicht ein, sagt David Griffith in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters: "Sie wollen jeden, der die indische Regierung kritisiert, zum Schweigen bringen. Dabei steht fest, dass gerade in den letzten Jahren die Menschenrechte in Indien verletzt werden." «

- **Amnesty stelle Arbeit vorerst ein.**

  » Auch wenn sie nun ihre Arbeit in Indien erst einmal einstellen muss: "Das ist ein trauriger Tag für uns", sagt Griffith. "Viele von uns verlieren nun ihre Jobs und es ist hart für uns zu sehen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen nun aufgrund der Maßnahmen der indischen Regierung leiden müssen."«

- **NGOs dürften kein Geld mehr aus Ausland annehmen.**

  » Diese Anschuldigungen seien "übertrieben und fern jeglicher Wahrheit", schreibt die indische Regierung in einer Erklärung. "All diese glänzenden Aussagen über Menschenrechte sind nichts anderes als ein Manöver, um davon abzulenken, dass die Organisation klar gegen indische Gesetze verstößt." Nichtregierungsorganisationen in Indien dürfen schon seit Jahren keine Spenden mehr aus dem Ausland annehmen. Das aber habe Amnesty getan, sagt die indische Regierung. Die Menschenrechtsorganisation allerdings bestreitet das. Sie sagt, die indische Regierung gehe immer stärker gegen kritische Stimmen im Land vor und wolle sie mundtot machen. «

[1] **Tagesschau** (2020): https://www.tagesschau.de/ausland/indien-amnesty-international-101.html [06.06.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » *Die Tagesschau-Hauptausgabe ist die mit Abstand meistgesehene Nachrichtensendung im deutschen Fernsehen*.[…] *Die Hauptausgabe der Tagesschau sehen bis zu 16 Millionen Zuschauer.* «

Abbildung: "**Making the Invisible Visible"**, Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Republik Indien

Amnesty International

Amnesty International (2020)[1]

Indien: Die Todesstrafe beendet Gewalt gegen Frauen nicht

- **Abschreckende Wirkung nicht bewiesen.**

  » Es gibt keinen Hinweis darauf, dass die Todesstrafe eine besonders abschreckende Wirkung hat, und sie wird die Gewalt gegen Frauen in Indien nicht abschaffen, wie Amnesty International in Indien heute sagte. «

- **Todesstrafe werde willkürlich angewandt.**

  » Die Todesstrafe ist niemals die Lösung und [… ein] *Schandfleck in Indiens Menschenrechtsbilanz. Die Gerichte Indiens haben wiederholt festgestellt, dass sie willkürlich und uneinheitlich angewendet wird. Sogar das „Justice Verma Committee“, auf dessen Empfehlungen man sich bei der Reformierung der Gesetzgebung zu sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen im Nachgang des Falls „Nirbhaya“ bezogen hatte, hatte sich gegen die Todesstrafe bei Vergewaltigungen ausgesprochen. «*

- **Todesstrafe weltweit abnehmend.**

  » Indien ist eines der wenigen Länder, das die Todesstrafe weiterhin anwendet. 142 Länder, mehr als zwei Drittel der Länder weltweit, haben die Todesstrafe in Gesetz oder Praxis abgeschafft“, sagte Avinash Kumar. «

- **Todesstrafe sei in jedem Fall abzulehnen.**

  » Amnesty International wendet sich in ausnahmslos jedem Fall gegen die Todesstrafe, unabhängig von der Art und den Umständen des Verbrechens, der Schuld, Unschuld oder anderen Eigenschaften der Person oder der Methode, derer sich ein Staat bedient, um Hinrichtungen durchzuführen. «

- **Todesstrafe beseitige Problem nicht, es brauche Vorbeugung und bessere Strafverfolgung.**

  » Allzu oft hebt der Gesetzgeber in Indien die Todesstrafe als Symbol seiner Entschlossenheit, Kriminalität zu beseitigen, hervor. Was stattdessen tatsächlich benötigt wird, sind effektive und langfristige Lösungen wie Präventions- und Schutzmechanismen, um geschlechtsspezifische Gewalt zu reduzieren, die Ermittlungen und die Strafverfolgung zu verbessern und Opferfamilien zu unterstützen. Tiefgreifende verfahrensrechtliche und institutionelle Reformen sind das Gebot der Stunde“, sagt Avinash Kumar, Geschäftsführer von Amnesty Indien. «

[1] **Amnesty International** (2020): https://amnesty-todesstrafe.de/2020/03/indien-die-todesstrafe-beendet-gewalt-gegen-frauen-nicht/ [28.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

Abbildung: “**Making the Invisible Visible**”, Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Republik Indien

Amnesty International

Amnesty International (2020)[1]

Indien: Die Todesstrafe beendet Gewalt gegen Frauen nicht

- **Die Lösung für Gewalt an Frauen sei nicht die Todesstrafe, sondern bessere Arbeit von Polizei und Regierung sowie die Beseitigung der Ungleichbehandlung von Frauen allgemein.**

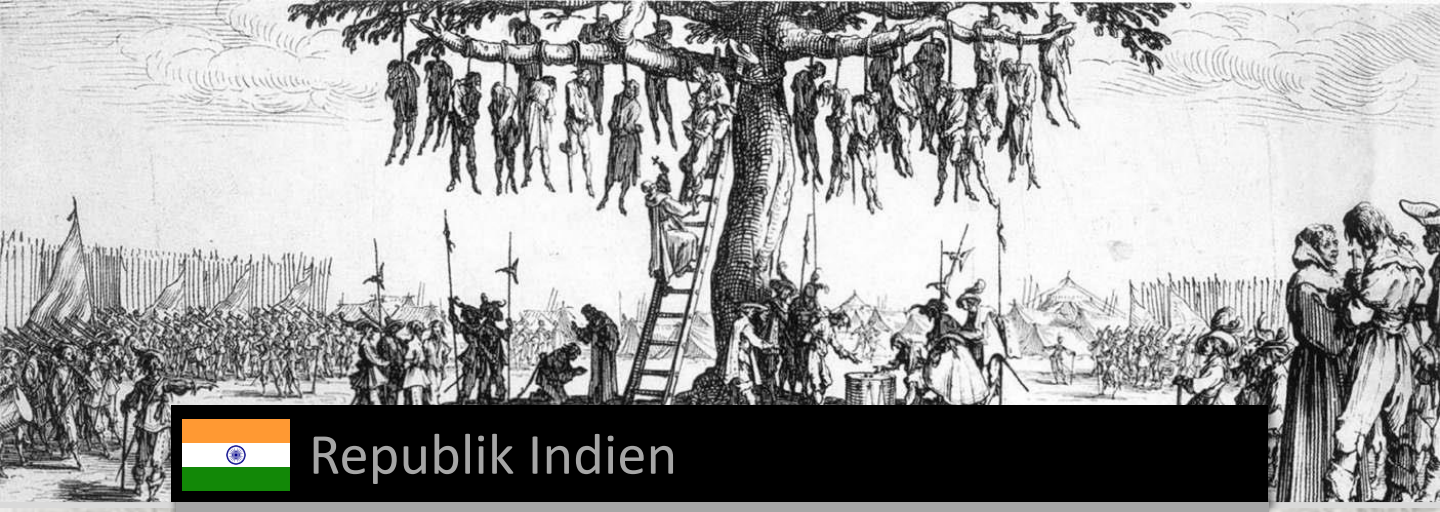
  » Der sogenannte „2012 Delhi gang rape" Fall umfasste eine Vergewaltigung und einen tödlichen Übergriff, der am 16. Dezember 2012 in Neu Delhi stattfand. Das Mordopfer war eine 23-jährige Frau, die geschlagen, von mehreren Männern vergewaltigt und in einem privaten Bus gequält wurde, in welchem sie mit einem Freund unterwegs war. Der Vorfall rief national und international ein großes Medienecho hervor. Da das indische Gesetz der Presse nicht erlaubt, den Namen eines Vergewaltigungsopfers zu veröffentlichen, wurde die Frau überall als „Nirbhaya" bekannt. Als Reaktion auf weitverbreitete öffentliche Rufe nach einem besseren Schutz von Frauen, wurde im Dezember 2012 ein Rechtsausschuss gebildet, um zu untersuchen und öffentliche Vorschläge zu sammeln, wie Gesetze geändert werden sollten, um schnellere Aufklärung und Strafverfolgung bei Personen voranzutreiben, die eines Sexualverbrechens verdächtigt werden. Nach der Berücksichtigung von etwa 80.000 Vorschlägen legte das Komitee einen Bericht vor, der aufzeigt, dass Fehler und Versäumnisse der Regierung sowie der Polizei die grundlegende Ursache für die Gewalt an Frauen sei. Der Bericht enthält außerdem Empfehlungen zu einer Reihe von Aspekten, die sich auf die Sicherheit von Frauen und auf die Geschlechterdiskriminierung auswirken – von Gesetzen zu Gewalt gegen Frauen, zu sexuellem Kindesmissbrauch und sogenannten „Ehrenmorden", über Grundsätze zur Verhängung von Strafen, der Schaffung adäquater Sicherheitsmaßnahmen für Frauen, bis hin zu Polizei- und Wahlreformen. Der Bericht lehnt die Todesstrafe als Strafmaß für Vergewaltigungen ab. «

- **Indien solle Todesstrafe aussetzen und Urteile in lebenslange Haft umwandeln.**

  » „Wir appellieren an die indische Regierung, umgehend ein Hinrichtungs-moratorium zu etablieren und alle Todesurteile umzuwandeln, als erste entscheidende Schritte in Richtung Abschaffung dieser äußersten, grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Strafe", sagte Avinash Kumar. «

[1] **Amnesty International** (2020): https://amnesty-todesstrafe.de/2020/03/indien-die-todesstrafe-beendet-gewalt-gegen-frauen-nicht/ [28.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

Abbildung: "**Making the Invisible Visible**", Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0



Republik Indien

Position: **Todesstrafe**

Süddeutsche Zeitung (2020)[1]

Diskussionen um Vollstreckung der Todesstrafe in Indien

- **Todesstrafe nach brutaler Vergewaltigung gefordert.**

  » "Nirbhaya" - die Furchtlose. So nannten indische Medien die getötete Studentin, weil indisches Recht es nicht zulässt, den Namen eines Vergewaltigungsopfers zu nennen. […] *Eines Abends war die Studentin mit ihrem Freund aus dem Kino gekommen, als die Täter die Ahnungslosen in einen Bus lockten, den Mann schlugen sie und die Frau quälten und folterten sie stundenlang, bevor sie sie aus dem Wagen warfen und flohen. Die Studentin starb zwei Wochen später in einer Klinik in Singapur. Die Tat provozierte Massendemonstrationen in ganz Indien* […] *Der Fall Nirbhaya* […] *hatte in seiner entsetzlichen Brutalität die Nation aufgerüttelt wie kein anderes Verbrechen der vergangenen Jahrzehnte.* […] *er hatte auch weit über die Grenzen des Landes Debatten zur Gewalt gegen Frauen ausgelöst.* […] *In Indien herrschte seit der Tat eine überwältigende Stimmung für die Vollstreckung der Todesstrafe. «*

- **Mutter des Opfers fordert Hinrichtung als Abschreckung.**

  » Die Mutter erklärte, die Vollstreckung sende […] *ein Signal für ganz Indien aus. "Mädchen werden sich* […] *sicherer fühlen", sagte Devi. "Nach der Hinrichtung werden Familien* […] *ihre Söhne erziehen", die Hinrichtung werde ihnen künftig als warnendes Beispiel dienen. «*

- **Abschreckung durch Todesstrafe umstritten.**

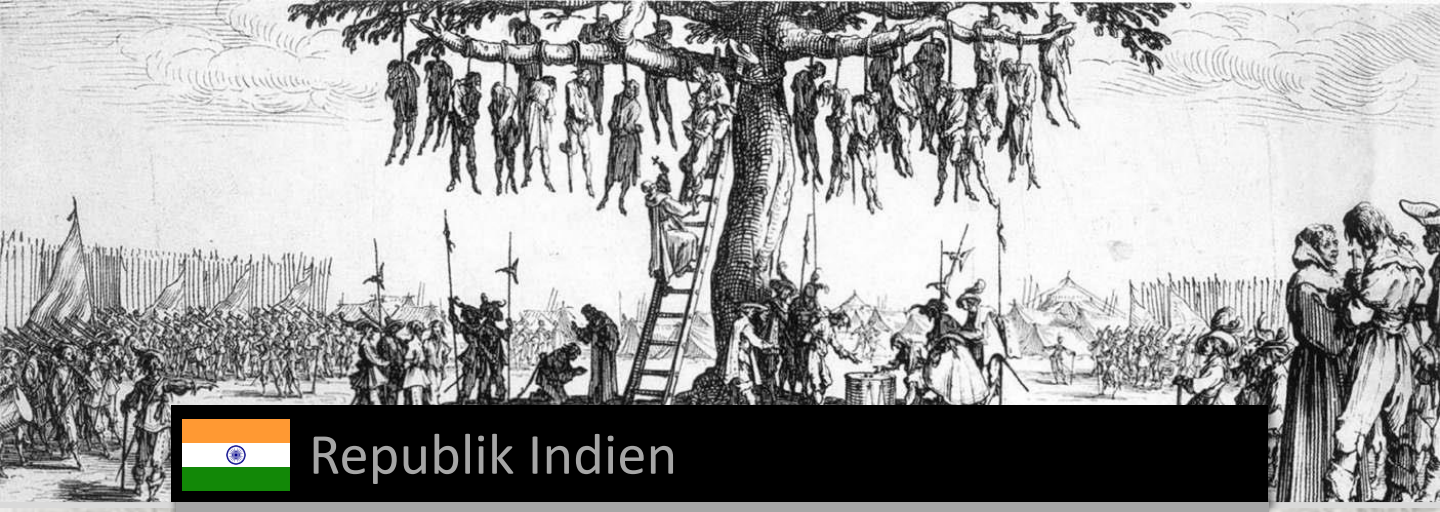
  » Allerdings gibt es auch in Indien Menschenrechtsanwälte und Frauenrechtlerinnen, die Zweifel daran hegen, dass die Todesstrafe eine abschreckende Wirkung entfalten wird. «

- **Vergewaltigungen häufig, Strafverfolgung mangelhaft.**

  » Indien [kommt] *mit Reform und Ausbau seines Justizwesens nur schleppend voran, der Apparat kann mehr als 100 000 laufende Verfahren zu sexualisierter Gewalt in Indien kaum bewältigen. […] "Nirbhaya" wurde zum Symbol eines gesellschaftlichen Abgrunds, mit dem Indien schwer zu kämpfen hat: Frauen müssen sich noch immer vor Gewalt fürchten; alle 15 Minuten wird nach offiziellen Zahlen eine Frau oder ein Mädchen Opfer einer Vergewaltigung. Häufig kommen Täter straflos davon, vor allem auf dem Land können einflussreiche Männer weiterhin ihre schützende Hand über Verdächtige halten, in solchen Fällen kommt das Verbrechen oft gar nicht zur Anzeige oder das Verfahren versandet, weil Polizisten und Juristen ihre Arbeit nicht tun. «*

[1] **Süddeutsche Zeitung** (2020): https://www.sueddeutsche.de/panorama/indien-hinrichtung-vergewaltiger-nirbhaya-1.4851884 [23.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Die Süddeutsche Zeitung (SZ) ist eine deutsche überregionale Abonnement-Tageszeitung.* […] *Laut ihrem Redaktionsstatut erstrebt die Süddeutsche Zeitung (SZ) „freiheitliche, demokratische Gesellschaftsformen nach liberalen und sozialen Grundsätzen". In der Außenwahrnehmung wird sie als linksliberal bzw. „etwas links von der Mitte" eingestuft. «*

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Republik Indien

Position: **Todesstrafe**

World Coalition against the Death Penalty (2020)[1]

Die Entwicklung der Todesstrafe in Indien

- **Verhängte Todesstrafen gesunken.** Die Anzahl der verhängten Todesstrafen in Indien sei von 162 (2018) auf 102 (2019) gesunden.

  » According to the report, in 2019, the number of people sentenced to death decreased. […] 102 death sentences were handed down this year by courts of first instance, compared to 162 in 2018 «

- **378 in Todeszelle.** Ende 2019 habe es in indischen Gefängnissen 378 Personen gegeben, die zum Tode verurteilt waren.

  » As of 31 December 2019, 378 people were on death row; «

- **Verbrechen: Sexualstraftaten und Morde.** Die häufigsten Verbrechen von zum Tode Verurteilten seien Sexualstraftaten und Morde gewesen.

  » The two most frequent types of crime for those on death row are:

  – Murder with sexual offence (54 convictions),

  – Murder (28 convictions); «

- **Keine Vollstreckung seit 2015.** Das Land hatte seit 2015 keine Todesstrafen mehr vollstreckt.

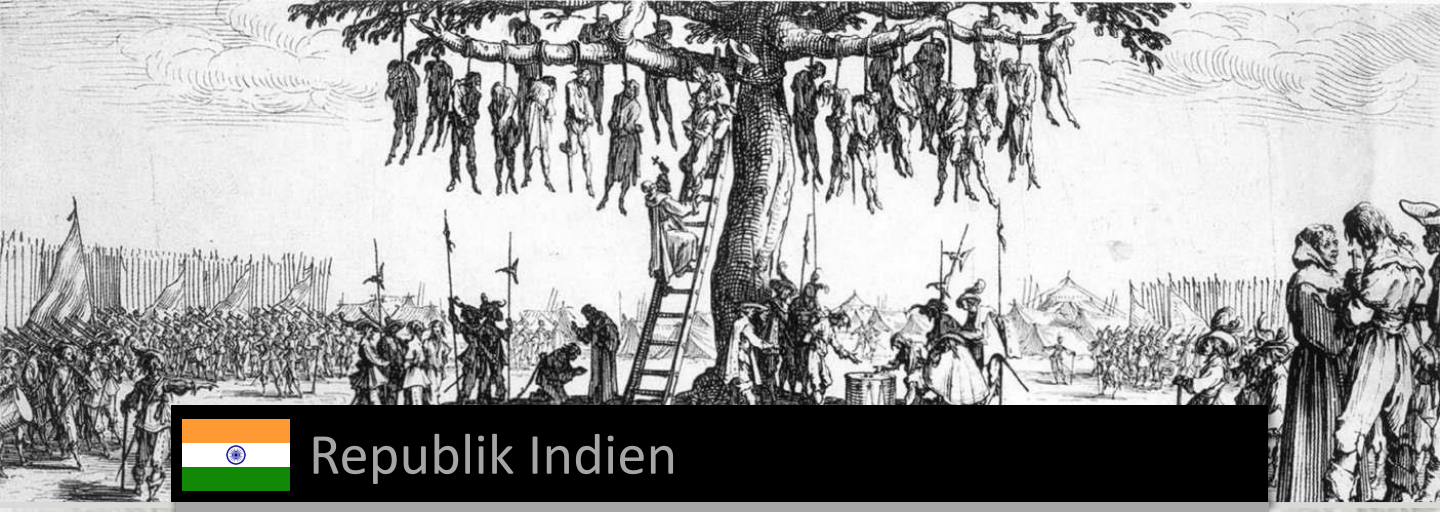
  » the country had not carried out an execution since 2015. «

- **Zweifel an Todesstrafe bei Sexualstraftaten.** 2019 habe es eine Gesetzes-verschärfung gegeben, nach der für Sexual-straftaten gegenüber Kindern auch die Todesstrafe verhängt werden kann. Es gebe jedoch Bedenken, dass dies das Risiko für die Kinder möglicherweise sogar eher erhöhe, weil Täter aus Furcht vor der Todesstrafe motiviert sein könnten, die Opfer als mögliche Zeug·innen eher aus dem Weg zu räumen und zu töten.

  » Between July and August 2019, five new clauses were added to the POSCO (Protection of Children against Sexual Crimes) Act, including the death penalty for aggravated sexual assault committed by a person in a position of authority. […] *However, this amendment may, instead of protecting children, put them in even greater danger. There is a greater risk that the perpetrator will kill his victim to escape conviction. It may also make it even more difficult to report cases, as assaults are often committed by someone close to the child. «*

[1] **World Coalition against the death penalty** (2020): http://worldcoalition.org/2020/04/21/punishing-sex-crimes-the-evolution-of-the-death-penalty-in-india/ [23.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Die Weltkoalition gegen die Todesstrafe (englisch World Coalition Against the Death Penalty) mit Sitz in Montreuil, Frankreich, ist eine internationale Dachorganisation, die sich die Abschaffung der Todesstrafe zum Ziel gesetzt hat.* […] *2001* […] *wurde auch die Gründung einer weltweiten Organisation beschlossen, die die Arbeit der vielen Organisationen gegen die Todesstrafe koordinieren und einen Gedenktag gegen die Todesstrafe ausrufen soll. Am 13. Mai 2002 wurde in Rom schließlich die Weltkoalition gegründet. «*

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Republik Indien

Position: **Todesstrafe**

World Coalition against the Death Penalty (2020)[1]

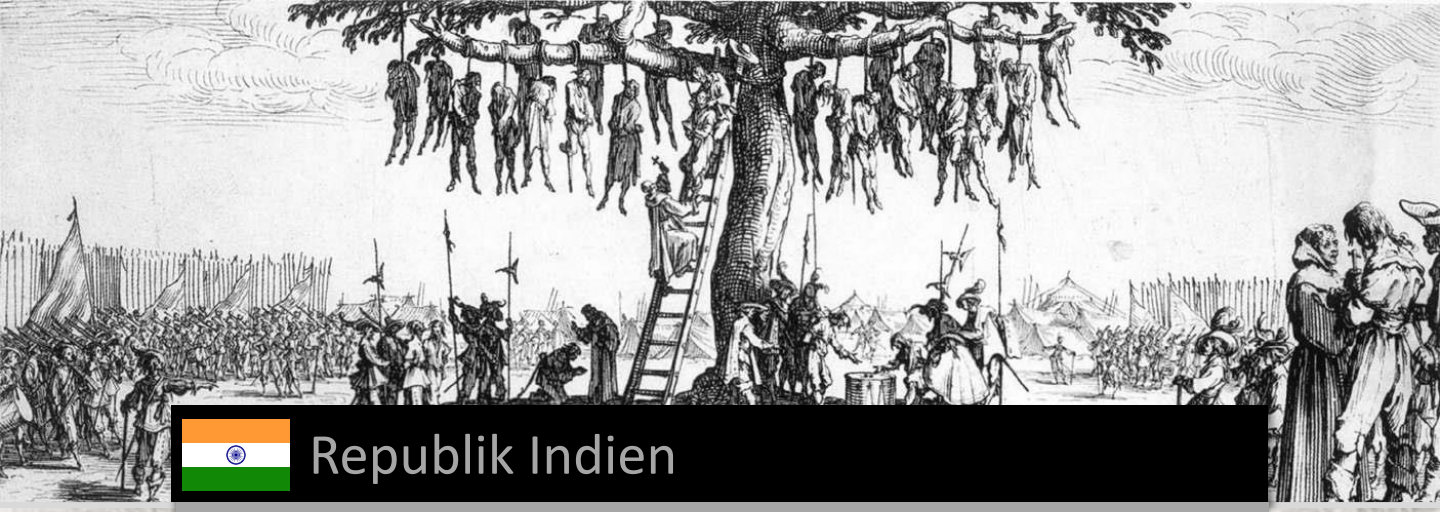
Die Entwicklung der Todesstrafe in Indien

- **Initiative zur Abschaffung der Todesstrafe.** Der Parlamentsabgeordnete Pradeep Tamta habe einen Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Todesstrafe in Indien eingebracht. Er argumentiere, dass die Todesstrafe in den meisten Ländern weltweit abgeschafft wurde. Außerdem sei die Qualität der Gerichtsverfahren, die zu Todesstrafen führen, oft stümperhaft. Zudem würde die Todesstrafe diskriminierend angewendet und vor allem gegen arme Menschen verhängt.

  » Last July, Congress MP Pradeep Tamta introduced a bill to abolish the death penalty in India. He argued that the death penalty has been abolished in most countries in the world and that in India, it is often the result of botched investigations that affect mostly poor people. «

[1] **World Coalition against the death penalty** (2020): http://worldcoalition.org/2020/04/21/punishing-sex-crimes-the-evolution-of-the-death-penalty-in-india/ [23.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Die Weltkoalition gegen die Todesstrafe (englisch World Coalition Against the Death Penalty) mit Sitz in Montreuil, Frankreich, ist eine internationale Dachorganisation, die sich die Abschaffung der Todesstrafe zum Ziel gesetzt hat.* […] *2001* […] *wurde auch die Gründung einer weltweiten Organisation beschlossen, die die Arbeit der vielen Organisationen gegen die Todesstrafe koordinieren und einen Gedenktag gegen die Todesstrafe ausrufen soll. Am 13. Mai 2002 wurde in Rom schließlich die Weltkoalition gegründet. «*

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Republik Indien

Position: **Todesstrafe**

Ständige Vertretung Indiens bei den Vereinten Nationen (2019)[1]

Statement by India

- **Übereinstimmung mit Singapur.** Indien schließe sich der Erklärung Singapurs an.

  » India aligns itself with the Joint Statement delivered by Singapore. «

- **keine Menschenrechtsverletzung.** Die Todesstrafe als Verletzung des Menschenrechts auf Leben zu betrachten sei eine zu starke Vereinfachung und fehlerhaft, da diese Einschätzung umstritten ist.

  » As mandated by the Human Rights Council's Decision 36/17 to hold the high-level panel discussion on the question of Death Penalty, we reiterate our stand that any simplistic approach to characterize death penalty as a human right issue in the context of the right to life of the convicted prisoner is deeply flawed and controversial. «

- **nur in Extremfällen.** In Indien werde die Todesstrafe nur in den seltensten Fällen eingesetzt, wenn die Strafe so abscheulich ist, dass sie „das Gewissen der Gesellschaft schockiere".

  » In India, death penalty is exercised in the 'rarest of rare' cases, where the crime committed is so heinous as to shock the conscience of society. «

- **Gerichtsverfahren fair.** Verfahren vor indischen Gerichten seien fair und entsprechen den Kriterien eines guten Rechtsstaates.

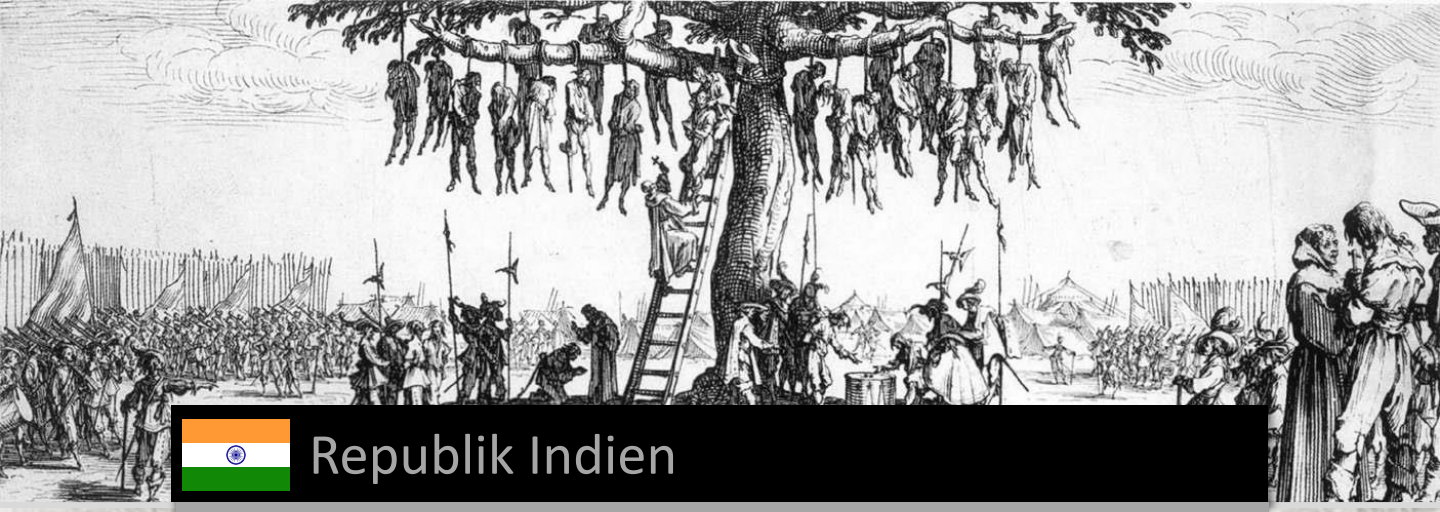
  » Indian law provides for all procedural safeguards, including the right to fair hearing by an independent Court, the presumption of innocence, the minimum guarantees for the defence, and the right to review by a higher Court. «

- **Nicht gegen Schwangere und Menschen mit Behinderung.** Die Todesstrafe werde nicht gegenüber Schwangeren und Menschen mit geistiger Behinderung angewandt.

  » Further, Indian laws have specific provisions for suspension of the death penalty in exceptional cases. Indian laws have specific provisions for commutation of death penalty in the case of pregnant women and has rulings that prohibited executions of persons with mental or intellectual disabilities. «

[1] **Ständige Vertretung Indiens bei den Vereinten Nationen in Genf** (2019): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/29/SP/16905_39_effa7cd6_b086_463d_a7e2_a74bc852cd67.docx [28.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Republik Indien

Position: **Todesstrafe**

Ständige Vertretung Indiens bei den Vereinten Nationen (2019)[1]

Statement by India

- **Andere Staaten wenden Todesstrafe auch an.** Es gebe international keine eindeutige Ablehnung der Todesstrafe, was sich auch darin niederschlage, dass es bei bisherigen Abstimmungen in der UN zahlreiche Befürworter·innen gegeben hätte.

  » It is a well-known fact that there is no international consensus for or against death penalty. […] *Similarly, this has repeatedly been confirmed by the votes on several UNGA resolutions relating to moratorium on the use of death penalty, most recently the 73rd Session of the General Assembly. «*

- **Kein eindeutiges Verbot im Völkerrecht.** Die Todesstrafe werde im Völkerrecht nicht eindeutig verboten.

  » Several key international instruments that apply to countries with wide divergence in cultures and values do not proscribe the use of death penalty in their texts. «

- **Justiz Angelegenheit einzelner Staaten.** Die Anwendung der Todesstrafe liege einzig und allein in der Hand der einzelnen Staaten. Andere Staaten haben sich in das Strafsystem nicht einzumischen.

  » Accordingly the question, whether to retain or abolish death penalty and the types of crimes for which the death penalty is applied shall be the inalienable and exclusive right of the sovereign State. There shall not be any external interference in the criminal justice system of any sovereign state. «

[1] **Ständige Vertretung Indiens bei den Vereinten Nationen in Genf** (2019): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/29/SP/16905_39_effa7cd6_b086_463d_a7e2_a74bc852cd67.docx [28.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Decke der Scheich Lotfollah-Moschee, Isfahan, Iran** (UNESCO-Welterbe) | unsplash / *Hector Farahani* | Lizenz: CC0 1.0

Islamische Republik Iran

Rollenprofil | grundlegende Infos

Islamische Republik Iran

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]
Iran

*» Iran (Vollform: Islamische Republik Iran, vor 1935 auf internationaler Ebene auch Persien) ist ein Staat in Vorderasien. Mit rund **83 Millionen Einwohnern** (Stand 2019) und einer Fläche von 1.648.195 Quadratkilometern zählt Iran zu den 20 bevölkerungsreichsten und größten Staaten der Erde. Hauptstadt, größte Stadt und wirtschaftlich-kulturelles Zentrum Irans ist Teheran* […]*. Der Iran bezeichnet sich selbst seit der Islamischen Revolution 1979 als Islamische Republik.*

[Seit] *der **Revolution von 1979** und dem Sturz des Schahs* […] *ist Iran eine theokratische Republik, die von schiitischen Geistlichen geführt wird, an deren Spitze der **Religionsführer** die Macht auf sich konzentriert. Kontrolliert wird er nur vom Expertenrat. Regelmäßige Wahlen werden abgehalten, aber aufgrund der umfassenden Einhegung durch die Machthaber, von Manipulationsvorwürfen und der unbedeutenden Stellung des Parlamentes sowie des Präsidenten als **undemokratisch** kritisiert. Der iranische Staat kontrolliert nahezu jeden Aspekt des täglichen Lebens in Hinblick auf religiöse und ideologische Konformität und durchdringt so das Leben aller Bürger und beschneidet die Freiheit des Einzelnen.*

S. 81

[…] *Der Iran ist nach einer kurzen Phase zurückgehender Hinrichtungszahlen seit mehreren Jahren (Stand 2017) gemessen an der Bevölkerungszahl das Land mit den meisten Hinrichtungen.* […] *Regelmäßig weist Amnesty International darauf hin, dass die in den Jahresberichten angegebenen Zahlen als untere Grenze zu verstehen sind. Insbesondere die Exekutionen politischer Gefangener würden häufig **geheimgehalten** und seien so nur schwer vollständig erfassbar. Auch heute kommt es immer wieder zu Gruppen- und Massenhinrichtungen, ein rechtsstaatlicher **Prozess** ist nicht gewährleistet. Insbesondere werden im Iran zur Verurteilung führende „Geständnisse" zum Teil durch **Folter** erzwungen.*

*Die **Todesstrafe** kann im Iran für Mord, verschiedene Drogendelikte, „politische Vergehen", Prostitution, Ehebruch und „Verstöße gegen Moral" sowie Gotteslästerung verhängt werden. Auch für Apostasie (Abfall vom Islam) ist die Anwendung der Todesstrafe möglich und wird vollstreckt.*

*Auch **Jugendliche unter 18 Jahren** werden im Iran zum Tode verurteilt und hingerichtet, obwohl der Iran den UN-Zivilpakt unterzeichnet hat, der dies verbietet.* […] *Seit der Islamischen Revolution wurden zudem über **4000 homosexuelle Männer** öffentlich hingerichtet. «*

[1] **Wikipedia – Iran**, 2021 abgerufen: https://de.wikipedia.org/wiki/Iran
Abbildung: **Ali Khamenei (Staatsoberhaupt des Iran) beim Treffen mit Xi Jinping (Staatsoberhaupt Chinas)** | Wikipedia / *Official website of Ali Khamenei* | Lizenz: CC BY 4.0
Abbildung: **Globus:** Orthographic map of Iran | Wikimedia / *P30Carl* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Islamische Republik Iran

Position: **Todesstrafe**

Die Zeit[1]

#Nicht_Hinrichten - Im September starb Navid Afkari im Iran.

Im November 2019 wurden Hunderte Demonstranten erschossen. Ihr Tod und die vielen Hinrichtungen dürfen nicht hingenommen werden.

- **Todesstrafe solle einschüchtern.** Die Anwendung von Körperstrafen und der Todesstrafe im Iran sei kein Instrument der „Gerechtigkeit“, sondern solle Angst verbreiten. Der Chef der iranischen Justiz habe gesagt, dass er stolz sei auf brutale Strafen wie etwa das Abhacken von Händen bei Diebstahl.
- **Schießbefehl gegen Protestierende.** Bei Demonstrationen gegen die Regierung seien Hunderte Teilnehmende erschossen worden. Verletzende Demonstrierende seien von Sicherheitskräften aus dem Krankenhaus entführt worden.
- **Innenminister.** Der iranische Innenminister habe auf die Frage, warum während der November-Demonstrationen nur auf die Köpfe und Herzen der Menschen geschossen wurde, geantwortet: *"Auf die Beine haben wir auch geschossen!„*
- **Ajatollahs Montazeri.** Vom ehemaligen stellvertretenden Staatsoberhaupt Ajatollahs Montazeri seien 2017 Audioaufzeichnungen veröffentlicht worden. Auf diesen habe er sich mit dem heutigen Justizminister Ebrahim Raisi über Massenhinrichtungen unterhalten und unter anderem gesagt: *„Das größte Verbrechen seit Beginn der Revolution bis jetzt habt ihr begangen. (…) Wegen solcher Härte und solchen schrecklichen Verhaltens haben wir das Gesicht des Islams hässlich gemacht. Wie viele Festnahmen? Was haben wir damit dem Islam angetan?! Dieser Massenmord der Gefangenen, ohne Gerichtsurteil … Was wollt ihr antworten, wenn die Familien der Gefangenen kommen und fragen: Warum habt ihr unsere Kinder nur wegen ihrer Ideen hingerichtet? (…) Und wisst ihr, dass in Isfahan sogar eine schwangere Frau hingerichtet wurde? Dass wir so sehr lügen in diesem Regime, kann ich nicht fassen." (…) Schon jetzt finden Menschen den Islam in unserem Land ekelerregend."*
- **Lügen.** Der oberste Führer Chomeini habe gesagt: *"Für den Schutz des Lebens eines Muslims sollte man – wenn nötig – sogar lügen. Dabei ist der Schutz des Islams noch viel wichtiger als der Schutz des Lebens eines Muslims."*
- **Todesstrafen innere Angelegenheit.** Der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif sehe in Hinrichtungen wie der des Ringers Navid Afkaris eine innenpolitische Angelegenheit, in die sich das Ausland nicht einzumischen habe.

[1] **die Zeit**, 2020: https://www.zeit.de/kultur/2020-11/todesstrafe-iran-politische-gefangene-nicht-hinrichten-navid-afkari-scharia-islam

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Islamische Republik Iran

Position: **Todesstrafe**

Ständige Vertretung Irans bei den Vereinten Nationen[1]

Erklärung des Vertreters der Islamischen Republik Iran

- **Unterstützung für Singapur.** Iran teile die Meinung Singapurs bezüglich der Todesstrafe.
- **Todesstrafe als Abschreckung.** In vielen Staaten bleibe die Todesstrafe ein wichtiger Teil des Justizsystems sowie eine effektive Abschreckung gegenüber den schwersten Verbrechen.
- **Todesstrafe nur bei schwersten Verbrechen.** Im Iran werde die Todesstrafe nur bei schwersten Verbrechen eingesetzt, insbesondere bei Mord und Terrorismus.
- **Versuche, Todesstrafe zu senken.** Man habe im Iran zahlreiche Initiativen ergriffen, um die Anzahl der Todesurteile zu senken, wie bspw. Veränderungen beim Betäubungsmittelgesetz.
- **Todesstrafe schrecke Mörder·innen ab.** Das Recht auf Leben sei das oberste Menschenrecht. Jeder habe das Recht auf Leben sowie auf Sicherheit der eigenen Person. Die Todesstrafe sei im Islam die ultimative Strafe, um mögliche Mörder·innen davon abzuschrecken, anderen das Recht auf Leben zu nehmen.
- **Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.** Initiativen, um die Todesstrafe einzuschränken oder zu verbieten, sollten nicht in einem feindseligen Ton vorgetragen werden oder sich in die inneren Angelegenheiten anderen Staaten einmischen. Länder seien darin frei, ihr Justizsystem nach eigenen Wünschen zu gestalten in Abstimmung mit ihren internationalen Verpflichtungen.
- **Weiterhin Suche nach Alternativen zur Todesstrafe.** Der Iran werde sich weiterhin darum bemühen, wie man das Recht auf Leben bestmöglich schützen könne, indem auch zukünftig nach Alternativen zur Todesstrafe gesucht werde.

[1] **Vertretung Irans**, 2021: https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/SP/32895_46_58055430_1c85_4e70_a686_16e3c148c735.doc

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Decke der Scheich Lotfollah-Moschee, Isfahan, Iran** (UNESCO-Welterbe) | unsplash / *Hector Farahani* | Lizenz: CC0 1.0

Islamische Republik Iran

Rollenprofil | vertiefende Infos

Islamische Republik Iran

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (2020)[1]

Die Geschichte Irans 1941 bis 2020

» August 1941 **[ausländische Besatzung]**
Britische und sowjetische Truppen besetzen Iran. […]

Mai 1951 **[Ministerpräsident entmachtet britische Ölgesellschaft]**
Unter Führung Mossadeghs wird die iranische Ölindustrie verstaatlicht. An der Ölgesellschaft, der Anglo-Iranian Oil Company, hält Großbritannien die Mehrheit; es kommt zum Konflikt zwischen Großbritannien und Iran. Innenpolitisch wird Mossadegh zum Widersacher des Schahs.

19. August 1953 **[Sturz des Ministerpräsidenten von US unterstützt]**
Mossadegh wird gestürzt; Teile der iranischen Armee führen mit Hilfe des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA einen Staatsstreich durch. Mossadegh wird zu drei Jahren Haft verurteilt, im Anschluss unter Hausarrest gestellt. Mossadegh stirbt 1967. […]

1978 **[Demonstrationen gegen die Monarchie]**
Es kommt immer wieder zu Anti-Schah-Demonstrationen und landesweiten Streiks; in Teheran versammeln sich mehrfach hunderttausende Menschen. Wiederholt gehen Polizei und Armee teils brutal gegen die Protestierenden vor; es gibt tausende Tote. Der Massenprotest wird von unterschiedlichsten Gruppen getragen: Liberale und Konservative, Säkulare und Religiöse, Linke und Rechte. Zu ihrer Integrationsfigur wird Ajatollah Chomeini. […] *Eine Massendemonstration in Teheran wird gewaltsam aufgelöst. Die Zahl der Opfer ist bis heute unklar. Der Tag wird als "Schwarze Freitag" bekannt und ebnet den Weg zur "Islamischen Revolution".*

16. Januar 1979 **[Monarch flieht ins Ausland]**
Mohammed Reza Schah flieht ins Exil. Er stirbt 1980 in Kairo.

1979 **[Gründung der Islamischen Republik]**
Ajatollah Chomeini kehrt aus dem Exil zurück nach Teheran. Er wird von Millionen von Menschen euphorisch empfangen. […] *In einem Referendum spricht sich die Bevölkerung gegen die Monarchie und für die Gründung einer Islamischen Republik aus.* […] *«*

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2020): https://www.bpb.de/internationales/asien/iran/40220/chronik-1941-bis-2020 [07.06.2021]
Abbildung: **Azadi-Turm, Teheran, Iran** | unsplash.com / *Omid Armin* | Lizenz: CC0 1.0
Abbildung: **Globus:** Orthographic map of Iran | Wikimedia / *P30Carl* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Islamische Republik Iran

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (2020)[1]

Die Geschichte Irans 1941 bis 2020

» 1979-1982 **[religiöser Einfluss nimmt zu]**
Es folgt die Islamisierung des Justizwesens, der Schulen und Hochschulen sowie der Wirtschaft und Medien; für Frauen gilt fortan eine islamische Kleiderordnung und in öffentlichen Verkehrsmitteln Geschlechtertrennung; ein Großteil der Wirtschaft wird verstaatlicht. […] *Kritiker und Kritikerinnen der Islamischen Republik werden bedroht und verhaftet. Es kommt auch zur Ermordung Oppositioneller.* […]

22. September 1980 **[Krieg mit Irak]**
Der Irak überfällt Iran. Ein achtjähriger Krieg zwischen den beiden Nachbarländern beginnt (Irak-Iran-Krieg). Er fordert auf beiden Seiten hunderttausende Tote. […]

Juli-Dezember 1988 **[Ermordung politischer Gegner]**
Nach dem Krieg liegt Irans Wirtschaft danieder, die Menschen sind kriegsmüde. Aus Angst, ein innenpolitisches Risiko einzugehen, lässt die Führung in den zentralen Haftanstalten politische Insassen ermorden. Zu ihnen zählen linksgerichtete Gefangene und vor allem Anhänger der Volksmodschahedin, die ursprünglich gemeinsam mit Chomeini gegen den Schah gekämpft hatten. Mehr als 2.000 Häftlinge sollen hingerichtet worden sein, die exakte Zahl ist ungewiss.

14. Februar 1989 **[Aufruf zum Mord an dem Schriftsteller Salman Rushdie]**
Ajatollah Chomeini erlässt eine Fatwa, eine Art Rechtsgutachten, gegen den britisch-indischen Autor Salman Rushdie und ruft zu seiner Ermordung auf. Chomeini wirft Rushdie vor, mit seinem Roman "Die satanischen Verse" den Propheten Mohammed und islamische Traditionen zu verhöhnen. […]

1990er-Jahre **[„Kettenmorde“ von Regierungskritiker·innen]**
Rund 80 regierungskritische Intellektuelle, Künstler und Politiker werden ermordet. Die systematische Serie der Tötungen wird als Kettenmorde bezeichnet. Eine Abteilung des Geheimdienstes wird verantwortlich gemacht. Eine umfangreiche Aufklärung wird bis heute verschleppt. […] *«*

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2020): https://www.bpb.de/internationales/asien/iran/40220/chronik-1941-bis-2020 [07.06.2021]
Abbildung: **Chaharbagh-Schule**, Isfahan, Iran | unsplash.com / mostafa meraji | Lizenz: CC0 1.0

Islamische Republik Iran

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (2020)[1]

Die Geschichte Irans 1941 bis 2020

» *Mai 1997* **[mehr Meinungsfreiheit unter neuem Präsidenten]**
Mohammed Chatami wird zum Präsidenten gewählt. Er gilt als liberaler Geistlicher und führt das Reformlager an. Innenpolitisch stärkt er die Presse- und Meinungsfreiheit, international setzt er auf Gesprächsbereitschaft. […]

Juni 2005 **[Demonstrationen gegen Präsident Ahmadinedschad]**
Mahmoud Ahmadinedschad, seit 2003 Bürgermeister Teherans, gewinnt die Wahl zum Präsidenten. Er gilt als konservativer Hardliner. […] Ahmadinedschad tritt [2009] *erneut zur Präsidentschaftswahl an und gewinnt.* […] *Nach der Abstimmung werden Manipulationsvorwürfe laut; es kommt zu Protesten. Nach dem Wahltag kommt es zu Massendemonstrationen in Teheran und anderen Städten Irans. Viele Demonstranten tragen grün, die Farbe des oppositionellen Wahllagers: Die Proteste werden als "Grüne Bewegung" bekannt. Im Verlauf der Proteste kommt es zu Verhaftungen und gewaltsamen Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften. Laut offiziellen Angaben gibt es 43 Tote; die Opposition spricht von über 100 Toten.* […]

Juni-Oktober 2009 **[Massenverhaftungen]**
Laut Amnesty International werden bis Ende 2009 schätzungsweise 5.000 Menschen verhaftet. Die Gefangenen werden teils gefoltert, manche sterben an den Folgen. Ebenso kommt es zu Schauprozessen, die mit Haft- sowie Todesstrafen enden. Ahmadinedschads Gegenkandidaten Mussawi und Karroubi stehen bis heute unter Hausarrest. […]

14. Juni 2013 **[Wahl Rouhanis]**
Der liberale Rechtsgelehrte und Sicherheitsexperte Hassan Rouhani wird zum Präsidenten gewählt. […]

November 2019 **[Demonstrationen nehmen gewaltsames Ende]**
Es kommt zu zunächst friedlichen Protesten in verschiedenen Städten gegen eine Erhöhung der Benzinpreise. Später werden Banken und staatliche Einrichtungen angegriffen; es ist unklar, wer für die Übergriffe verantwortlich ist. Die Sicherheitskräfte gehen gewaltsam vor. Die offizielle Zahl der Todesopfer liegt bei zwölf; Amnesty International spricht von über 300 Toten. «

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2020): https://www.bpb.de/internationales/asien/iran/40220/chronik-1941-bis-2020 [07.06.2021]
Abbildung: **Demonstrationen in der iranischen Hauptstadt Teheran** | 2009 | Wikipedia / *Milad Avazbeigi* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Islamische Republik Iran

Position: **Todesstrafe**

Die Zeit[1]

#Nicht_Hinrichten - Im September starb Navid Afkari im Iran.

Im November 2019 wurden Hunderte Demonstranten erschossen. Ihr Tod und die vielen Hinrichtungen dürfen nicht hingenommen werden.

- **Justizminister: *„Stolz auf brutale Strafen“.***

  » Todesstrafen und Hinrichtungen gab es schon immer im Iran, aber seit der Islamischen Revolution vor 42 Jahren ist die Hinrichtung zu einem Instrument geworden, mit dem die Regierung Ordnung schaffen, erziehen und Angst verbreiten will. Von Gerechtigkeit kann hier nicht die Rede sein, auch wenn die islamische Justiz im Iran anderer Meinung ist und deren höchster Chef, Ebrahim Raisi, selbst sagt, dass er stolz auf brutale Strafen – wie etwa das Abhacken von Händen bei Diebstahl – sei. «

- **Schießbefehl gegen Protestierende.**

  » Im November 2019 wurde im Iran die schlagartige Preiserhöhung von Benzin zum Tropfen, der das Fass des Leids zum Überlaufen brachte. Zum ersten Mal seit der Islamischen Revolution protestierten große Teile der Bevölkerung landesweit gegen das Regime. Unter den Protestierenden waren sowohl Arbeiterinnen und Arbeiter als auch Studierende und Intellektuelle. Der geistliche Führer gab der Revolutionsgarde Schussbefehl, woraufhin innerhalb kürzester Zeit landesweit Hunderte Menschen erschossen wurden. Manche Verletzte wurden – nach Angaben von Augenzeugen, Krankenhauspersonal und Angehörigen – kurze Zeit nach der Behandlung im Krankenhaus von Sicherheitsbeamten entführt und gelten seitdem als vermisst. «

- **Verheimlichung von Menschenrechtsverletzungen.**

  » Die Regierung im Iran verheimlicht, verfälscht und leugnet alle Morde und Menschenrechtsverletzungen, die zur Tagesordnung gehören. Das Regime hofft auf das Vergessen Tausender Hinrichtungen und systematischer Morde im Iran.«

[1] **die Zeit**, 2020: https://www.zeit.de/kultur/2020-11/todesstrafe-iran-politische-gefangene-nicht-hinrichten-navid-afkari-scharia-islam

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Islamische Republik Iran

Position: **Todesstrafe**

Die Zeit[1]

#Nicht_Hinrichten - Im September starb Navid Afkari im Iran.

Im November 2019 wurden Hunderte Demonstranten erschossen. Ihr Tod und die vielen Hinrichtungen dürfen nicht hingenommen werden.

- **Aufzeichnungen von Sicherheitsbeamten.**

  » Vor wenigen Tagen tauchte eine Audioaufzeichnung in den sozialen Medien auf, in der die Sicherheitsbeamten während der November-Demonstrationen betonen, dass sie zur Geheimhaltung ihrer Identität die Verhaftungen mit Kräften in Zivil durchführen (bei Minute 8:20). Es ist ebenfalls zu hören: "Verschwendet eure Munition nicht, um Warnschüsse abzugeben!". «

- **Innenminister: *"Auf die Beine haben wir auch geschossen!"***

  » Der iranische Innenminister antwortete auf die Frage, warum während der November-Demonstrationen nur auf die Köpfe und Herzen der Menschen geschossen wurde: "Auf die Beine haben wir auch geschossen!" «

- **Öffentliche Hinrichtungen.**

  » Soweit ich mich erinnern kann, gab es immer in allen Städten des Irans öffentliche Hinrichtungen. Als ich noch in der Grundschule war, wurden die Galgen noch so aufgestellt, dass man sie nicht aus der Ferne sehen konnte. In den letzten Jahren werden Menschen in den Großstädten an Kränen gehängt, damit gerade möglichst viele Menschen das sehen können. Die öffentliche Meinung ist geteilt: Viele finden die öffentlichen Hinrichtungen und die Demütigung, das Auspeitschen, Beschimpfen und Zurschaustellen der Gefangenen in Ketten, barbarisch, andere sehen darin eine Art öffentliche Erziehung und heißen es gut. «

- **Staatsoberhaupt: Revolutionskritiker und Islamgegner „bösartiger Tumor“.**

  » Imam Chomeini sah in den Revolutionskritikern und Islamgegnern einen bösartigen Tumor, der gänzlich vom Gesellschaftskörper entfernt werden musste, damit "das islamische System", wie er es nannte, geschützt blieb. «

- **Todesstrafe auch für kritische Familienangehörige.**

  » Ajatollah Gholamreza Hasani ließ ebenfalls einige Jahre nach der Revolution seinen Sohn hinrichten. Einem Journalisten der New York Times sagte er, dass er es mit der Islamischen Revolution ernst meine, er würde noch einmal genau dasselbe tun, wenn seine eigenen Kinder etwas gegen die Revolution oder den geistlichen Führer unternehmen würden. Ahmadinedschad verlieh in seiner Amtszeit als Präsident den beiden Ajatollahs hohe Auszeichnungen, da sie ihre eigenen Söhne hinrichten ließen. «

[1] **die Zeit**, 2020: https://www.zeit.de/kultur/2020-11/todesstrafe-iran-politische-gefangene-nicht-hinrichten-navid-afkari-scharia-islam

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Islamische Republik Iran

Position: **Todesstrafe**

Die Zeit[1]

#Nicht_Hinrichten - Im September starb Navid Afkari im Iran.

Im November 2019 wurden Hunderte Demonstranten erschossen. Ihr Tod und die vielen Hinrichtungen dürfen nicht hingenommen werden.

- **Audioaufzeichungen des ehemaligen stellvertretenden Staatsoberhauptes.**

  » Fast 30 Jahre lang hat das Regime die Massenhinrichtungen im Sommer 1988 geleugnet. Bis 2017 eine Audioaufnahme auf der offiziellen Website des Ajatollahs Montazeri veröffentlicht wurde, die belegt, dass über 3.800 politische Gefangene, die ihre Haftstrafe zum größten Teil hinter sich gehabt hatten, innerhalb kürzester Zeit heimlich hingerichtet wurden, ohne je ein Todesurteil bekommen zu haben. Lediglich vier Personen sollen über den Tod der 3.800 Personen entschieden haben. Einer von ihnen heißt Ebrahim Raisi. Raisi ist heute der oberste Chef der Justiz im Iran. Auch seine Stimme ist auf dieser Audiodatei vom Sommer 1988 zu hören. Vor allem ist aber die Stimme von Ajatollah Montazeri, dem Stellvertreter von Imam Chomeini, zu hören. Er sagt: "Das größte Verbrechen seit Beginn der Revolution bis jetzt habt ihr begangen. (…) Ich bin jede Nacht wach und grüble darüber und bin unruhig. (…) Wir haben die ganze Zeit gesagt, dass der Schah Menschen hingerichtet hat. Seien wir ehrlich und vergleichen wir die Zahl unserer Hinrichtungen mit denen des Schahs. (…) Ich möchte nicht, dass in 50 Jahren die Menschen sagen, dass Imam Chomeini ein blutrünstiger, unbarmherziger, brutaler Massenmörder war. Wegen solcher Härte und solchen schrecklichen Verhaltens haben wir das Gesicht des Islams hässlich gemacht. Wie viele Festnahmen? Was haben wir damit dem Islam angetan?! Dieser Massenmord der Gefangenen, ohne Gerichtsurteil … Was wollt ihr antworten, wenn die Familien der Gefangenen kommen und fragen: Warum habt ihr unsere Kinder nur wegen ihrer Ideen hingerichtet? (…) Du, Herr Nayyeri, du hast mein Kind zu zehn Jahren Haft verurteilt. Mein Kind hat seither keine neuen politischen Aktivitäten getätigt. Also, warum hast du ihn hingerichtet? Ihr habt keine Antwort auf solche Fragen! (…) Und wisst ihr, dass in Isfahan sogar eine schwangere Frau hingerichtet wurde? Dass wir so sehr lügen in diesem Regime, kann ich nicht fassen." Ebrahim Raisi unterbricht Ajatollah Montazeri und sagt: "Es sind noch weitere 200 Menschen … wenn Sie uns erlauben ..." Ajatollah Montazeri unterbricht ihn: "Nein, ich erlaube nicht mal einen einzigen. Nicht mal eine weitere Person … obwohl Imam Khomeini selbst diesen Brief geschrieben und unterschrieben hat. (…) Schon jetzt finden Menschen den Islam in unserem Land ekelerregend." «

[1] **die Zeit**, 2020: https://www.zeit.de/kultur/2020-11/todesstrafe-iran-politische-gefangene-nicht-hinrichten-navid-afkari-scharia-islam

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Islamische Republik Iran

Position: **Todesstrafe**

Die Zeit[1]

#Nicht_Hinrichten - Im September starb Navid Afkari im Iran.

Im November 2019 wurden Hunderte Demonstranten erschossen. Ihr Tod und die vielen Hinrichtungen dürfen nicht hingenommen werden.

- **Lügen für Islam.**

  » Aus Chomeinis Sicht waren zum Schutz des islamischen Systems neben den Todesurteilen auch Spionage und Lügen erlaubt: "Für den Schutz des Lebens eines Muslims sollte man – wenn nötig – sogar lügen. Dabei ist der Schutz des Islams noch viel wichtiger als der Schutz des Lebens eines Muslims." «

- **Proteste gegen Todesstrafe in sozialen Medien**.

  » In den vergangenen Monaten gab es Millionen Menschen, die auf Twitter mit dem Hashtag #Nicht_Hinrichten ein klares Nein gegen die Todesurteile äußerten. Sogar der US-amerikanische Präsident Donald Trump hatte sich angeschlossen. In einem Fall – dem vom Navid Afkari – haben er und viele andere besonders darum gebeten, die Hinrichtung auszusetzen. Afkari wurde dennoch hingerichtet, nachdem er, ein junger Ringer und Maurer aus Schiras, vor zwei Jahren während der Straßenproteste festgenommen worden war. Der oberste Chef der Justiz Ebrahim Raisi, der von vielen Iranern "Todesrichter" genannt wird, äußerte sich bezüglich der Millionen Menschen, die auf Twitter mit #Nicht_Hinrichten gegen die Hinrichtung protestiert haben: "Es waren keine Menschen, sondern Bots, die die zu Tode Verurteilten bei Twitter verteidigt haben." «

[1] **die Zeit**, 2020: https://www.zeit.de/kultur/2020-11/todesstrafe-iran-politische-gefangene-nicht-hinrichten-navid-afkari-scharia-islam

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Islamische Republik Iran

Position: **Todesstrafe**

Die Zeit[1]

#Nicht_Hinrichten - Im September starb Navid Afkari im Iran.

Im November 2019 wurden Hunderte Demonstranten erschossen. Ihr Tod und die vielen Hinrichtungen dürfen nicht hingenommen werden.

- **Afkaris Erklärung zu seinem Geständnis.**

  » Afkari war zum Tod verurteilt worden, weil er angeblich gestanden hatte, während der Demonstrationen einen Sicherheitsbeamten getötet zu haben. Durch Helfer gelangten die Umstände seines Geständnisses jedoch nach außen: "Sobald sie mich festgenommen hatten, habe ich meine Unschuld laut geäußert. Sowohl bei der Geheimdienstbehörde als auch vor Gericht. Aber nachdem sie mich wochenlang in unterirdischen Einzelzellen festgehalten hatten; nachdem sie mich stundenlang an die Decke des Folterraumes gehängt hatten, sodass meine Schulter brach; nachdem sie mir stundenlang immer wieder eine Plastiktüte über meinen Kopf gezogen hatten, bis ich nicht mehr atmen konnte und meinen Tod vor Augen sah; nachdem Offizier Abbasi und Offizier Zaare-Moajedi mich mit schmutzigen Schimpfwörter beleidigt und stundenlang mit Eisenrohren geschlagen hatten, sodass sie meine Hand brachen; nachdem sie meinen Bruder, Schwager und Vater festgenommen hatten (…), nach dem ergebnislosen Hungerstreik; nachdem ich gehört hatte, dass mein Bruder, Wahid, im Koma lag, weil er mit einer Glasscherbe seine Halsader verletzt hatte, um sich das Leben zu nehmen, und nach der weiteren Folter, über die ich mich schäme zu berichten und die wahrscheinlich jeder Mensch kennt, der einmal von der Geheimdienstbehörde festgenommen wurde, ist mir kein anderer Ausweg geblieben, außer etwas zuzugeben, das ich eigentlich nicht getan habe. Ich habe das gesagt, was sie von mir verlangt haben." «

- **Afkaris Bitte um Unterstützung.**

  » Man sagt, dass ein unschuldiger Kopf bis zum Galgen gebracht wird, jedoch nicht hingerichtet wird. Dieses Sprichwort stimmt aber nicht. (...) Die sind auf der Suche nach einem Kopf für ihren Galgen. (…) Aufgrund der Justiz der Islamischen Revolution kommt ein Unschuldiger namens Navid Afkari jeden Moment dem Galgen näher, und wenn er allein bleibt und wenn keiner ihm zu Hilfe eilt, wird man ihm sein Leben nehmen und keiner wird je etwas darüber erfahren. Deshalb bitte ich jeden frei denkenden Menschen jedweden Glaubens darum, zu meiner Stimme und zur Stimme meiner Familie zu werden. Weil die Menschlichkeit nur mit der Verteidigung der Gerechtigkeit an Bedeutung gewinnt." «

[1] **die Zeit**, 2020: https://www.zeit.de/kultur/2020-11/todesstrafe-iran-politische-gefangene-nicht-hinrichten-navid-afkari-scharia-islam

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Islamische Republik Iran

Position: **Todesstrafe**

Die Zeit[1]

#Nicht_Hinrichten - Im September starb Navid Afkari im Iran.

Im November 2019 wurden Hunderte Demonstranten erschossen. Ihr Tod und die vielen Hinrichtungen dürfen nicht hingenommen werden.

- **Afkaris Tod.**

  » Am 11. September 2020, beim allerletzten Telefongespräch mit seinem Bruder Said, sagt Navid Afkari mit einer Stimme voller Hoffnung aus dem Keller des Adel-Abad-Gefängnisses: "Sie wollen mich morgen nach Teheran schicken. (...) Ich zweifle nicht an eurer Unterstützung." Am nächsten Tag wurde jedoch sein lebloser Körper in einem weißen Baumwolltuch aus dem Gefängnis zum Friedhof gebracht. Er wurde von Sicherheitskräften in Zivil in ein Grab gelegt. Der Familie wurde lediglich erlaubt, sein Gesicht zu sehen. Seine Nase soll laut Augenzeugen gebrochen gewesen sein. Es ist immer noch unklar, warum Navid Afkari im für die Schiiten heiligen Monat Muharram, in dem niemand hingerichtet werden darf, hingerichtet wurde. Viele Iraner gehen davon aus, dass Navid Afkari nicht hingerichtet wurde, sondern während der Folter in der Nacht vom 11. auf den 12. September im Gefängnis starb. «

- **Hinrichtungen gehören zu inneren Angelegenheiten Irans.**

  » Die Hinrichtung von Navid Afkari hat die iranische Justiz endgültig demaskiert. Sie hat zu weltweiter Empathie mit Afkari und zu großer Wut gegen Irans Justiz geführt. Die internationale Solidarität mit Navid Afkari gefällt dem Regime und seinen Anhänger nicht. Der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif sieht in Navid Afkaris Hinrichtung eine innenpolitische Angelegenheit. «

- **Aufruf zum Boykott Irans bei Sportveranstaltungen.**

  » Masih Alinejad, die iranische Menschenrechtsaktivistin, die zurzeit in den USA lebt, führt seit einigen Wochen eine Kampagne zum Boykott des Irans in sämtlichen internationalen Sportarten. Viele Menschen unterstützen diese Kampagne aus Liebe und Solidarität zu dem jungen Ringer Navid Afkari. Es gibt auch viele Profisportler, die bei der Kampagne mitmachen. Sie wollen, dass Irans Sport international sanktioniert wird – unter anderem wegen Menschenrechtsverletzungen […]. «

[1] **die Zeit**, 2020: https://www.zeit.de/kultur/2020-11/todesstrafe-iran-politische-gefangene-nicht-hinrichten-navid-afkari-scharia-islam

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Islamische Republik Iran

Position: **Todesstrafe**

Ständige Vertretung Irans bei den Vereinten Nationen[1]

Erklärung des Vertreters der Islamischen Republik Iran

- **Unterstützung für Singapur.** Iran teile die Meinung Singapurs bezüglich der Todesstrafe:

  » The Islamic Republic of Iran associates itself with the joint statement delivered by Singapore. «

- **Todesstrafe als Abschreckung.** In vielen Staaten bleibe die Todesstrafe ein wichtiger Teil des Justizsystems sowie eine effektive Abschreckung gegenüber den schwersten Verbrechen:

  » Death penalty remains an important component of criminal justice system in considerable number of countries and an effective deterrence against the most serious crimes. «

- **Todesstrafe nur bei schwersten Verbrechen.** Im Iran werde die Todesstrafe nur bei schwersten Verbrechen eingesetzt, insbesondere Mord und Terrorismus:

  » In Iran, the death penalty is applied only for the most serious crimes, in particular willful manslaughter and acts of terrorism «

- **Versuche, Todesstrafe zu senken.** Man habe im Iran zahlreiche Initiativen ergriffen, um die Anzahl der Todesurteile zu senken, wie bspw. Veränderungen beim Betäubungsmittelgesetz:

  » However, we have taken a wide range of initiatives to minimize the number of death penalty effectively. […] *We have managed to reduce significantly the number of death penalty for other serious crimes as well following the amendments made in our criminal justice system including in the case of anti narcotics legislations. «*

- **Todesstrafe schrecke Mörder·innen ab.** Das Recht auf Leben sei das oberste Menschenrecht. Jeder habe das Recht auf Leben sowie auf Sicherheit der eigenen Person. Die Todesstrafe sei im Islam die ultimative Strafe, um mögliche Mörder davon abzuschrecken, anderen das Recht auf Leben zu nehmen:

  » Right to life is the supreme human right. Everyone has the right to life, liberty and security of person. Qisas (that is a Sharia- based principle prescribing death penalty as proportionate punishment for manslaughter) in Islam is the maximum sanction against any disrespect for the right to life as an absolute deterrence to dissuade potential murderers from any attempt to deprive another human being of their right to life. «

[1] **Vertretung Irans**, 2021: https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/SP/32895_46_58055430_1c85_4e70_a686_16e3c148c735.doc

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Islamische Republik Iran

Position: **Todesstrafe**

Ständige Vertretung Irans bei den Vereinten Nationen[1]

Erklärung des Vertreters der Islamischen Republik Iran

- **Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.** Initiativen, um die Todesstrafe einzuschränken oder zu verbieten, sollten nicht in einem feindseligen Ton daherkommen oder sich in die inneren Angelegenheiten anderen Staaten einmischen. Länder seien darin frei, ihr Justizsystem nach eigenen Wünschen zu gestalten in Abstimmung mit ihren internationalen Verpflichtungen:

  » Initiatives to limit or ban certain penalties in the criminal justice system should nor be adversarial in tone or interfering with the domestic affairs of States in character. States are free to decide for their criminal justice system in consistent with their international obligations they have undertaken under respective international instruments. «

- **Weiterhin Suche nach Alternativen zur Todesstrafe.** Wer werden uns weiterhin darum bemühen, wie man das Recht auf Leben bestmöglich schützen könne, indem auch zukünftig nach Alternativen zur Todesstrafe gesucht werde:

  » We continue to interact on how best to guarantee the right to life including by identifying the most suitable alternatives to death penalty. «

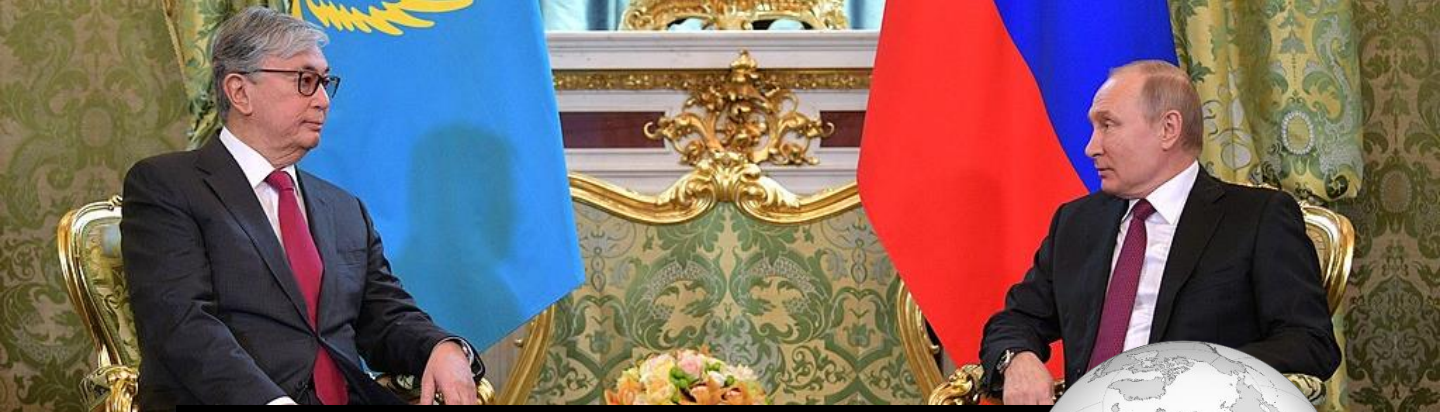
[1] **Vertretung Irans**, 2021: https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/SP/32895_46_58055430_1c85_4e70_a686_16e3c148c735.doc

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Tulebaevstraße, Almaty, Kasachstan** | unsplash.com / *Nurgissa Ussen* | Lizenz: CC0 1.0

Republik Kasachstan

Rollenprofil | grundlegende Infos



Kasachstan

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]
Kasachstan

» Kasachstan (amtlich Republik Kasachstan) ist ein Binnenstaat zwischen dem Kaspischen Meer im Westen und dem Altai-Gebirge im Osten. Gemessen an der Fläche ist Kasachstan der ***neuntgrößte Staat*** *und der größte Binnenstaat der Erde. Er liegt in Zentralasien.*

Nach dem Zerfall der Sowjetunion erklärte sich das Land am 16. Dezember ***1991 als Republik Kasachstan unabhängig****.* […] *Die Präsidialrepublik wurde von 1991 bis 2019 von Nursultan Nasarbajew regiert.*

In Kasachstan ist die ***Menschenrechtslage angespannt****; jedoch hat das Land in den letzten zehn Jahren nach Einschätzung des Auswärtigen Amtes (Stand 2012)* ***begrenzte Fortschritte*** *auf dem Weg zu einem Rechtsstaat gemacht. Im Oktober 2010 hatte der UN-Sonderberichterstatter Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafen in Kasachstan kritisiert. Das Land verberge das volle Ausmaß der Folter und anderer Misshandlungen in seinem Haft- und Gefängnissystem weiterhin. Korruption und politische Intervention im Rechtsbereich sind an der Tagesordnung. In Strafverfahren werden häufig Verfahrensregeln verletzt. Reformanstöße von innen und außen werden zögernd angenommen und umgesetzt.*

Ab 2004 galt ein Moratorium (Aufschiebung, Einstellung) für den Vollzug der ***Todesstrafe****. 2009 hatte Präsident Nasarbajew ein Gesetz zur Aufhebung der Todesstrafe unterzeichnet. Davon ausgenommen waren jedoch einige terroristische Straftaten und Kriegsverbrechen. 2016 wurde Ruslan Kulekbajew, ein Sympathisant der ultraradikalen salafistischen Strömung, zum Tode verurteilt, nachdem er auf einer Polizeistation in der Stadt Almaty zehn Personen, darunter acht Polizisten erschossen hatte.* […]

2010 verschob die Regierung die Einrichtung des Nationalen Präventions-mechanismus, eines unabhängigen Überwachungsmechanismus für Haftanstalten, um drei Jahre. Trotz erster Maßnahmen berichteten Personen laut Amnesty International, die sich im Polizeigewahrsam befanden, dass sie sowohl vor als auch nach der formalen Registrierung ihrer Haft in einer Polizeistation ***häufig Folter und anderen Misshandlungen*** *ausgesetzt waren. Polizeibeamte verstießen oft gegen das Strafvollzugsgesetz, das eine Registrierung von Gefangenen binnen drei Stunden nach ihrer Inhaftierung vorsieht. «*

[1] **Wikipedia – Kasachstan:** https://de.wikipedia.org/wiki/Kasachstan [07.06.2021]
Abbildung: **der kasachische Staatspräsident Tokajew im Gespräch mit dem russischen Staatspräsidenten Putin** | 2019 | Wikimedia / *Kremlin.ru* | Lizenz: CC BY 4.0
Abbildung: **Globus:** Orthographic map of Kasachstan | Wikimedia / *Turkish Flame* | Lizenz: CC BY 3.0

Kasachstan

Position: **Todesstrafe**

Vertretung Kasachstans[1]

Statement zur Diskussion über Todesstrafe

- **Abschaffung der Todesstrafe.** Kasachstan ziehe in Betracht, die Todesstrafe abzuschaffen und das zweite Zusatzprotokoll zum Zivilpakt zu unterzeichnen.
- **Abschreckung durch Todesstrafe nicht belegt.** Das Hauptargument der Befürworterinnen der Todesstrafe sei, dass es von Verbrechen abschrecke. Doch es gebe hierfür keine schlüssigen Beweise. Diesen Fakt anerkennend habe Kasachstan Initiativen gestartet, die darüber aufklären, dass die Todesstrafe weder Verbrechen verhindere noch reduziere.
- **Abschreckung durch konsequente Strafverfolgung.** Die Praxis habe gezeigt, dass Abschreckung nicht durch die Härte der Strafe erfolge, sondern durch die konsequente Verfolgung jeder Straftat.

Länder-Informationsportal der Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit[2]

Kasachstan

- **Terroranschläge nach 2011.** Kasachstan habe sich längere Zeit nicht als Ziel von Anschlägen bedroht gefühlt. Nach 2011 habe es aber mehrere kleinere terroristische Anschläge gegeben.
- **Forderungen nach Vollstreckung der Todesstrafe für Terrorismus.** *» Unmittelbar nachdem so die Ruhe wieder hergestellt war, fanden in Aktobe im Westen Kasachstans, wo auch die Proteste gegen das Gesetz ihren Ausgang genommen hatten, zeitgleich mehrere Terroranschläge statt. Die Regierung wurde offensichtlich völlig von den Ereignissen überrascht und macht eine größere salafistische Terrorzelle dafür verantwortlich. Auch wenn offiziell versichert wird, man habe die Lage im Griff, bleibt die Situation im Westen - und vermutlich auch in der Führung des Landes - angespannt. Dies umso mehr, als am 18.7.2016 die innere Ruhe schon wieder erschüttert wurde als ein offenbar islamistischer Einzeltäter mit krimineller Vergangenheit bewaffnet eine Polizeistation in Almaty stürmte und fünf Menschen tötete. Schon im Herbst 2016 wurden die Tatverdächtigen zu harten Strafen verurteilt: Im Falle der Anschläge von Aktobe wurden Freiheitsstrafen von bis zu 25 Jahren wegen Terrorismus verkündet, der Attentäter von Almaty wurde wegen Terrorismus sogar zum Tode verurteilt. Da in Kasachstan ein Moratorium für die Todesstrafe gilt, wird die Strafe wohl in lebenslänglich umgewandelt. Doch fordern derzeit mehrere Politiker und Juristen den Vollzug der Todesstrafe im Falle von Terrorismus. «*

[1] **Vertretung Kasachstan**, 2021: https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/SP/32664_46_d58083e5_f4cd_484c_bb66_622007823043.docx
[2] **Länderinformationsportal der GIZ** (2020): https://www.liportal.de/kasachstan/geschichte-staat/ [07.06.2021]
Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Tulebaevstraße, Almaty, Kasachstan** | unsplash.com / *Nurgissa Ussen* | Lizenz: CC0 1.0

Republik Kasachstan

Rollenprofil | vertiefende Infos

Kasachstan

Allgemeine Informationen

Länder-Informationsportal der Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit[1]

Kasachstan

- **Bis 1991 Teil der Sowjetunion.**

  » Die bis 1991 währende Sowjetära brachte einschneidende Veränderungen in allen Lebensbereichen. Insbesondere ist hier die mit der gesamtsowjetischen Kollektivierung verbundene Zwangssesshaftmachung der nomadisch lebenden Kasachen Ende der zwanziger Jahre des 20. Jh. zu nennen. Der damit verbundenen Hungersnot fielen 2 Mio. Menschen zum Opfer, 1 Mio. flüchtete nach China und in die Mongolei. «

- **Friedliche Entwicklung nach Unabhängigkeit 1991.**

  » Entgegen der Erwartungen vieler Beobachter entwickelte sich das unabhängige Kasachstan im ersten Vierteljahrhundert seines Bestehens trotz anfangs angespannter sozioökonomischer Lage und der sehr multinationalen Zusammensetzung seiner Bevölkerung friedlich. «

- **Eher autoritär als demokratisch.**

  » Trotz anderslautender Bekenntnisse kasachstanischer Politiker fand aber keine Demokratisierung statt, sondern im Gegenteil eine allmähliche Entwicklung hin zu einem autokratischen Präsidialregime. Weder die Bevölkerung noch die kleine und zersplitterte politische Opposition setzten dem, wie auch der zunehmenden Korruption, entschiedenen Widerstand entgegen. Mit zunehmendem Ausbau der Macht des Präsidenten wuchs dennoch der Druck auf seine wenigen Kritiker. «

- **Terroranschläge nach 2011.**

  » Nachdem die Finanzkrise 2008 noch ohne größere Erschütterungen bewältigt werden konnte, wurde das verbreitete Bild vom stabilen Kasachstan 2011 erstmals erschüttert. Zum einen gab es mehrere kleinere islamistisch-terroristische Anschläge, bis dahin hatte man das Land als von Islamismus nicht bedroht betrachtet. «

[1] **Länderinformationsportal der GIZ** (2020): https://www.liportal.de/kasachstan/geschichte-staat/ [07.06.2021]

Abbildung: **Bayterek-Denkmal, Nur-Sultan (Astana), Kasachstan** | unsplash / *bektejan* | Lizenz: unsplash

Kasachstan

Allgemeine Informationen

Länder-Informationsportal der Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit[1]

Kasachstan

- **Gewaltsames Ende eines Arbeiterstreiks.**

  » Zum anderen wurde ein monatelanger Streik von Erdölarbeitern in der Stadt Schanaosen im Gebiet Mangistau am Kaspischen Meer gewaltsam beendet, nachdem man fast neun Monate lang versucht hatte, das Problem auszusitzen, statt es zu lösen. Ablauf und Verantwortlichkeiten sind nach wie vor unklar, klar ist, dass Sicherheitskräfte am 16.12.2011 unerwartet gegen die auf dem Hauptplatz der Stadt versammelten Streikenden und ihre Angehörigen losgingen, Schüsse fielen und mehrere Menschen zu Tode kamen. Eine Aufarbeitung der tragischen Ereignisse ist nach wie vor nicht möglich. «

- **Verfolgung von Sympathisanten der Streikenden.**

  » Die Führung des Landes reagierte auf diese Ereignisse mit Maßnahmen, die zu einer erheblichen Verschärfung des innenpolitischen Klimas führten. Die gerichtliche Aufarbeitung der Vorgänge wirkte einseitig. Oppositionspolitiker, Journalisten sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, wie auch der bekannte Theatermacher Bulat Atabajew, die sich im Fall Schanaosen engagiert hatten, wurden verhaftet und strafrechtlich verfolgt. «

- **Verschärfungen des Strafrechts.**

  » Gesamtstaatlich reagierte die Führung des Landes, d.i. Präsident Nasarbajew, auf diese Herausforderungen mit neuen Programmen und Gesetzen, am bekanntesten die Strategie 2050. 2013 wurde ein neues Anti-Terror-Gesetz, gefolgt von einer Anti-Terror-Strategie, verabschiedet, gefolgt von einem kostenintensiven Programm zur Bekämpfung des religiösen Extremismus und Terrorismus im März 2018. Verschärfungen des Strafrechts beunruhigen Menschenrechtler, weil sie die Grundrechte verletzt und die Tätigkeit von NGOs bedroht sehen. «

- **„Harte Urteile“ für Protestierende gegen Wirtschaftskrise.**

  » Seit 2014 spürt das Land eine in diesem Ausmaß unerwartete Wirtschaftskrise, ausgelöst durch die Probleme der russischen Wirtschaft und den global sinkenden Ölpreis. […] Die Bevölkerung, die lange erstaunlich gelassen auf die Krise und ihre Folgen reagiert hatte, ging, ausgelöst durch das Projekt eines neuen Landgesetzes, erstmals in relativ großer Zahl und in diversen Provinzstädten auf die Straße. Der Staat reagierte wie gewohnt mit Verhaftungen, Beschuldigungen und harten Urteilen «

[1] **Länderinformationsportal der GIZ** (2020): https://www.liportal.de/kasachstan/geschichte-staat/ [07.06.2021]

Abbildung: **Hochzeit in Semei, Kasachstan** | 2009 | Wikimedia / *jerome taylor* | Lizenz: CC BY 2.0

Kasachstan

Allgemeine Informationen

Länder-Informationsportal der Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit[1]

Kasachstan

- **Forderungen nach Vollstreckung der Todesstrafe für Terrorismus.**

  » Unmittelbar nachdem so die Ruhe wieder hergestellt war, fanden in Aktobe im Westen Kasachstans, wo auch die Proteste gegen das Gesetz ihren Ausgang genommen hatten, zeitgleich mehrere Terroranschläge statt. Die Regierung wurde offensichtlich völlig von den Ereignissen überrascht und macht eine größere salafitische Terrorzelle dafür verantwortlich. Auch wenn offiziell versichert wird, man habe die Lage im Griff, bleibt die Situation im Westen - und vermutlich auch in der Führung des Landes - angespannt. Dies umso mehr, als am 18.7.2016 die innere Ruhe schon wieder erschüttert wurde als ein offenbar islamistischer Einzeltäter mit krimineller Vergangenheit bewaffnet eine Polizeistation in Almaty stürmte und fünf Menschen tötete. Schon im Herbst 2016 wurden die Tatverdächtigen zu harten Strafen verurteilt: Im Falle der Anschläge von Aktobe wurden Freiheitsstrafen von bis zu 25 Jahren wegen Terrorismus verkündet, der Attentäter von Almaty wurde wegen Terrorismus sogar zum Tode verurteilt. Da in Kasachstan ein Moratorium für die Todesstrafe gilt, wird die Strafe wohl in lebenslänglich umgewandelt. Doch fordern derzeit mehrere Politiker und Juristen den Vollzug der Todesstrafe im Falle von Terrorismus. «

- **Menschenrechtssituation insgesamt kritikwürdig.**

  » Obwohl Menschenrechtsorganisationen die Situation in Kasachstan nicht nur wegen der Einschränkungen der Pressefreiheit und den Zuständen in der Erdölindustrie schon lange kritisiert hatten, wurde das Land am 12.11.2012 von der UN-Vollversammlung mit überwältigender Mehrheit für die Zeit von 2013-15 in den UN-Menschenrechtsrat gewählt. Die Menschenrechtssituation hat sich seither nicht verbessert, AI erhebt schwere Vorwürfe gegen Sicherheitsorgane - bis hin zu Folter. Organisatoren von Streiks und Demonstrationen werden unnachgiebig verfolgt. «

- **Unklare Todesumstände eines Verwandten des Präsidenten in Wien.**

  » Der ehemalige Schwiegersohn des Präsidenten, Rachat Alijew (im Juni 2014 in Österreich verhaftet), wurde im Februar 2015 tot in seiner Gefängniszelle aufgefunden. Die Behörden gehen von Selbstmord aus, was aber angezweifelt wird. «

Abbildung: **Globus:** Orthographic map of Kasachstan | Wikimedia / *Turkish Flame* | Lizenz: CC BY 3.0
Abbildung: **Almaty, Kasachstan** | unsplash.com / *Blueberry Nights* | Lizenz: CC0 1.0

Kasachstan

Position: **Todesstrafe**

Vertretung Kasachstans[1]

Statement zur Diskussion über Todesstrafe

- **Abschaffung der Todesstrafe.** Kasachstan ziehe in Betracht, die Todesstrafe abzuschaffen [und das zweite Zusatzprokotoll des Zivilpaktes zu unterzeichnen].

  » As mentioned in the statement of the Deputy Prime Minister of Kazakhstan during the high level segment of this session, Kazakhstan considers abolishing the death penalty as one of the important objectives of its human rights policy. «

- **Abschreckung durch Todesstrafe nicht belegt.** Das Hauptargument der Befürworterinnen der Todesstrafe sei, dass es von Verbrechen abschrecke. Doch es gebe hierfür keine schlüssigen Beweise. Diesen Fakt anerkennend habe Kasachstan Initiativen gestartet, die darüber aufklären, dass die Todesstrafe weder Verbrechen verhindere noch reduziere.

  » The main argument used by proponents of death penalty is that it deters violent crimes, but there is no conclusive evidence to support this claim. Recognizing this, together with international partners, we have supported various initiatives to raise awareness that the death penalty does not prevent crimes nor does it decrease the number of crimes. «

- **Abschreckung durch konsequente Strafverfolgung.** Die Praxis habe gezeigt, dass Abschreckung nicht durch die Härte der Strafe erfolge, sondern durch die konsequente Verfolgung jeder Straftat:

  » Moreover, practice shows that the inevitability of punishment, rather than its severity, deters crime. «

[1] **Vertretung Kasachstan**, 2021: https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/SP/32664_46_d58083e5_f4cd_484c_bb66_622007823043.docx

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Statuen am Grab des Königs Wanggon, Kaesŏng, Nordkorea** (UNESCO-Welterbe) | Wikimedia / *Uri Tours* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Demokratische Volksrepublik Korea

Rollenprofil | grundlegende Infos

Demokratische VR. Korea

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]
Nordkorea

» Die Demokratische Volksrepublik Korea, bekannt als Nordkorea, ist ein Staat in Ostasien. Er wurde am 9. September 1948 proklamiert und umfasst den nördlichen Teil der Koreanischen Halbinsel. Nordkorea, obwohl offiziell als „Demokratische Volksrepublik“ bezeichnet, wird diktatorisch regiert und gilt als das weltweit restriktivste politische System der Gegenwart. Im ***Demokratieindex*** *der Zeitschrift The Economist belegt das Land den* ***letzten von 167 Plätzen****.* […]

Nordkorea zählt zu jenen Ländern, in denen die ***Menschenrechte am wenigsten geachtet werden****. Kritik an der Führung wird streng bestraft. Die Medien werden vollständig vom Staat kontrolliert, ungenehmigte Versammlungen sind verboten. Es ist den Nordkoreanern nicht erlaubt, das Land zu verlassen. Auch der Aufenthaltsort im eigenen Land wird von den Behörden vorgeschrieben und hängt von der persönlichen politischen Kaste ab. Zum Tode verurteilte Personen werden oft in der Öffentlichkeit hingerichtet.*

Menschenrechtsgruppen berichten von mehreren ***Konzentrations- und Umerziehungslagern*** *im Land, in denen hauptsächlich politische Gefangene sowie Menschen, die aufgrund ihres Glaubens verhaftet wurden, inhaftiert sind. Selbst schwangere Frauen werden in diesen Lagern zu langer und harter Arbeit gezwungen. Die Inhaftierten sind der Willkür der Wärter ausgeliefert, zudem existieren Berichte über Folter, teilweise bis zum Tod. Inhaftierte starben infolge von Folter, Hunger, durch Nahrungsmittelentzug oder wurden aufgrund von geringen Vergehen hingerichtet. Westlichen Hilfsorganisationen zufolge sind rund 200.000 Menschen interniert (Stand 2005), von denen etwa 10 bis 20 Prozent jährlich durch die miserablen Lagerverhältnisse oder Exekutionen zu Tode kommen. Vereinzelte Zeugen (zum Beispiel Kang Chol-hwan oder Lee Soon-ok), denen es gelungen ist, aus den Lagern und aus Nordkorea zu fliehen, berichten zudem über Menschenversuche an Gefangenen mit Gasen oder Viren.* […] *aufgrund der in Nordkorea praktizierten* ***Sippenhaftung*** *wird auch die gesamte Familie eines Verurteilten bestraft. Dadurch verbringen auch ihre Nachkommen ihr gesamtes Leben in den Lagern.* […]

Nach China geflüchtete Nordkoreaner, die aus China zurück nach Nordkorea abgeschoben wurden, sollen hingerichtet worden sein, teilweise öffentlich, um Landsleute ***vor einer Flucht abzuschrecken****. So sollen Anfang 2005 in nur einem Monat 70 Menschen in diesem Zusammenhang hingerichtet worden sein. «*

[1] **Wikipedia – Nordkorea**: https://de.wikipedia.org/wiki/Nordkorea [09.09.2021]
Abbildung: **Nordkoreas Präsident Kim und der Präsident der USA, Donald Trump, in Singapur** | 2018 | wikimedia / *Shealah Craighead* | Lizenz: CC0 1.0
Abbildung: Democratic People's Republic of Korea (orthographic projection) | Wikimedia / *Ksiom* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Demokratische Volksrepublik Korea

Position: **Todesstrafe**

Focus online (2014)[1]

UN-Report zu Nordkorea – Öffentl. Hinrichtungen sollen abschrecken

- **Bevölkerung werde dazu gezwungen, bei Hinrichtungen zuzuschauen.**

  » Fast jeder Nordkoreaner hat nach Einschätzung der UN-Kommission mindestens einer Exekution beigewohnt. Sie finden auf öffentlichen Plätzen statt, häufig wird die Bevölkerung gezwungen zuzuschauen. Selbst die Angehörigen und Kinder werden nicht verschont. «

- **Hinrichtung bei Kritik der Regierung.**

  » „Sie schickten uns zu öffentlichen Hinrichtungen wie auf eine Exkursion, damit niemand wagte, die Partei und die Ideologie von Kim Il Sung in Frage zu stellen“, erinnerte er sich. Einmal hatten sich rund 1000 Zuschauer versammelt. Ein Mann wurde hingerichtet, weil er die Arbeiterpartei kritisiert hatte. «

- **Keine Daten zur Todesstrafe veröffentlicht.**

  » Nordkorea erhebt keine Statistik über die Zahl der Hinrichtungen. Das Korea Institute for National Unification dokumentierte 510 öffentliche Exekutionen in den Jahren 2005 bis 2012 auf Basis von Zeugenaussagen Geflohener. Die tatsächliche Zahl dürfte erheblich höher sein. «

- **Gründe für Todesstrafe.**

  » Die Todesstrafe steht auf Mord und Drogenhandel, aber auch auf Kritik an Autoritäten oder der Arbeiterpartei, „schwere“ wirtschaftlichen Vergehen wie Schmuggel und mutwillige Zerstörung von Staatseigentum. «

- **Zunahme von Hinrichtungen?**

  » Registrierten Organisationen vorübergehend einen Rückgang der Exekutionen, so hat die Zahl seit der Machtübernahme von Kim Jong Un wieder zugenommen. Der junge Herrscher will nach Einschätzung der UN-Kommission damit seine Macht festigen. «

S. 106

[1] **Focus Online** (2014): https://www.focus.de/politik/ausland/nordkorea/un-report-zu-nordkorea-teil-drei-oeffentliche-hinrichtungen-sollen-abschrecken_id_3631053.html [09.09.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Focus ist ein deutschsprachiges Nachrichtenmagazin* […] *Der Focus ist neben Spiegel und Stern eines der drei reichweitenstärksten deutschen Wochenmagazine.* […] *Der Spiegel legt einen Schwerpunkt auf komplexe politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Analysen, während der Focus neben seiner politischen Berichterstattung auch alltagsrelevante Themen aus den Bereichen Familie, Gesundheit, Finanzen und Karriere bedient.* […] *Der Focus ist generell dem bürgerlichen politischen Spektrum zuzuordnen. «*

Abbildung: **„Der Galgenbaum”**: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Demokratische Volksrepublik Korea

Position: **Todesstrafe**

Die Zeit (2013)[1]

Hinrichtungen in Nordkorea

- **80 Hinrichtungen an einem Tag.**

  » Aufhorchen jedoch lässt eine Meldung […] *nach der im Norden gerade 80 Häftlinge hingerichtet worden seien. Die Tötungen seien am 3. November in sieben Städten gleichzeitig vorgenommen worden – und zwar öffentlich. Laut den Zeitungsinformanten seien die meisten von ihnen wegen des Besitzes verbotener TV-Serien aus Südkorea oder wegen des Vorwurfs der Prostitution verurteilt worden. «*

- **Hinrichtungen öffentlich.**

  » 80 öffentliche Exekutionen an einem Tag – wenn es denn stimmt – sind kühl kalkulierter Terror gegen das eigene Volk. Es ist eine Methodik unterdrückerischer Regime. Auch im Iran, Saudi-Arabien und Kuwait gibt es öffentliche Hinrichtungen. «

- **Informationen zu Hinrichtungen fehlen.**

  » Wie weit diese Geschichte wahr ist, ist bislang unklar. Im letzten Todesstrafen-Bericht von Amnesty International heißt es, Nordkorea gebe keine Informationen über Hinrichtungen heraus – nicht verwunderlich für ein Regime, das sich so verschlossen gibt wie kein anderer Staat auf der Welt. «

- **Verbündete Nordkoreas.**

  » Ein paar wenige Verbündete hat Pjöngjang, dazu zählen China und der Iran. «

Cornell Center on the Death Penalty worldwide [2]

Todesstrafe in Nordkorea

- **Ablehnung von Empfehlungen.**

  » Der Menschenrechtsrat empfahl […] *2010, dass Nordkorea* […] *alle öffentlichen und außergerichtlichen Hinrichtungen beendet und die Zahl der mit der Todesstrafe bedrohten Verbrechen verringert* […] *Nordkorea lehnte alle Empfehlungen ab. Nordkoreanische Vertreter teilten dem UN-Menschenrechtsrat mit, dass öffentliche Hinrichtungen durchgeführt wurden, um „sehr brutale Gewaltverbrechen" zu bestrafen und nur in „in seltensten Fällen" eingesetzt wurden, oft auf Wunsch der Familien und Verwandten der Opfer. «*

[1] **die Zeit** (2013): https://www.zeit.de/politik/ausland/2013-11/nordkorea-hinrichtungen-diktatur-methoden [10.09.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *»* | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Die Zeit ist eine überregionale deutsche Wochenzeitung* […] *Die politische Haltung der Zeitung gilt als liberal beziehungsweise linksliberal."*

[2] **Cornell Center on the Death Penalty worldwide** [übersetzt aus dem Englischen]: https://deathpenaltyworldwide.org/database/#/results/country?id=54 [07.11.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Die Cornell University (kurz: Cornell) ist eine US-amerikanische Privatuniversität mit Hauptcampus in Ithaca, New York. Sie* […] *zählt zu den renommiertesten Universitäten der Welt.. «*

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Demokratische Volksrepublik Korea

Position: **Menschenrechte allgemein**

Außenministerium der demokratischen Volksrepublik Korea (2019)[1]

Verurteilung einer Resolution gegen die demokrat. Volksrepublik Korea

- **Menschenrechte als Vorwand, um unliebsame Regierungen zu stürzen.** Die demokratische Volksrepublik Korea weist Kritik zu angeblichen Menschenrechtsverletzungen entschieden zurück. In der Vergangenheit habe sich gezeigt, dass imperialistische Staaten wie die USA immer wieder versucht hätten, Regierungen zu stürzen, die nicht ihre Untertanen sein wollen. Dafür würden sie immer wieder den Vorwurf angeblicher Menschenrechtsverletzungen konstruieren und dies als Vorwand für Aggressionen gegen andere Staaten nehmen.
- **UNO sei Marionette der USA.** Die Verurteilung Nordkoreas in der UN zeige einmal mehr, dass die UNO zu einer Marionette verkommen ist, die von den USA kontrolliert werde.

Außenministerium der demokratischen Volksrepublik Korea (2021)[2]

Das wahre Gesicht der sogenannten "Menschenrechtsverteidiger"

- **Jedem Land seinen eigenen Weg.** Jedes Land solle die Interessen seiner Bevölkerung als Ausgangspunkt als auch als Ziel seiner Menschenrechtsaktivitäten nehmen. Es sollte den Weg zur Förderung der Menschenrechte wählen, der den tatsächlichen Umständen seines eigenen Landes entspricht [und nicht den Weg, den andere Länder ihm vorschreiben].
- **„Demokratie" und „Menschenrechte" als Deckmantel für Umstürze.** Die Vereinigten Staaten und andere westliche Kräfte würden jedoch die nationale Einheit und die Stabilität anderer Länder untergraben. Unter dem Deckmangel von „Demokratie" und „Menschenrechten" würden sie nach dem Sturz von unabhängigen Ländern wie Nordkorea streben, die sich ihnen nicht unterwerfen wollen.
- **„der Westen" vernachlässige soziale Menschenrechte.** Die von den USA und anderen westlichen Ländern geforderten „Menschenrechte" seien nur die Privilegien der Reichen. Sie vernachlässigten soziale Menschenrechte wie das Recht auf Arbeit für Arbeitslose, das Recht auf Nahrung für Waisenkinder oder das Recht auf Wohnung für Obdachlose. So gebe es in den USA 3,5 Millionen Obdachlose, obwohl dort 18,5 Millionen Häuser leer stünden. Wer die Menschenrechte im eigenen Land so vernachlässige, brauche sich nicht als Menschenrechtsanwalt aufspielen.

S. 108

[1] **Außenministerium der demokratischen Volksrepublik Korea** (2019): http://www.mfa.gov.kp/en/dprk-foreign-ministry-spokesman-denounces-anti-dprk-human-rights-resolution/ [10.09.2021]
[2] **Außenministerium der demokratischen Volksrepublik Korea** (2021): http://www.mfa.gov.kp/en/true-color-of-human-rights-defender/ [10.09.2021]
Abbildung: **Eine Gruppe verneigt sich vor überlebensgroßen Statuen ehemaliger Präsidenten aus der Familie Kim, Nordkorea** | 2014 | Wikipedia / Bjørn Christian Tørrissen | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Demokratische Volksrepublik Korea

Beziehungen: **USA**

FAZ (2019)[1]

Nordkorea beschimpft Biden als „tollwütigen Hund“

» In einem am Donnerstagabend veröffentlichten Kommentar beschimpfte die nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA, die auch als Sprachrohr der Führung in Pjöngjang fungiert, den Demokraten Biden als „tollwütigen Hund“. Biden hatte Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un schon mehrmals stark kritisiert und ihn unter anderem als Tyrannen bezeichnet. «

Außenministerium der demokratischen Volksrepublik Korea (2019)[2]

Der tollwütige Hund muss erschlagen werden

» Ein tollwütiger Hund in den USA hat einen weiteren Krampfanfall und ist machtgierig. Aus [dem jetzigen US-Präsidenten] *Biden* […] *quoll erneut eine Menge Müll gegen die Würde der obersten Führung der demokratischen Volksrepublik Korea hervor.* […]

Eine Krähe wird durch häufiges Waschen nicht weißer. Biden, der immer noch leichtsinnig wird und nicht zur Besinnung kommt, obwohl er von allen Menschen getadelt und abgelehnt wurde, muss ein tollwütiger Hund sein, der nur darauf scharf ist, anderen an die Kehle zu gehen. […] *Es sind die letzten Bemühungen des tollwütigen Hundes, seinen Tod zu beschleunigen.* […]

Er vergaß sogar den Namen [des ehemaligen US-Präsidenten] *Obamas, dem er gedient hatte, und nannte ihn seinen Vorgesetzten. Ein Zeichen für das Endstadium seiner Demenz. Es scheint für ihn an der Zeit zu sein, sein Leben zu beenden.*

Kein Wunder, selbst die Amerikaner nennen ihn „1% Biden“ mit niedrigem I.Q., „verrückter Biden“ und „Biden, der nicht aus dem Schlaf erwachte“. […]

Biden, hör gut zu. Wer es wagt, die Würde der obersten Führung der demokratischen Volksrepublik Korea zu verleumden, kann der gnadenlosen Bestrafung durch die demokratische Volksrepublik Korea nicht entrinnen, egal wohin er flieht. Und er wird sich noch im Grabe umdrehen, wenn er sich der schrecklichen Folgen seiner gedankenlosen Äußerungen bewusst wird.

Tollwütige Hunde wie Biden können viele Menschen verletzen, wenn sie außer Kontrolle geraten. Sie müssen mit einem Stock zu Tode geprügelt werden, bevor es zu spät ist. Dies wird auch für die USA von Vorteil sein. «

[1] **Frankfurter Allgemeine Zeitung** (2019): https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nordkorea-beschimpft-joe-biden-als-tollwuetigen-hund-16486757.html [10.09.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: “Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (Eigenschreibweise: Frankfurter Allgemeine. Zeitung für Deutschland; kurz F.A.Z. oder FAZ) ist eine deutsche überregionale Abonnement-Tageszeitung. […] Die FAZ gilt allgemein als bürgerlich-konservatives Medium.“

[2] **Außenministerium der demokratischen Volksrepublik Korea** (aus dem Englischen übersetzt, 2019): http://www.mfa.gov.kp/en/rabid-dog-must-be-beaten-to-death-kcna-commentary/ [10.09.2021]

Abbildung: **unbekannte Festveranstaltung in Pjöngjang, Nordkorea** | 2014 | flickr / Jordi Bernabeu Farrús | Lizenz: CC BY 2.0

Abbildung: **Statuen am Grab des Königs Wanggon, Kaesŏng, Nordkorea** (UNESCO-Welterbe) | Wikimedia / *Uri Tours* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Demokratische Volksrepublik Korea

Rollenprofil | vertiefende Infos

Demokratische Volksrepublik Korea

Amnesty International

Amnesty International (2021)[1]
Menschenrechtssituation in Nordkorea

- **Diktatur und Unterdrückung von Kritik.**

  » Die diktatorisch vom Familienclan der Kims (Staatsoberhaupt: Kim Jong-un) regierte Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), in der Militär und Staatspolizei in allen Lebensbereichen enormen Einfluss besitzen, geht mit äußerster Brutalität gegen jede Andeutung von Kritik vor. «

- **Hunger.**

  » Ein großes Problem ist jedoch seit vielen Jahrzehnten auch der Hunger. […] *Im Vergleich zu Männern in Südkorea sind die nordkoreanischen ca. 8 cm kleiner (Frauen 6 cm) und fast 13 kg (Frauen fast 11 kg) leichter und oft geistig weniger entwickelt. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt in Südkorea 81,4 Jahre, in Nordkorea 69,5 Jahre (Stand 2012). Das staatliche Gesundheitswesen ist zudem in einem katastrophalen Zustand. Es fehlt an Medizin (Antibiotika, Narkosemittel bspw. bei Amputationen). «*

- **Geschätzt 120.000 Menschen in Straflagern.**

  » Die leiseste Kritik an Maßnahmen der nordkoreanischen Regierung, das Vergessen der Texte der „Großen Führer" Kim Il-sung und Kim Jong-il oder Kritik am aktuellen Staatsoberhaupt Kim Jong-un führen zur Einweisung in eines der politischen Straflager […]*, teilweise auch von Familienangehörigen, weil die Sippe für den Einzelnen haftet.* […] *Es gab bisher nur einige wenige Insassen, denen die Flucht nach Südkorea gelang. Die Existenz der politischen Straflager wird zwar noch immer vom Regime geleugnet, ist durch Satellitenaufnahmen und Zeugenaussagen jedoch eindeutig belegt. Überlebende berichten zudem immer wieder von Folter, öffentlichen Hinrichtungen und Zwangsarbeit in den Lagern.* […] *Genaue Gefangenenzahlen zu diesen Lagern liegen uns nicht vor. Amnesty geht davon aus, dass 120.000 Menschen in politischen Straflagern und anderen Haftanstalten (bis zu 180) gefangen gehalten werden «*

- **Schwerste Menschenrechtsverletzungen.**

  » Zusammenfassend lässt sich feststellen: Der UNO-Mitgliedstaat Nordkorea (seit 1991) ist eines der Länder, in denen sämtliche Menschenrechte auf das härteste verletzt werden. «

[1] **Amnesty International** (2021): https://amnesty-korea.de/ [09.09.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

Abbildung: "**Making the Invisible Visible**", Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Demokratische Volksrepublik Korea

Amnesty International

Amnesty International (2021)[1]
Menschenrechtssituation in Nordkorea

- **UNO verurteile Menschenrechtslage in Nordkorea.**

  » Im Februar 2014 veröffentlichte die sog. Commission of Inquiry (CoI) der UNO nach mehrmonatigen Untersuchungen und der Anhörung von über 300 Augenzeugen einen ausführlichen Report über systematische, weit verbreitete und grobe Verstöße gegen die Menschenrechte durch die nordkoreanische Regierung. «

- **Amnesty habe seit 25 Jahren keinen Zugang zu Nordkorea.**

  » Amnesty durfte Nordkorea das letzte Mal 1995 besuchen, und bekam von den Behörden das „rehabilitation center" in Sariwon gezeigt. Die Möglichkeit das Land selbst zu erkunden wurde uns verweigert. «

- **China weise nordkoreanische Flüchtlinge zurück.**

  » Zudem gilt das Überschreiten der Grenze nach China, um Nahrung zu suchen oder das Land zu verlassen, als illegal und wird drakonisch bestraft. Die chinesische Regierung gewährt nordkoreanischen Geflüchteten kein Asyl und schickt diese nach Nordkorea zurück. «

- **Nordkorea habe Menschenrechtsverträge eigentlich unterschrieben.**

  » Nordkorea ist Unterzeichner folgender UNO-Vereinbarungen: Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (und somit Einhaltung der Menschenrechte und Gewährung von Reisefreiheit, von Nordkorea 1981 unterzeichnet) […] *und verletzt die Vereinbarungen in allen Bereichen! «*

- **Pressefreiheit nicht existent.**

  » Im Land gibt es keine Pressefreiheit, und Nordkorea nimmt auf der Rangliste der Pressefreiheit den 179. von 180 Plätzen ein. «

- **Zugang zum Internet stark eingeschränkt.**

  » Die Regierung schränkte die Kommunikation zwischen Nordkoreanern und dem Rest der Welt weiterhin drastisch ein. Telekommunikation, Post und Rundfunk befanden sich in der Hand des Staates. Es gab weder unabhängige Zeitungen oder andere Medien noch zivilgesellschaftliche Organisationen. Nur einige wenige Personen, die zur herrschenden Elite gehörten, hatten Zugang zum Internet und zu internationalen Mobilfunkdiensten. «

[1] **Amnesty International** (2021): https://amnesty-korea.de/ [09.09.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

Abbildung: "**Making the Invisible Visible**", Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Demokratische Volksrepublik Korea

Amnesty International

Amnesty International (2021)[1]
Menschenrechtssituation in Nordkorea

- **Todesstrafe für Demonstrationen gegen Regierung.**

  » DAS STRAFGESETZ NORDKOREAS:

  Artikel 60 – Eine Person, die sich an einer Verschwörung zum Sturz der Regierung, Aufruhr, Demonstrationen, Stürmung oder Anschlägen beteiligt oder sich gegen den Staat stellt, wird mit mindestens 5 Jahre Erziehungslager bestraft. Bei besonderer Schwere droht die lebenslange Strafe im Erziehungslager, die Todesstrafe oder die Enteignung. «

- **Todesstrafe für schwere „staatsfeindliche Absichten".**

  » Artikel 61 – TERRORISTISCHE AKTIVITÄTEN Eine Person, die politische Kader tötet oder entführt oder Bürgern mit staatsfeindlichen Absichten Schaden zufügt, wird mit mindestens 5 Jahren Erziehungslager bestraft. Bei besonderer Schwere droht die lebenslange Freiheitsstrafe im Erziehungslager, die Todesstrafe, sowie die Enteignung. «

- **Todesstrafe auch für Flüchtlinge.**

  » Artikel 63 – HOCHVERRAT AM VATERLAND Wenn ein Bürger das Vaterland verrät und in ein anderes Land flieht, sich ergibt, untreu ist, Staatsgeheimnisse weitergibt oder sonstige Delikte gegen das Vaterland begeht, wird mit mindestens 5 Jahren Erziehungslager bestraft. Bei besonderer Schwere droht die lebenslange Strafe im Erziehungslager, die Todesstrafe, sowie die Enteignung. «

[1] **Amnesty International** (2021): https://amnesty-korea.de/ [09.09.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

Abbildung: "**Making the Invisible Visible"**, Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Demokratische Volksrepublik Korea

Position: **Todesstrafe**

Fokus online (2014)[1]

UN-Report zu Nordkorea – Öffentl. Hinrichtungen sollen abschrecken

*» Fast jeder Nordkoreaner hat nach Einschätzung der UN-Kommission mindestens einer Exekution beigewohnt. Sie finden auf öffentlichen Plätzen statt, häufig wird die **Bevölkerung gezwungen zuzuschauen**. Selbst die Angehörigen und Kinder werden nicht verschont.*

 # Die Geflohenen Choi Young-hwa und Kim Joo-il waren zehn Jahre alt, als sie das erste Mal einer Hinrichtung zusehen mussten. In beiden Fällen unterbrach der Lehrer den Unterricht und führte die Klasse gesammelt zum Exekutionsort.

*# Lee Jae-geun erlebte mindestens zehn Exekutionen in 30 Jahren. „Sie schickten uns zu öffentlichen Hinrichtungen wie auf eine Exkursion, damit niemand wagte, die Partei und die Ideologie von Kim Il Sung in Frage zu stellen“, erinnerte er sich. Einmal hatten sich rund 1000 Zuschauer versammelt. Ein Mann wurde **hingerichtet, weil er die Arbeiterpartei kritisiert hatte**.*

*Nordkorea erhebt **keine Statistik über die Zahl der Hinrichtungen.** Das Korea Institute for National Unification dokumentierte 510 öffentliche Exekutionen in den Jahren 2005 bis 2012 auf Basis von Zeugenaussagen Geflohener. Die tatsächliche Zahl dürfte erheblich höher sein. Die Todesstrafe steht auf Mord und Drogenhandel, aber auch auf Kritik an Autoritäten oder der Arbeiterpartei, „schwere“ wirtschaftlichen Vergehen wie Schmuggel und mutwillige Zerstörung von Staatseigentum.*

*Zu Zeiten der Hungerkatastrophe in den 90er-Jahren wurde auch Diebstahl mit dem Tod geahndet. Die Menschen klauten Lebensmittel, um zu überleben. In einem dokumentierten Fall wurden mehrere **Bauern exekutiert, weil sie heimlich eine Kuh geschlachtet hatten**. Einen Prozess gab es nicht, ein lokaler Funktionär fällte das Urteil - keine Seltenheit.*

*Die Todeskandidaten werden in den meisten Fällen erschossen. Nach den Schilderungen der Flüchtlinge werden die Hinrichtungen immer blutiger. In den 80er-Jahren fielen die Getöteten nach Augenzeugenberichten noch in Holzvorrichtungen. In den 90er-Jahren ließen die Henker die Erschossenen dann sichtbar liegen. Seit einigen Jahren setzen sie zunehmend **Maschinenpistolen** ein – **wohl um die abschreckende Wirkung zu erhöhen**. «*

[1] **Focus Online** (2014): https://www.focus.de/politik/ausland/nordkorea/un-report-zu-nordkorea-teil-drei-oeffentliche-hinrichtungen-sollen-abschrecken_id_3631053.html [09.09.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Focus ist ein deutschsprachiges Nachrichtenmagazin* […] *Der Focus ist neben Spiegel und Stern eines der drei reichweitenstärksten deutschen Wochenmagazine.* […] *Der Spiegel legt einen Schwerpunkt auf komplexe politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Analysen, während der Focus neben seiner politischen Berichterstattung auch alltagsrelevante Themen aus den Bereichen Familie, Gesundheit, Finanzen und Karriere bedient.* […] *Der Focus ist generell dem bürgerlichen politischen Spektrum zuzuordnen. «*

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Demokratische Volksrepublik Korea

Position: **Todesstrafe**

Fokus online (2014)[1]

UN-Report zu Nordkorea – Öffentl. Hinrichtungen sollen abschrecken

*» Registrierten Organisationen vorübergehend einen Rückgang der Exekutionen, so hat die Zahl seit der Machtübernahme von Kim Jong Un wieder zugenommen. Der junge Herrscher will nach Einschätzung der UN-Kommission damit seine **Macht festigen**. In diesem Zusammenhang führt die Kommission auch die Hinrichtung des hohen Funktionärs Jang Song-thaek an. Der Mann der Tante hatte den Diktator ins Amt eingeführt, stand dann aber nach Einschätzung von Beobachtern dem Jung-Diktator bei seiner Inszenierung als erster Mann im Staate im Weg.*

*Kim ließ seinen früheren Mentor auf einer Parteiveranstaltung festnehmen. Drei Tage später folgte die Exekution. Zu den vielen Vorwürfen zählten Korruption und subversives Verhalten. Unter anderem wurde ihm **vorgehalten**, bei einer Beförderung von Kim Jong Un „unwillig aufgestanden zu sein und **halbherzig applaudiert zu haben**“. Seine Hinrichtung erfolgte zwar nicht öffentlich, Bilder davon wurden aber später in den Medien verbreitet. Den Berichten zufolge wurden bald darauf auch Vertraute Jangs aus dem Führungszirkel eliminiert. Das Signal an die Bevölkerung war dabei nach Einschätzung der UN-Kommission: Wenn solch hochrangige Funktionäre nicht sicher vor Bestrafung sind, dann erst recht nicht das einfache Volk. «*

[1] **Focus Online** (2014): https://www.focus.de/politik/ausland/nordkorea/un-report-zu-nordkorea-teil-drei-oeffentliche-hinrichtungen-sollen-abschrecken_id_3631053.html [09.09.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Focus ist ein deutschsprachiges Nachrichtenmagazin* […] *Der Focus ist neben Spiegel und Stern eines der drei reichweitenstärksten deutschen Wochenmagazine.* […] *Der Spiegel legt einen Schwerpunkt auf komplexe politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Analysen, während der Focus neben seiner politischen Berichterstattung auch alltagsrelevante Themen aus den Bereichen Familie, Gesundheit, Finanzen und Karriere bedient.* […] *Der Focus ist generell dem bürgerlichen politischen Spektrum zuzuordnen. «*

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Demokratische Volksrepublik Korea

Position: **Todesstrafe**

Die Zeit (2013)[1]
Hinrichtungen in Nordkorea

*» Todesurteile und Exekutionen sind kein exklusives Merkmal von Diktaturen. Auch in einigen wenigen Demokratien lässt der Staat noch töten. Dennoch: Unter den Staaten, in denen die Bürger nicht viel zu sagen haben, befindet sich auch die Mehrheit jener, die noch Todesurteile vollstrecken. Dass dazu der Militärstaat Nordkorea gehört, verwundert nicht. Aufhorchen jedoch lässt eine Meldung der konservativen südkoreanischen Zeitung JoongAng Ilbo, nach der im Norden **gerade 80 Häftlinge hingerichtet** worden seien.*

*Die Tötungen seien am 3. November in sieben Städten gleichzeitig vorgenommen worden – und zwar öffentlich. Laut den Zeitungsinformanten seien die meisten von ihnen wegen des **Besitzes verbotener TV-Serien aus Südkorea** oder wegen des **Vorwurfs der Prostitution** verurteilt worden. […]*

*Wie weit diese Geschichte wahr ist, ist bislang unklar. Im letzten Todesstrafen-Bericht von Amnesty International heißt es, Nordkorea gebe **keine Informationen über Hinrichtungen** heraus – nicht verwunderlich für ein Regime, das sich so verschlossen gibt wie kein anderer Staat auf der Welt. […] Ein paar wenige **Verbündete** hat Pjöngjang nur, dazu zählen **China und der Iran**. […]*

80 öffentliche Exekutionen an einem Tag – wenn es denn stimmt – sind kühl kalkulierter Terror gegen das eigene Volk. Es ist eine Methodik unterdrückerischer Regime. Auch im Iran, Saudi-Arabien und Kuwait gibt es öffentliche Hinrichtungen.

*[…] Das Land befindet sich seit ewigen Zeiten in Händen der Familie Kim, heute herrscht in dritter Generation der etwa 30-jährige Kim Jong Un. Er präsentiert sich, wie auch schon sein Vater Kim Jong Il und Großvater Kim Il Sung, als gnädiger Landesväter, der praktisch alles kann und alles weiß. Die beiden Älteren ließen bereits einen Führerkult um sich konstruieren, der vielem im Westen lächerlich erscheint, in Wirklichkeit aber schlicht der Indoktrination der **unterdrückten, verarmten und zum Teil auch hungernden Bevölkerung** dient. […]*

*Die **Verbreitung "schädlicher" Informationen** gehört in Nordkorea laut Amnesty International zu den Hinrichtungsgründen. Bedenklich stimmt im aktuellen Fall, dass die Exekutionen erst eine Woche danach bekannt wurden. Und das, obwohl nach Angaben der südkoreanischen Zeitung beispielsweise in der Hafenstadt Wŏnsan im Osten des Landes 10.000 Zuschauer in einem Stadion versammelt worden waren, wo dann acht Menschen erschossen wurden. Hafenstädte ermöglichen meist einen guten Informationsaustausch. In Nordkorea gilt das nicht. Die Abschottung des Regimes funktioniert ziemlich gut. «*

[1] **die Zeit** (2013): https://www.zeit.de/politik/ausland/2013-11/nordkorea-hinrichtungen-diktatur-methoden [10.09.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Die Zeit ist eine überregionale deutsche Wochenzeitung* […] *Die politische Haltung der Zeitung gilt als liberal beziehungsweise linksliberal.“*

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Demokratische Volksrepublik Korea

Position: **Kim Jong Un**

Außenministerium der demokratischen Volksrepublik Korea[1]

Verehrter Genosse Kim Jong Un

*» Die revolutionäre Sache des **„Juche“** [**koreanischer Sozialismus**], die vom großen Präsidenten Kim Il Sung vorangetrieben und vom großen Führer Genossen Kim Jong Il entwickelt wurde, wird vom angesehenen Genossen Kim Jong Un weitergeführt.*

*Der verehrte **Genosse Kim Jong Un** besitzt grenzenlose Loyalität gegenüber der revolutionären Sache des Juche, **herausragende Führungsqualitäten**, unvergleichlichen Mut und weitere beliebte Eigenschaften.*

*Mit seiner […] edlen Verpflichtung eröffnete der angesehene Genosse Kim Jong Un eine neue Phase in der Umsetzung des Anliegens der Verewigung des Führers. Demnach hat sich das strahlende Bild des großen Führers Genossen Kim Jong Il für immer in die Köpfe der Menschen eingebrannt und die **heilige Geschichte seines revolutionären Wirkens** geht ungebrochen weiter.*

[…] koreanische Volk marschiert zuversichtlich auf dem Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus.

*Mit der edlen Einstellung gegenüber den Menschen, […] indem er sie als erhabene Abbilder der großen Führer schätzt, die ihr ganzes Leben lang an die Menschen wie an den Himmel geglaubt haben, führt er eine **Politik der Liebe zu den Menschen** fort, um ihre schönen Träume und Ideale in Wirklichkeit zu übersetzen. Er zeigt auch väterliche Zuneigung und Vertrauen in die Menschen, um sie fest um die Arbeiterpartie Koreas zu sammeln.* […]

*Bis heute hat das koreanische Volk unter Befolgung des Prinzips der Eigenständigkeit und Selbstentwicklung ein monumentales Bauwerk nach dem anderen errichtet. Die Arbeit an der Juche-orientierten, modernen, IT- und wissenschaftlichen Grundlage der Volkswirtschaft weiter vorangetrieben und unaufhörlich wundersame Fortschritte gemacht, […] und eröffnete damit eine glänzende Aussicht, die Macht ihrer selbsttragenden Wirtschaft vollständig zu demonstrieren. Auch in den Bereichen Wissenschaft, Bildung, öffentliche Gesundheit, Literatur und Kunst sowie Sport erzielten sie kontinuierlich **erstaunliche Erfolge**.*

*Er hat die Eigenmächtigkeit und Kriegshandlungen der Imperialisten vereitelt und einen herausragenden Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens und der Stabilität sowie zur Förderung der Unabhängigkeit der Menschheit geleistet und damit internationale Bewunderung und Anerkennung als **großer Hüter der Gerechtigkeit** erlangt. «*

S. 117

[1] **Außenministerium der demokratischen Volksrepublik Korea** (übersetzt aus dem Englischen): http://www.mfa.gov.kp/en/overview/ [13.09.2021]

Abbildung: **Nordkoreas Führer Kim Jong Un** | 2019 | Wikimedia / kremlin.ru | Lizenz: CC BY 4.0

Demokratische Volksrepublik Korea

Position: **Menschenrechte allgemein**

Außenministerium der demokratischen Volksrepublik Korea (2019)[1]

Sprecher des Außenministeriums prangert Menschenrechtsresolution gegen die demokratische Volksrepublik Korea an

» On November 14, an anti-DPRK "human rights resolution" was railroaded at a meeting of the Third Committee of the 74th UN General Assembly.

We bitterly denounce it as a politically-motivated reckless provocation made by the hostile forces to take clear aim at the DPRK and destroy its system by brigandish means.

The adoption of the "resolution" under the signboard of the UN fully reveals that the UN was reduced into a marionette controlled by the U.S.

As seen in history, it is the stereotyped method of the imperialists to cook up "human rights" issue for the regime change in the countries that disobey them and to use it as an excuse for aggression. «

Außenministerium der demokratischen Volksrepublik Korea (2021)[1]

True Color of "Human Rights Defender"

» Human rights are the sacred rights of social beings who desire to live and develop independently and creatively. Accordingly, those who embody genuine human rights are none other than the popular masses.

Every country should duly take its people's interests as a starting point as well as a finish line of its human rights activities, and it should choose the road to promotion of human rights that suits its actual circumstances.

The United States and other Western forces, however, are undermining national unity and social stability of other countries, and seeking overthrow of their systems against anti-imperialist, independent countries under the signboard of "democracy" and "human rights."

"Human rights" clamored by the U.S. and other Western countries are the privileges of the rich, which make anything possible with money. To these countries, ensuring the jobless the right to work and the people with no support and the children with no parents the rights to food and housing are not initially counted as human rights. […]

It is absolutely preposterous that the U.S. is making nonsense about "human rights" situation in our country. «

[1] **Außenministerium der demokratischen Volksrepublik Korea** (2019): http://www.mfa.gov.kp/en/dprk-foreign-ministry-spokesman-denounces-anti-dprk-human-rights-resolution/ [10.09.2021]

[1] **Außenministerium der demokratischen Volksrepublik Korea** (2021): http://www.mfa.gov.kp/en/true-color-of-human-rights-defender/ [10.09.2021]

Abbildung: **Eine Gruppe verneigt sich vor überlebensgroßen Statuen ehemaliger Präsidenten aus der Familie Kim, Nordkorea** | 2014 | Wikipedia / Bjørn Christian Tørrissen | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Demokratische Volksrepublik Korea

Beziehungen: **USA**

Außenministerium der demokratischen Volksrepublik Korea (2019)[1]

Rabid Dog Must Be Beaten to Death

» A rabid dog in the U.S. has another fit of spasm, being greedy for power.

Biden, bereft of elementary quality as a human being, much less a politician, again reeled off a string of rubbish against the dignity of the supreme leadership of the DPRK.

A crow is never whiter for often washing. Biden, still going reckless, not coming to his senses though he was censured and rejected by all people, must be a rabid dog only keen on getting at others' throats.

Such rabid dog is second to none in craftiness in seeking its own interests.

A typical example is in 2011 when he, as the then Vice-President, categorically rejected the preparations being pushed forward in the U.S. to kill Osama bin Laden.

He reportedly called for reconsidering the operation, because in case the operation goes futile, Obama will not be able to be re-elected and he will also have to say goodbye to his comfortable life in the White House.

Such a profiteer who ran for the two failed presidential candidacies has now gone zealous in another presidential election campaign, wandering about like a starving wild dog.

He even forgot the name of Obama, whom he had served, and called him his senior, a sign of the final stage of dementia. It seems time has come for him to depart his life.

No wonder, even the Americans call him "1% Biden" with low I.Q., "mad Biden", and "Biden not awakened from a sleep".

Such a guy had the temerity to dare slander the dignity of the supreme leadership of the DPRK. It is the last-ditch efforts of the rabid dog expediting his death.

Biden, listen carefully. Whoever dares slander the dignity of the supreme leadership of the DPRK, can never spare the DPRK's merciless punishment, wherever he is . And he will be made to see even in a grave what horrible consequences will be brought about by his thoughtless utterances.

Rabid dogs like Biden can hurt lots of people if they are allowed to run out of control. They must be beaten to death with a stick, before it is too late.

Doing so will be beneficial also for the U.S. «

S. 119

[1] **Außenministerium der demokratischen Volksrepublik Korea** (aus dem Englischen übersetzt, 2019): http://www.mfa.gov.kp/en/rabid-dog-must-be-beaten-to-death-kcna-commentary/ [10.09.2021]

Abbildung: **unbekannte Festveranstaltung in Pyöngyang, Nordkorea** | 2014 | flickr / Jordi Bernabeu Farrús | Lizenz: CC BY 2.0

Abbildung: **Geirangerfjord, Norwegen** (UNESCO-Weltnaturerbe) | Wikimedia / *Andreas Trepte, www.avi-fauna.info*
Lizenz: CC BY-SA 2.5

Königreich Norwegen

Rollenprofil | grundlegende Infos

Königreich Norwegen

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]
Norwegen

» Norwegen […]*, amtlich Königreich Norwegen* […] *ist ein Staat in Nordeuropa.* […]

Norwegens Staatsform entspricht der einer konstitutionellen Monarchie mit stark parlamentarischen Zügen. Das Königreich ist als dezentraler Einheitsstaat organisiert. Das Land ist unter anderem Mitglied der NATO, des Nordischen Rates, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und der Vereinten Nationen. Es ist ***kein Mitglied der Europäischen Union*** *(EU), aber Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR).*

Der Index der menschlichen Entwicklung (HDI) der Vereinten Nationen stuft Norwegen seit vielen Jahren als das weltweit am höchsten entwickelte Land ein. Darüber hinaus ist es laut dem Demokratieindex der britischen Zeitschrift The Economist ***der demokratischste Staat der Welt****. Norwegen ist ein sehr wohlhabendes Land, sein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf war 2016 das dritthöchste der Welt. Das Land verfügt zudem über eines der großzügigsten und besten Sozialsysteme der Welt.* […]

Norwegen gilt als Pionier der ***Frauenrechte****. So wurde die Norwegische Frauenrechtsvereinigung bereits 1884 von vielen der prominentesten Persönlichkeiten der Zeit, darunter mehreren Ministerpräsidenten, gegründet.* […] *Damit führte Norwegen das Frauenwahlrecht 1913 als vierter Staat der Erde nach Neuseeland, Australien und Finnland ein.* […] *Im Global Gender Gap Report 2017, der die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in einem Land misst, belegt Norwegen Platz 2 hinter Island.* […]

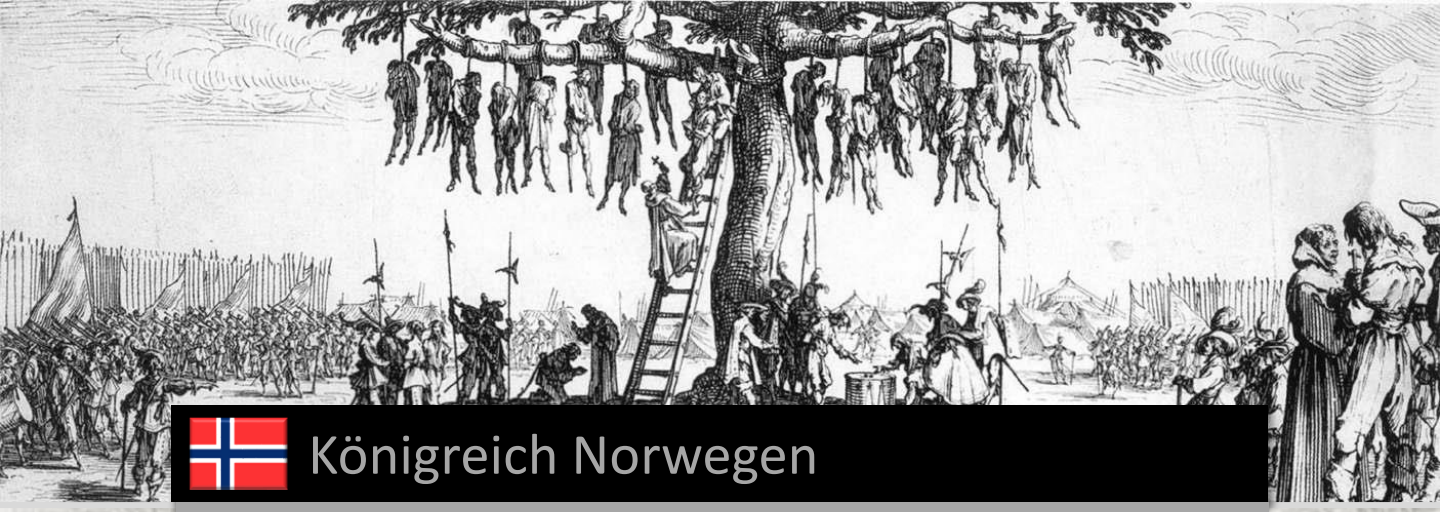
Die norwegische Verfassung vom 17. Mai 1814 ist von der französischen Verfassung von 1791 inspiriert. Das Prinzip der ***Gewaltenteilung*** *von Montesquieu war wesentliches Vorbild.* […] *Das Parlament, das Storting, besteht aus 169 Abgeordneten, die alle vier Jahr (bis 1936 jedes dritte Jahr) gewählt werden.* […]

Norwegen setzt sich international für politische und wirtschaftliche Stabilität, die Stärkung multilateraler Handlungsansätze und den ***Ausbau des Völkerrechts*** *ein. Dies entspricht den Interessen eines bevölkerungsarmen Landes mit starker internationaler wirtschaftlicher Verflechtung und ausgeprägten maritimen Interessen, das gleichzeitig einer der wichtigsten Energielieferanten weltweit ist «*

[1] **Wikipedia – Norwegen**: https://de.wikipedia.org/wiki/Norwegen [31.03.2021]

Abbildung**: Ine Marie Eriksen Søreide (norweg. Außenministerin) und Erna Solberg (norweg. Regierungschefin)** | 2020 | flickr / *Eirin Larsen* | Lizenz: CC BY-NC 2.0

Abbildung: **Globus:** Orthographic map of Norway | Wikimedia / *Rob984* | Lizenz: CC BY-SA 4.0



Königreich Norwegen

Position: **Todesstrafe**

Norwegisches Außenministerium[1]

Internationale Bemühungen zur Bekämpfung der Todesstrafe

- **Recht auf Leben Grundlage für alle anderen Menschenrechte.** Das Recht auf Leben sei sowohl in globalen als auch regionalen Menschenrechtsverträgen verankert. Das Recht auf Leben und die Unverletzlichkeit der Menschenwürde seien grundlegende Prinzipien, die das Fundament für alle anderen Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit legen. Die Todesstrafe verletze diese Prinzipien und sei unmenschlich.
- **Weltweite Abschaffung der Todesstrafe wichtiges Ziel Norwegens.** Bemühungen, die Todesstrafe weltweit abzuschaffen seien ein zentrales Anliegen der norwegischen Menschenrechtspolitik. Norwegen dränge Länder mit Todesstrafe, diese sofort auszusetzen und abzuschaffen.
- **Informationen und Statistiken zur Todesstrafe veröffentlichen.** Norwegen bestehe darauf, dass Länder, die weiterhin die Todesstrafe anwenden, wenigstens internationale Mindeststandards einhalten und Informationen und Statistiken zur Anwendung bereitstellen.
- **Wiedereinführung der Todesstrafe verhindern.** Norwegen sei es ein Anliegen, dass Länder die Todesstrafe nicht wieder einführen.
- **„Unmenschliche" Hinrichtungen.** Die Anwendung der Todesstrafe auf besonders unmenschliche Weise sei eine klare Verletzung internationalen Rechts.
- **Hinrichtungen nicht gegen Minderjährige usw.** Die Anwendung der Todesstrafe gegen Minderjährige, Schwangere und Schuldunfähige sei eine klare Verletzung internationalen Rechts.
- **Sind Anlässe für Todesstrafe wirklich immer „schwerste Verbrechen"?** Besonders abzulehnen sei ebenfalls, wenn die Todesstrafe verhängt werde für Fälle, die nicht als „schwerste Verbrechen" gelten können.
- **Fehler bei Todesstrafe unumkehrbar.** Es gebe immer noch Hinrichtungen von Personen, die sich im Nachhinein als unschuldig herausstellen.
- **Keine Beweise für Abschreckung durch Todesstrafe.** Die Erfahrung habe gezeigt, dass die Todesstrafe keinen abschreckenden Effekt auf die Kriminalität habe.
- **Kooperation mit NGOs.** Norwegen strebe auch nach der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechtsverteidiger·innen, die sich für die Abschaffung der Todesstrafe einsetzen.

S. 122

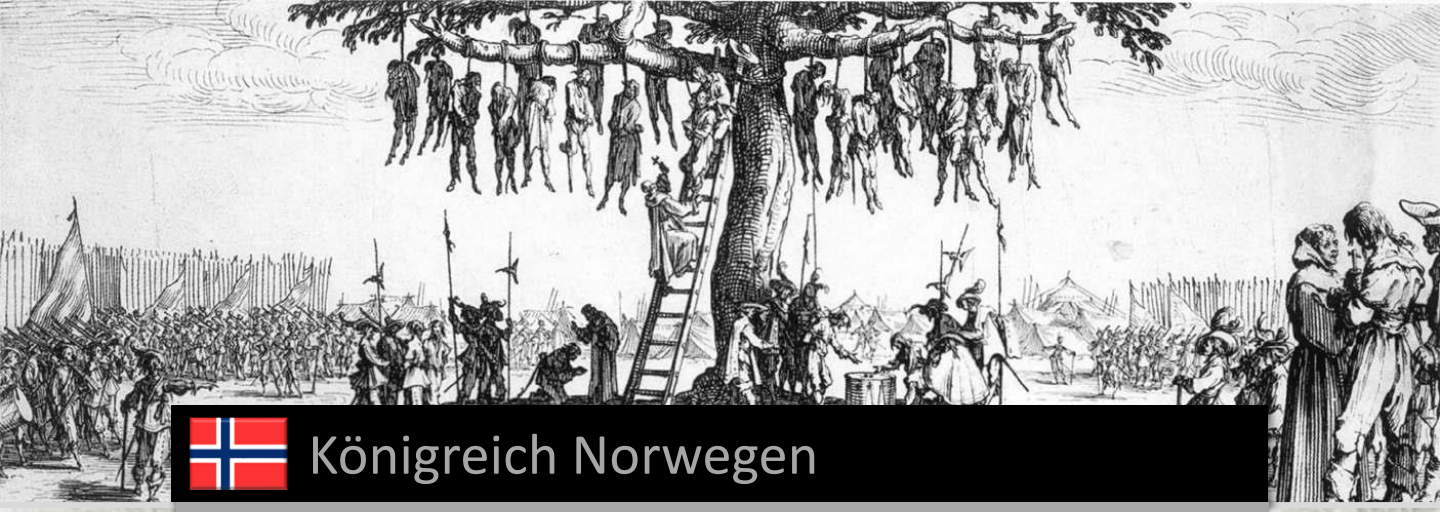
[1] **Norwegisches Außenministerium zur Todesstrafe** (2020): https://www.regjeringen.no/en/topics/foreign-affairs/human-rights/ny-struktur/combat_death_penalty/id2008678/ [03.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Geirangerfjord, Norwegen** (UNESCO-Weltnaturerbe) | Wikimedia / *Andreas Trepte, www.avi-fauna.info*
Lizenz: CC BY-SA 2.5

Königreich Norwegen

Rollenprofil | vertiefende Infos



Königreich Norwegen

Position: **Todesstrafe**

Der Spiegel[1]

Umgang mit Massenmörder Breivik - Norweger zweifeln an ihrem liberalen Strafsystem

*» Die Norweger waren bislang stolz darauf, mit Schweden und Dänemark die **niedrigste Häftlingsrate Europas** vorzuweisen. Hinzu kommen die lockersten Haftbedingungen mit hochmodernen, fast komfortablen Zellen. Trotzdem war das Strafgesetz bereits bei den letzten Parlamentswahlen großes Thema im Wahlkampf. Die rechte Fortschrittspartei holte überraschend knapp 23 Prozent der Stimmen. Ganz oben auf ihrer Liste: härtere Strafen, gerade für Gewaltverbrecher.*

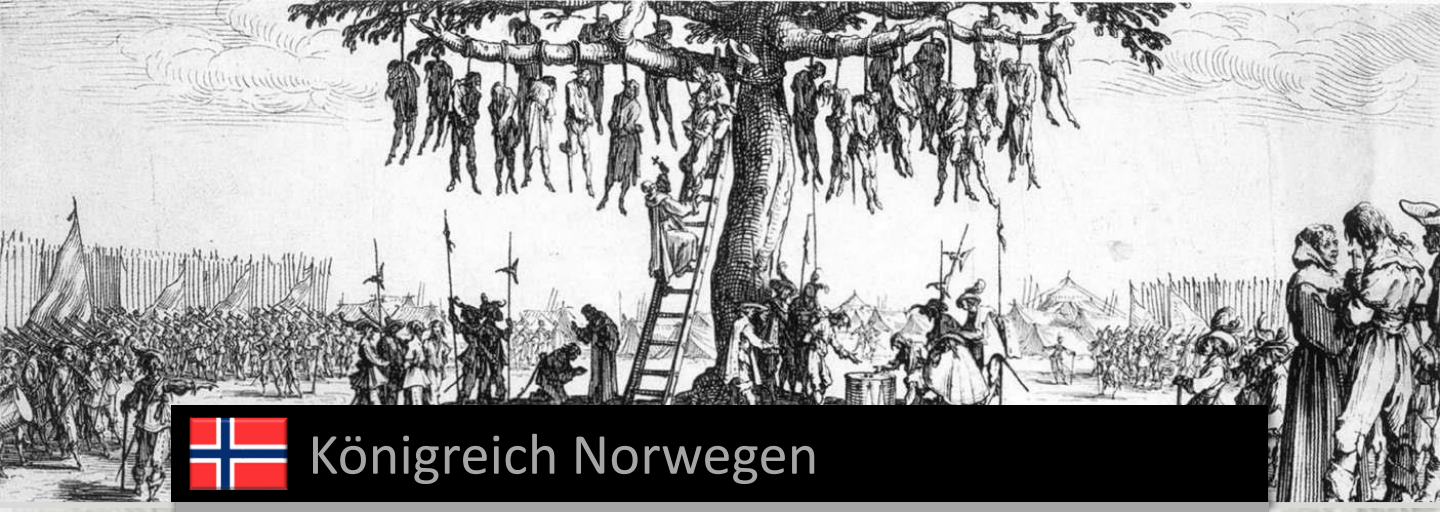
*Nach dem Bombenanschlag im Osloer Regierungsviertel und dem Massaker auf der Insel Utøya würden noch mehr Norweger das Gesetz gern geändert sehen: Im ganzen Land debattieren die Menschen über die Grenzen ihres freien und toleranten Landes, **einige fordern sogar die Todesstrafe** für den 32-jährigen Attentäter und gründeten die Facebook-Gruppe "Ja zur Todesstrafe für Anders Behring Breivik", die kurz nach ihrer Gründung bereits rund 1800 Mitglieder zählte.*

*Es ist ein erster Wutausbruch, ein Zeichen der Verzweiflung und der unendlichen Trauer. Die Todesstrafe wurde in Norwegen bereits im Jahr 1902 für die meisten Verbrechen, endgültig dann **1979 abgeschafft**. Die letzte Hinrichtung fand im Jahr 1948 statt.*

*Wegsperren von Verbrechern bringt nichts. Nicht in einer liberalen Demokratie. So sehen es die Norweger, Bürger eines starken Sozialstaats. Sie haben die lebenslange Haftstrafe in ihrem Strafrecht abgeschafft. Das norwegische Rechtssystem kennt nur noch eine **Höchststrafe von 21 Jahren Gefängnis**.* […] *Nach 21 Jahren* […] *kann diese Strafe um bis zu fünf Jahre verlängert werden, wenn der verurteilte Täter als weiterhin gefährlich gilt. Da die Anzahl dieser Verlängerungen um jeweils fünf Jahre nicht begrenzt ist, ist es nach Ansicht norwegischer Strafrechtsexperten möglich, dass der Täter bis zu seinem Tod hinter Gittern sitzt.* […] *«*

S. 124

[1] **der Spiegel** (2011): https://www.spiegel.de/panorama/umgang-mit-massenmoerder-breivik-norweger-zweifeln-an-ihrem-liberalen-strafsystem-a-776654.html [06.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: "*Der Spiegel ist ein deutsches Nachrichtenmagazin* […] *Das Blatt wird unter Journalisten seit langem als eines der deutschsprachigen Leitmedien eingestuft, denen die Funktion zukommt gesellschaftliche Kommunikation und Öffentlichkeit zu gestalten und zu prägen.*"
Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Königreich Norwegen

Position: **Todesstrafe**

Der Spiegel[1]

Umgang mit Massenmörder Breivik - Norweger zweifeln an ihrem liberalen Strafsystem

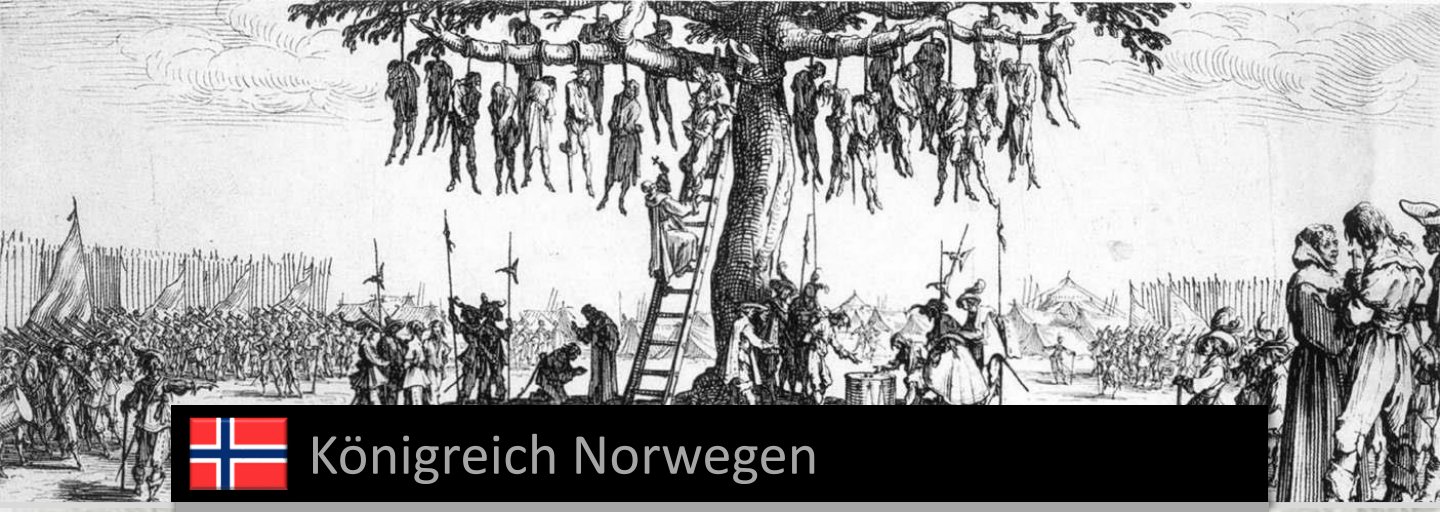
» Ein Drittel aller Gefängnisse in Norwegen ist "offen" wie die Insel Bastøy. Die meisten Anstalten gelten als außergewöhnlich modern und bequem. Die ***Resozialisierung steht im Vordergrund****: So gibt es im Hochsicherheitsgefängnis von Halden, eine Autostunde südlich von Oslo entfernt, holzgetäfelte Einzelzellen mit Flatscreen-Fernseher. Die Anstalt ist als Dorf konzipiert, Häftlinge wohnen in kleinen Blockhütten, auf dem Gelände gibt es ein Musikstudio, eine Kletterwand, Sporthallen und Schulen. Sie haben freien Blick auf den Wald, die Besucherräume sind mit Spielecken und Übernachtungsmöglichkeiten ausgestattet.* […]

Das Justizministerium betonte nach der Fertigstellung im Frühjahr vergangenen Jahres, es gehe in erster Linie darum, dass die Häftlinge "keine Kontrolle" über Ein- und Ausgang der Anstalt hätten. ***Gefängnisse bräuchten aber nicht grundsätzlich "ungemütlich" sein.***

Ebenso überzeugt sind die Norweger vom liberalsten Gefängnis des Landes: der Insel Bastøy im Oslofjord. Hier wohnen seit mehr als 20 Jahren etwa 110 Mörder, Dealer, ***Gewalttäter in einer Wohngemeinschaft****. Jeder muss sich hier eigene Grenzen setzen, kleinere Arbeiten übernehmen, für sich selbst sorgen.*

Am Zugang zur Insel steht ein Schild: "Bastøy - Übungsplatz für Verantwortung". Die Gefangenen sind sich weitestgehend selbst überlassen, der ***Direktor besitzt keine Waffe, auch die Aufseher nicht****. Die einzige Kontrolle: Viermal am Tag werden die Gefangenen durchgezählt. Abgehauen ist noch keiner, selbst die Matrosen auf der Fähre sind Gefangene. «*

[1] **der Spiegel** (2011): https://www.spiegel.de/panorama/umgang-mit-massenmoerder-breivik-norweger-zweifeln-an-ihrem-liberalen-strafsystem-a-776654.html [06.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: "*Der Spiegel ist ein deutsches Nachrichtenmagazin* […] *Das Blatt wird unter Journalisten seit langem als eines der deutschsprachigen Leitmedien eingestuft, denen die Funktion zukommt gesellschaftliche Kommunikation und Öffentlichkeit zu gestalten und zu prägen.*"
Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Königreich Norwegen

Position: **Todesstrafe**

Norwegisches Außenministerium [1]

Internationale Bemühungen zur Bekämpfung der Todesstrafe

- **Recht auf Leben Grundlage für alle anderen Menschenrechte.** Das Recht auf Leben sei sowohl in globalen als auch regionalen Menschenrechtsverträgen verankert. Das Recht auf Leben und die Unverletzlichkeit der Menschenwürde seien grundlegende Prinzipien, die das Fundament für alle anderen Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit legen. Die Todesstrafe verletze diese Prinzipien und sei unmenschlich:

  » The right to life is enshrined in both global and regional human rights conventions. The right to life and respect for human dignity and inviolability are the underlying principles on which all other human rights and the fundamental principles of the rule of law are based. The use of the death penalty is a violation of these principles and is, in itself, inhumane. «

- **Weltweite Abschaffung der Todesstrafe wichtiges Ziel Norwegens.** Bemühungen, die Todesstrafe weltweit abzuschaffen seien ein zentrales Anliegen der norwegischen Menschenrechtspolitik. Norwegen dränge Länder mit Todesstrafe, diese sofort auszusetzen und abzuschaffen:

  » Efforts to abolish the death penalty are an integral part of the Government's human rights policy. The Ministry of Foreign Affairs uses a broad range of tools in addressing this issue in international and regional organisations, as well as when engaging directly with individual countries. Norway urges the authorities in countries where the death penalty is still practised to introduce an immediate moratorium, and to abolish the death penalty both in legislation and in practice. «

- **Informationen und Statistiken zur Todesstrafe veröffentlichen.** Norwegen bestehe darauf, dass Länder, die weiterhin die Todesstrafe anwenden, wenigstens internationale Mindeststandards einhalten und Informationen und Statistiken zur Anwendung bereitstellen:

  » Norway also insists that international minimum standards are complied with and encourages greater openness and access to information in those countries where the death penalty is still practised, in order to strengthen legal protection. «

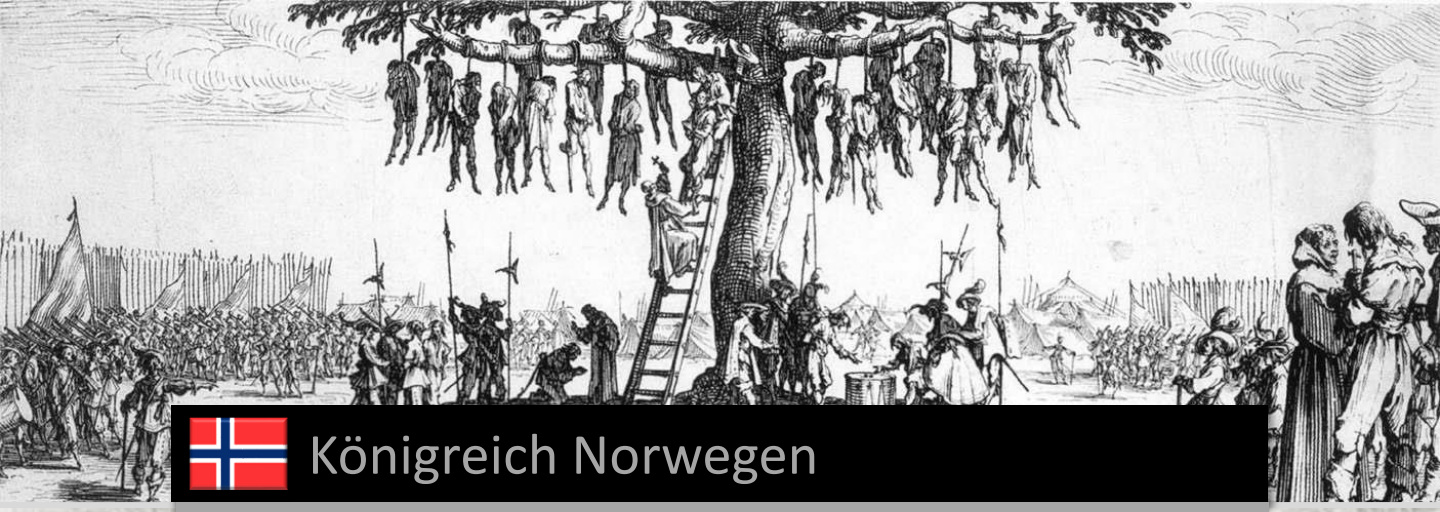
- **Wiedereinführung der Todesstrafe verhindern.** Norwegen sei es ein Anliegen, dass Länder die Todesstrafe nicht wieder einführen:

  » In some countries, Norway is working to prevent the death penalty from being reintroduced. «

S. 126

[1] **Norwegisches Außenministerium zur Todesstrafe** (2020): https://www.regjeringen.no/en/topics/foreign-affairs/human-rights/ny-struktur/combat_death_penalty/id2008678/ [03.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Königreich Norwegen

Position: **Todesstrafe**

Norwegisches Außenministerium [1]

Internationale Bemühungen zur Bekämpfung der Todesstrafe

- **„Unmenschliche“ Hinrichtungen.** Die Anwendung der Todesstrafe auf besonders unmenschliche Weise sei eine klare Verletzung internationalen Rechts:

  » When the death penalty is carried out in a particularly inhumane way […] this is a clear violation of international law. «

- **Hinrichtungen nicht gegen Minderjährige usw.** Die Anwendung der Todesstrafe gegen Minderjährige, Schwangere und Schuldunfähige sei eine klare Verletzung internationalen Rechts :

  » When the death penalty is […] used against minors, pregnant women or persons who cannot be deemed criminally responsible, this is a clear violation of international law «

- **Faire Gerichtsverfahren.** Unfaire Gerichtsverfahren, die zur Todesstrafe führen, seien besonders abzulehnen:

  » So too is the use of the death penalty in cases where proper legal protection has not been ensured during the legal process «

- **Sind Anlässe für Todesstrafe wirklich immer „schwerste Verbrechen“?** Besonders abzulehnen sei ebenfalls, wenn die Todesstrafe verhängt werde für Fälle, die nicht als „schwerste Verbrechen“ gelten können:

  » So too is the use of the death penalty in cases […] *where it is used for actions that cannot be considered as the most serious crimes. «*

- **Nähe zur EU.** Wenn Norwegen von „solchen Fällen“ erfahre, erhebe es seine Stimme. Entweder alleine oder zusammen mit der EU oder anderen gleichgesinnten Ländern:

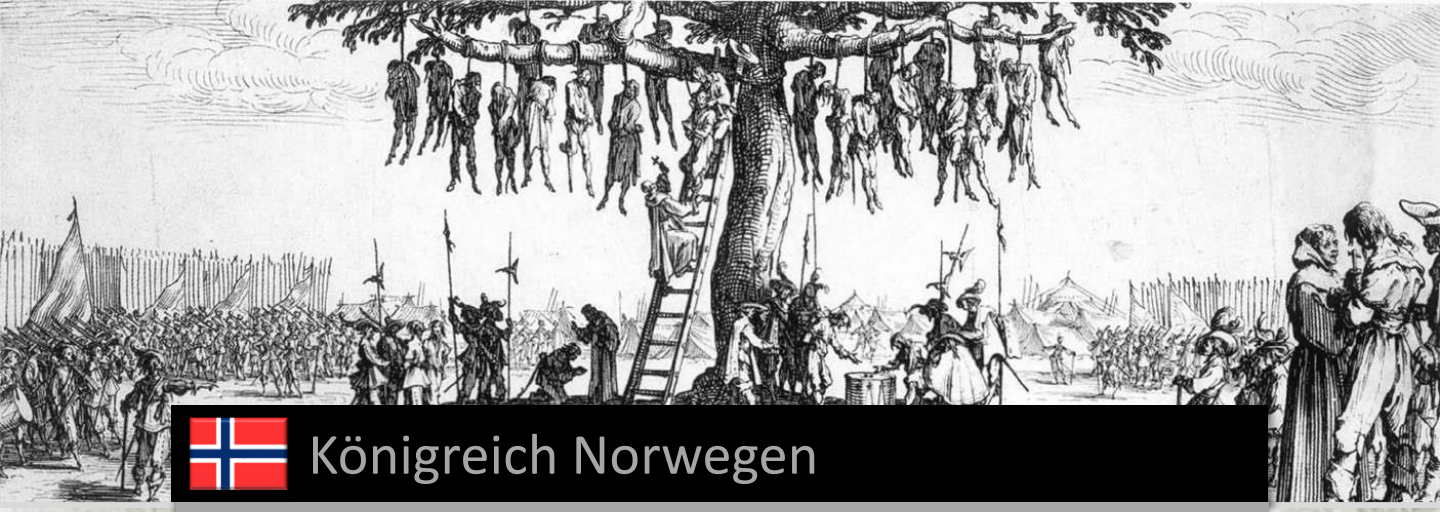
  » When Norway learns of such cases, we make our views known to the responsible authorities, either alone or together with the EU and other like-minded countries. «

- **Meiste Todesstrafen.** Besonders besorgt sei man über die häufige Anwendung der Todesstrafe in China, Iran, Saudi-Arabien, Vietnam und Irak:

  » The countries that practise use of the death penalty most frequently today are China, Iran, Saudi Arabia, Vietnam and Iraq. «

[1] **Norwegisches Außenministerium zur Todesstrafe** (2020): https://www.regjeringen.no/en/topics/foreign-affairs/human-rights/ny-struktur/combat_death_penalty/id2008678/ [03.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Königreich Norwegen

Position: **Todesstrafe**

Norwegisches Außenministerium [1]

Internationale Bemühungen zur Bekämpfung der Todesstrafe

- **Todestrakte unmenschlich.** Es sei unmenschlich, dass zum Tode Verurteilte in verschiedenen Ländern für eine ungewisse Zeit auf ihr Urteil warten müssten:

  » There are various places around the world where prisoners are subject to inhumane treatment by having to wait in uncertainty on death row for many years. «

- **Fehler bei Todesstrafe unumkehrbar.** Es gebe immer noch Hinrichtungen von Personen, die sich im Nachhinein als unschuldig herausstellen:

  » There is still wrongful execution of people who are later found to be innocent. «

- **Keine Beweise für Abschreckung durch Todesstrafe.** Die Erfahrung habe gezeigt, dass die Todesstrafe keinen abschreckenden Effekt auf die Kriminalität habe:

  » In some cases the death penalty violates the human rights and legal protection of individuals, and moreover, experience shows that it has no deterrent effect on crime in society. «

- **Trend zur Abschaffung der Todesstrafe.** Der Trend gehe erfreulicherweise zu einer weltweiten Abschaffung der Todesstrafe. Bei der Gründung der UN 1945 sei die Todesstrafe nur in 8 Ländern weltweit verboten gewesen. Heute in 160 von insgesamt 193 Staaten:

  » The global trend is towards abolition of the death penalty. At the time the UN was established in 1945, only eight states had abolished the death penalty for all crimes. By 1977, this figure had risen to 16, and today approximately 160 of the 193 UN member states have abolished the death penalty either by law or in practice, according to the Office of the High Commissioner for Human Rights. «

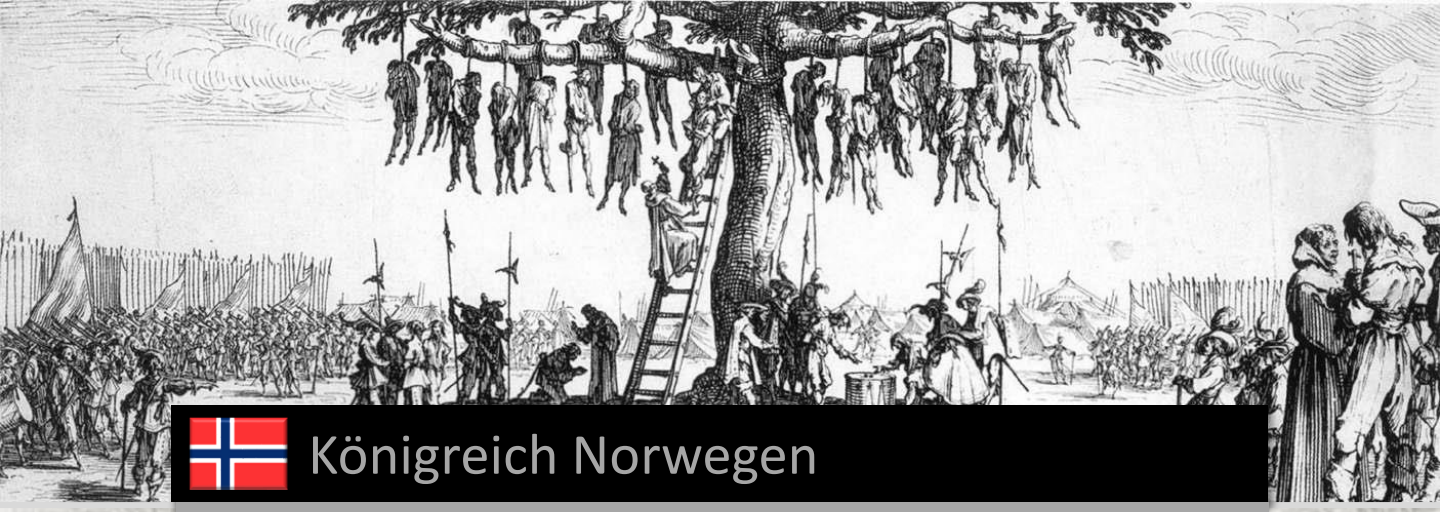
- **Allianzen suchen.** Norwegen suche auch in den Vereinten Nationen nach gleichgesinnten Staaten, um durchzusetzen, dass in die Todesstrafe in möglichst vielen Ländern ausgesetzt und schließlich gänzlich abgeschafft wird:

  » This is also reflected in the UN. Norway, together with a broad alliance of countries, has ensured extensive and increasing support for the UN resolution urging all states to introduce a moratorium on the use of the death penalty as a step towards full abolition. «

S. 128

[1] **Norwegisches Außenministerium zur Todesstrafe** (2020): https://www.regjeringen.no/en/topics/foreign-affairs/human-rights/ny-struktur/combat_death_penalty/id2008678/ [03.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Königreich Norwegen

Position: **Todesstrafe**

Norwegisches Außenministerium [1]

Internationale Bemühungen zur Bekämpfung der Todesstrafe

- **Kooperation mit NGOs.** Norwegen strebe auch nach der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechtsverteidiger·innen, die sich für die Abschaffung der Todesstrafe einsetzen:

  » In addition to its efforts in the UN and in specific countries, Norway cooperates with and supports NGOs and human rights defenders who are involved in strategic, long-term efforts to abolish the death penalty in multiple regions. «

- **Unterstützung von Konferenzen zum Erfahrungsaustausch.** Norwegen unterstützt die Ausrichtung von Konferenzen zur Todesstrafe, die viele Beteiligte zusammenbringen und erlauben, Erfahrungen auszutauschen und Einfluss auszuüben, um eine weltweite Abschaffung der Todesstrafe zu erreichen:

  » As part of the Government's international efforts, Norway hosted the 6th World Congress against the Death Penalty in 2016. Events of this type bring together individual states, the UN, civil society organisations, various experts and committed individuals, enabling them to share their experience, knowledge, networks and ability to exert an influence. This helps to mobilise support, including in countries that have not yet abolished the death penalty. «

- **Wichtige Völkerrechtsdokumente.** Obwohl die Todesstrafe im Völkerrecht nicht verboten sei, gebe es dafür strenge Einschränkungen. Wichtige Instrumente seien in diesem Zusammenhang auch die europäische Menschenrechtskonvention oder das zweite Zusatzprotokoll des UN-Zivilpakts, in dem sich Staaten selbst verpflichten können, die Todesstrafe abzuschaffen:

  » Although the death penalty is not prohibited under international law, there are strict limitations on states in place. Key instruments in this respect are the Second Optional Protocol to the UNs International Covenant on Civil and Political Rights (OP2), the European Convention on Human Rights (ECHR) and the American Convention on Human Rights. The Council of Europe has made abolition of the death penalty a prerequisite for membership. «

- **Abschaffung der Todesstrafe erreichen.** Norwegens Priorität sei es, alle Staaten dazu zu ermuntern, die Todesstrafe auszusetzen oder noch besser abzuschaffen sowie das Zusatzprotokoll zum UN-Zivilpakt zu unterzeichnen:

  » Norway's priorities: encourage all countries to abolish the death penalty by law or introduce a moratorium on executions and become party to OP2, which aims to achieve the abolition of the death penalty «

[1] **Norwegisches Außenministerium zur Todesstrafe** (2020): https://www.regjeringen.no/en/topics/foreign-affairs/human-rights/ny-struktur/combat_death_penalty/id2008678/ [03.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Hallstatt, Österreich** (UNESCO-Weltkulturerbe) | unsplash / *Sebastian Pichler* | Lizenz: unsplash

Republik Österreich

Rollenprofil | grundlegende Infos

Republik Österreich

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]
Österreich

» Österreich (amtlich Republik Österreich) ist ein mitteleuropäischer Binnenstaat mit rund 8,9 Millionen Einwohnern. […] *Österreich ist ein demokratischer und föderaler Bundesstaat.* […]

*Österreich trat im Jahr 1955 den **Vereinten Nationen** bei. Wien wurde 1980 nach New York und Genf dritter Amtssitz des Sekretariats der Vereinten Nationen (ein weiterer Sitz wurde später in Nairobi, Kenia, errichtet) und misst diesem außenpolitischen Element traditionell großen Stellenwert bei. 1972–1981 war der später umstrittene österreichische Ex-Außenminister Kurt Waldheim Generalsekretär der Vereinten Nationen.* […] *Insgesamt dienten bisher über 50.000 Österreicher unter der UN-Flagge als Soldaten, Militärbeobachter, Zivilpolizisten und zivile Experten in aller Welt.* […] *«*

Die Presse[2]
Die Todesstrafe in Österreich

*» **Erste Versuche, die Todesstrafe in Österreich abzuschaffen**, hatte schon 1787 Kaiser Joseph II. unternommen, 1803 wurde sie aber wieder eingeführt. 1919 setzte die Konstituierende Nationalversammlung der Republik Deutschösterreich den nächsten Versuche: Mit 3. April 1919 wurde die Todesstrafe im ordentlichen Verfahren abgeschafft, verankert im Artikel 85 der Bundesverfassung 1920. Bestehen blieb die höchste Strafdrohung nur mehr für das Verfahren nach standesrechtlicher Ordnung, die für den Fall des Aufruhrs oder des "besonders gefahrdrohenden Umsichgreifens" schwerer Verbrechen ausgerufen werden konnte.*

*Als die Bundesregierung im November 1933 von dieser Möglichkeit tatsächlich Gebrauch machte, war dies **einer der Schritte, die den Weg von der Demokratie zur Diktatur signalisierten**. Die erste Hinrichtung wurde an einem Mann, der Feuer an einen Heuschuppen gelegt hatte, vorgenommen. In der Zeit des Bürgerkrieges 1934 und des autoritären Ständestaates bis 1938 wurden 44 von 141 Todesurteilen vollstreckt. «*

[1] **Wikipedia – Österreich**: https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreich [08.01.2022]
[2] **Die Presse – Die Todesstrafe in Österreich**: https://www.diepresse.com/1449145/hintergrund-die-todesstrafe-in-oesterreich [08.01.2022] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *"Die Presse ist eine in Wien erscheinende überregionale österreichische Tageszeitung, die zur Styria Media Group gehört und gemäß ihrer Blattlinie eine „bürgerlich-liberale Auffassung" vertritt.* […] *Die größten Reichweiten hat Die Presse, ähnlich den anderen Qualitätszeitungen, bei Lesern mit Matura oder Hochschulabschluss sowie bei Lesern mit einem Haushaltseinkommen von 3000 Euro (oder mehr) monatlich."*
Abbildung: **Pressekonferenz der österreichischen Bundesregierung** | 3.10.2021 | Wikimedia / *Bundesministerium für Finanzen* | Lizenz: CC BY 2.0
Abbildung: **Globus:** Orthographic map of Austria | Wikimedia / *Rob984* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Republik Österreich

Position: **Todesstrafe**

Die Presse[1]

Die Todesstrafe in Österreich

*» Blutig ist - auch in der Gerichtsbarkeit - die Spur der Nationalsozialisten: In der **Nazi-Zeit von 1938 bis 1945** weist das "Hinrichtungsbuch" eines einzigen - allerdings des größten - Gerichtshofes auf österreichischem Boden, des Straflandesgerichtes Wien, die Namen von **1.184 Hingerichteten** auf. In den Jahren 1942 bis 1945 fiel im Durchschnitt täglich das Fallbeil. Die große Mehrheit der Hinrichtungen erfolgte aus politischen Gründen* […].

*Nach dem Wiedererstehen der Republik meinte man **zunächst, auf die Todesstrafe nicht verzichten zu können**. Deshalb wurde sie immer wieder, befristet auf meistens ein Jahr, verlängert. Am 24. Mai 1950 scheiterte aber ein neuerlicher Antrag auf Beibehaltung: In geheimer Abstimmung gab es 86 Stimmen dagegen bei 64 dafür. Danach gab es zunächst einige Initiativen auf Wiedereinführung, aber auch viele Bemühungen zur Abschaffung - u.a. vom damaligen Justizminister Christian Broda (SPÖ) -, die schließlich **1968 zur völlig Streichung** aus den österreichischen Strafgesetzen führten.*

*In den ersten Jahrzehnten danach wurde **gelegentlich noch der Ruf nach Wiedereinführung laut** - oft unter dem Eindruck grausamer Straftaten oder auch 1977, als die USA zur Todesstrafe zurückkehrten. Die Parlamentsparteien waren sich jedoch immer einig, wenn es darum ging, z.B. **Initiativen zur Abschaffung weltweit zu unterstützen**. Die wenigen Umfragen zu diesem Thema lassen darauf schließen, dass die Mehrheit der Österreicher die Todesstrafe generell ablehnt. «*

S. 132

[1] **Die Presse – Die Todesstrafe in Österreich**: https://www.diepresse.com/1449145/hintergrund-die-todesstrafe-in-oesterreich [08.01.2022] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *"Die Presse ist eine in Wien erscheinende überregionale österreichische Tageszeitung, die zur Styria Media Group gehört und gemäß ihrer Blattlinie eine „bürgerlich-liberale Auffassung" vertritt.* […] *Die größten Reichweiten hat Die Presse, ähnlich den anderen Qualitätszeitungen, bei Lesern mit Matura oder Hochschulabschluss sowie bei Lesern mit einem Haushaltseinkommen von 3000 Euro (oder mehr) monatlich."*

Abbildung: „**Der Galgenbaum": *Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben*** […] | 1632 | Wikipedia / *Jacques Callot* | Lizenz: CC0 1.0

Republik Österreich

Position: **Todesstrafe**

Der Standard (2019)[1]

Edward Snowden würde es wieder machen

- **Österreich lehne Asyl für Edward Snowden ab trotz drohender Todesstrafe.** Nachdem der Amerikaner Edward Snowden ein „unvorstellbares Ausmaß an Überwachung“ durch amerikanische Geheimdienste veröffentlicht habe, drohe ihm in den USA die Todesstrafe. Seit Jahren hält er sich in Russland auf, würde aber gerne in einem westlichen Land Schutz finden. Sein Asylantrag sei jedoch in 21 Ländern abgelehnt worden, auch in Österreich. Es wird vermutet, dass Österreich negative Konsequenzen aus den USA befürchte, wenn es Edward Snowden Asyl gewähre.

Österreichisches Außenministerium[2]

Außen- und Europapolitischer Bericht 2019

- **Schwerpunkte österreichischer Außenpolitik.** Österreich sei besonders der weltweite Schutz folgender Menschenrechtsthemen ein Anliegen:
  - *Abschaffung der Todesstrafe*
  - *Frauenrechte*
  - *Glaubens- und Gewissensfreiheit*
  - *Kinderrechte*
  - *Schutz von Journalistinnen und Journalisten*
  - *Schutz von Minderheiten*
  - *Schutz vor Gewalt*
  - *Stärkung des Völkerrechts*
- **Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat.** Österreich wolle seine Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat nutzen, um sich aktiv gegen Menschenrechtsverletzungen zu engagieren.
- **Allianz gegen Todesstrafe.** Man versuche, weltweit Verbündete gegen die Todesstrafe zu gewinnen.
- **Resolution.** Es sei Österreich wichtig, eine weitere Resolution im Rahmen der Vereinten Nationen zu verabschieden, die die Todesstrafe verurteilt.

[1] **der Standard** (2019): https://www.derstandard.at/story/2000108720701/snowdenmemoiren-erscheinen-weitere-enthuellungen [08.01.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *“Der Standard ist eine in Wien erscheinende österreichische Tageszeitung mit linksliberaler Ausrichtung.“*

[2] **Österreichisches Außenministerium** (2019): https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publikationen/AEPB/Aussen-_und_Europapolitischer_Bericht_2019.pdf [08.01.2022]

Abbildung: **„Der Galgenbaum“: *Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben*** […] | 1632 | Wikipedia / *Jacques Callot* | Lizenz: CC0 1.0

Republik Österreich

Position: **Todesstrafe**

Österreichisches Außenministerium[1]

Außen- und Europapolitischer Bericht 2019

- ***Empfehlungen zur Abschaffung.*** Österreich lege Wert darauf, anderen Staaten die Abschaffung der Todesstrafe zu empfehlen.
- **Wiedereinführung verhindern.** Österreich sei es wichtig, dass Staaten nicht zur Todesstrafe zurückkehren und eine Wiedereinführung zu verhindern.
- **Todesstrafe verurteilen.** Österreich verurteile die Todesstrafe insbesondere bei
    - geringfügigen Delikten
    - Menschen mit geistiger Beeinträchtigung
    - Minderjährigen
    - Schwangeren
    - unfairen Verfahren
- **NGOs fördern.** Österreich fördere eine Zusammenarbeit mit Zusammenarbeit mit lokalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen.
- **Kritik an China.** Österreich sei Teil einer Gruppe, die Menschenrechtsverletzungen in China kritisiere und China auffordere, dem Büro der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte und den Sonderberichterstatter·innen Zugang zu gewähren, um die Einhaltung der Menschenrechte überprüfen zu können. Zudem solle China die Menschenrechte gewähren, zu denen es sich im Rahmen von internationalen Verträgen auch verpflichtet habe.

S. 134

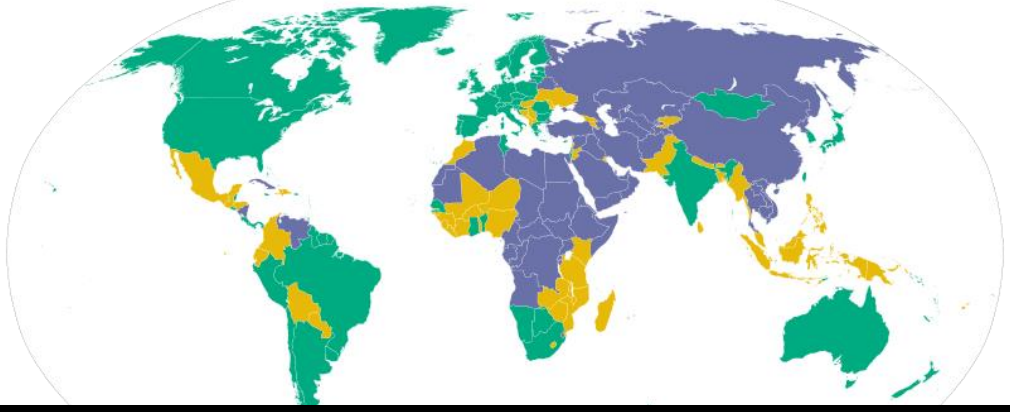
[1] **Österreichisches Außenministerium** (2019): https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publikationen/AEPB/Aussen-_und_Europapolitischer_Bericht_2019.pdf [08.01.2022]

Abbildung: **„Der Galgenbaum": *Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben*** […] | 1632 | Wikipedia / *Jacques Callot* | Lizenz: CC0 1.0

Abbildung: **Hallstatt, Österreich** (UNESCO-Weltkulturerbe) | unsplash / *Sebastian Pichler* | Lizenz: unsplash

Republik Österreich

Rollenprofil | vertiefende Infos



Republik Österreich

Freedom in the World

Freedom House[1]

Länderbericht Österreich 2019

*» **Überblick***

*Österreich hat ein **demokratisches Regierungssystem**, das politische Rechte und bürgerliche Freiheiten garantiert. Das Land wird seit jeher von einer großen Koalition aus der Mitte-Links-Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und der Mitte-Rechts-ÖVP regiert. In den letzten Jahren wurde das politische System von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) unter Druck gesetzt, einer rechtspopulistischen Partei, die offen nationalistische und fremdenfeindliche Gefühle hegt.*

Wichtige Entwicklungen im Jahr 2020

- *Die ÖVP bildete im Januar eine Koalition mit den Grünen, womit diese damit erstmals in die Bundesregierung eintraten. Die bisherige ÖVP-FPÖ-Koalition brach 2019 auseinander, nachdem in der sogenannten **Ibiza-Affäre** ein Video veröffentlicht wurde, in dem der damalige FPÖ-Chef öffentliche Aufträge im Austausch gegen Spenden und positive Medienberichterstattung anbietet.*
- *Im November wurden von einem **Attentäter in Wien**, der später von der Polizei getötet wurde, 4 Menschen getötet und 23 verletzt. Der Angreifer war zuvor wegen des Versuchs, sich der militanten Gruppe Islamischer Staat (IS) anzuschließen, inhaftiert worden und nahm an einem Deradikalisierungs-programm teil, bevor er auf Bewährung entlassen wurde.*
- *Im Dezember hob der Verfassungsgerichtshof (VfGH) ein Gesetz aus dem Jahr 2019 auf, das Schülern unter 10 Jahren das **Tragen von Kopftüchern in Grundschulen** verbietet, und entschied, dass es Muslime diskriminiert. «*

[1] **Freedom House** (aus dem Englischen übersetzt, 2019): https://freedomhouse.org/country/austria/freedom-world/2021 [08.01.2022] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Freedom House ist eine internationale Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Washington, D.C., deren Ziel es ist, liberale Demokratien weltweit zu fördern. Bekannt ist sie vor allem durch ihre jährlich veröffentlichten Berichte Freedom in the World und Freedom of the Press. Der seit 1973 veröffentlichte Freedom in the World zählt zu den ältesten Indizes, die Freiheit und Demokratie untersuchen. Diese Berichte erfahren weitreichende Beachtung in Medien, Wissenschaft und Politik.* […] *Infolge des weltweiten Zerfalls ziviler Freiheiten durch realsozialistische Systeme, diktatorische Regimes und Militärjuntas in Asien, Afrika und Lateinamerika erarbeitete Freedom House Kriterien zur Beurteilung von Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten. «*

Abbildung: ***Freedom in the World***| 2019 | Wikimedia / *Canuckguy* | Lizenz: CC BY-SA 4.0

Republik Österreich

Position: **Todesstrafe**

Der Standard (2019)[1]

Edward Snowden würde es wieder machen

*» **Edward Snowden** bestimmte im Jahr 2013 die Schlagzeilen. Seine Enthüllungen über die Spionage- und Überwachungsaktivitäten der NSA (National Security Agency) sorgten auch in Österreich für Empörung und behördliche Ermittlungen.*

*[…] Die Dokumente, die der Techniker der NSA ans Licht brachte, enthüllten ein zuvor **unvorstellbares Ausmaß an Überwachung** bei nahezu jeder Art elektronischer Daten und Kommunikation. Man erfuhr, dass die NSA in großem Stil Datenströme aus Unterseekabeln abgegriffen und sich in den Datenverkehr zwischen Rechenzentren von Internetkonzernen wie Google und Yahoo eingeklinkt hatte.*

*Die **NSA hackte weltweit hunderttausende Computer**, saugte überall Ortungsdaten, SMS und Adressbücher ab und überwachte dutzende internationale Spitzenpolitiker auch befreundeter Staaten – darunter etwa die deutsche Kanzlerin Angela Merkel.*

***In Österreich** gerieten Nutzer mit E-Mail-Adressen des Internetanbieters UPC in das Visier des Geheimdienstes, ebenso internationale Einrichtungen […]*

*Allerdings wurde schon kurz nach Bekanntwerden der Snowden-Papiere öffentlich, dass das offizielle Österreich mit der NSA seit Jahrzehnten zusammenarbeitet. Der US-Geheimdienst ist ein Partner des Heeresnachrichtenamts, das zum Bundesheer gehört. "Zur Terrorabwehr werden Informationen getauscht", heißt es dazu seitens des Heeres. Diese **Zusammenarbeit verhinderte hierzulande die Aufklärung der Affäre**, die Zusammenarbeit gehe daher weiter. […]*

*Edward Snowden veröffentlichte am Dienstag seine Memoiren. Das Buch des **im russischen Exil** lebenden Informanten mit dem Titel "Permanent Record: Meine Geschichte" ist ab heute auch in österreichischen Buchhandlungen erhältlich. Das Werk ist sehr persönlich gehalten und schildert Snowdens Werdegang sowie seine Beweggründe dafür, die massiven Überwachungspraktiken der US-Geheimdienste in ihrem ganzen Ausmaß zu enthüllen.*

*Bei seiner Stationierung in Genf erfährt Snowden von PRISM, einem Programm, mit dem die US-Geheimdienste auf Millionen Daten von Nutzern von Internetfirmen wie Facebook oder Google zugreifen können. Schon jetzt ist er nach eigenen Angaben **skeptisch, lässt sich aber von der Notwendigkeit der Maßnahmen überzeugen**. Andere Vorgänge bringen ihn dazu, die CIA zu verlassen. Über die Vertragsfirma Booz Allen Hamilton landet er schließlich als externer Mitarbeiter bei der NSA, stationiert in Hawaii. «*

[1] **der Standard** (2019): https://www.derstandard.at/story/2000108720701/snowdenmemoiren-erscheinen-weitere-enthuellungen [08.01.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *"Der Standard ist eine in Wien erscheinende österreichische Tageszeitung mit linksliberaler Ausrichtung."*
Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Republik Österreich

Position: **Todesstrafe**

Der Standard (2019)[1]

Edward Snowden würde es wieder machen

*» Seinen Schritt, an die Öffentlichkeit zu gehen und die Welt über die beispiellose **Massenüberwachung, die seiner Meinung nach gegen die Menschenrechte sowie die US-Verfassung verstößt**, zu informieren, plant der junge Computerexperte genau und lange Zeit im Voraus. Dass er damit in Konflikt mit dem Gesetz gerät, ist dem damals 29-Jährigen bewusst. Er habe sich dazu entschlossen, ein "Verbrechen zu begehen, um ein noch viel größeres offenzulegen", wird er später dazu sagen.*

***2013 flüchtet Snowden nach Hongkong** – eine Kopie tausender vertraulicher Dokumente im Gepäck -, wo er sich schließlich den Journalisten Laura Poitras und Glenn Greenwald anvertraut. Kurz darauf tritt er an die Öffentlichkeit, ein Katz- und Mausspiel folgt. Snowden flieht aus einem Hotel in Hongkong und taucht bei verschiedenen Flüchtlingsfamilien in der Stadt unter, bevor sein Anwalt Robert Tibbo die Flucht – eigentlich geplant nach Lateinamerika – organisiert. Weil die USA seinen Pass annullieren, strandet Snowden bei einer Zwischenlandung aber auf einem Moskauer Flughafen. Nach wochenlanger Unklarheit über seinen Aufenthaltsort erhält der Whistleblower **Asyl**, später ein Geschäftsvisum für **Russland**. Bis heute lebt er im Großraum Moskau.*

*Eigentlich, so beteuert Snowden immer wieder, möchte er am liebsten zurück in die USA. In seiner Heimat ist der heute 36-Jährige jedoch unter dem "Espionage Act" angeklagt, der es ihm nicht erlaubt, die Argumente für sein Tun vor einer Geschworenen-Jury darzulegen. **Zudem droht die Todesstrafe** – ein Urteil, das auch US-Präsident Donald Trump favorisiert. Aber auch dessen Vorgänger Barack Obama war Snowden gegenüber nicht besonders wohlwollend. So ließ er sich von einer Bürgerrechtskampagne, die die Begnadigung Snowdens kurz vor Ende der Amtszeit Obamas forderte, nicht beeindrucken, räumte aber ein, dass dieser "berechtigte Sorgen" angesprochen habe.*

*Aus Europa erfuhr Snowden zwar immer wieder große Unterstützung und erhielt zahlreiche Preise. Doch sein **Asylgesuch** wollte keines der 21 Länder, in denen der US-Amerikaner einen Antrag stellte, akzeptieren. **Auch Österreich winkte aus formalen Gründen ab**. Kritiker sehen hinter den Entscheidungen auch politischen und wirtschaftlichen Druck seitens Washingtons.* […] *«*

[1] **der Standard** (2019): https://www.derstandard.at/story/2000108720701/snowdenmemoiren-erscheinen-weitere-enthuellungen [08.01.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *"Der Standard ist eine in Wien erscheinende österreichische Tageszeitung mit linksliberaler Ausrichtung."*
Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Republik Österreich

Position: **Todesstrafe**

Österreichisches Außenministerium (2016)[1]
zum Internationalen Tag gegen die Todesstrafe

» *„Trotz beachtlicher Fortschritte muss der Kampf gegen diese unmenschliche Strafe weiterhin ein zentrales Anliegen der internationalen Gemeinschaft bleiben. Es ist zwar positiv, dass der Trend zur weltweiten Ächtung der Todesstrafe weiter anhält. Doch in über 40 Staaten wird weiterhin die Todesstrafe vollzogen und in einigen dieser Länder ist die Zahl der Hinrichtungen sogar gestiegen.* ***Österreich verurteilt diese Verletzung der Menschenwürde*** *und ich appelliere an diese Länder, die Todesstrafe vollständig abzuschaffen und verhängte Todesstrafen nicht zu vollziehen," erklärte* […] *Sebastian Kurz anlässlich des heutigen Internationalen Tages gegen die Todesstrafe.*

„Besonders bestürzt mich, dass in einigen Ländern die Todesstrafe sogar an Personen, die zum Tatzeitpunkt ***minderjährig*** *waren oder* ***geistig beeinträchtigt*** *sind, weiterhin vollstreckt wird. Vor allem diese Staaten sind aufgefordert, diese menschenverachtende Praxis zu überdenken. Betroffen bin ich, dass das Höchstgericht in* ***Belarus*** *erst vor wenigen Tagen - am 4. Oktober - die Todesstrafe gegen Siarhei Vostrykau bestätigt hat und Belarus als einziges europäisches Land an der Todesstrafe festhält. Ich hoffe, dass Belarus von weiteren Hinrichtungen Abstand nimmt,* […]*".*

Der Einsatz für die ***weltweite Abschaffung der Todesstrafe ist von oberster Priorität für die österreichische Außenpolitik.*** *Dabei bilden die einschlägigen Bemühungen im Rahmen der Vereinten Nationen für den Aufbau einer weltweiten Allianz von Hinrichtungsgegnern* […] *die weltweite Abschaffung der Todesstrafe zentrale Instrumente für Österreich. Zudem wird die Todesstrafe regelmäßig in bilateralen Gesprächen mit Vertretern von Staaten, die die Todesstrafe verhängen, angesprochen. Österreich pflegt auch eine enge Zusammenarbeit mit lokalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die für ein Verbot der Todesstrafe eintreten. Positiv hervorzuheben ist, dass Guinea im Juli 2016 die Todesstrafe abgeschafft hat. In der Mongolei liegt dem Parlament eine Gesetzesänderung zur Abschaffung der Todesstrafe vor.*

„Es ist daher eine wichtige Initiative, dieses Jahr in der UN[…] *wieder eine* ***Resolution*** *hin zu einer weltweiten Ächtung der Todesstrafe zu verabschieden. Gemeinsam mit einer starken Allianz von gleichgesinnten Staaten und der Zivilgesellschaft setzt sich Österreich weiterhin konsequent für die weltweite Ächtung und Abschaffung der Todesstrafe ein. «*

[1] **Österreichisches Außenministerium** (2016): https://www.bmeia.gv.at/ministerium/presse/aktuelles/2016/10/bundesminister-kurz-aechtung-der-todesstrafe-ist-prioritaet-fuer-oesterreich/ [08.01.2022]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Republik Österreich

Position: **Todesstrafe**

Österreichisches Außenministerium[1]

Außen- und Europapolitischer Bericht 2019

*» Zu den **Schwerpunkten der österreichischen Menschenrechtspolitik** zählen*

- *Die Glaubens- und Gewissensfreiheit, insbesondere der Schutz religiöser Minderheiten,*
- *die Förderung der Rechte von Kindern sowie deren Schutz vor Gewalt und Ausbeutung,*
- *Frauenrechte,*
- *Medienfreiheit und der Schutz von Journalistinnen und Journalisten,*
- *die Stärkung der Menschenrechte besonders schutzwürdiger Personen und Gruppen wie Minderheiten sowie die*
- *Stärkung der Herrschaft des Rechts in den internationalen Beziehungen und der Rechtsstaatlichkeit, der Kampf gegen die Straflosigkeit sowie die*
- *Umsetzung und Verbreitung des Humanitären Völkerrechts.*
- *Österreich setzt sich außerdem konsequent für die Abschaffung der Todesstrafe ein.*

*Österreich ist für die Periode 2019 bis 2021 **Mitglied des Menschenrechtsrates** der Vereinten Nationen (VN-MRR) und nutzt dort seine Mitgliedschaft, um konkrete Initiativen zu setzen.* […]

Kampf gegen die Todesstrafe

*Die einschlägigen Bemühungen der VN, der **Aufbau einer weltweiten Allianz von Hinrichtungsgegnerinnen** und Hinrichtungsgegnern sowie die EU-Leitlinien bilden für Österreich zentrale Instrumente im Kampf gegen die Todesstrafe.* […] *Auch wurde das grundsätzliche Verbot der Verurteilung von Personen zur Todesstrafe, die zum Tatzeitpunkt noch nicht 18 Jahre alt waren, in der österreichischen Resolutionsinitiative beim 42. VN-MRR* [UN-Menschenrechtsrat] *zu Menschenrechten in Justiz und Strafvollzug neuerlich bekräftigt.*

Bei den durchgeführten […] *Staatenprüfungen durch den VN-MRR* [UN-Menschenrechtsrat] *gab Österreich den Staaten Jemen, Vietnam, Afghanistan, Demokratische Republik Kongo, Brunei Darussalam, Iran, Ägypten und Kasachstan **Empfehlungen zur Abschaffung der Todesstrafe**. Österreich unterstützte auch die Resolution zur Todesstrafe im 42. VN-MRR, die dieses Jahr den Fokus auf das Problem der Wiedereinführung der Todesstrafe legte. «*

[1] **Österreichisches Außenministerium** (2019): https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publikationen/AEPB/Aussen-_und_Europapolitischer_Bericht_2019.pdf [08.01.2022]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Republik Österreich

Position: **Todesstrafe**

Österreichisches Außenministerium[1]

Außen- und Europapolitischer Bericht 2019

» Die Todesstrafe wird in bilateralen Kontakten mit jenen Staaten, in denen sie angewendet wird, regelmäßig angesprochen. Österreich unterstützt […] *Interventionen* […]*, insbesondere bei*

- *unfairen Verfahren,*
- *geringfügigen Delikten,*
- *Schwangeren,*
- *Menschen mit geistiger Beeinträchtigung oder*
- *jugendlichen Straftäterinnen und Straftätern.*

Bei zahlreichen Einzelfällen interveniert Österreich […] *in Drittstaaten. Bei immanenten Einzelfällen unter Zeitdruck wird die Frage oft direkt gegenüber den Botschaften in Wien aufgebracht.*

Das BMEIA [Außenministerium] *pflegt weiteres eine enge* ***Zusammenarbeit mit lokalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen****, die für die Abschaffung der Todesstrafe eintreten.*

2.6.2 Menschenrechte in den Vereinten Nationen

2.6.2.1 Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat

[…] *Die 40. Tagung des VN-MRR (25. Februar bis 22. März) war die erste Sitzung der österreichischen Mitgliedschaft. Im Sinne seiner Schwerpunktsetzung beteiligte sich Österreich an zahlreichen interaktiven Dialogen und Debatten, u.a. zu den Themen*

- *Religionsfreiheit,*
- *Kinder mit Behinderungen,*
- *Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger,*
- *Folter und*
- *Minderheiten.* […]

Österreich schloss sich einem gemeinsamen Brief von 22 Staaten an, in dem ***China*** *dazu aufgefordert wurde, dem Büro der VN-Hochkommissarin für Menschenrechte und den Sonderberichterstatterinnen und Sonderberichterstattern Zugang nach Xinjiang zu gewähren sowie die Menschenrechte im Einklang mit seinen internationalen Verpflichtungen zu gewährleisten. «*

S. 141

[1] **Österreichisches Außenministerium** (2019): https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publikationen/AEPB/Aussen-_und_Europapolitischer_Bericht_2019.pdf [08.01.2022]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **botanische Gärten, Singapur** (UNESCO-Welterbe) | unsplash.com / *Miguel Sousa* | Lizenz: CC0 1.0

Republik Singapur

Rollenprofil | grundlegende Infos

Singapur

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]
Singapur

*» Singapur (amtlich Republik Singapur […]) ist ein Insel- und Stadtstaat und der **flächenmäßig kleinste Staat Südostasiens**.*

*Singapur hat einen hohen Stellenwert bei wichtigen sozialen Indikatoren: Bildung, Gesundheitsversorgung, Lebensqualität, persönliche Sicherheit und öffentlicher Wohnungsbau mit einer Wohneigentumsquote von 91 %. Singapurer genießen **eine der längsten Lebenserwartungen der Welt**, die schnellsten Internetverbindungsgeschwindigkeiten und eine der niedrigsten Kindersterblichkeitsraten der Welt.*

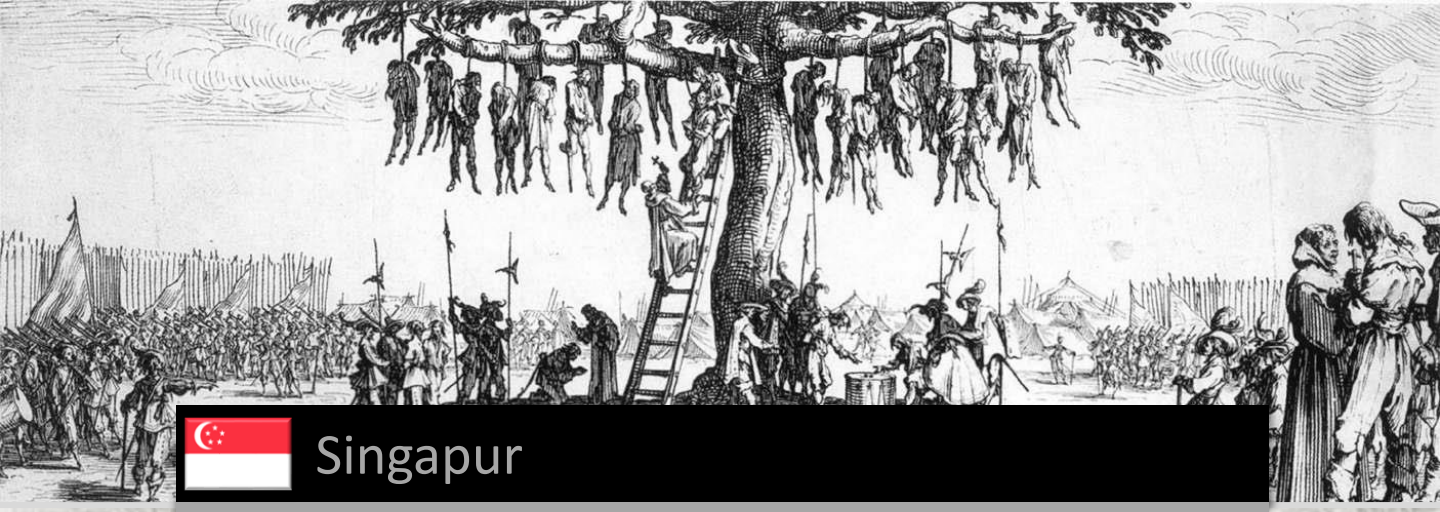
*Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen zählt Singapur zu den Ländern mit sehr hoher menschlicher Entwicklung. Singapur ist **eines der reichsten Länder (und Städte) weltweit** und gilt als eine der Städte mit den weltweit höchsten Lebenshaltungskosten. Zudem zählt der Stadtstaat mit mehr als elf Millionen ausländischen Touristen im Jahr zu den zehn meistbesuchten Städten der Welt und gilt neben Hongkong als wichtigster Finanzplatz Asiens. Singapur ist ein multiethnischer Staat, in dem Chinesen, Malaien und Inder die größten Bevölkerungsgruppen stellen.* […]

*Als Antwort auf einen Bericht von Amnesty International hat die singapurische Regierung im Januar 2004 eine Übersicht veröffentlicht, in der die **Anzahl der Hinrichtungen** zwischen 1990 und 2005 dargestellt wird. Seit 1991 wurden mindestens 420 Menschen hingerichtet, im Durchschnitt alle 14 Tage eine Person, 85 bis 90 % davon wegen Drogenhandels. Unter ihnen befanden sich auch einige westliche Ausländer.*

*Die Vorschriften für Betäubungsmittel sind sehr streng. Wer mit mehr als 15 Gramm Heroin, 30 Gramm Morphin (bzw. ab 1.200 Gramm Opium, sofern 30 Gramm Morphingehalt nicht bereits vorher erreicht wurde), 30 Gramm Kokain, 250 Gramm Methamphetamin oder 500 Gramm Cannabis festgenommen wurde, musste mit der Todesstrafe rechnen. Insgesamt ist die Abschreckung durch die Todesstrafe im **Drogenbereich, der 90 % der Todesstrafen ausmachte**, gescheitert, lediglich der Cannabisgebrauch ist niedrig, in Asien allerdings nicht unüblich. Heroin ist laut einem staatlichen Bericht von 2012 die am meisten konsumierte Droge.*

*Auch die Todesstrafe wird von **Menschenrechtsaktivisten** kritisiert. Kleine Verbände, die sich gegen die Todesstrafe aussprechen, existieren und werden von der Regierung geduldet. «*

[1] **Wikipedia – Singapur**, 2021 (Text gekürzt): https://de.wikipedia.org/wiki/Singapur
Abbildung: **Dach in Singapur** | unsplash.com / *Annie Spratt* | Lizenz: CC0 1.0
Abbildung: **Globus:** Orthographic map of Singapore | Wikimedia / *Seloloving* | Lizenz: CC BY-SA 3.0



Singapur

Position: **Todesstrafe**

NZZ – Neue Zürcher Zeitung[1]

Warten auf den Henker in Singapur

- **Justiz fair.** Gerichtsverfahren in Singapur seien fair, aber würden auf Abschreckung setzen.
- **Gründe für Todesstrafe.** Die Todesstrafe werde für Mord, Kindesentführung, Drogenhandel und Schusswaffengebrauch verhängt.
- **Todesstrafen pro Einwohner.** Gemessen an der Einwohnerzahl richte Singapur weltweit mit die meisten Personen hin.
- **Bevölkerung unterstütze Todesstrafe.** 95 % der Bevölkerung würden die Todesstrafe befürworten.
- **Todesstrafe gegen Drogenhandel.** Man wolle mit der Todesstrafe vor allem illegalen Drogenhandel in den Griff bekommen, der in der Region grassiere.

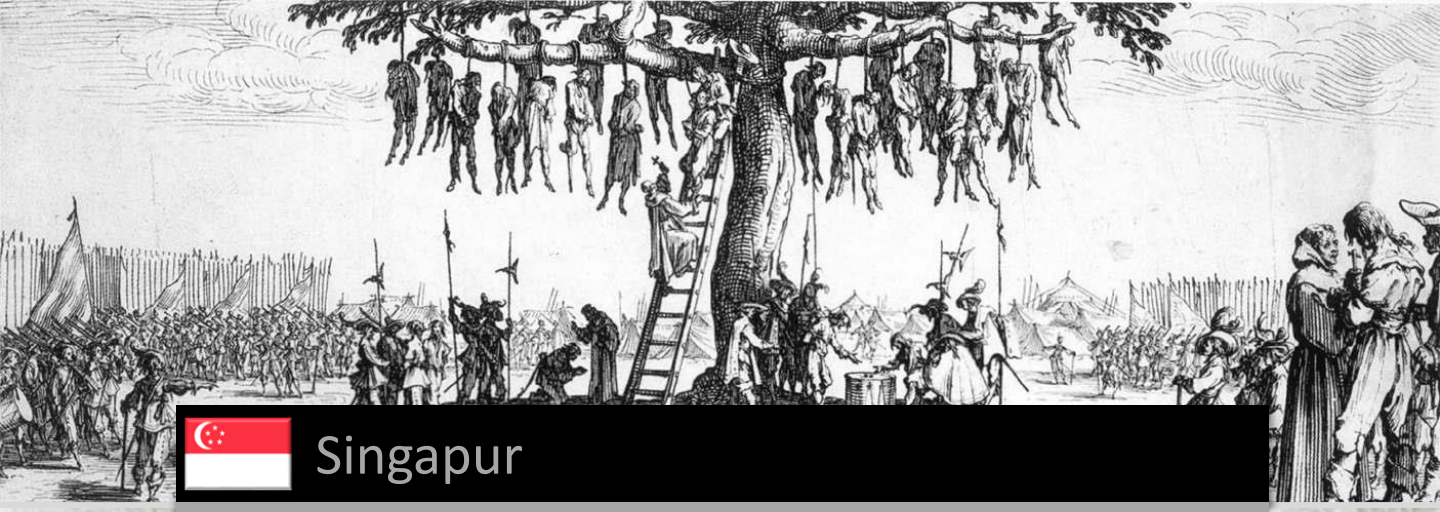
Luzerner Zeitung[2]

Singapur vollstreckt wieder mehr Todesurteile

- **Singapur gelte als modern.** Singapur gelte als besonders modern und sei ein häufiges Reise- oder Transitland von Fluggästen. Mit der Schweiz unterhalte es starke Wirtschaftsbeziehungen.
- **Todesstrafe ebenso modern?** Im Gegensatz zum modernen Image Singapurs steht die Anwendung der Todesstrafe, welche in den letzten Jahren wieder zunehme.
- **Drogenhandel.** Drogendelikte seien häufigster Grund für Todesstrafe.
- **Viele Todesstrafen pro Einwohner.** Gemessen an der Einwohnerzahl sei Singapur „Spitzenreiter“ bei Hinrichtungen.
- **Menschenrechte gegen Handelsbeziehungen.** Das Schweizer Außenministerium (EDA - Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten) sage einerseits von sich, sich gegen die Todesstrafe zu engagieren. Andererseits lobe es die hervorragenden Beziehungen zu Singapur. Es stehe der Verdacht im Raum, dass die wirtschaftlichen Interessen als wichtiger bewertet würden als die menschenrechtlichen Bedenken.

S. 144

[1] **NZZ**, 2018: https://www.nzz.ch/international/warten-auf-den-henker-in-singapur-ld.1430663#register
[2] **Luzerner Zeitung**, 2018: https://www.luzernerzeitung.ch/international/singapur-vollstreckt-wieder-mehr-todesurteile-deshalb-sollte-dies-der-schweiz-zu-denken-geben-ld.1497227
Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Singapur

Position: **Todesstrafe**

Vertretung Singapurs[1]

Erklärung einer Gruppe gleichgesinnter Staaten

- **Singapur spreche für 41 Staaten.** Singapur spreche in Namen einer Allianz von 41 gleichgesinnten Staaten beim Thema Todesstrafe (u.a. Afghanistan, Ägypten, Äthiopien, Bahrain, Bangladesch, Brunei Darussalam, Indien, Iran, Irak, Jordan, Kamerun, Katar, Kenia, Malediven, Nigeria, Oman, Papua-Neu Guinea, Saudi-Arabien, Simbabwe, Singapur, Südsudan, Sudan, Syrien, Uganda, Weißrussland.
- **Auch Menschenrechte von Opfern und Gesellschaft berücksichtigen.** Es habe oberste Priorität, das grundlegende Menschenrecht auf Sicherheit zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang müssen die Rechte der Täter auch gegenüber jenen der Opfer, ihrer Familien und der Gesellschaft abgewogen werden.
- **Todesstrafe als Abschreckung.** Die Todesstrafe sei seit Jahrhunderten eine funktionierende Abschreckung für die schwersten Verbrechen.
- **Todesstrafe rechtmäßig.** Es gebe international keine Einigkeit, dass die Todesstrafe falsch sei, wenn sie in ordentlichen Gerichtsverfahren verhängt werde.
- **„schwerste Verbrechen" nicht genau definiert.** Im internationalen Pakt über Bürger- und Freiheitsrechte sei nicht genau beschrieben, was mit „nur bei schwersten Verbrechen" gemeint sei, bei denen die Todesstrafe zulässig wäre.
- **Meinungsvielfalt bei Abstimmungen zur Todesstrafe.** Auch bisherige Abstimmungen in den Vereinten Nationen hätten bestätigt, dass die Länder diesbezüglich unterschiedliche Meinungen vertreten.
- **Eigenständigkeit der Staaten.** Die Vielfalt der Länder sowie ihr Recht auf Selbstständigkeit seien anerkannte Prinzipien, auch bei den Vereinten Nationen. Jedes Land habe das Recht, selbst sein Justizsystem zu gestalten, ohne Einmischung anderer Staaten.
- **Respekt für eigenständiges Justizwesen erwünscht.** Die Entscheidung, ob die Todesstrafe beibehalten, ausgesetzt oder abgeschafft sowie für welche Straftaten sie angewandt werde, könne jeder Staat im Rahmen seiner Souveränität selbst entscheiden unter Achtung seiner eigenen Umstände und internationalen Verpflichtungen. Dies sollte respektiert werden.

S. 145

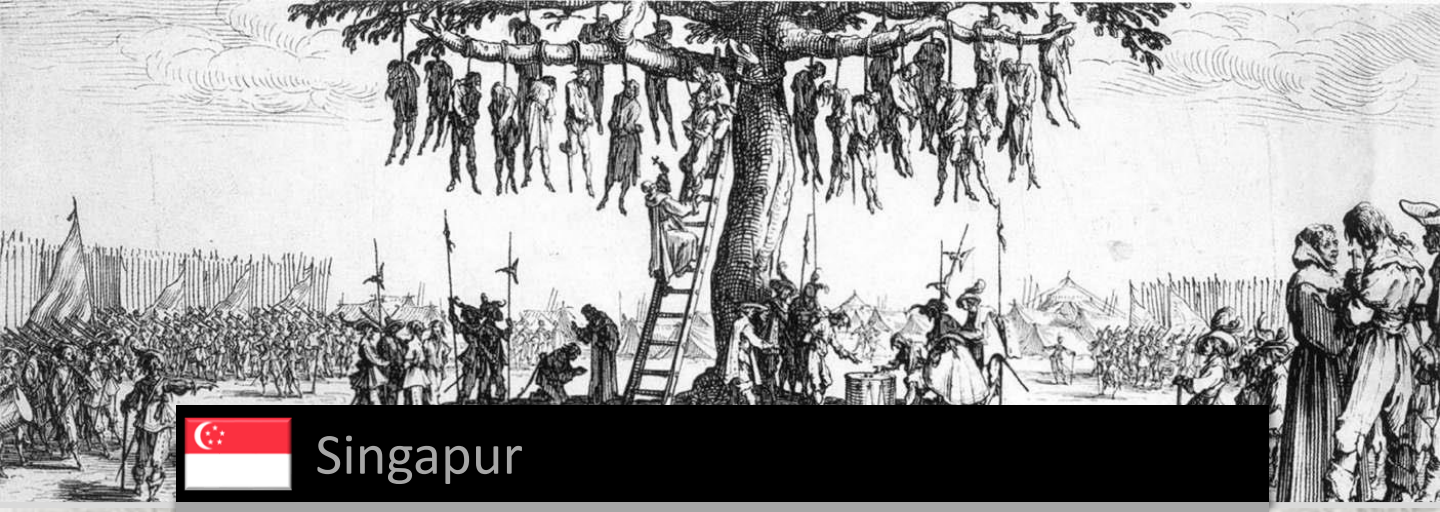
[1] **Außenministerium - Singapur**, 2021: https://www.mfa.gov.sg/Overseas-Mission/Geneva/Speeches-and-Statements--Permanent-Mission-to-the-UN/2021/02/Joint-Statement-on-the-Question-of-the-Death-Penalty-on-23-February-2021

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **botanische Gärten, Singapur** (UNESCO-Welterbe) | unsplash.com / *Miguel Sousa* | Lizenz: CC0 1.0

Republik Singapur

Rollenprofil | vertiefende Infos



Singapur

Position: **Todesstrafe**

NZZ – Neue Zürcher Zeitung[1]

Warten auf den Henker in Singapur

- **Gerichtverfahren fair, aber Schwerpunkt auf Abschreckung.**

  » Die Todesstrafe durch Erhängen wird in Singapur jeweils am Freitag im Morgengrauen vollzogen. Nun ist es wieder so weit: In wenigen Stunden steht der Malaysier Prabu Pathmanathan vor dem Gang zum Galgen. Er wurde 2013 mit Drogen im Auto erwischt. Darauf steht im Stadtstaat die Exekution durch den Strang. Die Familienangehörigen sind wie üblich sieben Tage vor der Vollstreckung des Urteils orientiert und aufgefordert worden, die letzten Vorbereitungen zu treffen. […] *Singapurs Justiz gilt zwar als fair, sie setzt aber gezielt auf Abschreckung. «*

- **Gründe für Todesstrafe.**

  » Das gilt insbesondere für Mord, Kindesentführung, Drogenhandel und Schusswaffengebrauch – alles Straftaten, für die das Gesetz die Todesstrafe vorsieht. «

- **Meiste Todesstrafen pro Einwohner.**

  » In beiden Ländern – beides frühere britische Kolonialgebiete – war die Todesstrafe bisher zentraler Pfeiler der Strafjustiz. Die Zahlen sind entsprechend hoch: In Malaysia sind seit 1960 laut Schätzungen mindestens 470 Exekutionen vollzogen worden. In Singapur sind es alleine seit 1991 mindestens 437. Noch im vergangenen Jahr wurden hier hauptsächlich wegen Drogenvergehen acht Todesurteile vollstreckt. Damit dürfte die Republik, gemessen an der Einwohnerzahl, weltweit mit an der Spitze stehen. «

- **Bevölkerung unterstütze Todesstrafe.**

  » Während internationale Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International Singapur immer wieder anprangern, lassen sich weder die Regierung noch die lokale Bevölkerung beirren. Gemäss Umfragen stehen 95 Prozent der 5,6 Millionen Einwohner hinter der Todesstrafe. «

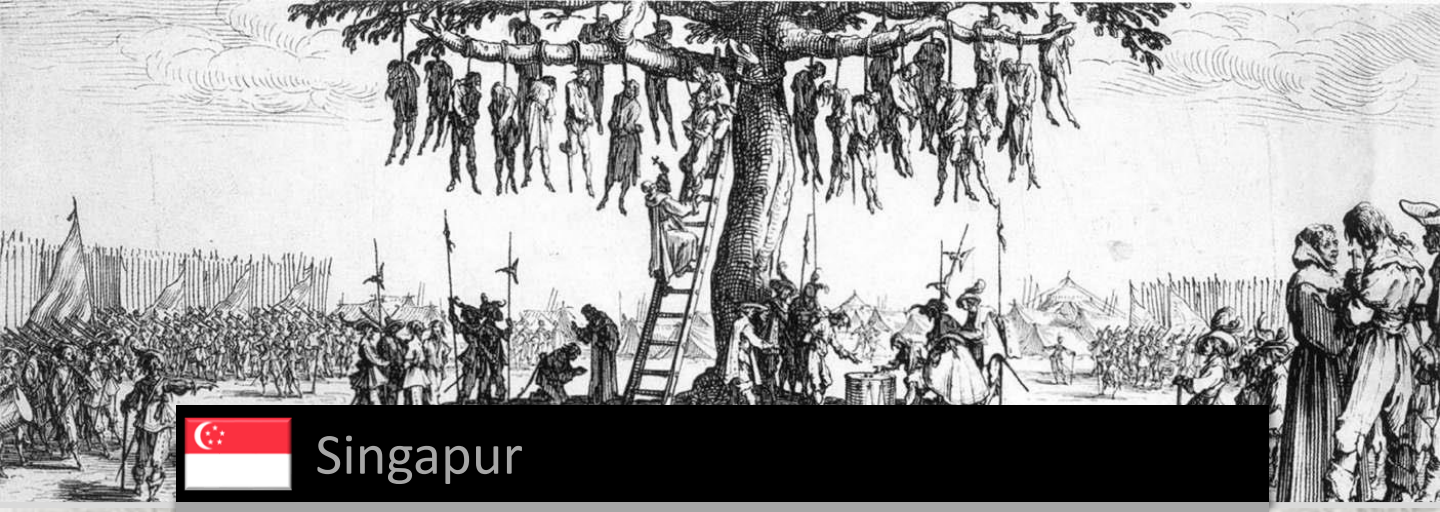
- **Todesstrafe gegen Drogenhandel.**

  » Bezüglich Drogen will man im Stadtstaat nichts anbrennen lassen: Zustände wie auf den Philippinen, in Thailand, Burma oder Indonesien, wo Betäubungsmittel zum Alltag vieler Jungen gehören, will man auf jeden Fall vermeiden. «

S. 147

[1] **NZZ**, 2018: https://www.nzz.ch/international/warten-auf-den-henker-in-singapur-ld.1430663#register

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Singapur

Position: **Todesstrafe**

Luzerner Zeitung[1]

Singapur vollstreckt wieder mehr Todesurteile

- **Singapur gelte als modern.**

  » Singapur gilt als modernstes Land der Welt, sein Flughafen steht seit Jahren an der Spitze der Reisenden-Ratings, seine Airline hat einen glänzenden Ruf. Schweizerinnen und Schweizer kennen die Wirtschaftsmetropole vor allem von Zwischenlandungen und Kurzaufenthalten auf Flügen in die Region, oder noch wahrscheinlicher: von Geschäftsreisen. Denn «Singapur ist der wichtigste Handelspartner in Südostasien», schreibt das Schweizerische Aussendepartment EDA auf seiner Website und schwärmt von «ausgezeichneten bilateralen Beziehungen» der Schweiz zum Stadtstaat. «

- **Sind Todesstrafen auch modern?**

  » Doch hinter der glänzenden Fassade Singapurs geschehen Dinge, die so gar nicht zu seinem modernen Image passen wollen: Das Regime, das demokratische Rechte nur beschränkt zulässt, hält an der Todesstrafe fest und vollstreckt diese auch. Nach mehreren Jahren, in welchen die Exekutionen durch den Strang ausgesetzt wurden, steigen die Zahlen seit 2016 wieder an, wie die soeben publizierten Zahlen der Menschenrechtsorganisation Amnesty International zeigen. Wurden 2016 noch vier Todesstrafen vollstreckt, waren es 2017 acht. «

- **Drogenhandel häufiger Grund.**

  » Was weiter auffällt: Sämtlichen acht Gehängten wurden Drogendelikte zur Last gelegt. Was nicht ins Stadtbild passt – und dazu gehören in Singapur Drogenhandel und Drogenkonsum – wird aus dem Weg geräumt. «

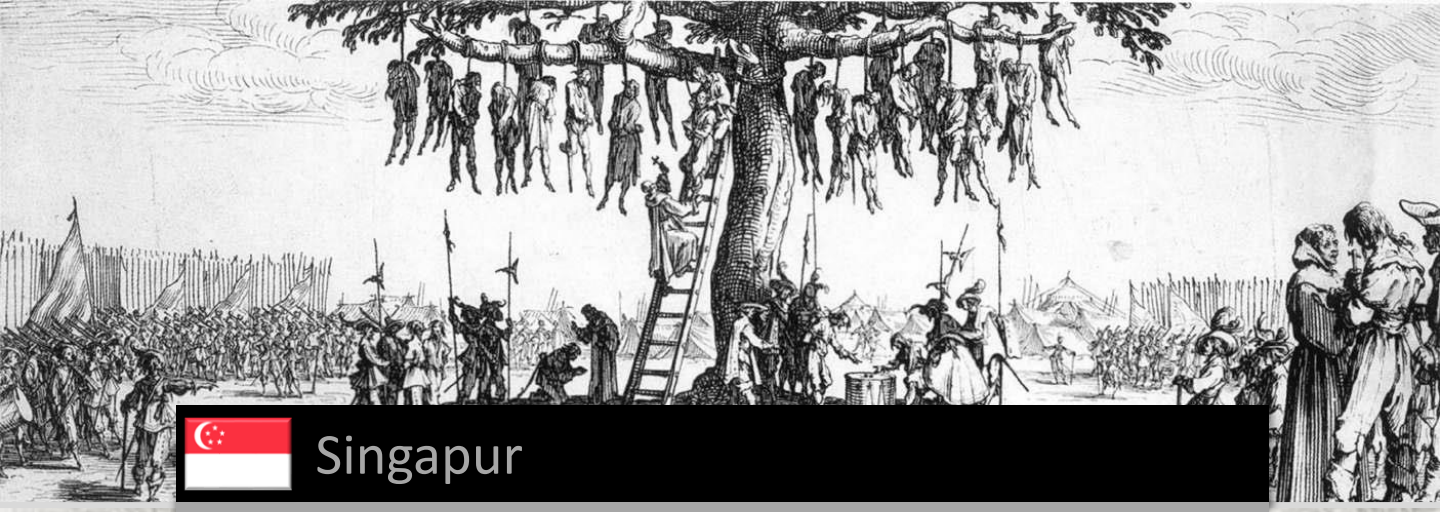
- **Viele Todesstrafen pro Einwohner.**

  » Traurige Berühmtheit erlangte Singapur, als es in den 1990er-Jahren, gemessen an der Einwohnerzahl, weltweit die meisten Exekutionen vollzog. Diese Liste führt nun zwar der Iran an, doch die Kritik von Menschenrechtlern an Singapur mit seinen knapp sechs Millionen Einwohnern ist damit nicht verstummt. «

S. 148

[1] **Luzerner Zeitung**, 2018: https://www.luzernerzeitung.ch/international/singapur-vollstreckt-wieder-mehr-todesurteile-deshalb-sollte-dies-der-schweiz-zu-denken-geben-ld.1497227

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Singapur

Position: **Todesstrafe**

Luzerner Zeitung[1]

Singapur vollstreckt wieder mehr Todesurteile

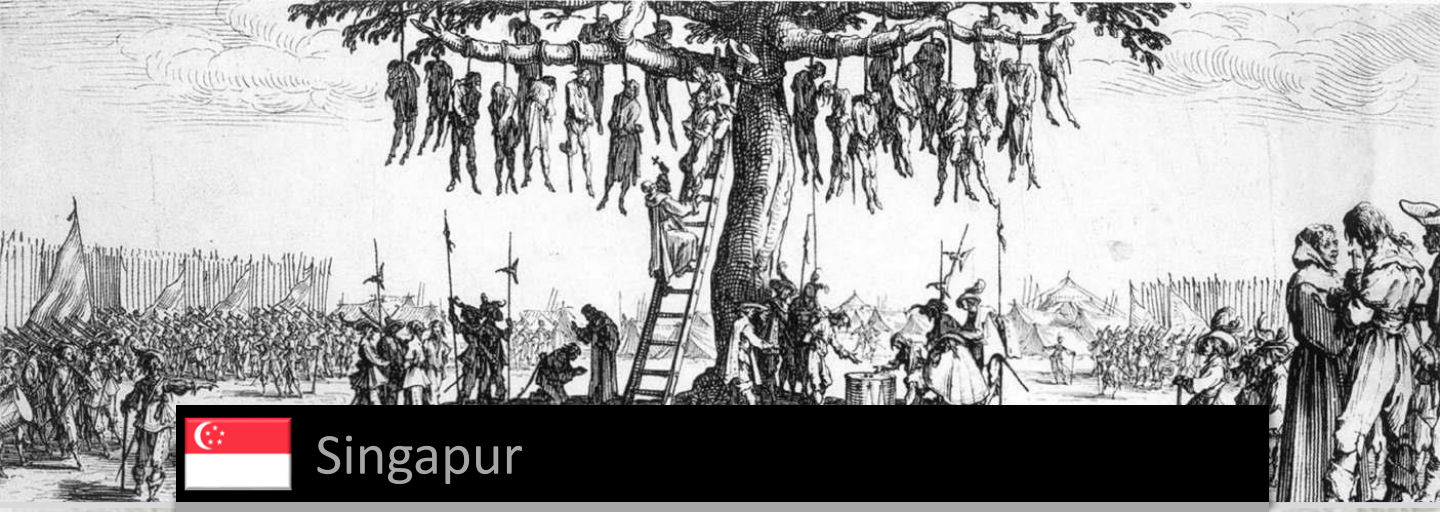
- **Menschenrechte oder Wirtschaftsinteressen?**

  » Nur wenige Klicks weiter von der EDA-Website über die „ausgezeichnete Beziehung“ mit Singapur, stösst man auf die Website der EDA-Abteilung „Menschliche Sicherheit“. Seit einer Offensive des ehemaligen Aussenministers Didier Burkhalter, kämpft sie schwerpunktmässig für eine Welt ohne Todesstrafe. Da steht zum Beispiel: „Das EDA bewegt Staaten direkt dazu, die Todesstrafe abzuschaffen oder zumindest Schritte in diese Richtung zu unternehmen.“ In den Unterlagen zu den bilateralen Beziehungen mit Singapur findet sich dazu nichts. Verzichtet das EDA etwa aus Rücksicht auf die guten Beziehungen, Singapur direkt anzusprechen? Das EDA verneint und schreibt: Bei „regelmässigen bilateralen Dialogen und hochrangigen Treffen“ habe die Schweiz „wiederholt ihre Besorgnis über die Todesstrafe erklärt und angeregt, dass Singapur ein Moratorium einführt“. Zudem habe die Schweizer Botschaft in Singapur mehrmals Exekutionen öffentlich verurteilt. «

S. 149

[1] **Luzerner Zeitung**, 2018: https://www.luzernerzeitung.ch/international/singapur-vollstreckt-wieder-mehr-todesurteile-deshalb-sollte-dies-der-schweiz-zu-denken-geben-ld.1497227

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Singapur

Position: **Todesstrafe**

Vertretung Singapurs[1]

Erklärung einer Gruppe gleichgesinnter Staaten

- **Singapur spreche für 41 Staaten.** Singapur spreche in Namen einer Allianz von 41 gleichgesinnten Staaten beim Thema Todesstrafe (u.a. Afghanistan, Ägypten, Äthiopien, Bahrain, Bangladesch, Brunei Darussalam, Indien, Iran, Irak, Jordan, Kamerun, Katar, Kenia, Malediven, Nigeria, Oman, Papua-Neu Guinea, Saudi-Arabien, Simbabwe, Singapur, Südsudan, Sudan, Syrien, Uganda, Weißrussland):

  » I have the honour to deliver this statement on behalf of a cross-regional group of 41 countries, a list that has grown steadily since 2015. «

- **Auch Menschenrechte von Opfern und Gesellschaft berücksichtigen.** Es habe oberste Priorität, das grundlegende Menschenrecht auf Sicherheit zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang müssen die Rechte der Täter auch gegenüber jenen der Opfer und ihrer Familien abgewogen werden. Zudem müsse man auch das Bedürfnis der Gesellschaft berücksichtigen, in Sicherheit und Frieden leben zu wollen:

  » Ensuring our people's fundamental human right to safety and security is of paramount importance to us. Our view is that the rights of the offenders must always be weighed against the rights of the victims and their families, and the broader rights of the community and society to live safely and in peace. «

- **Todesstrafe als Abschreckung.** Die Todesstrafe sei seit Jahrhunderten ein wichtiger Teil des Justizsystems und eine funktionierende Abschreckung für die schwersten Verbrechen:

  » For many countries, the death penalty remains an important component of their criminal justice system and an effective deterrent against what their societies regard as the most serious crimes. «

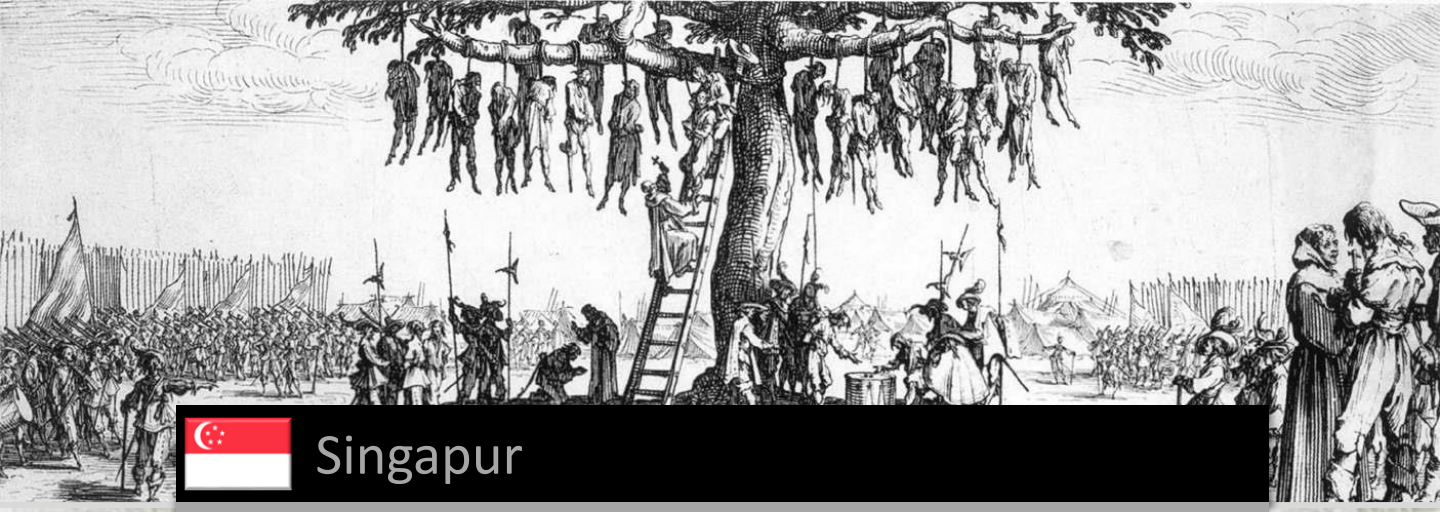
- **Todesstrafe rechtmäßig.** Es gebe international keine Einigkeit, dass die Todesstrafe falsch sei, wenn sie in ordentlichen Gerichtsverfahren verhängt werde. Zudem widerspreche die Todesstrafe nicht dem Folterverbot, wenn sie korrekt angewendet werde:

  » There is no international consensus for or against the death penalty when imposed according to the due process of the law, nor that the death penalty, when applied in accordance with due process of law and judicial safeguards, violates the prohibition against torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment. «

S. 150

[1] **Außenministerium - Singapur**, 2021: https://www.mfa.gov.sg/Overseas-Mission/Geneva/Speeches-and-Statements--Permanent-Mission-to-the-UN/2021/02/Joint-Statement-on-the-Question-of-the-Death-Penalty-on-23-February-2021

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Singapur

Position: **Todesstrafe**

Vertretung Singapurs[1]

Erklärung einer Gruppe gleichgesinnter Staaten

- **„schwerste Verbrechen" nicht genau beschrieben.** Im internationalen Pakt über Bürger- und Freiheitsrechte sei nicht genau definiert, was mit „nur bei schwersten Verbrechen" gemeint sei, bei denen die Todesstrafe zulässig wäre. Dies zeige, dass Länder unterschiedliche und berechtigte Ansichten haben können, was zu den „schwersten Verbrechen" zähle:

  » There is also no international consensus on what constitutes the "most serious crimes", which is not explicitly defined under International Human Rights Law to reflect that countries hold differing but legitimate views on this issue. «

- **Meinungsvielfalt bei Abstimmungen zur Todesstrafe.** Auch bisherige Abstimmungen in den Vereinten Nationen hätten bestätigt, dass die Länder diesbezüglich unterschiedliche Meinungen vertreten:

  » The absence of international consensus has repeatedly been affirmed by the votes on past HRC and UNGA Resolutions. «

- **Eigenständigkeit der Staaten.** Die Vielfalt der Länder sowie ihr Recht auf Selbstständigkeit seien anerkannte Prinzipien, auch bei den Vereinten Nationen. Jedes Land habe das Recht, selbst sein Justizsystem zu gestalten, ohne Einmischung anderer Staaten:

  » Diversity of States and the right of States to exercise their sovereignty in pursuit of their people's welfare are well-recognized principles, including in the UN. Every State has the sovereign right to choose its legal and criminal justice systems, without interference by other States. […] *This was further affirmed by the 123 Member States who voted in favour of this Resolution, including its co-sponsors, who in doing so recognised that it is the "sovereign right of all countries to develop their own legal systems, including determining appropriate legal penalties, in accordance with their international law obligations". «*

- **Respekt für eigenständiges Justizwesen erwünscht.** Die Entscheidung, ob die Todesstrafe beibehalten, ausgesetzt oder abgeschafft sowie für welche Straftaten sie angewandt werde, könne jeder Staat im Rahmen seiner Souveränität selbst entscheiden unter Achtung seiner eigenen Umstände und internationalen Verpflichtungen. Dies sollte respektiert werden:

  » The decision whether to retain the death penalty, impose a moratorium or to abolish it, as well as the types of crimes for which the death penalty is applied to, is the sovereign prerogative of every State, taking into account its own circumstances and international obligations. And this should be respected. «

[1] **Außenministerium - Singapur**, 2021: https://www.mfa.gov.sg/Overseas-Mission/Geneva/Speeches-and-Statements--Permanent-Mission-to-the-UN/2021/02/Joint-Statement-on-the-Question-of-the-Death-Penalty-on-23-February-2021

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Blaue Moschee, Istanbul, Türkei** | unsplash.com / *Fatih Yürür* | Lizenz: unsplash

Republik Türkei

Rollenprofil | grundlegende Infos

Republik Türkei

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]

Türkei

*» Der **Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk** leitete eine Modernisierung der Türkei durch gesellschaftliche und rechtliche Reformen nach dem Vorbild verschiedener europäischer Nationalstaaten ein.* […]

In der Türkei leben mehr als 83 Mio. Einwohner (Stand: 2019) […] *Gemessen am Index der menschlichen Entwicklung (HDI) zählt die Türkei zu den sehr hoch entwickelten Staaten. Die Türkei ist ein **Schwellenland mit mittlerem Einkommen** und erbrachte 2016 kaufkraftbereinigt die dreizehntgrößte Wirtschaftsleistung der Welt. Die Türkei ist unter anderem Mitglied der OECD, der NATO, der Vereinten Nationen, der G20 sowie der Organisation für Islamische Zusammenarbeit.* […]

*Nach einem **Putschversuch im Juli 2016** haben die türkische Regierung und der Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan den Ausnahmezustand verhängt und Maßnahmen erlassen, die über die zweijährige Dauer des Ausnahmezustands hinaus bis heute die Demokratie in der Türkei schwächen.* […] *In den Politikwissenschaften wurde das politische System der Türkei oft auch als **„defekte Demokratie“** und als „hybrides Regime“ summiert (u. a. vom Politologen Cemal Karakas).* […]

*Im Mai 2016 stellte die in Ankara ansässige Denkfabrik TARK fest, dass es in der Türkei **11.000 aus politischen Gründen Inhaftierte** gäbe, nicht zuletzt Akademiker, Journalisten und andere Intellektuelle, wobei es ein weltweit einmaliger Zustand sei, dass in der Türkei auch dann wegen Terrorismus verurteilt werden könne, wenn keinerlei Bezug zu politischer Gewalt angeklagt sei. Hierfür sei durch die AKP-Regierung der Begriff **„unbewaffneter Terrorismus“** erfunden worden.* […]

*Mehrere Medienvertreter darunter der Vorsitzende der österreichischen Journalisten Gewerkschaft Wolfgang Katzian haben in einem gemeinsamen Brief 2010 an den türkischen Botschafter in Wien, auf die repressive Handhabung von Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei aufmerksam gemacht und an die **50 inhaftierten Journalisten** in türkischen Gefängnissen erinnert.* […] *Im Jahr 2011 hat sich der türkische Ministerpräsident Erdoğan mit einem vom Parlament verabschiedeten Mediengesetz die persönliche Befugnis geben lassen, Fernsehkanäle vorübergehend schließen zu lassen oder Programme zu verbieten, wenn die Inhalte die nationale Sicherheit bedrohen oder die öffentliche Ordnung stören würden. «*

[1] **Wikipedia – Türkei**: https://de.wikipedia.org/wiki/Norwegen [31.03.2021]

Abbildung: **der türkische Präsident Erdogan mit Frau und Tochter sowie dem griechischen Präsidenten** | 2010 | Wikipedia / *Γιώργος Α. Παπανδρέου Πρωθυπουργός της Ελλάδας* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Abbildung: **Globus:** Turkey (orthographic projection) | Wikimedia / *theEmirr* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Republik Türkei

Position: **Todesstrafe**

Deutsche Welle[1]

Türkei: Mit der Todesstrafe auf Stimmenfang

- **Forderung des Koalitionspartners der türkischen Regierung nach Todesstrafe.** Devlet Bahceli ist Vorsitzender der türkischen Partei MHP, welche zusammen mit der AKP von Präsident Erdoğan die Regierung bildet. Bahceli forderte, die Todesstrafe, die 2004 verboten wurde, wiedereinzuführen.
- **Todesstrafe zur Abschreckung.** Bahceli befürworte eine Anwendung der Todesstrafe bspw. bei Sexualverbrechen oder dem *„Versuch, die Verfassungsordnung mit Gewalt zu zerstören“*.
- **Opposition: Ablenkungsmanöver.** Die politische Opposition sieht die Forderung nach der Wiedereinführung der Todesstrafe als Mittel, um von Problemen der Regierung wie einer schwächer werdenden Wirtschaft abzulenken.
- **Rechtsexperten: Todesstrafe völkerrechtswidrig.** *» Türkische Rechtsexperten warnen davor, dass eine Wiedereinführung der Todesstrafe den endgültigen Bruch der Beziehungen zum Westen und zu Europa ziehen würde. Nach Auffassung des Verfassungsrechtlers Ibrahim Kaboglu von der CHP verstieße eine Wiedereinführung der Todesstrafe auch gegen das Völkerrecht. «*
- **Verstoß gegen Europäische Menschenrechtskonvention.** *» Die Türkei müsste also ihre Unterschrift* [zur europäischen Menschenrechtskonvention] *zurückziehen, um die Todesstrafe einzuführen, erklärt Kaboglu.* […] *Zudem breche die Türkei dann vollkommen mit dem Zivilrecht der westlichen Welt und einer ihrer größten Errungenschaft im Bereich der Menschenrechte. «*
- **Wiedereinführung aufwendig.** Für die Wiedereinführung der Todesstrafe müssten mehrere Hindernisse überwunden werden. Es bräuchte eine Verfassungsänderung, eine Volksbefragung und eine Mehrheit im Parlament.
- **Todesstrafe gegen politische Gegner.** *» Sollte der türkische Präsident und seine Regierung trotz innenpolitischer Widerstände den steinigen Weg eines Referendums einschlagen, werde nach Meinung des Menschenrechtsanwalts Turgut Kazan "eine dunkle Zeit eintreten". Sollte das Referendum gewonnen werden, würde die Regierung davor nicht zurückschrecken, die Todesstrafe auch gegen politische Gefangene anzuwenden, fürchtet der Anwalt. «*
- **Wille der Regierung zur Wiedereinführung unklar.** Die Haltung der Regierung zur Wiedereinführung der Todesstrafe sei insgesamt nicht eindeutig.

S. 154

[1] **Deutsche Welle** (2020): https://www.dw.com/de/t%C3%BCrkei-mit-der-todesstrafe-auf-stimmenfang/a-54878305 [16.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Die Deutsche Welle (DW) ist der Auslandsrundfunk der Bundesrepublik Deutschland und Mitglied der ARD. […] Der Sender soll ds "der deutsche Auslandssender zu (tages)aktuellen Weltgeschehnissen die deutsche Sicht darstellen„ […] Die Finanzierung der DW wird maßgeblich mit Steuergeldern aus dem Bundeshaushalt finanziert. «*

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Republik Türkei

Position: **Todesstrafe**

Hürriyet[1]

Parlamentssprecher sagt, er befürworte die beschränkte Todesstrafe

- **2004 abgeschafft.** 2004 hatte das türkische Parlament die Todesstrafe abgeschafft.
- **Todesstrafe bei Mord und Sexualverbrechen.** Der Sprecher des türkischen Parlaments Mustafa Şentop [von der stimmenstärksten Partei AKP] befürworte die Todesstrafe für bestimmte Verbrechen wie bspw. vorsätzliche Tötung und Sexualverbrechen gegen Kinder.
- **Abschreckender Effekt als Argument.** Der Parlamentssprecher schließt sich damit der Forderung von Devlet Bahçeli an, der die rechtsextreme Partei MHP anführt. Dieser wies darauf hin, dass Verbrechen wie Mord, Belästigung und Vergewaltigung zunehmen würden. Die Todesstrafe sollte deshalb wiedereingeführt werden, um abschreckend zu wirken.
- **Wiederholte Forderung der Regierungspartei.** In der Vergangenheit habe es wiederholt auch Rufe der Regierungspartei AKP von Präsident Erdoğan gegeben, die Todesstrafe wiedereinzuführen.
- **Todesstrafe widerspricht derzeitiger Verfassung und europäischer Menschenrechtskonvention.** Für die Wiedereinführung der Todesstrafe bräuchte es eine Verfassungsänderung. Außerdem stünde dies im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention, der die Türkei beigetreten sei.

S. 155

[1] **Hürriyet** (2020): https://www.hurriyetdailynews.com/parliament-speaker-says-he-favors-the-limited-death-penalty-157983 [16.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *"Hürriyet (deutsch „Freiheit") ist eine türkischsprachige Tageszeitung mit Redaktionssitz in Istanbul."* […] *Die Boulevardzeitung ordnet sich heute selbst als „liberal-konservativ" ein; Eurotopics bezeichnet sie als konservativ. Sie befürwortet eine EU-Mitgliedschaft der Türkei. Im Kopf der Zeitung befindet sich neben dem Schriftzug Hürriyet in weißer Schrift auf schwarz-rotem Grund ein Bild des Staatsgründers Atatürk und das Motto Türkiye Türklerindir („Die Türkei gehört den Türken")."*

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Blaue Moschee, Istanbul, Türkei** | unsplash.com / *Fatih Yürür* | Lizenz: unsplash

Republik Türkei

Rollenprofil | vertiefende Infos

Republik Türkei

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung[1]

Die Türkei im Jahr 2017/2018 - Zwischen Niedergang und Hoffnung

- **Entwicklungen nach dem Putschversuch 2016.**

  » Seit dem gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli 2016, bei dem 249 Zivilisten ums Leben kamen, sind im bis heute andauernden Ausnahmezustand an die 150.000 Staatsbedienstete entlassen oder freigestellt worden. Über 50.000 Personen wurden festgenommen, 370 türkische NGOs und rund 150 Medien geschlossen sowie über 100 Journalisten verhaftet […]. *Die Justiz ist stark politisiert und scheint nicht mehr unabhängig von der türkischen Regierung zu agieren. Eine freie, unabhängige Urteilsfindung bei den Prozessen gegen verhaftete Regimekritiker ist im türkischen Rechtssystem daher kaum noch vorstellbar. «*

- **Gescheiterter Putsch beschleunige Politik Erdoğans.**

  » Der gescheiterte Putsch bietet Staatspräsident Erdoğan seit 2016 die Gelegenheit, Staat und Gesellschaft schneller als bisher nach seinen Vorstellungen zu transformieren und einen neuen Nationalmythos zu manifestieren: Die Propagierung bizarrer Verschwörungstheorien über das Ausland, die permanente Erzeugung eines Klimas der Angst und der aggressive Konfrontationskurs gegenüber dem Westen «

- **Wachsende Rolle der Religion in Schulen.**

  » Dabei spielt die Islamisierung in der Bildung eine wichtige Rolle: So wurde Mitte 2017 die Evolutionstheorie aus den türkischen Lehrplänen entfernt. Im Religionsunterricht wird hingegen zukünftig über die "Scharia" und den "Dschihad" gelehrt und an allen Schulen werden obligatorisch nach Geschlechtern getrennte Gebetsräume eingerichtet. Während die Zahlen von religiösen Imam-Hatip-Schulen und Korankursen seit Jahren stetig steigen, gehört die Türkei in internationalen Bildungsstudien wie der PISA-Studie mit zu den Schlusslichtern. «

- **Zahlreiche Forschende entlassen.**

  » Dem kritischen Denken und Forschen werden unter der AKP-Regierung Grenzen gesetzt. Über 8.000 Professoren und Akademiker haben ihre Arbeit verloren, darunter viele renommierte Wissenschaftler, die den Friedensaufruf zur Lösung der Kurdenfrage "Academics for Peace" unterstützten. Statt auf Qualifikation zu setzen, ist hier die Loyalität und Unterwürfigkeit gegenüber dem Erdoğan-Regime maßgeblich. «

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2018): https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253187/die-tuerkei-im-jahr-2017-2018 [16.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“*

Abbildung: **Parlament, Ankara, Türkei** | 2015 | Wikimedia / *Voice of America, Yıldız Yazıcıoğlu* | Lizenz: CC0 1.0

Republik Türkei

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung[1]

Die Türkei im Jahr 2017/2018 - Zwischen Niedergang und Hoffnung

- **Schwierige Bedingungen für türkische Kulturszene.**

  » In den Musiker- und Szenevierteln Beyoğlu und Beşiktaş leidet die westlich orientierte Musikszene daran, dass sie z. B. keine Genehmigungen mehr für ihre Veranstaltungen erhält und Konzerthallen schließen muss. An staatlichen Theatern existieren Repressionen und politische Kontrollen weiter, kritische Schauspieler müssen um ihren Job fürchten. «

- **Inhaftierung und Berichte über Folter von Minderjährigen.**

  » Nach Angaben des türkischen Justizministeriums sitzen 2017 insgesamt 2.578 Minderjährige im Gefängnis (eine Steigerung um 26 Prozent seit der Regierungsübernahme der AKP im Jahr 2002) und im Zeitraum von 2009 bis 2017 haben sich 77 Kinder und junge Erwachsene zwischen 18-21 Jahren in der Haft das Leben genommen. Auch die Folter in den türkischen Gefängnissen soll nach Angaben von türkischen Menschenrechtsorganisationen wie IHD (İnsan Hakları Derneği) und TIHV (Türkiye İnsan Hakları Vakfı) kontinuierlich zunehmen. «

- **Wachsende Anzahl an Frauenmorden.**

  » In der AKP-regierten Türkei stieg in den letzten fünf Jahren aber auch die Gewalt gegenüber Frauen weiter an; während 210 Frauen im Jahr 2010 durch männliche (Partnerschafts)-Gewalt ermordet wurden, fielen 2016 bereits 328 Frauen zum Opfer dieser Gewalt. «

- **Sich verschlechternde Situation für Homo-, Bi-, Inter- und Transsexuelle.**

  » Zunehmend haben Homo-, Bi-, Inter- und Transsexuelle einen schweren Stand in der Türkei. Obwohl die "Gay-Pride" in Istanbul von 2003 bis 2014 stets friedlich verlief, endete sie in den letzten Jahren durch Demonstrationsverbote und Polizeieinsätze immer wieder blutig. «

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2018): https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253187/die-tuerkei-im-jahr-2017-2018 [16.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“*

Abbildung: **Demonstration am Tag der Menschenrechte gegen die Inhaftierung von Journalist·innen in der Türkei** | 2016 | Wikimedia / *Voice of America, Hilmi Hacaloğlu* | Lizenz: CC0 1.0

Republik Türkei

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung[1]

Die Türkei im Jahr 2017/2018 - Zwischen Niedergang und Hoffnung

- **Minderheiten – „Kurdistan“ und „Völkermord an den Armeniern“ tabuisiert.**

  » Bis heute gibt es im Nationenverständnis der Türkei keinen Platz für eigenständige Minderheiten. Der Begriff "Minderheit" (im Türkischen "azınlık") ist negativ konnotiert. Diese Minderheiten wie Kurden, Aleviten und Armenier werden auch heute noch als "Spalter" und "Vaterlandsverräter" und als Gefahr für die türkische Nation betrachtet. Mittlerweile ist sogar die Geschäftsordnung des türkischen Parlaments dahingehend angepasst worden, dass die Verwendung der Begriffe "Kurdistan", "kurdische Gebiete" und "Völkermord an den Armeniern" im Parlament verboten ist, mit einer hohen Geldstrafe geahndet wird und Abgeordnete dafür aus Sitzungen ausgeschlossen werden können. «

- **Hohe Verbreitung von illegalen Schusswaffen.**

  » Besorgniserregend ist zudem die Bewaffnung der Bevölkerung. Nach Angaben der Polizei ist jeder vierte türkische Bürger ein Schusswaffenbesitzer; von den sich im Umlauf befindenden 20 Millionen Schusswaffen sind allerdings nur rund 700.000 genehmigt. Diese Aufrüstung ist insbesondere bei fanatischen AKP-Anhängern zu beobachten. So baut auch schon der Schwiegervater von Erdoğans Sohn Bilal eine Art Bürgerwehr als regierungstreue Miliz auf […]. *«*

- **Internationale Kritik an der Türkei.**

  » […] *entwickelte sich die Türkei auch von einer aufstrebenden Regionalmacht zu einem unberechenbaren und unzuverlässigen Problemland. Seitdem befindet sich die Türkei im Fokus der internationalen Kritik: die UN und NATO mahnen die Türkei zur Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit,* […] *der Europarat warnt über die Venedig-Kommission vor der Errichtung einer türkischen Autokratie* […]. *Beim Europäischen Menschengerichtshof (EGMR) sind unterdessen an die 100.000 Klagen gegen die Türkei anhängig und die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sind faktisch ausgesetzt. «*

- **John Rawls: Türkei als „outlaw state“**

  » Als "outlaw states" hätte der US-amerikanische Philosoph John Rawls in seinem vielzitierten Werk "Das Recht der Völker" solche Länder wie die Türkei bezeichnet, die freundschaftliche Beziehungen zerstören, sich von Feinden umzingelt fühlen, permanent aggressiv in ihrer Außenpolitik auftreten und Menschenrechten keine Bedeutung schenken «

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2018): https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253187/die-tuerkei-im-jahr-2017-2018 [16.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“*

Abbildung: **Demonstration für Frauenrechte, Istanbul, Türkei** | 2017 | Wikimedia / *Neslihan_Turan* | Lizenz: CC BY-SA 4.0

Republik Türkei

Amnesty International

Amnesty International[1]

Menschenrechtslage in der Türkei 2019

- **Menschenrechtslage im Überblick.**

  » Das harte Durchgreifen gegen tatsächlich oder vermeintlich Andersdenkende wurde – trotz des Endes des zweijährigen Ausnahmezustands im Juli 2018 – auch 2019 fortgesetzt. Tausende Menschen wurden in langer Untersuchungshaft mit Sanktionscharakter festgehalten, oft ohne glaubwürdige Beweise dafür, dass sie eine völkerrechtlich anerkannte Straftat begangen hatten. Die Rechte auf freie Meinungsäußerung und auf Versammlungsfreiheit waren stark eingeschränkt, und Personen, die als kritisch gegenüber der derzeitigen Regierung galten – vor allem Journalist_innen, politische Aktivist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen – wurden inhaftiert oder mit erfundenen Anklagen konfrontiert. Auch 2019 verboten die Behörden willkürlich Demonstrationen und wandten bei der Auflösung friedlicher Protestaktionen unnötige und unverhältnismäßige Gewalt an. Es gab glaubwürdige Berichte über Folter und Verschwindenlassen. Die Türkei schob syrische Flüchtlinge in ihr Herkunftsland ab, nahm aber noch immer mehr Flüchtlinge auf als jedes andere Land. «

- **Recht auf freie Meinungsäußerung.**

  » Strafrechtliche Ermittlungen und Verfolgungsmaßnahmen nach den Antiterrorismusgesetzen sowie Untersuchungshaft mit Strafcharakter wurden weiterhin eingesetzt, um tatsächlich oder vermeintlich Andersdenkende zum Schweigen zu bringen, die sich keiner nachweislich strafbaren Handlung schuldig gemacht hatten. Die Gerichte sperrten Online-Inhalte, und gegen Hunderte von Social-Media-Nutzer_innen wurden strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet. «

- **"Operation Friedensquelle".**

  » Am 9. Oktober 2019 startete die Türkei eine Militäroffensive gegen kurdische Kräfte in Nordost-Syrien ("Operation Friedensquelle") mit dem erklärten Ziel, an der Grenze eine 32 Kilometer breite "Sicherheitszone" zu errichten. Während der Operation, die vom türkischen Militär zusammen mit verbündeten syrischen bewaffneten Gruppen durchgeführt wurde und am 22. Oktober endete, wurden nachweisbar Kriegsverbrechen begangen. «

[1] **Amnesty International** (2020): https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/tuerkei-tuerkei-2019 [17.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

Abbildung: "**Making the Invisible Visible**", Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Republik Türkei

Amnesty International

Amnesty International[1]

Menschenrechtslage in der Türkei 2019

- **Journalist_innen.**

  » Noch immer saßen Dutzende von Journalist_innen und anderen Medienschaffenden in Untersuchungs- oder Strafhaft. Einige der von Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen nach den Antiterrorismusgesetzen Betroffenen wurden zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt, und ihre friedliche journalistische Arbeit wurde als Beweis für eine Straftat dargestellt. […] *Hakan Demir, der Online-Chef der Tageszeitung Birgün, und Fatih Gökhan Diler, der Chefredakteur der Nachrichtenwebsite Diken, wurden am 10. Oktober festgenommen, weil sie Artikel über die "Operation Friedensquelle" veröffentlicht hatten, die nichts strafrechtlich Relevantes enthielten und in denen auch nicht zu Gewalt aufgerufen wurde.* […] *Am 27. Oktober wurde die Anwältin und Kolumnistin Nurcan Kaya auf dem Flughafen von Istanbul festgenommen, weil sie in einem Tweet die "Operation Friedensquelle" kritisiert hatte und deshalb Ermittlungen wegen "Anstiftung zu Feindschaft oder Hass" gegen sie eingeleitet worden waren.* […] *«*

- **Menschenrechtsverteidiger_innen – Anklage gegen Mitglieder von Amnesty International wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation".**

  » Dutzende von Menschenrechtsverteidiger_innen sahen sich mit strafrechtlichen Ermittlungen und Verfolgungen konfrontiert und wurden wegen ihrer Menschenrechtsarbeit in Polizeigewahrsam genommen oder in Haft gehalten. Der Prozess gegen Taner Kılıç, Ehrenvorsitzender von Amnesty International in der Türkei, und İdil Eser, ehemalige Direktorin der türkischen Amnesty-Sektion, sowie neun weitere Menschenrechtsverteidiger_innen wurde 2019 auf Grundlage des unbegründeten Vorwurfs der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation" fortgesetzt. Im Falle einer Verurteilung drohen ihnen bis zu 15 Jahre Haft. «

[1] **Amnesty International** (2020): https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/tuerkei-tuerkei-2019 [17.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

Abbildung: "**Making the Invisible Visible**", Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Republik Türkei

Amnesty International

Amnesty International[1]

Menschenrechtslage in der Türkei 2019

- **Aktivist_innen.**

  » Im Juli 2019 hob ein Verfassungsgericht die Urteile gegen zehn Akademiker_innen wegen "Propaganda für eine terroristische Organisation" auf. Sie hatten im Jahr 2016 eine Friedenspetition unterzeichnet, in der unbefristete Ausgangssperren und Sicherheitsoperationen im Südosten der Türkei kritisiert wurden. «

- **Umweltaktivist_Innen.**

  » Im September 2019 wurde der Lebensmittelingenieur und entlassene Wissenschaftler Dr. Bülent Şık wegen "Weitergabe geheimer Informationen" zu 15 Monaten Haft verurteilt. Er hatte eine Reihe von Artikeln über krebserregende Pestizide und andere Giftstoffe in landwirtschaftlichen Produkten und im Trinkwasser veröffentlicht. «

- **Inhaftierung von Oppositionellen und Ersetzung durch regierungstreue Politiker.**

  » Die beiden ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der Demokratischen Volkspartei (HDP) Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ blieben weiterhin inhaftiert. Ihre Verurteilung wegen Terrorismusverdachts stützte sich mangels glaubwürdiger Beweise weitgehend auf ihre öffentlichen Reden. Nach den Kommunalwahlen im März 2019 kamen 20 gewählte Bürgermeister_innen in Untersuchungshaft, die der HDP nahestehen. Stattdessen wurden in den betroffenen Gemeinden regierungsnahe Vertrauenspersonen eingesetzt. «

- **Versammlungsfreiheit.**

  » In mehreren Städten wurden pauschale Versammlungsverbote erlassen, ohne die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit solcher Maßnahmen individuell zu prüfen. Die Polizei löste eine Reihe friedlicher Proteste gewaltsam auf, und zahlreiche friedlich Demonstrierende waren mit strafrechtlichen Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen unter anderem wegen "Propaganda für eine terroristische Organisation", "Teilnahme an einer illegalen Versammlung" und "Widerstand gegen die Staatsgewalt" konfrontiert. «

[1] **Amnesty International** (2020): https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/tuerkei-tuerkei-2019 [17.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

Abbildung: “**Making the Invisible Visible”**, Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Republik Türkei

Amnesty International

Amnesty International[1]

Menschenrechtslage in der Türkei 2019

- **Demonstrationen für Rechte von Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuellen verboten oder gewaltsam aufgelöst.**

  » Ein pauschales, zeitlich unbegrenztes Verbot aller Veranstaltungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intergeschlechtlichen (LGBTI), das die Provinzverwaltung Ankara im November 2017 verhängt hatte, wurde im April 2019 aufgrund eines Gerichtsbeschlusses aufgehoben. Daraufhin wurde jede LGBTI-Veranstaltung einzeln verboten. Die Pride Parade der Studierenden der Technischen Universität des Nahen Ostens (Orta Doğu Teknik Üniversitesi – ODTÜ) in Ankara im Mai wurde von der Universitätsleitung verboten und von der Polizei mit unnötiger und exzessiver Gewalt aufgelöst. Im Juni erließen auch die Provinzverwaltungen Izmir, Antalya und Mersin pauschale Verbote, um Veranstaltungen zur Pride-Woche zu verhindern. Die Istanbuler Pride Parade wurde zum fünften Mal in Folge verboten. «

- **Demonstrationen für Frauenrechte verboten oder gewaltsam aufgelöst.**

  » Im März 2019 verboten die Behörden den Marsch zum Internationalen Frauentag in Istanbul unmittelbar vor dem Beginn. Mit Tränengas und anderer unverhältnismäßiger Gewalt zerstreute die Polizei die Kundgebung Tausender friedlicher Teilnehmer_innen. Im November griff in Istanbul die Polizei Hunderte von Demonstrierenden, die sich zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen versammelt hatten, mit Tränengas und Plastikgeschossen an. «

- **Nach Putschversuch 2016 Entlassung von über 100.000 Personen.**

  » Mehr als 115.000 der insgesamt 129.411 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – darunter Wissenschaftler_innen, Soldat_innen, Polizist_innen, Lehrer_innen und Ärzt_innen – die nach dem Putschversuch von 2016 willkürlich per Notverordnung entlassen worden waren, blieben von der Arbeit im öffentlichen Dienst weiter ausgeschlossen und erhielten keine Pässe. Viele von ihnen und ihre Familien leiden unter Mittellosigkeit und einer dramatischen gesellschaftlichen Stigmatisierung, da sie in den Vollstreckungsanordnungen als Personen mit Verbindungen zu "terroristischen Organisationen" aufgeführt wurden «

[1] **Amnesty International** (2020): https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/tuerkei-tuerkei-2019 [17.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

Abbildung: "**Making the Invisible Visible**", Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Republik Türkei

Amnesty International

Amnesty International[1]

Menschenrechtslage in der Türkei 2019

- **Folter und andere Misshandlungen.**

  » Auch 2019 gab es glaubwürdige Berichte über Folter und andere Misshandlungen. Im osttürkischen Urfa wurden nach einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen den Sicherheitskräften und der bewaffneten Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) im Mai 2019 zahlreiche Personen festgenommen. Einige von ihnen gaben über ihre Rechtsbeistände bekannt, dass sie unter anderem mit Elektroschocks an den Genitalien gefoltert worden waren. Andere Rechtsbeistände berichteten, dass sich einige der ehemaligen Außenministeriumsmitarbeiter_innen, die im Mai 2019 in der Generaldirektion für Sicherheit von Ankara wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation, schwerem Betrug und Fälschung zu terroristischen Zwecken" festgehalten wurden, nackt ausziehen mussten und dass ihnen mit Vergewaltigung mit Schlagstöcken gedroht wurde. «

- **Flüchtlinge und Asylsuchende.**

  » Die Türkei nahm mit über 3,6 Millionen Flüchtlingen aus Syrien und etwa 400.000 Flüchtlingen und Asylsuchenden aus anderen Ländern weiterhin mehr Zuflucht suchende Menschen als jedes andere Land auf. […] *Berichten zufolge hat die türkische Polizei vor dem militärischen Einmarsch der Türkei in Nordost-Syrien im Oktober in die Türkei geflohene Syrer_innen geschlagen, bedroht oder irregeführt, um sie zur Unterzeichnung der Formulare für die "freiwillige Rückkehr" zu zwingen. Die Behörden verwahrten sich gegen Vorwürfe der Zurückweisung von Syrer_innen an der türkischen Grenze und erklärten ihrerseits, es seien insgesamt 315.000 Syrer_innen "freiwillig" zurückgekehrt. «*

S. 164

[1] **Amnesty International** (2020): https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/tuerkei-tuerkei-2019 [17.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

Abbildung: “**Making the Invisible Visible”**, Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Republik Türkei

Position: **Todesstrafe**

Deutsche Welle[1]

Türkei: Mit der Todesstrafe auf Stimmenfang

- **Forderung des Koalitionspartners der türkischen Regierung nach Todesstrafe.**

  » Dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan sein Amt als Staatspräsident häufig kompromisslos und konfrontativ ausübt, durfte die türkische Öffentlichkeit in den 17 Jahren seiner Amtszeit regelmäßig miterleben. Doch es gibt einen Politiker, der in der Türkei sogar noch mehr mit dem Prädikat "Hardliner" in Verbindung gebracht wird: Die Rede ist von Devlet Bahceli, dem Vorsitzenden der ultranationalen MHP, dem Koalitionspartner von Erdogans Regierungspartei AKP. Der Mann, dessen Vorname auf Deutsch "der Staat" bedeutet, unterstreicht regelmäßig seine urkonservative Haltung mit umstrittenen Forderungen. Nun sprach er sich in einer emotionalen Rede im Türkischen Parlament einmal mehr für die Wiedereinführung der Todesstrafe aus. Diese war im Jahr 2004 vollständig aus dem türkischen Strafgesetzbuch gestrichen worden. «

- **Todesstrafe zur Abschreckung bei Sexualverbrechen oder *„Versuch, die Verfassungsordnung mit Gewalt zu zerstören“*.**

  » Türkischen Medienberichten zufolge gehe es Bahceli vor allem darum, den zunehmenden Fällen von Frauen- und Kindesmisshandlungen durch Abschreckung entgegenzuwirken. Geht es nach der MHP-Führung, sollen Straftaten wie "sexueller Missbrauch an Kindern", "Verbrechen gegen die sexuelle Integrität" aber auch der "Versuch, die Verfassungsordnung mit Gewalt zu zerstören" mit der Todesstrafe geahndet werden. «

- **Opposition: Forderung nach Todesstrafe nur Ablenkungsmanöver.**

  » Bei der Opposition stieß Bahcelis erneuter Vorstoß umgehend auf Kritik: Dieser sei lediglich ein Versuch, von den wirtschaftlichen Problemen des Landes abzulenken, meint Faik Öztrak, der Sprecher der größten türkischen Oppositionspartei CHP. Die Führung der pro-kurdischen HDP ließ gar verlauten, dass eine solche Initiative einem "Putsch" gleichkäme. «

[1] **Deutsche Welle** (2020): https://www.dw.com/de/t%C3%BCrkei-mit-der-todesstrafe-auf-stimmenfang/a-54878305 [16.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Die Deutsche Welle (DW) ist der Auslandsrundfunk der Bundesrepublik Deutschland und Mitglied der ARD. […] Der Sender soll ds "der deutsche Auslandssender zu (tages)aktuellen Weltgeschehnissen die deutsche Sicht darstellen„ […] Die Finanzierung der DW wird maßgeblich mit Steuergeldern aus dem Bundeshaushalt finanziert. «*

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Republik Türkei

Position: **Todesstrafe**

Deutsche Welle[1]

Türkei: Mit der Todesstrafe auf Stimmenfang

- **Rechtsexperten: Wiedereinführung der Todesstrafe Verstoß gegen Völkerrecht.**

  » Türkische Rechtsexperten warnen davor, dass eine Wiedereinführung der Todesstrafe den endgültigen Bruch der Beziehungen zum Westen und zu Europa ziehen würde. Nach Auffassung des Verfassungsrechtlers Ibrahim Kaboglu von der CHP verstieße eine Wiedereinführung der Todesstrafe auch gegen das Völkerrecht. Er weist darauf hin, dass die Türkei bereits seit 1949 Mitglied im Europarat ist und somit auch an dessen rechtliche Grundsätze gebunden sei. Dazu gehört auch die von der Türkei ebenfalls ratifizierte Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die in den Protokollen 6 und 13 eine vollständige Abschaffung der Todesstrafe vorsieht. «

- **Für Todesstrafe müsse Türkei europäische Menschenrechtskonvention und Europarat verlassen.**

  » Die Türkei müsste also ihre Unterschrift zurückziehen, um die Todesstrafe einzuführen, erklärt Kaboglu. "Wenn das passiert, wird die Türkei aus dem Europarat ausgeschlossen". Zudem breche die Türkei dann vollkommen mit dem Zivilrecht der westlichen Welt und einer ihrer größten Errungenschaft im Bereich der Menschenrechte. «

- **Wiedereinführung bräuchte Verfassungsänderung, Volksbefragung und Mehrheit im Parlament.**

  » Für eine Wiedereinführung der Todesstrafe müsste die türkische Regierung auch innenpolitisch zahlreiche Hindernisse aus dem Weg räumen – eine Verfassungsänderung und ein Referendum wären fällig. Hinzu kommt, dass eine Volksabstimmung nur eingeleitet werden kann, wenn 360 Parlamentsabgeordnete ihre Stimme dafür abgeben. Zum jetzigen Zeitpunkt haben AKP und MHP aber nur 328 Sitze in der Großen Türkischen Nationalversammlung. Die Verfassungsänderung müsste also zusätzlich von Abgeordneten aus anderen Parteien gestützt werden - danach sieht es nicht aus. «

S. 166

[1] **Deutsche Welle** (2020): https://www.dw.com/de/t%C3%BCrkei-mit-der-todesstrafe-auf-stimmenfang/a-54878305 [16.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Die Deutsche Welle (DW) ist der Auslandsrundfunk der Bundesrepublik Deutschland und Mitglied der ARD. […] Der Sender soll ds "der deutsche Auslandssender zu (tages)aktuellen Weltgeschehnissen die deutsche Sicht darstellen„ […] Die Finanzierung der DW wird maßgeblich mit Steuergeldern aus dem Bundeshaushalt finanziert. «*

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Republik Türkei

Position: **Todesstrafe**

Deutsche Welle[1]

Türkei: Mit der Todesstrafe auf Stimmenfang

- **Anwendung der Todesstrafe gegen politische Gegner befürchtet.**

  » Sollte der türkische Präsident und seine Regierung trotz innenpolitischer Widerstände den steinigen Weg eines Referendums einschlagen, werde nach Meinung des Menschenrechtsanwalts Turgut Kazan "eine dunkle Zeit eintreten". Sollte das Referendum gewonnen werden, würde die Regierung davor nicht zurückschrecken, die Todesstrafe auch gegen politische Gefangene anzuwenden, fürchtet der Anwalt. «

- **Wille der Regierung zur Wiedereinführung unklar.**

  » Tatsächlich vermittelt die türkische Regierung jedoch nicht den Eindruck, so weit gehen zu wollen. Ganz im Gegenteil: Bisher ging sie ungewohnt diplomatisch mit dem Thema um. Der Vorsitzende der AKP-Fraktion Naci Bostanci erinnerte daran, dass die Todesstrafe "durch parteiübergreifenden Konsens abgeschafft wurde". Zur Wiedereinführung benötige man also erneut einen parteiübergreifenden und auch einen gesellschaftlichen Konsens. Der türkische Präsident Erdogan äußerte sich erst gar nicht zu der Forderung seines Juniorpartners Bahceli. «

[1] **Deutsche Welle** (2020): https://www.dw.com/de/t%C3%BCrkei-mit-der-todesstrafe-auf-stimmenfang/a-54878305 [16.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Die Deutsche Welle (DW) ist der Auslandsrundfunk der Bundesrepublik Deutschland und Mitglied der ARD. […] Der Sender soll ds "der deutsche Auslandssender zu (tages)aktuellen Weltgeschehnissen die deutsche Sicht darstellen„ […] Die Finanzierung der DW wird maßgeblich mit Steuergeldern aus dem Bundeshaushalt finanziert. «*

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Republik Türkei

Position: **Todesstrafe**

Hürriyet[1]

Parlamentssprecher sagt, er befürworte die beschränkte Todesstrafe

- **Todesstrafe bei Mord und Sexualverbrechen.** Der Sprecher des türkischen Parlaments Mustafa Şentop befürworte die Todesstrafe für bestimmte Verbrechen wie bspw. vorsätzliche Tötung und Sexualverbrechen gegen Kinder.

  » Parliament Speaker Mustafa Şentop said on Sept. 4 that he believes in the death penalty for specific crimes. "In a very limited way, I think that the death penalty should be applied for certain crimes," […] *Premeditated homicide and sexual crimes against children should be under the list of such crimes, Şentop said. «*

- **Abschreckender Effekt als Argument.** Der Parlamentssprecher schließt sich damit der Forderung von Devlet Bahçeli an, der die rechtsextreme Partei MHP anführt. Dieser wies darauf hin, dass Verbrechen wie Morde, Belästigung und Vergewaltigung zunehmen würden. Die Todesstrafe sollte deshalb wiedereingeführt werden, um abschreckend zu wirken.

  » His remarks came after Nationalist Movement Party (MHP) leader Devlet Bahçeli made a call on Sept.2. for reinstating the death penalty that would be a deterrent for some crimes. In a written statement, Bahçeli called on the parliament to reinstate the death penalty as the legislative body will resume its work for the new term on Oct.1. Stating that overwhelming increase observed in murder, harassment and rape cases, Bahçeli said, "The picture we see is alarming. Re-inclusion of the death penalty in our legislation may deter the commission of heinous and primitive crimes."«

- **Wiederholte Forderung der Regierungspartei.** In der Vergangenheit habe es wiederholt Rufe der Regierungspartei AKP von Präsident Erdoğan gegeben, die Todesstrafe wiedereinzuführen.

  » There have been frequent calls by the ruling Justice and Development Party (AKP) for capital punishment to be reinstated in the country, following its abolition in 2004 as part of reforms aimed at securing European Union membership, particularly after the failed July 2016 coup attempt. «

S. 168

[1] **Hürriyet** (2020): https://www.hurriyetdailynews.com/parliament-speaker-says-he-favors-the-limited-death-penalty-157983 [16.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *"Hürriyet (deutsch „Freiheit") ist eine türkischsprachige Tageszeitung mit Redaktionssitz in Istanbul."* […] *Die Boulevardzeitung ordnet sich heute selbst als „liberal-konservativ" ein; Eurotopics bezeichnet sie als konservativ. Sie befürwortet eine EU-Mitgliedschaft der Türkei. Im Kopf der Zeitung befindet sich neben dem Schriftzug Hürriyet in weißer Schrift auf schwarz-rotem Grund ein Bild des Staatsgründers Atatürk und das Motto Türkiye Türklerindir („Die Türkei gehört den Türken")."*

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Republik Türkei

Position: **Todesstrafe**

Hürriyet[1]

Parlamentssprecher sagt, er befürworte die beschränkte Todesstrafe

- **2004 abgeschafft.** 2004 hatte das türkische Parlament die Todesstrafe abgeschafft.

  » In 2001, the Turkish Parliament abolished the death penalty for crimes, excluding those committed during times of war and related to terrorism. It was completely removed from the penal code in 2004. «

- **Todesstrafe widerspricht derzeitiger Verfassung und europäischer Menschenrechtskonvention.** Für die Wiedereinführung der Todesstrafe bräuchte es eine Verfassungsänderung. Außerdem stünde dies im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention, der die Türkei beigetreten sei.

  » For such an amendment Turkey needs constitutional change and also in some articles of the European convention on human rights, which Turkey is a part of, he stated. «

[1] **Hürriyet** (2020): https://www.hurriyetdailynews.com/parliament-speaker-says-he-favors-the-limited-death-penalty-157983 [16.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *"Hürriyet (deutsch „Freiheit") ist eine türkischsprachige Tageszeitung mit Redaktionssitz in Istanbul."* […] *Die Boulevardzeitung ordnet sich heute selbst als „liberal-konservativ" ein; Eurotopics bezeichnet sie als konservativ. Sie befürwortet eine EU-Mitgliedschaft der Türkei. Im Kopf der Zeitung befindet sich neben dem Schriftzug Hürriyet in weißer Schrift auf schwarz-rotem Grund ein Bild des Staatsgründers Atatürk und das Motto Türkiye Türklerindir („Die Türkei gehört den Türken")."*

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Freiheitsstatue, New York, USA** (UNESCO-Welterbe) | unsplash.com / *Brandon Mowinkel* | Lizenz: CC0 1.0

Vereinigte Staaten von Amerika

Rollenprofil | grundlegende Infos

Vereinigte Staaten v. Amerika

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]

Vereinigte Staaten

*» Die Vereinigten Staaten von Amerika (englisch United States of America; abgekürzt USA), kurz Vereinigte Staaten (englisch United States, abgekürzt U.S., US) genannt und häufig auch umgangssprachlich verkürzt zu Amerika (englisch America), sind eine föderale Republik. […] Die Vereinigten Staaten von Amerika sind der **drittgrößte Staat der Erde**, gemessen an der Fläche von 9,83 Millionen Quadratkilometern (nach Russland und Kanada) und gemessen an der Bevölkerung von etwa 331,4 Millionen Einwohnern (nach China und Indien).* […]

*Aus dem Zweiten Weltkrieg gingen die USA als Supermacht und als erstes Land mit Atomwaffen hervor und wurden eines von fünf ständigen Mitgliedern im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Nach Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion sind die USA die **einzige verbliebene Supermacht**. Sie sind Gründungsmitglied der Vereinten Nationen* […]. *Ihr politischer und kultureller Einfluss ist weltweit groß.* […]

*Im Gegensatz zu fast allen anderen Staaten der westlichen Welt wird in zahlreichen Bundesstaaten der Vereinigten Staaten die **Todesstrafe** vollstreckt, was seit Jahren umstritten ist, auch in den Vereinigten Staaten selbst. Insgesamt 19 Bundesstaaten haben die Todesstrafe abgeschafft, zuletzt Nebraska im Mai 2015. In den übrigen Bundesstaaten kommt es weiterhin zur Vollstreckung von Todesurteilen, selbst an Menschen mit geistigen Behinderungen und solchen, die zum angeklagten Tatzeitpunkt minderjährig waren. In den Todeszellen befinden sich mehr als 3.200 Männer und Frauen, fast 42 % sind Afroamerikaner.* […]

*Die Vereinigten Staaten haben mit der Ratifizierung verschiedener Konventionen bestimmte Pflichten übernommen, die auch die Überprüfung der Situation der **Menschenrechte** in den Vereinigten Staaten durch den Menschenrechtsrat der UNO beinhalten. Dennoch wird häufig Kritik an der Situation der Menschenrechte in den Vereinigten Staaten, insbesondere von privaten Non-Governmental Organizations wie Amnesty International und Human Rights Watch, geäußert: Human Rights Watch beispielsweise kritisiert insbesondere die bis heute praktizierte Todesstrafe, Misshandlungen durch Polizei, Justiz oder Militär, die überfüllten Gefängnisse und zum Teil menschenunwürdige Haftbedingungen.* […] *Es wird berichtet von körperlichen Misshandlungen, Anwendung von Gewalt und Folter (z. B. Verrenken von Gliedmaßen, Schläge auf die Hoden, oder totaler Schlaf- und Nahrungsentzug), sowie Demütigungen der Würde und Religion der Gefangenen (z. B. durch das Beschmieren der Person mit Exkrementen, oder Koran-Schändung). «*

[1] **Wikipedia – USA**: https://de.wikipedia.org/wiki/Vereinigte_Staaten [06.05.2021]

Abbildung: **US-Präsident Joe Biden** | Wikipedia / *Kuhlmann/ MSC* | Lizenz: CC BY 3.0 DE
Abbildung: **Globus:** Orthographic map of the United States of America | Wikimedia / *Addicted04* | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Vereinigte Staaten von Amerika

Position: **Todesstrafe**

Deutschlandfunk[1]

Vor Amtsübergabe an Joe Biden - Donald Trump beeilt sich mit Vollstreckung von Todesurteilen

- **Umstrittene Hinrichtung Ende 2020.** Am 10. Dezember 2020 sei der zum Tode Verurteile Brandon Bernard durch die Giftspritze hingerichtet worden. Menschenrechtsorganisationen hätten bis zuletzt versucht, die Hinrichtung zu verhindern. Der Täter sei zum Tatzeitpunkt nur 18 Jahre alt gewesen. Auch habe er die tödlichen Schüsse nicht selbst abgegeben. 5 der 9 noch lebenden Jurymitglieder, die Bernard damals zum Tode verurteilt hatten, hätten ihre Entscheidung inzwischen widerrufen. Auch weitere 100 Anwälte, Ankläger, Polizeichefs und Sheriffs aus den USA hätten die Regierung dazu aufgerufen, das Todesurteil in eine lebenslange Haftstrafe umzuwandeln.
- **Unter Donald Trump besonders viele Hinrichtungen.** Vor Donald Trump habe die US-Regierung 20 Jahre lang Hinrichtungen ausgesetzt (allerdings wurden diese noch in den einzelnen Bundesstaaten durchgeführt). Doch Donald Trump und sein Justizminister hätten dieses Moratorium ausgesetzt und wieder Todesurteile auf Bundesebene vollstrecken lassen.
- **Erweiterung der Hinrichtungsmethoden.** Trump und sein Justizminister hätten neben der Giftspritze auch die Hinrichtung durch Gas, den elektrischen Stuhl und das Erschießungskommando wieder zugelassen.
- **Trumps Nachfolger Joe Biden sei ein Gegner der Todesstrafe.** Trumps Nachfolger im US-Präsidentenamt Joe Biden sei ein Gegner der Todesstrafe. Donald Trump habe deshalb versucht, die Vollstreckung von Todesurteilen noch vor der Amtsübergabe durchzusetzen.

S. 172

[1] **Deutschlandfunk** (2020): https://www.deutschlandfunk.de/vor-amtsuebergabe-an-joe-biden-donald-trump-beeilt-sich-mit.1773.de.html?dram:article_id=489079 [12.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *"Deutschlandfunk (DLF) ist* […] *eines der nationalen Hörfunkprogramme des Deutschlandradios."*

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Vereinigte Staaten von Amerika

Position: **Todesstrafe**

U.S. Mission to the United Nations[1]

Explanation of Vote on a Resolution on the Death Penalty

- **USA stimmen Abschaffung nicht zu.** Die USA seien nicht gewillt, bei einer UN-Resolution zuzustimmen, die ein Aussetzen und weiterführend die Abschaffung der Todesstrafe fordert. Auch andere Staaten sollten nicht zustimmen.
- **Jeder Staat habe Recht auf Todesstrafe.** Es sei das souveräne Recht jedes Mitgliedsstaates, darüber zu entscheiden, die Todesstrafe einzusetzen.
- **nationale Angelegenheit.** Der Einsatz der Todesstrafe sei im Rahmen der nationalen demokratischen Prozesse zu diskutieren [und nicht international vorzuschreiben].
- **unter UN-Zivilpakt erlaubt.** Der UN-Zivilpakt, dem die USA beigetreten ist, erlaube unter bestimmten Voraussetzungen durchaus den Einsatz der Todesstrafe.
- **Zusatzprotokoll zum Verbot der Todesstrafe freiwillig.** Die Staaten, welche die Todesstrafe abschaffen wollten, können ja zusätzlich zum UN-Zivilpakt das entsprechende freiwillige Zusatzprotokoll ratifizieren.
- **nur bei schwersten Verbrechen.** Gemäß Artikel 6 des UN-Zivilpakts sei die Anwendung der Todesstrafe bei schwersten Verbrechen möglich.
- **nur nach strenger Prüfung.** Die Todesstrafe werde nur nach ausführlichen Gerichtsverfahren und strenger juristischer Prüfung vollstreckt.
- **Hinrichtungsarten seien möglichst „human“.** Unnötig brutale Hinrichtungsarten seien in den USA verboten.
- **Fokus lieber auf Staaten, die Todesstrafe mit weniger Sorgfalt verhängen.** Mitgliedsstaaten, die sich gegen die Todesstrafe engagieren, sollten ihren Fokus lieber auf jene Länder richten, wo die Todesstrafe willkürlich, massenhaft und außergerichtlich angewendet werde [und nicht auf jene Staaten, die die Todesstrafe nur nach sorgfältiger Prüfung anwenden, wie in den USA].
- **Todesstrafe solle nicht diskriminierend sein.** Staaten sollten darauf achten, dass die Anwendung der Todesstrafe keine Bevölkerungsgruppe auf unfaire Weise diskriminiert.
- **Kein unangemessenes Leid durch Todesstrafe.** Staaten sollten darauf achten, dass die Anwendung der Todesstrafe kein unangemessenes Leid verursacht.
- **Todesstrafe im Einklang mit internationalem Recht.** Staaten sollten darauf achten, dass die Anwendung der Todesstrafe im Einklang mit nationalen Gesetzen und internationalen Verpflichten steht.

S. 173

[1] **ständige Vertretung der USA bei den Vereinten Nationen** (2020): https://usun.usmission.gov/explanation-of-vote-on-a-resolution-on-the-death-penalty/ [13.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Freiheitsstatue, New York, USA** (UNESCO-Welterbe) | unsplash.com / *Brandon Mowinkel* | Lizenz: CC0 1.0

Vereinigte Staaten von Amerika

Rollenprofil | vertiefende Infos

Vereinigte Staaten von Amerika

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung[1]

Dossier USA

- ***Vorbild für die einen, Feindbild für die anderen.***

  » Die Vereinigten Staaten von Amerika: Vorbild für die einen, Feindbild für die anderen, insbesondere seit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten. Kaum eine andere Nation vermag es, die Gemüter so intensiv zu vereinen oder zu spalten. Und die USA sind das Land der Superlative und Extreme: 50 Staaten auf über neun Millionen Quadratkilometern Fläche, über 310 Millionen Bürgerinnen und Bürger, das größte Verteidigungsbudget der Welt, der höchste CO2-Ausstoß gemessen an der Anzahl der dort lebenden Menschen, die meisten Milliardäre im weltweiten Vergleich bei einer der höchsten Armutsraten der westlichen Welt. Das riesige Land zwischen Atlantik und Pazifik ist voller Widersprüche. Amerikas Fernsehserien, Limonaden, Sportschuhe oder Musik transportieren seit Jahrzehnten den "American Way of Life", das besondere amerikanische Lebensgefühl, in die Welt. «

S. 175

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung[2]

Einführung: Die USA sind anders

- ***Land der unbegrenzten Widersprüche.***

  » Land der unbegrenzten Möglichkeiten und der unbegrenzten Widersprüche; einzig verbliebene Supermacht nach Ende des Ost-West-Konflikts; Speerspitze des Imperialismus und Hort von Demokratie und Freiheit. Urteile und Vorurteile, Klischees und Stereotype prägen häufig unser Bild von den Vereinigten Staaten. «

- **Relative Schwäche des US-Parlaments mit dem Ziel der Gewaltenteilung.**

  » Die politische Fragmentierung ist von den Gründungsvätern in Abgrenzung gegen den europäischen absolutistischen Staat des ausgehenden 18. Jahrhunderts bewusst angestrebt worden und blieb aufgrund der fundamentalen Skepsis der US-Bevölkerung gegen jede Art von Machtanhäufung bis heute erhalten. […] *Zweck US-amerikanischer Verfassungsregelungen und auch gezielter politischer Praxis ist die Machtaufteilung.* […] *Die relative Schwäche des Zentralstaates und die Konkurrenz, ja Anarchie zwischen unzähligen Ämtern und Institutionen, die sich in ihren Kompetenzen zum Teil überschneiden, sind ganz bewusst gewollt. «*

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung**: https://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/ [14.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“*

[2] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2008): https://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/ [14.05.2021]

Abbildung: **Blick auf das Capitol, Washington, USA** | 2020 | unsplash.com / *Ian Hutchinson* | Lizenz: CC0 1.0

Vereinigte Staaten von Amerika

Allgemeine Informationen

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung[1]

Einführung: Die USA sind anders

- **Amerikanische Ideologie sei Bindeglied für die Gesellschaft.**

  » Angesichts fragmentierter US-amerikanischer Politik und gesellschaftlicher Segmentierung stellt sich die Frage, wodurch die Vereinigten Staaten und ihre Bevölkerung als Nation überhaupt zusammengehalten werden. Tatsächlich gibt es einen Bedarf an Integration, der durch die "amerikanische Ideologie" gedeckt wird. Zu ihr gehört der Traum vom sozialen Aufstieg "vom Tellerwäscher zum Millionär", verbunden mit der Verehrung der Gründungsväter, Abraham Lincolns und der Verfassung. Aber auch Symbole und Rituale, nationale Denkmäler und die Verpflichtung auf die Nationalflagge fügen sich zu einem besonderen Gemisch aus Politik, Religion und Moralismus. Diese Integrationsideologie verklammert und überwölbt soziale Schichten und Klassen sowie Gruppen, die ansonsten nach unterschiedlichsten ethnischen, kulturellen und religiösen Merkmalen voneinander geschieden wären. Die "amerikanische Ideologie" bildet somit ein Gegengewicht zur politischen Fragmentierung und gesellschaftlichen Segmentierung. «

- **Terroranschläge vom 11. September 2001 seien in „Krieg gegen den Terror, Patriotismus, Aufrüstung und Einschränkung von Menschenrechten gemündet.**

  » Schwer nachvollziehbar für Außenstehende ist auch das Ausmaß, in dem die Terrorangriffe islamistischer Fundamentalisten auf New York und Washington am 11. September 2001 die ganze Nation traumatisierten. Die Angriffe und ihre Folgen beeinflussen nach wie vor erheblich das innen- und außenpolitische Verhalten und Handeln des Landes und wurden als historischer Wendepunkt erlebt und erlitten. […] *Die Annahme, die USA seien prinzipiell unverwundbar, hoch entwickelte Technologie könne einen Selbstschutz bilden, erwies sich als Illusion. Die Nation musste entgegen ihrer tief verwurzelten Überzeugung realisieren, dass es auf der Welt Menschen gibt, die dem internationalen Handeln der USA und seinen demokratisch-freiheitlichen Motiven jegliche Glaubwürdigkeit absprechen. US-amerikanisches Selbstverständnis und Selbstbewusstsein wurden am 11. September 2001 in ihrem Kern getroffen.* […] *Wie tief die Verletzung war, erwiesen der nachfolgend aufschäumende Patriotismus und die Bereitschaft, dem Terrorismus den Krieg zu erklären, Milliardensummen in die Aufrüstung zu investieren und traditionell geheiligte Bürger- und Menschenrechte einzuschränken. «*

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung** (2008): https://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/ [14.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“*

Abbildung: **Golden Gate-Brücke, Kalifornien, USA** | 2017 | unsplash.com / *Ian Hutchinson* | Lizenz: unsplash License

Vereinigte Staaten von Amerika

Amnesty International

Amnesty International[1]

Vereinigte Staaten von Amerika 2019

- **Rückzug der USA aus dem Internationalen Menschenrechtssystem unter Trump.**

  » Die US-Regierung hat sich in den vergangenen Jahren weitgehend aus dem internationalen Menschenrechtssystem zurückgezogen. So räumte sie ihren Sitz im UN-Menschenrechtsrat und reduzierte ihren Beitrag zum Gesamthaushalt der UN. Seit Januar 2018 haben die USA weder auf Mitteilungen von UN-Expert_innen noch auf Anfragen nach Einladungen zu offiziellen Besuchen reagiert. Im Juli 2019 erklärte die US-Regierung in einem Schreiben an Amnesty International, sich nur noch der Menschenrechtsverfahren der Vereinten Nationen zu bedienen, wenn diese "den außenpolitischen Zielen der USA dienen". Damit lehnt sie die Mitwirkung an einer Prüfung der Menschenrechtslage in den USA durch die UN ab. «

- **USA behindert Mitarbeiter·innen des Internationalen Strafgerichtshofes, die zu möglichen Kriegsverbrechen der USA ermitteln.**

  » Im April 2019 entzogen die USA der Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), die Ermittlungen zu möglichen US-Kriegsverbrechen in Afghanistan durchführte, das Einreisevisum. Vorausgegangen waren diesem Schritt eine entsprechende Ankündigung des Außenministeriums im gleichen Jahr und bereits 2018 eine Androhung des US-Sicherheitsberaters, Mitarbeiter-Innen des IStGH, die zu möglichen US-Kriegsverbrechen ermittelten, mit Einreiseverboten, der Beschlagnahme von Vermögenswerten und Strafverfolgung zu begegnen. «

- **Todesstrafe.**

  » Während sich in einigen Bundesstaaten die Tendenz zur Abschaffung der Todesstrafe fortsetzte, ordnete die Generalstaatsanwaltschaft nach einer Pause von 16 Jahren wieder fünf Hinrichtungen an. […] *Studien zeigen, dass die Hautfarbe, vor allem die des Opfers, eine Rolle dabei spielt, wer zum Tode verurteilt wird. Seit 1977 wurden mindestens 156 Gefangene wegen erwiesener Unschuld aus dem Todestrakt entlassen – mehr als die Hälfte von ihnen gehörte einer ethnischen Minderheit an. In zahlreichen Fällen wurden Gefangene hingerichtet, obwohl erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Gerichtsverfahren bestanden, oft wegen unzureichender Rechtsvertretung. «*

[1] **Amnesty International** (2020): https://www.amnesty.de/jahresbericht/2019/vereinigte-staaten-von-amerika-vereinigte-staaten-von-amerika#section-11114738 [14.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

Abbildung: “**Making the Invisible Visible**”, Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

Vereinigte Staaten von Amerika

Position: **Todesstrafe**

Deutschlandfunk[1]

Vor Amtsübergabe an Joe Biden - Donald Trump beeilt sich mit Vollstreckung von Todesurteilen

- **Umstrittene Hinrichtung des Verurteilten Brandon Bernard Ende 2020.**

  » Bis zuletzt versuchten Anwälte und Staatsanwälte, Bürger- und Menschenrechtsorganisationen den 40-jährigen Brandon Bernard vor der Todesstrafe zu bewahren. Bernard starb am Abend des 10. Dezember 2020 im Gefängnis in Terre Haute im US-Bundesstaat Indiana durch eine Giftspritze. Er war 18 Jahre alt, als er einen doppelten Raubmord beging – so jung, wie keiner der anderen Delinquenten zur Tatzeit, denen jetzt die Todesstrafe nach Bundesrecht droht, so Ngozi Ndulue vom Death Penalty Information Center in Washington D.C.

  Doch nicht nur deshalb steht das Todesurteil gegen den Schwarzen Brandon Bernard auf tönernen Füßen, sagt die Forschungsdirektorin der Informationsstelle Todesstrafe: Weil entlastende Beweise nicht berücksichtigt wurden und der Todeskandidat nachweislich nicht die treibende Kraft beim doppelten Raubmord war, seien wichtige Fragen nach seiner Rolle und seiner Schuldfähigkeit ungeklärt.

  Fünf der neun noch lebenden Jurymitglieder dieses Prozesses haben ihr Todesurteil gegen Brandon Bernard mittlerweile revidiert. Auch deshalb haben am Dienstag knapp 100 Anwälte, Ankläger, Polizeichefs und Sheriffs aus dem ganzen Land an das Weiße Haus appelliert, das Todesurteil fallenzulassen und in eine lebenslange Haftstrafe umzuwandeln. «

- **Unter Donald Trump besonders viele Hinrichtungen.**

  » Doch Donald Trump und sein Justizminister William Barr bleiben hart: Erst im Juni dieses Jahres hatten sie das Moratorium gegen die Vollstreckung der Todesstrafe nach Bundesrecht aufgehoben – erstmals seit fast 20 Jahren werden jetzt wieder Todesstrafen nach nationalem, also nicht bundesstaatlichem Recht vollstreckt. Seither haben Trump und sein Justizminister 13 Häftlinge hinrichten lassen. Neben Brandon Bernard sollen bis zum 20. Januar noch fünf weitere Verurteilte exekutiert werden – sie sind allesamt Afroamerikaner. Seit 1896 wurden insgesamt nicht mehr so viele Todesurteile auf Bundesebene vollstreckt, sagt Ngozi Ndulue. «

[1] **Deutschlandfunk** (2020): https://www.deutschlandfunk.de/vor-amtsuebergabe-an-joe-biden-donald-trump-beeilt-sich-mit.1773.de.html?dram:article_id=489079 [12.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *"Deutschlandfunk (DLF) ist* […] *eines der nationalen Hörfunkprogramme des Deutschlandradios."*

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Vereinigte Staaten von Amerika

Position: **Todesstrafe**

Deutschlandfunk[1]

Vor Amtsübergabe an Joe Biden - Donald Trump beeilt sich mit Vollstreckung von Todesurteilen

- **Erweiterung der Hinrichtungsmethoden.**

  » Trump und sein Justizminister haben zudem dafür gesorgt, dass neben der Giftspritze auch andere tödliche Methoden wieder eingesetzt werden dürfen: Gas, elektrischer Stuhl, Erschießungskommandos – alles wieder erlaubt. «

- **Trumps Nachfolger Joe Biden sei ein Gegner der Todesstrafe.**

  » Auf besondere Kritik stößt nun aber, dass Trump und Barr gegen das ungeschriebene Gesetz verstoßen, in der Phase des Machtwechsels zwischen zwei Präsidenten keine Todesstrafen zu vollstrecken. Beide scheinen es im Gegenteil besonders eilig zu haben, bis zur Amtseinführung Joe Bidens am 20. Januar die Verurteilten hinzurichten. Der Grund dafür ist offensichtlich. Der noch amtierende Präsident weiß, dass sein Nachfolger vermutlich noch am Tag der Amtseinführung die Todesstrafe auf Bundesebene wieder aussetzen wird. Biden ist heute ein erklärter Gegner der Todesstrafe. Mit ihrer Demonstration der Macht in den letzten Tagen ihrer Amtszeit haben sich Trump und Barr also auf einen zynischen Wettlauf mit der Zeit eingelassen. Es gehe ihnen um einen politischen Kontrapunkt, vermutet Ngozi Ndulue im Gespräch mit dem Deutschlandfunk: in einer Zeit, in der sich Politik, Justiz und die öffentliche Meinung in immer mehr Bundesstaaten der USA gegen die Todesstrafe wenden, wollen Trump und Barr ein unversöhnliches ideologisches Signal setzen. «

[1] **Deutschlandfunk** (2020): https://www.deutschlandfunk.de/vor-amtsuebergabe-an-joe-biden-donald-trump-beeilt-sich-mit.1773.de.html?dram:article_id=489079 [12.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *"Deutschlandfunk (DLF) ist* […] *eines der nationalen Hörfunkprogramme des Deutschlandradios."*

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Vereinigte Staaten von Amerika

Position: **Todesstrafe**

U.S. Mission to the United Nations[1]

Explanation of Vote on a Resolution on the Death Penalty

- **USA stimmen Abschaffung nicht zu.** Die USA seien nicht gewillt, bei einer UN-Resolution zuzustimmen, die ein Aussetzen und weiterführend die Abschaffung der Todesstrafe fordert.

  » The United States cannot agree with establishing an international moratorium on, and the eventual abolition of, the use of the death penalty as a criminal punishment. «

- **Jeder Staat habe Recht zu Todesstrafe.** Es sei das Recht jedes Mitgliedsstaates, darüber zu entscheiden, die Todesstrafe einzusetzen.

  » It is up to each Member State to decide on adopting the use of the death penalty and its lawful implementation. «

- **Todesstrafe sei nationale Angelegenheit.** Der Einsatz der Todesstrafe sei im Rahmen der nationalen demokratischen Prozesse zu diskutieren [und nicht international vorzuschreiben].

  » The lawful implementation must be addressed through domestic democratic legal processes in accordance with a Member State's international human rights obligations. «

- **Todesstrafe unter UN-Zivilpakt erlaubt.** Der UN-Zivilpakt, dem die USA beigetreten ist, erlaube unter bestimmten Voraussetzungen den Einsatz der Todesstrafe.

  » International human rights law establishes clearly that Member States may, within certain established parameters, use this form of punishment as confirmed by Article 6 of the International Covenant on Civil and Political Rights, to which the United States is a party. «

- **Zusatzprotokoll zum Verbot der Todesstrafe freiwillig.** Die Staaten, welche die Todesstrafe abschaffen wollten, dürften dies durchaus tun und könnten das entsprechende freiwillige Zusatzprotokoll ratifizieren.

  » Those states wishing to abolish the death penalty within their jurisdiction may choose to ratify the Second Optional Protocol to that Covenant. «

- **Todesstrafe bei schwersten Verbrechen.** Gemäß Artikel 6 des UN-Zivilpakts sei die Anwendung der Todesstrafe bei schwersten Verbrechen möglich.

  » Under Article 6, the death penalty may be imposed for the most serious of crimes «

S. 180

[1] **ständige Vertretung der USA bei den Vereinten Nationen** (2020): https://usun.usmission.gov/explanation-of-vote-on-a-resolution-on-the-death-penalty/ [13.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Vereinigte Staaten von Amerika

Position: **Todesstrafe**

U.S. Mission to the United Nations[1]

Explanation of Vote on a Resolution on the Death Penalty

- **Todesstrafe nur nach strenger juristischer Prüfung.** Die Todesstrafe werde nur nach ausführlichen Gerichtsverfahren und strenger juristischer Prüfung verhängt.

  » Under Article 6, the death penalty may be imposed for the most serious of crimes in conformity with the law in force at the time of the commission of the crime and when carried out pursuant to a final judgment rendered by a competent court. For parties subject to the Covenant, imposition of the death penalty must abide by exacting procedural safeguards […]*. Within the United States, judicial enforcement* […] *of the U.S. Constitution ensures substantive due process that applies at both the federal and state levels,* […] *Capital defendants must be provided with a fair trial before a competent, independent, and impartial tribunal established by law, with full and fair trial guarantees*.[…] *The United States is firmly committed to complying with these* […] *obligations, and strongly urges other countries that employ the death penalty to do the same.* […] *«*

- **Hinrichtungsarten seien möglichst „human".** Unnötig brutale Hinrichtungsarten seien in den USA verboten.

  » Within the United States, judicial enforcement […] of the U.S. Constitution ensures substantive due process that applies at both the federal and state levels, and prohibits methods of execution that would constitute cruel and unusual punishment «

- **Fokus lieber auf Staaten, die Todesstrafe mit weniger Sorgfalt verhängen.** Mitgliedsstaaten, die sich gegen die Todesstrafe engagieren, sollten ihren Fokus lieber auf jene Länder richten, wo die Todesstrafe willkürlich, massenhaft und außergerichtlich angewendet werde [und nicht auf jene Staaten, die die Todesstrafe nur nach sorgfältiger Prüfung anwenden, wie in den USA].

  » The United States urges Member States that support the resolution to address human rights violations that may arise from implementation of the death penalty in an extrajudicial, summary or arbitrary manner. «

- **Auch andere Delegationen sollten gegen Abschaffung der Todesstrafe stimmen.** Die USA würden sich gegen einen Aufruf zur Abschaffung der Todesstrafe aussprechen und ermuntern andere Staaten, ihrem Beispiel zu folgen.

  » The United States will vote no on this resolution and calls on other delegations to do the same. «

[1] **ständige Vertretung der USA bei den Vereinten Nationen** (2020): https://usun.usmission.gov/explanation-of-vote-on-a-resolution-on-the-death-penalty/ [13.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Vereinigte Staaten von Amerika

Position: **Todesstrafe**

U.S. Mission to the United Nations[1]

Explanation of Vote on a Resolution on the Death Penalty

- **Todesstrafe solle nicht diskriminierend sein.** Staaten sollten darauf achten, dass die Anwendung der Todesstrafe keine Bevölkerungsgruppe auf unfaire Weise diskriminiert.

  » Through their legal processes, states should carefully evaluate the class of defendants subject to the death penalty, the crimes for which it may be imposed, and the manner in which it is carried out to ensure that capital punishment does not unfairly target any group. «

- **Kein unangemessenes Leid durch Todesstrafe.** Staaten sollten darauf achten, dass die Anwendung der Todesstrafe kein unangemessenes Leid verursacht.

  » Through their legal processes, states should carefully […] *ensure that capital punishment does not* […] *inflict undue suffering. «*

- **Todesstrafe im Einklang mit internationalem Recht.** Staaten sollten darauf achten, dass die Anwendung der Todesstrafe im Einklang mit nationalen Gesetzen und internationalen Verpflichten steht.

  » Through their legal processes, states should carefully evaluate […] *that it complies with both domestic laws and international obligations which are freely assumed. «*

S. 182

[1] **ständige Vertretung der USA bei den Vereinten Nationen** (2020): https://usun.usmission.gov/explanation-of-vote-on-a-resolution-on-the-death-penalty/ [13.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Vereinigte Staaten von Amerika

Position: **Todesstrafe**

David W. Garland, Professor (Recht, Soziologie), New York University[1]

Warum haben die Vereinigten Staaten die Todesstrafe?

- **Todesstrafe in den USA teilweise Ländersache.** Ein Grund für die fortwährende Anwendung der Todesstrafe in den USA sei, dass die Todesstrafe zum Teil auch zur Zuständigkeit der einzelnen Bundesstaaten gehöre. So gebe es Bundesstaaten wie Michigan, wo die Todesstrafe bereits 1846 abgeschafft wurde. In den letzten Jahren seien auch immer mehr Bundesstaaten diesem Beispiel gefolgt und hätten die Todesstrafe ebenso abgeschafft.

  » The answer lies in the limited power of the U.S. federal government to impose laws on the states, the interplay between state politics and federal law, and the role of the U.S. Supreme Court in interpreting the Constitution. Different States, Different Penalties One result of America's emphasis on federalism and local autonomy is that the United States is not one single place when it comes to the death penalty: The law and practice of capital punishment vary from state to state and region to region. Sixteen states and the District of Columbia have no death penalty, having repealed their capital punishment laws sometime between 1846 — when Michigan became the first state to abolish capital punishment — and the last few years, when New York, New Jersey, Illinois and New Mexico ended the practice.. «

- **Durchschnittlich 14 Jahre zwischen Verurteilung und Hinrichtung.** Die Todesstrafe werde nur nach eingehender juristischer Prüfung vollstreckt. Die durchschnittliche Zeit zwischen Verurteilung und Vollstreckung der Todesstrafe betrage 14 Jahre.

  » executions […] *take place only after many years of legal contestation. The average time between sentence and execution is 14 years. «*

- **Todesstrafe nur bei Mord.** Die Todesstrafe werde nur für Mord unter erschwerenden Umständen verhängt.

  » In practice, death sentences are permitted only for the crime of aggravated murder (a murder involving circumstances that increase its magnitude). «

- **Todesstrafe sei die Ausnahme.** Die Todesstrafe sei die Ausnahme, nicht die Regel. Bspw. wurden im Jahr 2010 14.000 Menschen in den USA ermordet. Aber nur in 114 Fällen sei die Todesstrafe verhängt worden.

  » Even in the most heinous cases, capital punishment is the exception, not the rule. In 2010, about 14,000 homicides occurred in the United States, and 114 resulted in death sentences. «

[1] **United states department of state** (2012): https://photos.state.gov/libraries/amgov/133183/english/P_You_Asked_WhyCapitalPunishment_English.pdf [14.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Vereinigte Staaten von Amerika

Position: **Todesstrafe**

David W. Garland, Professor (Recht, Soziologie), New York University[1]

Warum haben die Vereinigten Staaten die Todesstrafe?

- **Weiterentwicklung des Justizsystems machte Todesstrafe in vielen Ländern nicht mehr notwendig.** Vor 300 Jahren sei die Todesstrafe für eine große Reihe an Straftaten verhängt worden. Heute dagegen ist sie vor allem in Demokratien weitgehend abgeschafft worden. Eine Erklärung dafür sei, dass moderne Gesellschaften ihr weniger gewalttätige Instrumente entwickelt haben, um mit Straftätern umzugehen, wie bspw. der Ausbau der Polizei oder von Gefängnissen. Umso mehr Demokratie und Ordnung in Gesellschaften Einzug hielten, umso weniger notwendig und gerechtfertigt schient die Todesstrafe.

  » About 300 years ago, organized societies used the death penalty for a wide range of offences and offenders. Today the death penalty is prohibited throughout most of the developed world, especially in democratic nations. […] *One explanation for this transformation is that modern governments have developed less violent means — including police and prisons — to control crime and punish offenders. As these societies became more orderly, their politics became more democratic and humane, and the death penalty came to seem less necessary and less legitimate. «*

- **Todesstrafe im 20. Jahrhundert immer weniger angewandt.** Am Beginn des 20. Jahrhunderts habe die Todesstrafe zwar noch in vielen Industrieländern existiert, sei aber immer weniger angewandt worden.

  » In the early 20th century, most developed nations retained the death penalty but used it more sparingly. «

- **Manche Bundesstaaten der USA bei Abschaffung der Todesstrafe wegweisend.** Die Bundesstaaten der USA seien in diesem Reformprozess involviert gewesen und hätten diese Bewegung oft angeführt, wenn es darum ging, die Todesstrafe für immer weniger Straftaten zu verhängen, öffentliche Hinrichtungen abzuschaffen und weniger qualvolle Arten der Hinrichtungen zu suchen.

  » The United States was involved in this reform process, despite having comparatively high homicide rates, and often led the way. U.S. states were among the first to narrow capital codes, abolish public execution, abolish the death penalty altogether and seek less painful methods of execution. «

S. 184

[1] **United states department of state** (2012): https://photos.state.gov/libraries/amgov/133183/english/P_You_Asked_WhyCapitalPunishment_English.pdf [14.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Vereinigte Staaten von Amerika

Position: **Todesstrafe**

David W. Garland, Professor (Recht, Soziologie), New York University[1]

Warum haben die Vereinigten Staaten die Todesstrafe?

- **Europa als Vorreiter, USA als Nachzügler.** In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hätten immer mehr europäische Staaten die Todesstrafe abgeschafft. Doch während Frankreich die Guillotine 1981 abgebaut habe, hätten viele Bundesstaaten in den USA die Todesstrafe beibehalten. Heute hinkten die USA auf diesem Gebiet hinterher.

  » By the last decades of the 20th century, European nations had, one by one, abolished capital punishment, with France being last in 1981. Instead of following suit, many U.S. states retained the death penalty and still do, 30 years after France dismantled its guillotine. The United States, which helped lead the movement to reform capital punishment, lags in the movement to abolish it. «

- **Abschaffung schwieriger, weil alle Bundesstaaten zustimmen müssten.** Der Grund dafür liege vor allem im politischen System. In den Ländern, in denen die Todesstrafe abgeschafft wurde, sei dies oft in Reformen durch die Zentralregierung geschehen. Im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern hätten in den USA die Bundesstaaten aber mehr Mitsprache. Für die endgültige Abschaffung der Todesstrafe reiche ein Verbot durch das nationale Parlament nicht aus, sondern sie müsste nacheinander in allen 50 Bundesstaaten abgeschafft werden. Das mache den Prozess schwieriger und langwieriger.

  » The reason for this paradox has to do with the way these laws typically have been abolished. In countries where the death penalty has been removed from the law books, it was repealed by national governments imposing top-down reform because they decided the death penalty was no longer necessary or legitimate. […] *That the death penalty has been abolished throughout most of the western world (and in many other nations) but not in the United States speaks not to differences in popular attitudes — heinous murderers are unpopular everywhere — but to differences in political institutions.* […] *Unlike its European counterparts, the U.S. Congress lacks the legal power to impose national repeal because the U.S. Constitution allocates legislative power over criminal law to the states. Each of the 50 U.S. states (plus the federal government and the U.S. military) would have to repeal its own capital punishment law. This means that nationwide abolition of capital punishment would require not one comprehensive act of abolition (as occurred in other nations) but 52 distinct acts. «*

S. 185

[1] **United states department of state** (2012): https://photos.state.gov/libraries/amgov/133183/english/P_You_Asked_WhyCapitalPunishment_English.pdf [14.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Vereinigte Staaten von Amerika

Position: **Todesstrafe**

David W. Garland, Professor (Recht, Soziologie), New York University[1]

Warum haben die Vereinigten Staaten die Todesstrafe?

- **Todesstrafe beliebt in der Bevölkerung.** In den Ländern, in denen die Todesstrafe abgeschafft wurde, sei dies oft gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung geschehen. Das politische System in den USA mache es aber aus verschiedenen Gründen schwieriger, in der Bevölkerung unbeliebte Gesetze zu beschließen. Dass die Todesstrafe in vielen Bundesstaaten der USA noch existiert, sei deshalb vor allem darin begründet, dass in vielen Regionen eine Bevölkerungsmehrheit die Todesstrafe weiterhin befürwortee.

  » In many cases, repeal was carried out even if a majority of citizens continued to support capital punishment. […] *The U.S. political system makes it more difficult for elected officials to disregard the preferences of the majority of their citizens than is the case elsewhere. Short election cycles, primary elections, weak political parties and campaign finance needs combine to make it difficult for elected officials to move far from the preferences of the average voter. That capital punishment laws remain on the books in 35 states is explained by the preferences of local majorities — and a system of political representation that ensures these preferences are expressed in state law and local practice. «*

- **Tendenz zur Abschaffung der Todesstrafe in Demokratien.** Im Unterschied zu autoritären Staaten, Diktaturen und Gottesstaaten würden liberale Demokratien tendenziell versuchen, die Rechte von Einzelpersonen zu stärken. Deshalb sei die Todesstrafe in den meisten Demokratien immer weniger angewandt und schließlich abgeschafft worden.

  » Liberal democracies — unlike authoritarian or theocratic nations — are committed to limiting government power and protecting individual liberties. The result is that the death penalty has been used less often, eventually disappearing throughout most of the democratic world. But each nation works out the practical balance between "liberalism" and "democracy" for itself. America's distinctive emphasis on the value of local popular democracy — together with the Supreme Court's interpretation of the meaning of liberty — explains why the United States still has capital punishment. «

S. 186

[1] **United states department of state** (2012): https://photos.state.gov/libraries/amgov/133183/english/P_You_Asked_WhyCapitalPunishment_English.pdf [14.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Schloss Mir, Weißrussland** (UNESCO-Welterbe) | unsplash.com / *ZA Tourist* | Lizenz: CC0 1.0

Republik Weißrussland / Belarus

Rollenprofil | grundlegende Infos

Weißrussland / Belarus

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]
Weißrussland

*» Weißrussland (Republik Belarus), ist ein osteuropäischer Binnenstaat, dessen Hauptstadt Minsk ist. Weißrussland grenzt an Litauen, Lettland, Russland, die Ukraine und Polen. Durch die **Auflösung der Sowjetunion** 1991 wurde die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik unabhängig.*

*Seit 1994 ist Aljaksandr Lukaschenka der autoritär und repressiv regierende Präsident, womit das Land als letzte Diktatur Europas gilt. Der mutmaßlich gefälschten Präsidentschaftswahl in Weißrussland 2020 im August folgten wochenlange landesweite Proteste und Streiks gegen die Regierung. Die Demonstrationen wurden mit äußerster Brutalität niedergeschlagen. Das Büro des **Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte** sprach davon, dass man Berichte von über 450 dokumentierten Fällen von Folter und Misshandlungen erhalten habe.* […]

*Amnesty International dokumentierte 2010 drei **Todesurteile** und diverse Verletzungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung und des Versammlungs- und Demonstrationsrechts. Auch 2019 wurden noch Todesurteile ausgesprochen.*

*Laut Amnesty werden Menschenrechtler, Gewerkschafter, Umweltaktivisten sowie Angehörige und Vertreter sexueller Minderheiten verfolgt. Auch wird das **„Verschwinden" von Oppositionellen** wie Jury Sacharanka, Dmitri Sawadski, Wiktor Gontschar und Anatoli Krassowski angeprangert.* […]

*Mit Hilfe des Spähprogramms SORM können staatliche Organe an Telefon- und **Internetdaten** der Nutzer gelangen. Die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen und Menschenrechtler werden dadurch massiv eingeschränkt.* […]

*Die Situation der **Pressefreiheit** im Land wird von Reporter ohne Grenzen als „schwierig" eingestuft.* […]

*Lukaschenka ist bekannt für seine homophoben Äußerungen. Zwar ist **Homosexualität** legal, es kam jedoch bereits mehrfach zu Razzien und Festnahmen.*

*Die bedeutendste **Menschenrechtsorganisation** des Landes ist das Helsinki-Komitee.* […]

*Weißrussland pflegt **freundschaftliche Verbindungen** zu Venezuela, zu Ecuador, zu Syrien, zum Iran, zu Nordkorea, zur Volksrepublik China und zu Kuba. «*

S. 188

[1] **Wikipedia – Weißrussland**: https://de.wikipedia.org/wiki/Wei%C3%9Frussland [01.05.2021]
Abbildung: **Alexander Lukashenko, Präsident von Weißrussland** | Wikipedia / *Serge Serebro, Vitebsk Popular News* | Lizenz: CC BY-SA 4.0
Abbildung: **Globus:** Orthographic map of Belarus | Wikimedia / *Rob984* | Lizenz: CC BY-SA 4.0

Weißrussland / Belarus

Amnesty International

Amnesty International[1]

Wie ist generell die menschenrechtliche Situation in Belarus?

- **Belarus einziger europäischer Staat mit Todesstrafe.**

  » Belarus ist das einzige Land in Europa und auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion, in dem die Todesstrafe noch verhängt und vollstreckt wird. 2019 ergingen drei Todesurteile und mindestens drei Gefangene wurden hingerichtet «

- **Daten zur Todesstrafe geheim.**

  » Daten zur Todesstrafe werden in Belarus als Staatsgeheimnis gehandhabt «

- **Meinungsfreiheit eingeschränkt.**

  *» Die Meinungsfreiheit in Belarus ist per Gesetz und in der Praxis stark eingeschränkt. Regierungskritiker*innen und andere abweichende Stimmen sind Schikanen und anderen Repressalien seitens der Behörden ausgesetzt «*

- **Staatliche Überwachung.**

  » Die Änderungen des Gesetzes über die Massenmedien, die im Dezember 2018 in Kraft getreten waren, verschärften die staatliche Kontrolle über Online-Medien erheblich. So wurden registrierte und nicht registrierte Online-Medien verpflichtet, die Namen der Personen, die Kommentare abgeben, aufzuzeichnen und den Behörden auf Anfrage die entsprechenden Informationen zur Verfügung zu stellen «

- **schwierige Arbeitsbedingungen für Journalist·innen.**

  *» Behörden verhängten etwa hohe Geldstrafen gegen freiberufliche Journalist*innen, die mit internationalen Medien zusammenarbeiteten. «*

- **Verfolgung politischer Gegner·innen.**

  *» Die belarussische Staatsführung unter Alexander Lukaschenko duldet keine Meinung, die sie kritisiert. Friedliche Oppositionelle werden verfolgt und inhaftiert, unter dem Vorwand eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darzustellen. Vor der Präsidentschaftswahl am 9. August 2020 wurden Gegenkandidat*innen zum Amtsinhaber Alexander Lukaschenko verleumdet und inhaftiert. «*

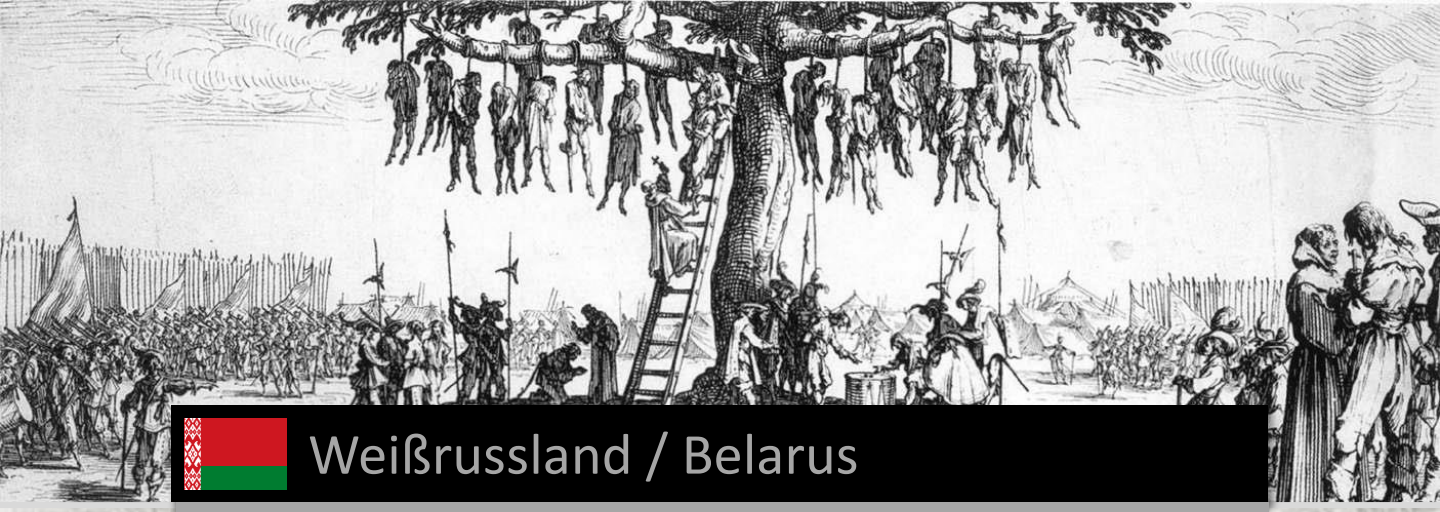
- **Amnesty mache Menschenrechtsverletzungen bekannt.**

  » Amnesty ist vor Ort, um Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren. Dazu sammeln wir Zeugenaussagen und verifizieren Material. «

S. 189

[1] **Amnesty - Weißrussland** (2021): https://www.amnesty.at/themen/proteste-in-belarus/belarus-proteste-warum-tausende-menschen-gegen-lukaschenko-auf-die-strasse-gehen/#menschenrechtliche-situation [01.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente* […] *Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen* […] *Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «*

Abbildung: "**Making the Invisible Visible**", Berlin, Deutschland | 2011 | flickr.com / *keriluamox* | Lizenz: CC BY-SA 2.0



Weißrussland / Belarus

Position: **Todesstrafe**

Deutschlandfunk Kultur[1]

Belarus - Wo Hinrichtungen unter Staatsgeheimnis laufen

- **Einziges Land in Europa mit Todesstrafe.**

  » Als einziges Land in Europa vollstreckt Belarus noch immer die Todesstrafe – an einem geheimen Ort und ohne Abschiedsmöglichkeiten für die Angehörigen. Ändern will Präsident Lukaschenko daran nichts. «

- **Gerichtsprozesse seien unfair. Berichte über Folter.**

  » Der Prozess ist von Menschenrechtlern als unfair bewertet worden. Die Gefangenen wurden wohl gefoltert. Die Justiz des Landes steht immer wieder im Ruch, Willkürurteile zu fällen. „Die Behörden hatten es sehr eilig – trotz des Appells des UN-Menschenrechtsausschusses, das Todesurteil nicht zu vollstrecken –, da unsere Beschwerde noch geprüft werde. Ich glaube, sie hatten es sehr eilig, alle Spuren zu verwischen." «

- **Informationen über Hinrichtungen würden geheim gehalten.**

  » Die Hinrichtungen allerdings finden an einem geheimen Ort statt, berichtet Andrej Poluda von der Menschenrechtsorganisation Viasna, zu Deutsch: Frühling. Er sagt: Vieles ist Staatsgeheimnis, das ist schon seit Jahrzehnten so «

- **Todesurteil werde für 13 Straftaten verhängt, vor allem vorsätzlichem Mord.**

  » Die Organisation Viasna zählt etwa 300 vollstreckte Todesurteile seit der Unabhängigkeit von Belarus. Gerichte können sie bei 13 Arten von Straftaten verhängen, müssen das aber nicht. Vor allem nach „vorsätzlichem Mord unter erschwerenden Umständen" […], schreibt Amnesty International. «

- **Präsident argumentiert: 1996 hätten 80 % für Todesstrafe gestimmt.**

  » Gibt es Kritik aus dem Ausland an den Hinrichtungen in seinem Land, antwortet er [Staatspräsident Alexander Lukaschenko] *seit Jahren auf ähnliche Weise, wie vor Journalisten Ende 2017: „Da sagen sie: ‚Todesstrafe, Todesstrafe. Beenden Sie sie, verbieten Sie sie.' Ich erkläre ihnen, dass diese Frage bei uns durch ein Referendum gelöst wurde. Ich respektiere das Volk, und kann deshalb dessen Entscheidung nicht aufheben." Das von Lukaschenko erwähnte Referendum fand 1996 statt. Damals stimmten 80 Prozent der Wähler für die Beibehaltung der Todesstrafe. «*

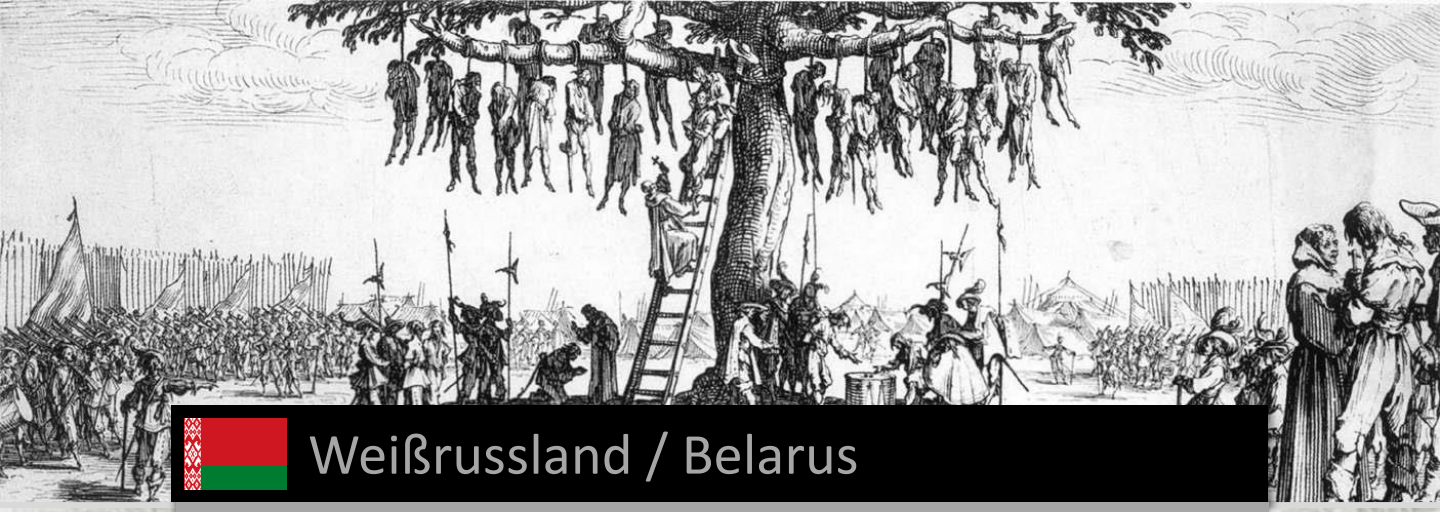
- **Bevölkerung interessiere sich nicht besonders für Abschaffung der Todesstrafe.**

  » Aktivisten der Menschenrechtsorganisation Viasna […]: „Ich kann nicht sagen, dass das Thema Todesstrafe die Leute bei uns, unsere Gesellschaft in Belarus besonders bewegt «

S. 190

[1] **Deutschlandfunk Kultur – Todesstrafe in Belarus** (2019): https://www.deutschlandfunkkultur.de/todesstrafe-in-belarus-wo-hinrichtungen-unter.979.de.html?dram:article_id=456108 | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Deutschlandfunk Kultur (DLF Kultur) ist ein kulturorientiertes Hörfunkprogramm. Es ist* […] *eines der Programme des nationalen Hörfunks, des Deutschlandradios. «* [02.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Weißrussland / Belarus

Position: **Todesstrafe**

Außenministerium Singapur[2]

Gemeinsame Erklärung von 41 Staaten zur Todesstrafe

- **Zustimmung zu Singapurs Initiative.** Weißrussland unterstütze die Initiative Singapurs zur Todesstrafe, die von einer Allianz aus 41 gleichgesinnten Staaten getragen werde (u.a. Afghanistan, Ägypten, Äthiopien, Bahrain, Bangladesch, Brunei Darussalam, Indien, Iran, Irak, Jordan, Kamerun, Katar, Kenia, Malediven, Nigeria, Oman, Papua-Neu Guinea, Saudi-Arabien, Simbabwe, Singapur, Südsudan, Sudan, Syrien, Uganda, Weißrussland).
- **Auch Menschenrechte von Opfern und Gesellschaft berücksichtigen.** Es habe oberste Priorität, das grundlegende Menschenrecht auf Sicherheit zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang müssen die Rechte der Täter auch gegenüber jenen der Opfer, ihrer Familien und der Gesellschaft abgewogen werden.
- **Todesstrafe als Abschreckung.** Die Todesstrafe sei seit Jahrhunderten eine funktionierende Abschreckung für die schwersten Verbrechen.
- **Todesstrafe rechtmäßig.** Es gebe international keine Einigkeit, dass die Todesstrafe falsch sei, wenn sie in ordentlichen Gerichtsverfahren verhängt werde.
- **„schwerste Verbrechen" nicht genau definiert.** Im internationalen Pakt über Bürger- und Freiheitsrechte sei nicht genau beschrieben, was mit „nur bei schwersten Verbrechen" gemeint sei, bei denen die Todesstrafe zulässig wäre.
- **Meinungsvielfalt bei Abstimmungen zur Todesstrafe.** Auch bisherige Abstimmungen in den Vereinten Nationen hätten bestätigt, dass die Länder diesbezüglich unterschiedliche Meinungen vertreten.
- **Eigenständigkeit der Staaten.** Die Vielfalt der Länder sowie ihr Recht auf Selbstständigkeit seien anerkannte Prinzipien, auch bei den Vereinten Nationen. Jedes Land habe das Recht, selbst sein Justizsystem zu gestalten, ohne Einmischung anderer Staaten.
- **Respekt für eigenständiges Justizwesen erwünscht.** Die Entscheidung, ob die Todesstrafe beibehalten, ausgesetzt oder abgeschafft sowie für welche Straftaten sie angewandt werde, könne jeder Staat im Rahmen seiner Souveränität selbst entscheiden unter Achtung seiner eigenen Umstände und internationalen Verpflichtungen. Dies sollte respektiert werden.

S. 191

[1] **Außenministerium - Singapur**, 2021: https://www.mfa.gov.sg/Overseas-Mission/Geneva/Speeches-and-Statements--Permanent-Mission-to-the-UN/2021/02/Joint-Statement-on-the-Question-of-the-Death-Penalty-on-23-February-2021

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Schloss Mir, Weißrussland** (UNESCO-Welterbe) | unsplash.com / *ZA Tourist* | Lizenz: CC0 1.0

Republik Weißrussland / Belarus

Rollenprofil | vertiefende Infos

Weißrussland / Belarus

Allgemeine Informationen

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg[1]

Belarus - Politisches System und aktuelle Politik

*» Seit 25 Jahren ist Lukaschenko Präsident Weißrusslands. Nach dem Zerfall der UdSSR wurde Alexander Lukaschenko zum ersten Präsidenten der Republik Belarus gewählt. Er gilt als „**der letzte Diktator**" des Kontinents, der mit harter Hand regiert, fern ab von demokratischen Strukturen und Werten, lavierend zwischen Europa und Russland.*

*1996 kommt es zu einem umstrittenen Referendum, nach welchem Lukaschenko das **Parlament auflöste** und eine Verfassungsreform durchsetzte, die die Verfassung zu seinen Gunsten änderte und seine Kompetenzen massiv ausweitete.* […] *Durch eine weitere Verfassungsänderung 2004 war es Lukaschenko möglich, zukünftig auch noch bei weiteren Präsidentschaftswahlen anzutreten.* […]

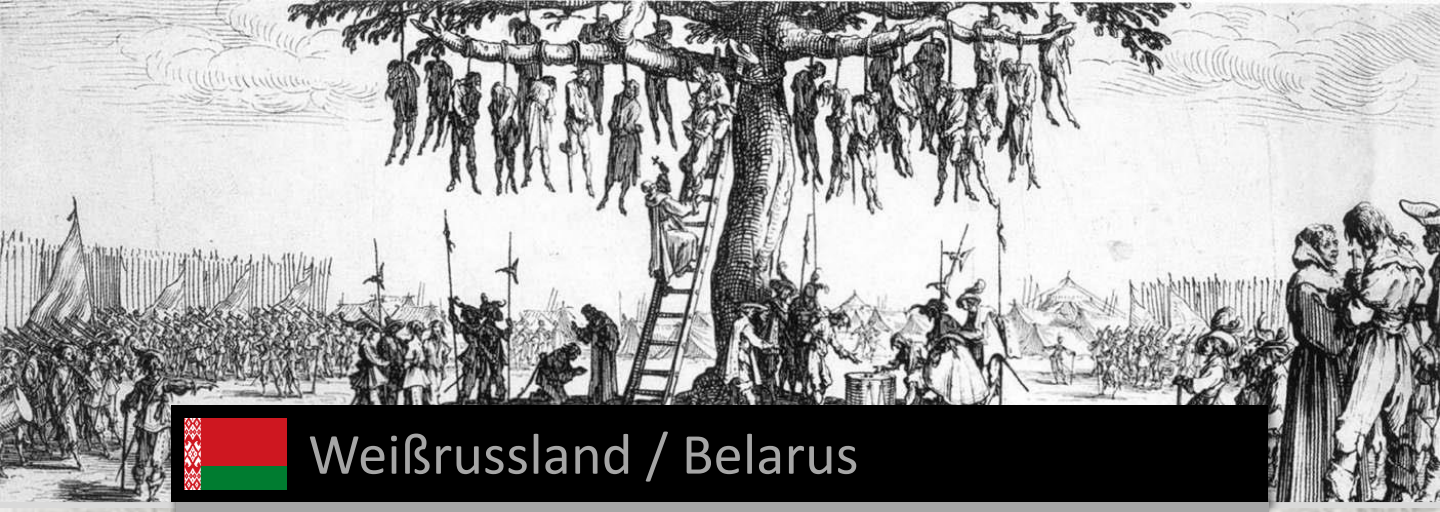
*Belarus ist ein Land, in dem Rechtssaatlichkeit nicht mehr zu gelten scheint. Keiner der inzwischen mehr als 4000 Anzeigen wegen Polizeigewalt und **Folter** wurde bislang nachgegangen. Lukaschenko selbst hat im September 2020 den Staatsanwälten des Landes vor laufenden Kameras erklärt, dass Gesetze in der derzeitigen Lage Nebensache seien.* […] *„Zurzeit herrscht keine Rechtsstaatlichkeit. Das Einzige was gilt, sind die Interessen von Lukaschenko und seinen Anhängern. Die Gesetze richten sich nur gegen die Gegner des Systems", so Andrei Astapovich, ein ehemaliger Ermittler der belarussischen Miliz.* […]

*Auf Parlamentsebene existiert in Belarus so gut wie keine **Opposition**. Nur wenige Kandidaten der Opposition werden bei Parlamentswahlen überhaupt zugelassen. Als es bei der Präsidentschaftswahl 2020 laut Wahlbeobachtern zu Manipulationen kam, formte sich seit Sommer 2020 in Belarus ein gewaltloser Protest. Auf den Spuren der Friedlichen Revolutionen 1989 versucht die Opposition, demokratische Werte einzufordern. […] Die Opposition in Belarus sei fürs Erste gescheitert, so sehen es auch führende Vertreter wie Maria Kolesnikowa, eine der drei Führerinnen der Opposition, die in Belarus von mutigen Frauen getragen wird. Seit September ist Kolesnikowa in Haft, samt ihrer Anwälte, es drohen ihr 12 Jahre Haft. "Es sieht im Moment so aus, als hätten wir verloren. Wir haben nicht die Mittel, um der Gewalt des Regimes gegen die Demonstranten etwas entgegenzusetzen.* […] *Seit den letzten Präsidentschaftswahlen in Belarus sind laut Amnesty International über 30.000 Menschen verhaftet worden. «*

S. 193

[1] **Landeszentrale für politische Bildung** (2021): https://osteuropa.lpb-bw.de/weissrussland-politisches-system [02.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *"Die sechzehn Landeszentralen für politische Bildung der deutschen Länder sind Einrichtungen zur Förderung und Vertiefung der politischen Bildung […] Dazu gehört insbesondere, dass politische Bildung "pluralistisch, überparteilich und unabhängig" sein muss und die politische Partizipation der Bürger fördert."*

Abbildung: **Demonstration gegen Staatspräsident Lukashenko, Minsk, Weißrussland** | 13.09.2020 | Wikimedia / *Homoatrox*| Lizenz: CC BY-SA 3.0



Weißrussland / Belarus

Position: **Todesstrafe**

Deutschlandfunk Kultur[1]

Belarus - Wo Hinrichtungen unter Staatsgeheimnis laufen

*» Als **einziges Land in Europa** vollstreckt Belarus noch immer die Todesstrafe – an einem geheimen Ort und ohne Abschiedsmöglichkeiten für die Angehörigen. Ändern will Präsident Lukaschenko daran nichts* […].

*März 2012: Wladislaw Kowaljow und Dmitri Konowalow werden in Belarus hingerichtet. Die beiden 26-Jährigen werden unter anderem für einen **Bombenanschlag** verantwortlich gemacht, der im Jahr zuvor in einer U-Bahn-Station in Minsk 15 Menschen tötete. Wladislaw soll Beihilfe geleistet haben. Seine Mutter, Ljubow Kowaljowa, beweint ihren Sohn:*

*„Ich bewahre ständig die Erinnerung an ihn. Er ist immer bei mir, in meinem Herzen, in meinen Gedanken. Leider habe ich keine andere Möglichkeit, weil wir **keine Grabstätte** haben. Der Staatsapparat gibt die Hingerichteten ihren Verwandten nicht heraus. Deshalb bleibt nur das Gedächtnis in den Gedanken, nur im Herzen."*

*Der Prozess ist von Menschenrechtlern als unfair bewertet worden. Die Gefangenen wurden wohl **gefoltert**. Die Justiz des Landes steht immer wieder im Ruch, Willkürurteile zu fällen.*

*„Die Behörden hatten es sehr eilig – trotz des **Appells des UN-Menschenrechts-ausschusses**, das Todesurteil nicht zu vollstrecken –, da unsere Beschwerde noch geprüft werde. Ich glaube, sie hatten es sehr eilig, alle Spuren zu verwischen."*

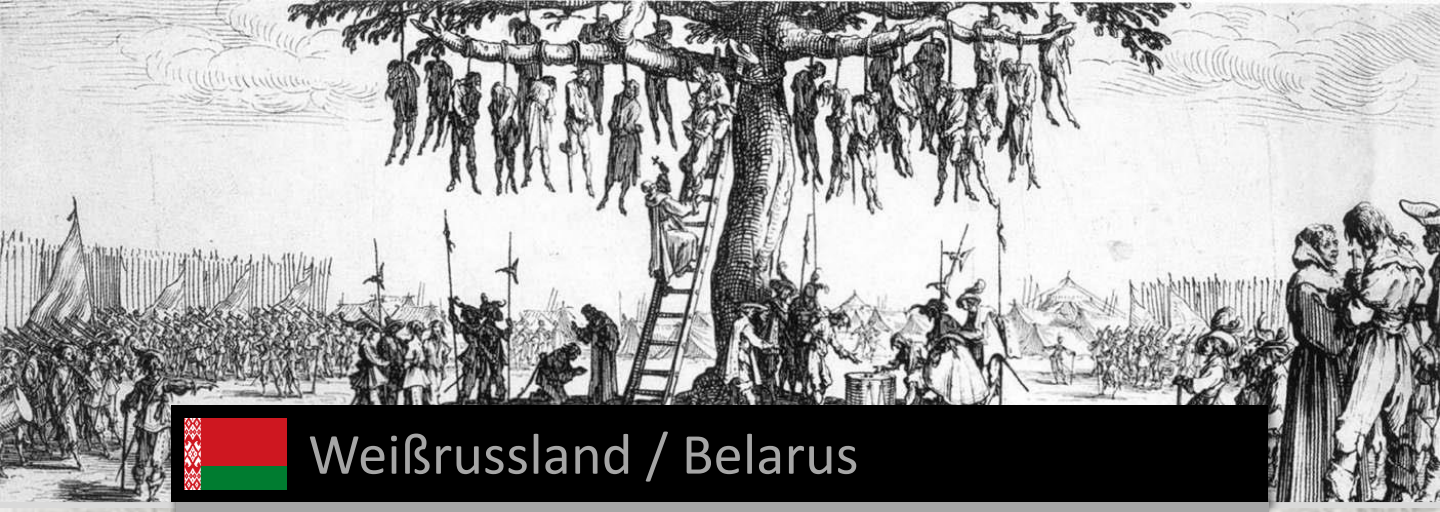
*Die **Mutter des Hingerichteten** beweist seitdem sehr viel Mut. Sie gibt Interviews, hat auch eine Petition gestartet, um die Praxis von Hinrichtungen in ihrem Land zu beenden. Aber sie sagt auch: Solange Alexander Lukaschenko Belarus regiert, wird sich nichts ändern. Todesurteile werden nach wie vor verhängt und vollstreckt.*

*In einer Kurve der Straße Wolodarskowo, einer ruhigen Wohn- und Geschäftsstraße im Zentrum der belarussischen Hauptstadt Minsk, befindet sich die **Haftanstalt**, in der zum Tode Verurteilte ihre letzten Monate verbringen. Das Gebäude, das einer Festung gleicht, ist von hohen Mauern, Kameras und Zäunen umgeben. Es ist fast 200 Jahre alt. Es wurde bereits als Gefängnis gebaut. «*

S. 194

[1] **Deutschlandfunk Kultur – Todesstrafe in Belarus** (2019): https://www.deutschlandfunkkultur.de/todesstrafe-in-belarus-wo-hinrichtungen-unter.979.de.html?dram:article_id=456108 | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Deutschlandfunk Kultur (DLF Kultur) ist ein kulturorientiertes Hörfunkprogramm. Es ist* […] *eines der Programme des nationalen Hörfunks, des Deutschlandradios. «* [02.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Weißrussland / Belarus

Position: **Todesstrafe**

Deutschlandfunk Kultur[1]

Belarus - Wo Hinrichtungen unter Staatsgeheimnis laufen

*» Die Hinrichtungen allerdings finden an einem geheimen Ort statt, berichtet Andrej Poluda von der Menschenrechtsorganisation Viasna, zu Deutsch: Frühling. Er sagt: Vieles ist **Staatsgeheimnis**, das ist schon seit Jahrzehnten so:*

*„Das **Erbe der Sowjetunion**, wie die Todesstrafe vollstreckt wird, hat sich erhalten. Die Anweisungen, die in der sowjetischen Zeit galten, gelten auch heute noch in unserem Land.“*

*Andrej Poluda bestätigt: Was die Mutter, Ljubow Kowaljowa, erlebt, **kein Grab** besuchen zu können, gelte für alle Angehörigen von Hingerichteten.*

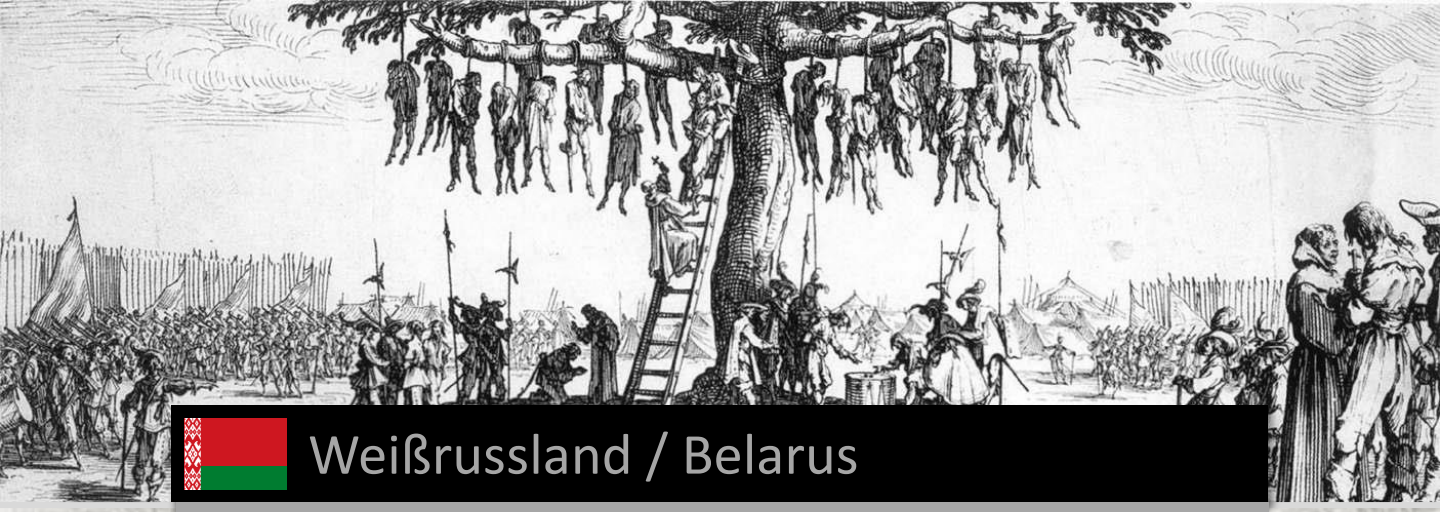
*„Noch immer geben sie den Leichnam nicht heraus. Die Hinrichtung verläuft so: Der Verurteilte kniet und wird dann mit einem **Genickschuss** getötet. Dann wird der Leichnam weggebracht, der Ort wird nicht genannt. Wir sehen das oft, dass Verwandte in der Nähe von Minsk liegende Friedhöfe besuchen und dort nach frischen Gräbern ohne Grabsteine suchen. Sie hoffen, ihre Angehörigen – ihren Sohn, ihren Vater und so weiter – zu finden. Viele Verwandte begraben persönliche Gegenstände des Hingerichteten im Grab eines anderen Angehörigen, um zumindest einen Ort zu haben, wo sie hingehen und beten könnten.“*

*Die Organisation Viasna zählt etwa 300 vollstreckte Todesurteile seit der Unabhängigkeit von Belarus. Gerichte können sie bei **13 Arten von Straftaten** verhängen, müssen das aber nicht. Vor allem nach „vorsätzlichem Mord unter erschwerenden Umständen“ fällen Richter Todesurteile, schreibt Amnesty International.*

*Richter sind in Belarus jedoch **nicht unabhängig**. Sie folgen in ihren Urteilen sehr häufig dem, was die Staatsanwaltschaft verlangt. Die bislang letzte Hinrichtung fand im Juni statt, kurz vor Beginn der Europäischen Spiele, einer internationalen Sportveranstaltung. «*

[1] **Deutschlandfunk Kultur – Todesstrafe in Belarus** (2019): https://www.deutschlandfunkkultur.de/todesstrafe-in-belarus-wo-hinrichtungen-unter.979.de.html?dram:article_id=456108 | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Deutschlandfunk Kultur (DLF Kultur) ist ein kulturorientiertes Hörfunkprogramm. Es ist* […] *eines der Programme des nationalen Hörfunks, des Deutschlandradios. «* [02.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Weißrussland / Belarus

Position: **Todesstrafe**

Deutschlandfunk Kultur[1]

Belarus - Wo Hinrichtungen unter Staatsgeheimnis laufen

*» Eröffnet hat die Spiele im eigens sanierten Stadion „Dinamo“ in Minsk selbstverständlich der **Staatspräsident, Alexander Lukaschenko**. Das Image seines Landes ist ihm wichtig, weshalb er hofft, vom Glanz des Sportes und der reibungslosen Organisation der Wettkämpfe zu profitieren.*

*Gibt es Kritik aus dem Ausland an den Hinrichtungen in seinem Land, antwortet er seit Jahren auf ähnliche Weise, wie vor Journalisten Ende 2017: „Da sagen sie: ‚Todesstrafe, Todesstrafe. Beenden Sie sie, verbieten Sie sie.‘ Ich erkläre ihnen, dass diese Frage bei uns durch ein Referendum gelöst wurde. Ich respektiere das Volk, und kann deshalb dessen Entscheidung nicht aufheben.“ Das von Lukaschenko erwähnte Referendum fand 1996 statt. Damals stimmten **80 Prozent der Wähler für die Beibehaltung der Todesstrafe**.*

*Dass dem Alleinherrscher damit nun allerdings die Hände gebunden wären, wie er es behauptet, stimmt nicht. Denn er hat auch das **Recht zur Begnadigung**: Davon hat er in seiner Regierungszeit nur einmal Gebrauch gemacht.*

*„Hier ist es nötig, die Psyche Lukaschenkos zu verstehen“, meint Walerij Karbaljewitsch, Politologe in Minsk. „Alles ist von ihm abhängig. Lukaschenko ist jemand, der von sich die Vorstellung eines Königs oder **Fürsten des europäischen Mittelalters** hat. Seine Macht soll sich auf Leben und Tod der Untergebenen erstrecken.“.*

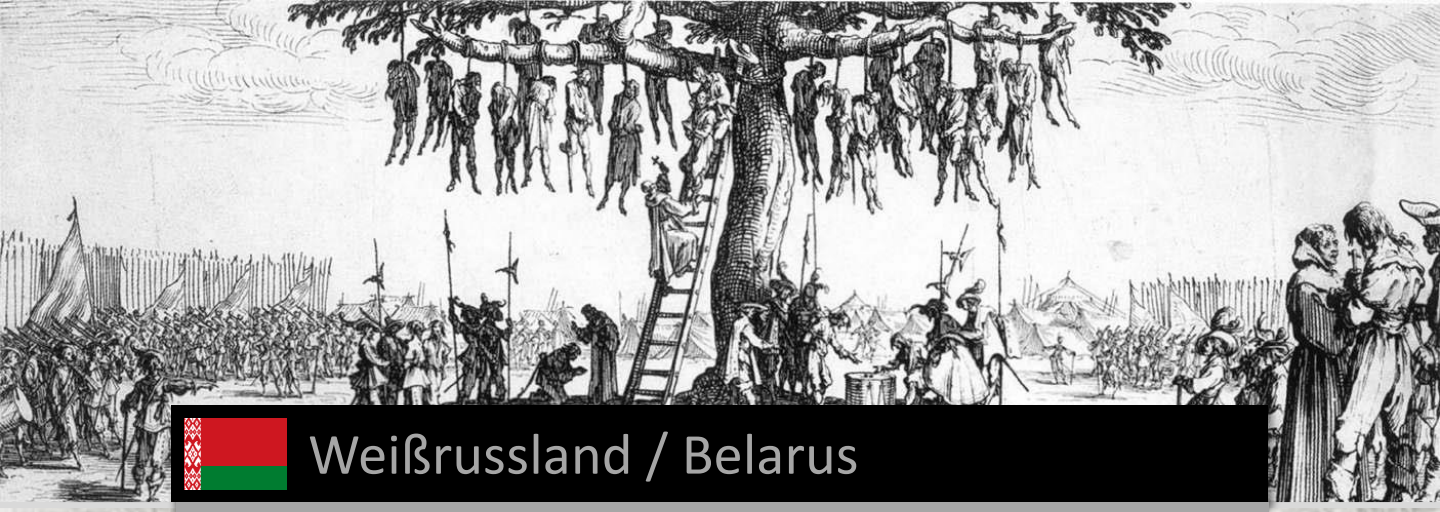
*Daher wissen die Aktivisten der **Menschenrechtsorganisation** Viasna, dass sie weiterhin einen langen Atem benötigen werden, wollen sie Hinrichtungen abschaffen, sagt Andrej Poluda: „Ich kann nicht sagen, dass das Thema Todesstrafe die Leute bei uns, unsere Gesellschaft in Belarus besonders bewegt. Das ist ja auch verständlich, weil die Leute sich eher um ökonomische, alltägliche Fragen sorgen, wie zum Beispiel darum, was sie essen, um die Ausbildung ihrer Kinder.“*

*Erst Ende Juli meldete Viasna auf ihrer Internetseite, ein Gericht habe einen 50-jährigen Mann wegen zweifachen Mordes zum Tode verurteilt. Damit sitzen zurzeit **zwei Menschen in Belarus in Todeszellen**. Nach Erfahrungen der Menschenrechtler bleiben sie dort selten länger als ein Jahr. «*

S. 196

[1] **Deutschlandfunk Kultur – Todesstrafe in Belarus** (2019): https://www.deutschlandfunkkultur.de/todesstrafe-in-belarus-wo-hinrichtungen-unter.979.de.html?dram:article_id=456108 | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Deutschlandfunk Kultur (DLF Kultur) ist ein kulturorientiertes Hörfunkprogramm. Es ist* […] *eines der Programme des nationalen Hörfunks, des Deutschlandradios. «* [02.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Weißrussland / Belarus

Position: **Todesstrafe**

Außenministerium Singapur[2]

Gemeinsame Erklärung von 41 Staaten zur Todesstrafe

- **Zustimmung zu Singapurs Initiative.** Weißrussland unterstütze die Initiative Singapurs zur Todesstrafe, die von einer Allianz aus 41 gleichgesinnten Staaten getragen werde (u.a. Afghanistan, Ägypten, Äthiopien, Bahrain, Bangladesch, Brunei Darussalam, Indien, Iran, Irak, Jordan, Kamerun, Katar, Kenia, Malediven, Nigeria, Oman, Papua-Neu Guinea, Saudi-Arabien, Simbabwe, Singapur, Südsudan, Sudan, Syrien, Uganda, Weißrussland):

  » I have the honour to deliver this statement on behalf of a cross-regional group of 41 countries, a list that has grown steadily since 2015. «

- **Auch Menschenrechte von Opfern und Gesellschaft berücksichtigen.** Es habe oberste Priorität, das grundlegende Menschenrecht auf Sicherheit zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang müssen die Rechte der Täter auch gegenüber jenen der Opfer und ihrer Familien abgewogen werden. Zudem müsse man auch das Bedürfnis der Gesellschaft berücksichtigen, in Sicherheit und Frieden leben zu wollen:

  » Ensuring our people's fundamental human right to safety and security is of paramount importance to us. Our view is that the rights of the offenders must always be weighed against the rights of the victims and their families, and the broader rights of the community and society to live safely and in peace. «

- **Todesstrafe als Abschreckung.** Die Todesstrafe sei seit Jahrhunderten ein wichtiger Teil des Justizsystems und eine funktionierende Abschreckung für die schwersten Verbrechen:

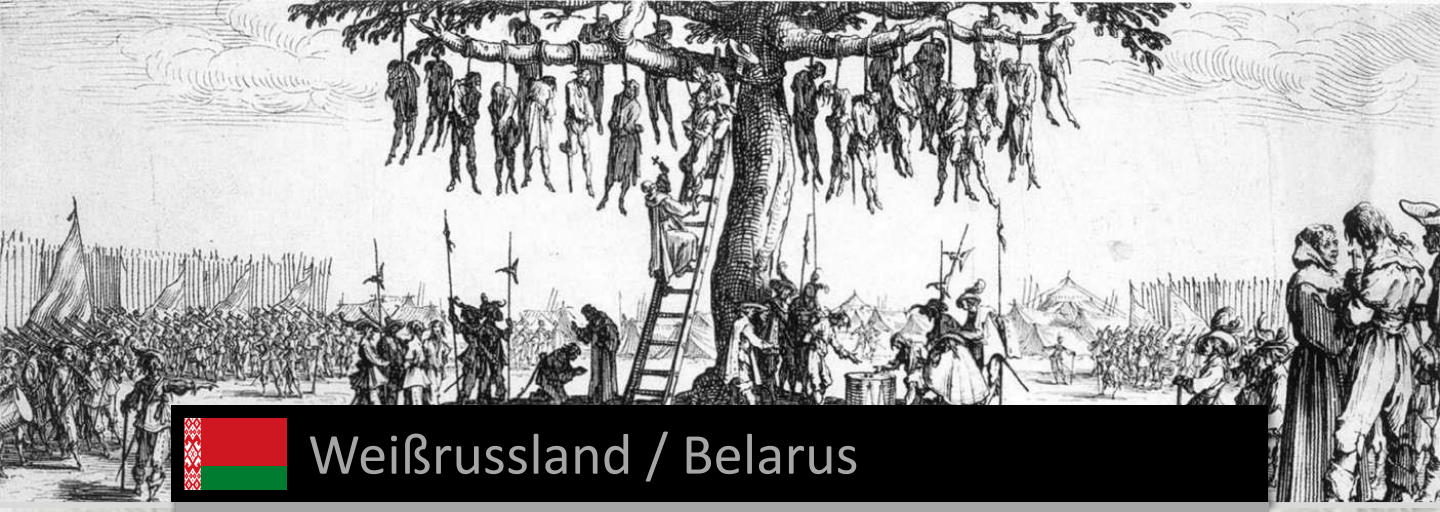
  » For many countries, the death penalty remains an important component of their criminal justice system and an effective deterrent against what their societies regard as the most serious crimes. «

- **Todesstrafe rechtmäßig.** Es gebe international keine Einigkeit darüber, dass die Todesstrafe falsch sei, wenn sie in ordentlichen Gerichtsverfahren verhängt werde. Zudem widerspreche die Todesstrafe nicht dem Folterverbot, wenn sie korrekt angewendet werde:

  » There is no international consensus for or against the death penalty when imposed according to the due process of the law, nor that the death penalty, when applied in accordance with due process of law and judicial safeguards, violates the prohibition against torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment. «

[1] **Außenministerium - Singapur**, 2021: https://www.mfa.gov.sg/Overseas-Mission/Geneva/Speeches-and-Statements--Permanent-Mission-to-the-UN/2021/02/Joint-Statement-on-the-Question-of-the-Death-Penalty-on-23-February-2021

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Weißrussland / Belarus

Position: **Todesstrafe**

Außenministerium Singapur[2]

Gemeinsame Erklärung von 41 Staaten zur Todesstrafe

- **„schwerste Verbrechen“ nicht genau beschrieben.** Im internationalen Pakt über Bürger- und Freiheitsrechte sei nicht genau definiert, was mit „nur bei schwersten Verbrechen“ gemeint sei, bei denen die Todesstrafe zulässig wäre. Dies zeige, dass Länder unterschiedliche und berechtigte Ansichten haben können, was zu den „schwersten Verbrechen“ zähle:

  » There is also no international consensus on what constitutes the “most serious crimes”, which is not explicitly defined under International Human Rights Law to reflect that countries hold differing but legitimate views on this issue. «

- **Meinungsvielfalt bei Abstimmungen zur Todesstrafe.** Auch bisherige Abstimmungen in den Vereinten Nationen hätten bestätigt, dass die Länder diesbezüglich unterschiedliche Meinungen vertreten:

  » The absence of international consensus has repeatedly been affirmed by the votes on past HRC and UNGA Resolutions. «

- **Eigenständigkeit der Staaten.** Die Vielfalt der Länder sowie ihr Recht auf Selbstständigkeit seien anerkannte Prinzipien, auch bei den Vereinten Nationen. Jedes Land habe das Recht, selbst sein Justizsystem zu gestalten, ohne Einmischung anderer Staaten:

  » Diversity of States and the right of States to exercise their sovereignty in pursuit of their people’s welfare are well-recognized principles, including in the UN. Every State has the sovereign right to choose its legal and criminal justice systems, without interference by other States. […] *This was further affirmed by the 123 Member States who voted in favour of this Resolution, including its co-sponsors, who in doing so recognised that it is the “sovereign right of all countries to develop their own legal systems, including determining appropriate legal penalties, in accordance with their international law obligations”. «*

- **Respekt für eigenständiges Justizwesen erwünscht.** Die Entscheidung, ob die Todesstrafe beibehalten, ausgesetzt oder abgeschafft sowie für welche Straftaten sie angewandt werde, könne jeder Staat im Rahmen seiner Souveränität selbst entscheiden unter Achtung seiner eigenen Umstände und internationalen Verpflichtungen. Dies sollte respektiert werden:

  » The decision whether to retain the death penalty, impose a moratorium or to abolish it, as well as the types of crimes for which the death penalty is applied to, is the sovereign prerogative of every State, taking into account its own circumstances and international obligations. And this should be respected. «

S. 198

[1] **Außenministerium - Singapur**, 2021: https://www.mfa.gov.sg/Overseas-Mission/Geneva/Speeches-and-Statements--Permanent-Mission-to-the-UN/2021/02/Joint-Statement-on-the-Question-of-the-Death-Penalty-on-23-February-2021

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Wikimania,** London, Großbritannien | 2014 | Wikimedia / *Ralf Roletschek*| Lizenz: CC BY-SA 3.0 AT

Nichtregierungs-organisationen (NGOs)

Abbildung: **Anhänger von Amnesty International bei einer Demonstration in Rouen**, Frankreich | Wikimedia/Silanoc| Lizenz: CC BY-SA 4.0

Amnesty International

Rollenprofil | grundlegende Infos

Amnesty International

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]

Amnesty International

*» Amnesty International (von englisch amnesty, Begnadigung, Straferlass, Amnestie) ist eine **nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation**, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente, wie beispielsweise der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte und der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen, betreibt Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und organisiert unter anderem Brief- und Unterschriftenaktionen für alle Bereiche ihrer Tätigkeit.*

***Gründungsgeschichte:** Amnesty International wurde 1961 in London von dem englischen Rechtsanwalt Peter Benenson gegründet. Ihm soll die Idee zur Gründung gekommen sein, als er in der Zeitung zum wiederholten Mal von Folterungen und gewaltsamer Unter-drückung las, mit der Regierungen gegen politisch andersdenkende Menschen vorgingen. In einem 1983 geführten Interview erinnerte sich Benenson, dass der Artikel von zwei portugiesischen Studenten gehandelt habe, die in einem Restaurant in Lissabon auf die Freiheit angestoßen hatten und daraufhin zu Haftstrafen verurteilt worden waren.* […] *Er schrieb: „Sie können Ihre Zeitung an jedem beliebigen Tag der Woche aufschlagen und Sie werden in ihr einen Bericht über jemanden finden, der irgendwo in der Welt gefangen genommen, gefoltert oder hingerichtet wird, weil seine Ansichten oder seine Religion seiner Regierung nicht gefallen.“ Die aus diesem Artikel entstandene Aktion Appeal for Amnesty, 1961 gilt als der Anfang von Amnesty International.* […]

*Obwohl sich Amnesty International als Organisation beschreibt, die für Menschen aller Nationalitäten und Religionen offensteht, kamen die Mitglieder anfangs vor allem aus der **englischsprachigen Welt und Westeuropa**. Diese Beschränkung ließ sich mit dem Kalten Krieg erklären. Versuche, Amnesty-Gruppen in Osteuropa zu gründen, stießen auf große Schwierigkeiten.* […]

*Amnesty International zählt nach eigenen Angaben mehr als sieben Millionen **Mitglieder** und Unterstützer in mehr als 150 Staaten. In 53 Staaten gibt es Sektionen, die eine kontinuierliche Menschenrechtsarbeit garantieren.* […]

*Die Organisation recherchiert fortlaufend zur Menschenrechtssituation weltweit und führt Aktionen gegen spezifische Menschenrechtsverletzungen durch. Der **Jahresbericht** der Organisation (Amnesty International Report) enthält einen Überblick über die Lage der Menschenrechte in fast allen Ländern der Erde. «*

[1] **Wikipedia – Amnesty International**: https://de.wikipedia.org/wiki/Amnesty_International [30.05.2021]

Abbildung: **Kumi Naidoo** – Generalsekretär von amnesty international ab 2018 | Wikimedia/Kuhlmann/ MSC, 2019 | Lizenz: CC BY 3.0 DE

Amnesty International

Allgemeine Informationen

Tagesschau (2021)[1]

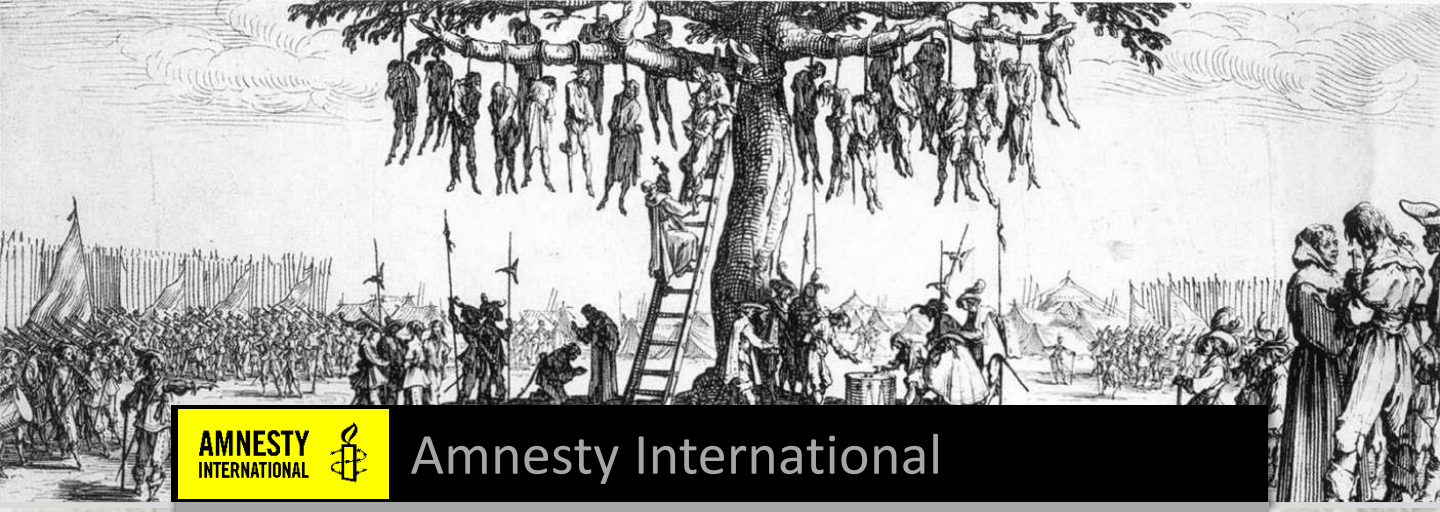
Amnesty International – 60 Jahre Kampf für Menschenrechte

- **Gründungsidee: Regierungen unter Druck setzen.** Die Idee zu Amnesty International sei dem britischen Rechtsanwalt Peter Benenson 1960 gekommen. » *"Eines Tages hat er etwas über portugiesische Studenten gelesen, die dafür inhaftiert worden waren, dass sie auf die Freiheit angestoßen hatten",* […] *"Dieses Unrecht hat Benenson tief getroffen* « Daraufhin habe er begonnen, die Öffentlichkeit über Menschenrechtsverletzungen zu informieren und zu versuchen, Regierungen unter Druck zu setzen, um politische Gefangene freizulassen.
- **Menschenrechtsverletzungen vor Ort beobachten.** Amnesty International habe heute etwa zehn Millionen Unterstützer·innen weltweit und Vertretungen in 70 Ländern. In der Zusammenarbeit mit Aktivist·innen und Organisationen vor Ort wird die Menschenrechtslage beurteilt.
- **Kampagnen.** Neben der Beobachtung betreibe Amnesty International auch Kampagnen, in denen versucht werde, auf ein bestimmtes Thema oder eine Person aufmerksam zu machen, die beispielsweise zu Unrecht im Gefängnis sei.
- **Erfolge.** *» Zu den größten Erfolgen, zu denen Amnesty nach eigenem Verständnis maßgeblich beigetragen hat, zählen das absolute Folterverbot, die Einrichtung eines Hochkommissariats für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen, die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs und das Verbot von Rüstungsexporten, die zu Menschenrechtsverletzungen beitragen können. «*
- **Schwerpunktthemen.** Während sich Amnesty zu Anfang vor allem um politische Gefangene, Folter und die Todesstrafe gekümmert habe, beschäftige sich Amnesty International heute mit immer mehr Aspekten der Menschenrechte.
- **Friedensnobelpreis.** Für seine Arbeit wurde Amnesty 1977 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.
- **Türkei:** Der Einsatz für Menschenrechte sei auch für Mitarbeiter·innen von Amnesty International gefährlich. *» Nevins nennt keine Zahlen, wie häufig es Drohungen und Übergriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt. Aber dass der Einsatz für Menschenrechte einen Preis haben kann, hat der Fall der beiden Amnesty-Vertreter Taner Kilic und Idil Eser gezeigt: Beide wurden vergangenes Jahr in der Türkei zu Haftstrafen verurteilt. «*
- **Indien:** *» In Indien hat die Regierung die Amnesty-Sektion vor Kurzem gezwungen, ihre Menschenrechtsarbeit einzustellen. «*

S. 202

[1] **Tagesschau** (2021): https://www.tagesschau.de/ausland/europa/amnesty-jubilaeum-101.html [31.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » *Die Tagesschau-Hauptausgabe ist die mit Abstand meistgesehene Nachrichtensendung im deutschen Fernsehen*.[…] *Die Hauptausgabe der Tagesschau sehen bis zu 16 Millionen Zuschauer.* «

Abbildung: **Stocherkahnrennen** | 2019 | Wikimedia / *Dktue* | Lizenz: CC0 1.0



Amnesty International

Position: **Todesstrafe**

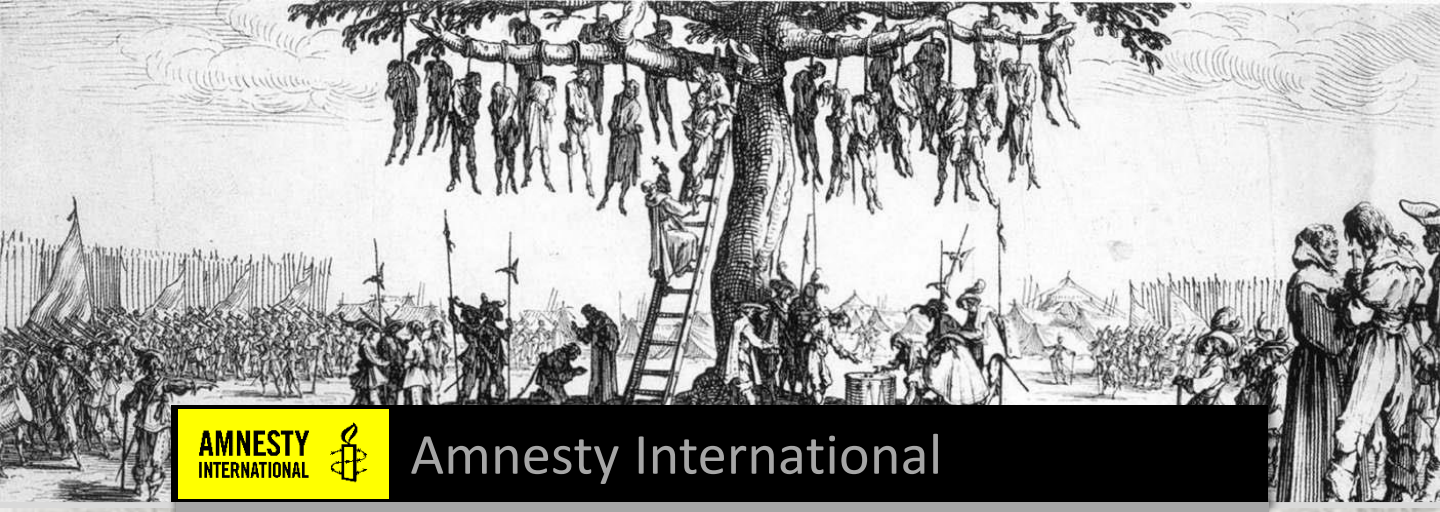
Amnesty International (2021)[1]

Die Todesstrafe hat keinen bewiesenen abschreckenden Effekt

- **Ablehnung der Todesstrafe in allen Fällen.** Die Todesstrafe sei die brutalste, unmenschlichste und entwürdigendste Bestrafung sowie eine Verletzung des Rechts auf Leben. Amnesty International lehne die Todesstrafe in allen Fällen ab – egal wer beschuldigt sei, um welches Verbrechen es gehe, ob jemand schuldig sei oder welche Hinrichtungsform angewandt werde.
- **Keine Beweise für abschreckende Wirkung.** Es gebe keine glaubhaften Beweise, dass die Todesstrafe eine größere abschreckende Wirkung als Haftstrafen haben, wie in zahlreichen wissenschaftlichen Studien gezeigt wurde.
- **Ursachen bekämpfen.** Die Idee von einer angeblichen abschreckenden Wirkung der Todesstrafe lenke die öffentliche Aufmerksamkeit nur davon ab, die wirklichen Ursachen der Verbrechen anzupacken.
- **Verbrecher·innen würden nicht über Konsequenzen nachdenken.** Dass eine Todesstrafe abschreckender sein soll als eine lange Haftstrafe gehe auch davon aus, dass Menschen, die Verbrechen begehen, vorher sachlich über die Folgen ihrer Taten nachdenken. Dies sei unrealistisch, da beispielsweise Gewaltverbrechen meist unüberlegt und spontan begangen würden.
- **Recht auf Leben verletzt.** Das Argument der angeblichen Abschreckung löse auch nicht das Problem, dass bei der Todesstrafe das Recht auf Leben der Verurteilten verletzt würde.
- **Vorbeugung statt Todesstrafe.** Anstatt das Argument einer vermeintlichen Abschreckung vorzubringen, sollten Staaten, die immer noch die Todesstrafe anwenden, sich lieber darauf konzentrieren, wie sie Verbrechen verhindern können, damit idealerweise gar nicht erst über eine Strafe nachgedacht werden muss.
- **Statistiken veröffentlichen.** Amnesty International rufe alle Staaten auf, die Todesstrafe abzuschaffen oder wenigstens auszusetzen und zumindest auch Informationen und Statistiken über die Anwendung der Todesstrafe zu veröffentlichen.

[1] **Amnesty International** (2021): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/NGO/37469_74_3a1b796b_e5b1_4644_9eb5_6716ac835d87.docx [30.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International

Position: **Todesstrafe**

Interview mit Oliver Hendrich (Amnesty International) (2016)[1]

"Es gibt einen klaren Trend gegen die Todesstrafe"

- **Recht auf Leben.** Die Todesstrafe verstoße gegen das Recht auf Leben der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.
- **Völkerrecht nicht eindeutig.** Die Todesstrafe sei durch das Völkerrecht nicht ausdrücklich verboten.
- **Minderjährige usw.** Das Völkerrecht verbiete aber Hinrichtungen von besonderen Gruppen wie Minderjährigen, Schwangeren oder Müttern mit kleinen Kindern.
- **faire Gerichtsverfahren.** Das Völkerrecht verlange das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, die Möglichkeit, sein Urteil nochmals überprüfen zu lassen sowie um eine Umwandlung in eine Haftstrafe zu bitten.
- **Haft statt Todesstrafe.** Die Rückfallquote unter Mördern sei nach langjährigen Haftstrafen gering und diese Strafe sei deshalb ausreichend.
- **Keine Reue möglich:** Die Todesstrafe nehme die Möglichkeit, seine Tat zu bereuen und wieder in die Gesellschaft zurückzufinden.
- **Fehler unumkehrbar.** Wenn nach einer Hinrichtung herausgefunden wird, dass ein Fehler passiert ist, ist eine Wiedergutmachung unmöglich.
- **abschreckende Wirkung nicht bewiesen.**
- **Ursachen für Verbrechen suchen.** Statt die Todesstrafe zu verhängen, sollten Staaten sich lieber darauf konzentrieren, die Ursachen herauszufinden und zu bekämpfen wie bspw. psychische Erkrankungen, Armut oder Ungleichheit.
- **Gegen Terrorismus nutzlos.** *» Das Phänomen des Terrorismus lässt sich nicht durch die Androhung der Todesstrafe bekämpfen, denn für Frauen und Männer, die bereit sind, ihr Leben und das anderer Menschen bewusst zur Erfüllung bestimmter politischer Ziele aufs Spiel zu setzen, sind Hinrichtungen keine Abschreckung, sondern eher ein Anreiz. «*
- **Beliebtheit in Bevölkerung.** Die Todesstrafe ist in der Bevölkerung oft relativ beliebt. Hier sollten Bildungsmaßnahmen unterstützt werden, um sich eine fundierte Meinung bilden zu können.
- **Diskriminierung.** Gerade in den USA werde die Todesstrafe auch diskriminierend angewandt. Gegen einkommensschwache, Afroamerikaner und Minderheiten werde sie häufiger verhängt als gegen andere Bevölkerungsgruppen.
- **China:** Die Todesstrafe werde ich China auch häufig verhängt, weil es so viele Delikte gebe, für die man hingerichtet werden könne. Es seien leichte Verbesserungen erkennbar, aber es lasse sich kaum beurteilen, solange Daten geheim bleiben.

[1] **Amnesty International** (2021): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/NGO/37469_74_3a1b796b_e5b1_4644_9eb5_6716ac835d87.docx [30.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: Anhänger von Amnesty International bei einer Demonstration in Rouen, Frankreich | Wikimedia/Silanoc| Lizenz: CC BY-SA 4.0 || Abbildung: Amnesty International - Logo | Wikimedia/Afrank99 | Lizenz: CC0 1.0

Amnesty International

Rollenprofil | vertiefende Infos

Amnesty International

Allgemeine Informationen

Tagesschau (2021)[1]

Amnesty International – 60 Jahre Kampf für Menschenrechte

- **Gründungsidee: Regierungen unter Druck setzen.**

  » Amnesty International setzt sich für Menschen ein, die unrechtmäßig weggeschlossen werden. So hat die Arbeit der Organisation zumindest ihren Anfang genommen. Es begann mit einem Artikel, den der britische Rechtsanwalt Peter Benenson offenbar 1960 gelesen hat, zu einem Zeitpunkt, als Portugal noch eine Diktatur war. "Eines Tages hat er etwas über portugiesische Studenten gelesen, die dafür inhaftiert worden waren, dass sie auf die Freiheit angestoßen hatten", sagt Emily Nevins, die Kampagnen-Verantwortliche bei Amnesty International. "Dieses Unrecht hat Benenson tief getroffen, zumal klar war, dass das nicht nur in einem Land passierte, sondern an vielen Orten der Welt. Und dann hat er die Leute dazu aufgerufen, Briefe zu schreiben und die Regierungen unter Druck zu setzen, diese Gefangenen wieder freizulassen. Und aus dieser einfachen Idee ist Amnesty entstanden und immer weiter gewachsen." «

- **Menschenrechtsverletzungen vor Ort beobachten.**

  » Emily Nevins ist eine von rund 2000 Mitarbeitern, die die Organisation beschäftigt. Eigenen Angaben zufolge hat Amnesty heute etwa zehn Millionen Unterstützer weltweit und Vertretungen in rund 70 Ländern. Im Laufe der Zeit habe sich Amnesty mit zehntausenden Menschenrechtsverletzungen befasst, sagt Nevins. "Unsere Rechercheure haben viele Kontakte in den Ländern", so Nevins. "Sie arbeiten zum Teil mit Menschenrechtsaktivisten vor Ort zusammen, mit Zivilorganisationen. Sie sind Ansprechpartner für Rechtsanwälte, die entsprechende Fälle vertreten, oder für Familienangehörige - und dadurch ergibt sich ein Bild für die Amnesty-Mitarbeiter, wie die Lage im Land ist und wie es um bestimmte Fälle steht. Und von da aus können sie ihre Nachforschungen dann weiter treiben." «

- **Einsatz für zu Unrecht Inhaftierte.**

  » Gefragt nach einem Fall, der sie besonders bewegt hat, nennt Nevins den von Albert Woodfox, einem Afroamerikaner, der fast 43 Jahre zu Unrecht in den USA in Einzelhaft gesessen hat. Woodfox erzählt, wie er immer wieder schweißgebadet aufgewacht ist, mit dem Gefühl, erdrückt zu werden. Amnesty International hat sich für seine Entlassung stark gemacht. 650.000 Menschen weltweit unterstützten die Kampagne und im Februar 2016 kam Woodfox dann frei. Nevins hat ihn danach getroffen und ist immer noch beeindruckt, dass er 43 Jahre in Isolation überlebt hat. «

[1] **Tagesschau** (2021): https://www.tagesschau.de/ausland/europa/amnesty-jubilaeum-101.html [31.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » *Die Tagesschau-Hauptausgabe ist die mit Abstand meistgesehene Nachrichtensendung im deutschen Fernsehen*.[…] *Die Hauptausgabe der Tagesschau sehen bis zu 16 Millionen Zuschauer.* «

Abbildung: **Stocherkahnrennen** | 2019 | Wikimedia / *Dktue* | Lizenz: CC0 1.0

AMNESTY INTERNATIONAL Amnesty International

Allgemeine Informationen

Tagesschau (2021)[1]

Amnesty International – 60 Jahre Kampf für Menschenrechte

- **Todesstrafe und andere Menschenrechtsverletzungen.**

  » Amnestys Aufgabenbereich ist über die Jahrzehnte gewachsen. Die Organisation kämpft nicht nur gegen Willkür, Vertreibung, Folter und Todesstrafe, sondern setzt sich auch konkret für die Rechte von Frauen und von Flüchtlingen ein. Amnesty kämpft ebenfalls für das Recht auf Nahrung, Wasser, eine sanitäre Grundversorgung und Bildung - sowie für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. «

- **Friedensnobelpreis 1977.**

  » 1977 wurde die Organisation mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. «

- **Erfolge von Amnesty International.**

  » Zu den größten Erfolgen, zu denen Amnesty nach eigenem Verständnis maßgeblich beigetragen hat, zählen das absolute Folterverbot, die Einrichtung eines Hochkommissariats für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen, die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs und das Verbot von Rüstungsexporten, die zu Menschenrechtsverletzungen beitragen können. «

- **Türkei: Verhaftung von Amnesty-Mitarbeiter·innen.**

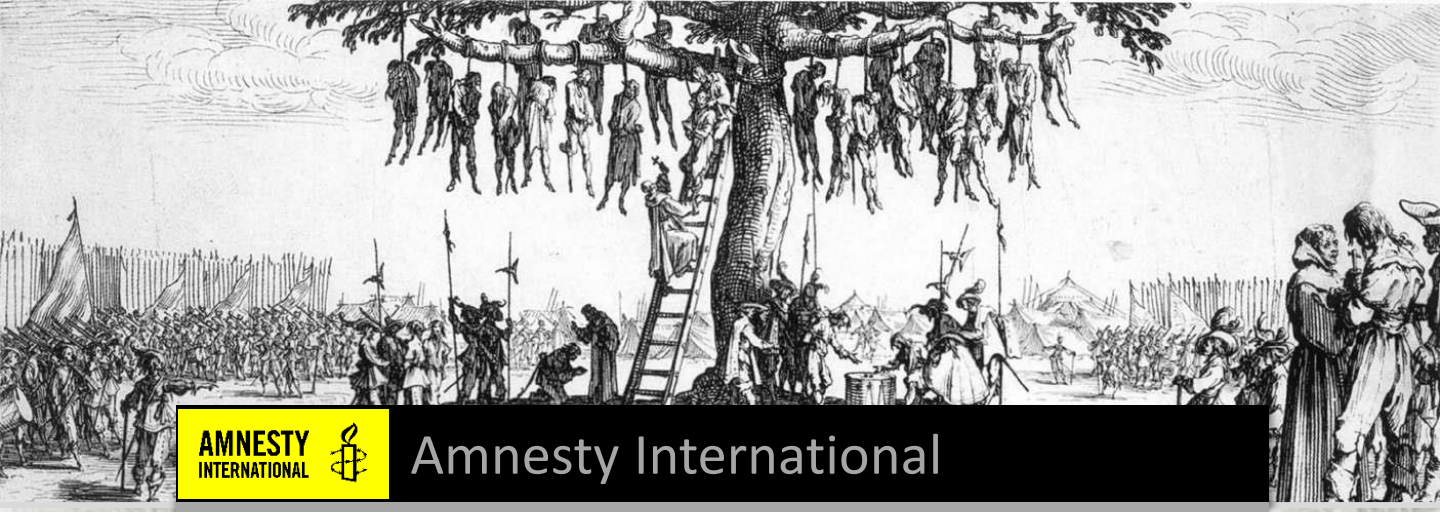
  » Nevins nennt keine Zahlen, wie häufig es Drohungen und Übergriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt. Aber dass der Einsatz für Menschenrechte einen Preis haben kann, hat der Fall der beiden Amnesty-Vertreter Taner Kilic und Idil Eser gezeigt: Beide wurden vergangenes Jahr in der Türkei zu Haftstrafen verurteilt. «

- **Indien: Verbot von Amnesty International.**

  » In Indien hat die Regierung die Amnesty-Sektion vor Kurzem gezwungen, ihre Menschenrechtsarbeit einzustellen. Die Organisation zieht daraus den Schluss, dass die Menschenrechte noch energischer verteidigt werden müssen. «

[1] **Tagesschau** (2021): https://www.tagesschau.de/ausland/europa/amnesty-jubilaeum-101.html [31.05.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » *Die Tagesschau-Hauptausgabe ist die mit Abstand meistgesehene Nachrichtensendung im deutschen Fernsehen*.[…] *Die Hauptausgabe der Tagesschau sehen bis zu 16 Millionen Zuschauer.* «

Abbildung: **CologneCSD**, Köln, Deutschland | 2017 | Wikimedia / *Raimond Spekking* | Lizenz: CC BY-SA 4.0



AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International

Position: **Todesstrafe**

Amnesty International (2021)[1]

Die Todesstrafe hat keinen bewiesenen abschreckenden Effekt

- **Ablehnung der Todesstrafe in allen Fällen.** Die Todesstrafe sei die brutalste, unmenschlichste und entwürdigendste Bestrafung sowie eine Verletzung des Rechts auf Leben. Amnesty International lehne die Todesstrafe in allen Fällen ab – egal wer beschuldigt sei, um welches Verbrechen es gehe, ob jemand schuldig sei oder welche Hinrichtungsform angewandt werde.

  » The death penalty is the ultimate cruel, inhuman and degrading punishment, and a violation of the right to life. Amnesty International opposes the death penalty in all cases without exception - regardless of who is accused, the nature or circumstances of the crime, guilt or innocence or method of execution. «

- **Keine Beweise für abschreckende Wirkung.** Es gebe keine glaubhaften Beweise, dass die Todesstrafe eine größere abschreckende Wirkung als Haftstrafen haben, wie in zahlreichen wissenschaftlichen Studien gezeigt wurde.

  » There is no credible evidence that the death penalty has a greater deterrent effect on crime than imprisonment, as noted by a number of domestic and comparative studies conducted around the world. «

- **Ursachen bekämpfen.** Die Idee von einer angeblichen abschreckenden Wirkung der Todesstrafe lenke die öffentliche Aufmerksamkeit nur davon ab, die wirklichen Ursachen der Verbrechen anzupacken.

  » The deterrent hypothesis only distracts public attention from the much-needed, long-term solutions that could be more effective in tackling crime and its root causes. «

- **Verbrecher·innen würden nicht über Konsequenzen nachdenken.** Dass eine Todesstrafe abschreckender sein soll als eine lange Haftstrafe gehe auch davon aus, dass Menschen, die Verbrechen begehen, vorher sachlich über die Folgen ihrer Taten nachdenken. Dies sei unrealistisch, da beispielsweise Gewaltverbrechen meist unüberlegt und spontan begangen würden.

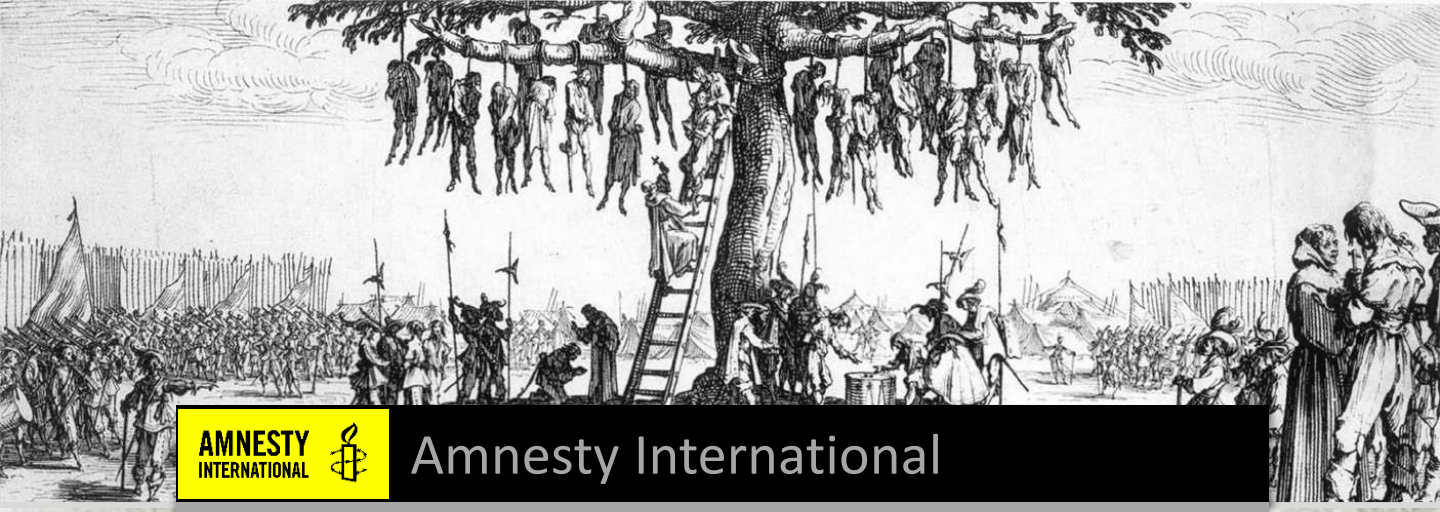
  » It also assumes that people who commit serious crimes necessarily do so after rationally considering the consequences of their actions. «

- **Recht auf Leben verletzt.** Das Argument der angeblichen Abschreckung löse auch nicht das Problem, dass bei der Todesstrafe das Recht auf Leben der Verurteilten verletzt würde.

  » Critically, the deterrence argument fails to address the human rights of those sentenced to death. «

[1] **Amnesty International** (2021): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/NGO/37469_74_3a1b796b_e5b1_4644_9eb5_6716ac835d87.docx [30.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International

Position: **Todesstrafe**

Amnesty International (2021)[1]

Die Todesstrafe hat keinen bewiesenen abschreckenden Effekt

- **Vorbeugung statt Todesstrafe.** Anstatt das Argument einer vermeintlichen Abschreckung vorzubringen, sollten Staaten, die immer noch die Todesstrafe anwenden, sich lieber darauf konzentrieren, wie sie Verbrechen verhindern können, damit idealerweise gar nicht erst über eine Strafe nachgedacht werden muss.

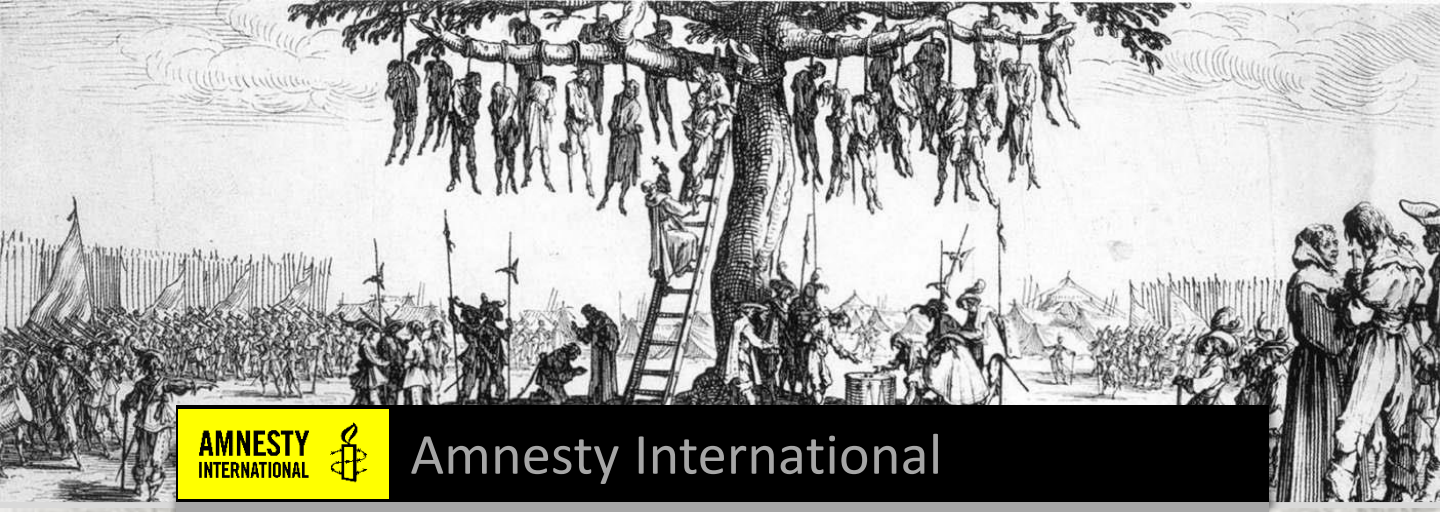
  » Instead of using the deterrent argument to justify the use of the death penalty, retentionist states should direct their attention towards devising comprehensive crime prevention programmes to tackle crime. «

- **Statistiken veröffentlichen.** Amnesty International rufe alle Staaten auf, die Todesstrafe abzuschaffen oder wenigstens auszusetzen und zumindest auch Informationen und Statistiken über die Anwendung der Todesstrafe zu veröffentlichen.

  » Amnesty International urges all countries that retain the death penalty to abolish it for all crimes; and pending abolition, to publish on an annual basis comprehensive information on the death penalty and facts around the administration of justice in death penalty cases. «

[1] **Amnesty International** (2021): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/NGO/37469_74_3a1b796b_e5b1_4644_9eb5_6716ac835d87.docx [30.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International

Position: **Todesstrafe**

Interview mit Oliver Hendrich (Amnesty International) (2016)[1]

"Es gibt einen klaren Trend gegen die Todesstrafe"

- **Welche Gründe gibt es gegen die Todesstrafe?**

  » Oliver Hendrich: Die Todesstrafe verstößt ganz grundlegend gegen die Menschenrechte. Sie verletzt das Recht auf Leben und stellt eine grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe dar. Darüber hinaus hat die Todesstrafe keine größere Abschreckungswirkung als beispielsweise langjährige Haftstrafen. «

- **Was sagt das Völkerrecht über den Gebrauch der Todesstrafe?**

  » Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die im Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen als Reaktion auf das erschütternde Ausmaß staatlicher Brutalität und staatlichen Terrors im Zweiten Weltkrieg verabschiedet wurde, erkennt das Recht eines jeden Menschen auf Leben an und verbietet Folter oder grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe. Die Todesstrafe verletzt diese Rechte. «

- **Völkerrecht nicht eindeutig gegen Todesstrafe.**

  » Die Todesstrafe als solche verstößt derzeit nicht gegen das Völkerrecht. Zwar ist sie im Geltungsbereich der Europäischen Menschenrechtskonvention grundsätzlich verboten, doch hat sich noch kein weltweites Völkergewohnheitsrecht gebildet, dass diese Strafe ächten würde. «

- **Völkerrecht verbiete Hinrichtungen von Minderjährigen usw.**

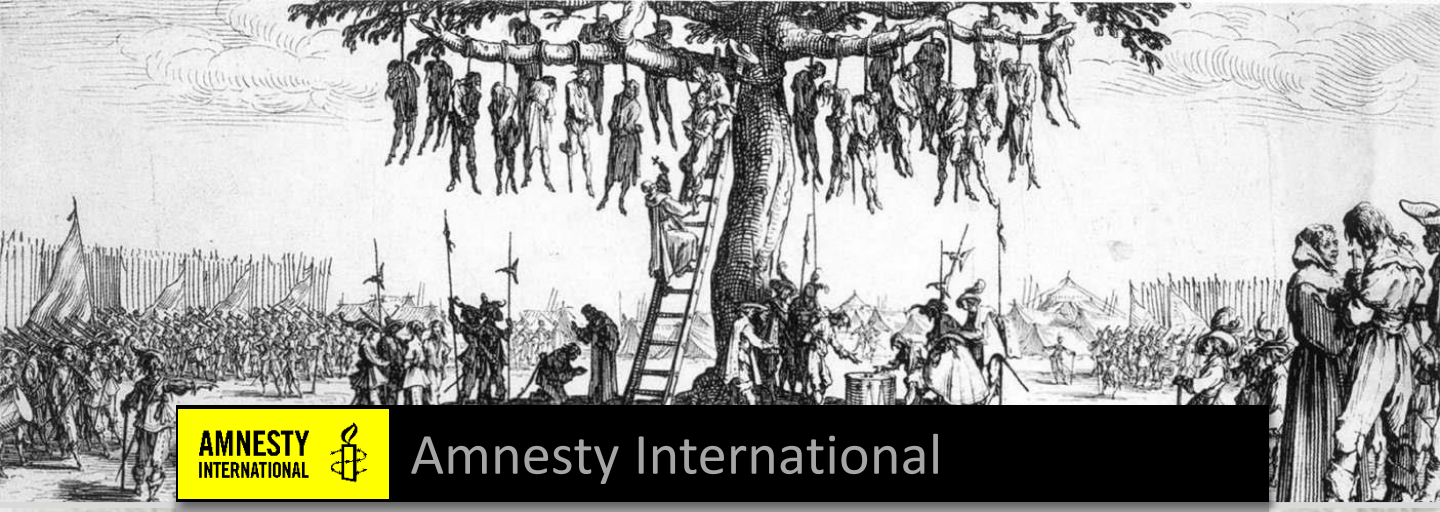
  » Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Bestimmungen in völkerrechtlichen Verträgen und internationale Standards, die für Staaten, in denen die Todesstrafe noch angewandt wird, von Bedeutung sind. […] *Darunter fallen zum Beispiel das Verbot, Minderjährige, schwangere Frauen oder Mütter von Kleinkindern hinzurichten. «*

- **Völkerrecht verlange faires Gerichtsverfahren.**

  » Darunter fallen zum Beispiel […] *die Bedingung, dass Personen, die eines Vergehens angeklagt sind, das mit dem Tod bestraft wird, die Garantie und das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren […] und das Recht, um Begnadigung oder Umwandlung des Urteilsspruchs zu ersuchen «*

[1] **Interview mit Oliver Hendrich (Amnesty International)** (2016): https://www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/232224/todesstrafe?p=all [30.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International

Position: **Todesstrafe**

Interview mit Oliver Hendrich (Amnesty International) (2016)[1]

"Es gibt einen klaren Trend gegen die Todesstrafe"

- **Was ist eine angemessene Alternative zur Todesstrafe?**

  » Staaten sind souverän in ihrer Entscheidung, durch welches alternative Strafmaß sie die Todesstrafe ersetzen. Dem Verlangen nach Gerechtigkeit sowie dem Straf- und Sicherheitsbedürfnis kann durch alternative Sanktionen entsprochen werden. Überall auf der Welt sind die Rückfallquoten unter Mördern nach Verbüßen langjähriger Haftstrafen überaus niedrig. «

- **Todesstrafe nimmt Möglichkeit der Reue und bei Fehlern unumkehrbar.**

  » Es ist in der Tat für einen Außenstehenden nicht nachzuvollziehen, was es heißt, unter Umständen bis zu seinem natürlichen Tod eingesperrt zu bleiben. Der Europarat betont daher, dass lebenslange Haft ohne Hoffnung auf Entlassung unmenschlich sei, dass es immer Mittel geben müsse, um jemanden unter bestimmten Voraussetzungen zu entlassen, da ansonsten die Strafe ihren Zweck verfehle. Der entscheidende Unterschied zwischen Todesstrafe und langjähriger Haftstrafe ist, dass die Todesstrafe das Leben unwiederbringlich macht. Eine Haftstrafe gibt der oder dem Verurteilten die Möglichkeit, Reue zu zeigen und sich zu verändern. Eine Hinrichtung hingegen zerstört jede Möglichkeit der Resozialisierung oder der Entschädigung im Falle eines Fehlurteils. «

- **Keine abschreckende Wirkung bewiesen.**

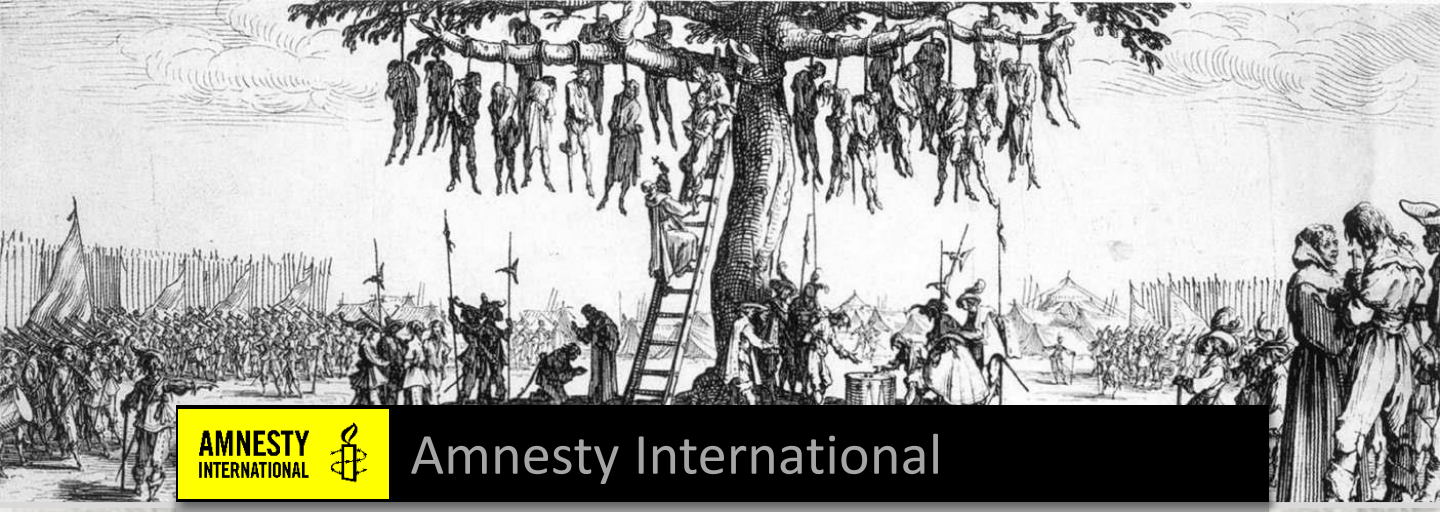
  » Nein, die Todesstrafe hat keine höhere Abschreckungswirkung als andere Strafen. Für eine abschreckende Wirkung der Todesstrafe gibt es – trotz intensiver Suche der Befürworter – keine belastbaren Beweise. Vielmehr zeigt die Praxis in vielen Staaten, dass die Abschaffung der Todesstrafe keine negativen Folgen hat. «

- **Statt Todesstrafe nach Ursachen für Verbrechen suchen.**

  » Jede Gesellschaft sucht nach Schutz vor Verbrechen. Das Festhalten an der Todesstrafe ermöglicht den Regierungen vielleicht, den Eindruck zu erwecken, dass sie starke Maßnahmen gegen das Verbrechen ergriffen. Tatsächlich lenkt dies nur davon ab, über Strategien nachzudenken, die notwendig sind, um die Ursachen für Kriminalität zu bekämpfen. Diese sind in komplexen seelischen wie gesellschaftlichen Bedingungen (z.B. soziale Missstände) zu suchen, auf die die Todesstrafe keinerlei Einfluss nimmt. «

[1] **Interview mit Oliver Hendrich (Amnesty International)** (2016): https://www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/232224/todesstrafe?p=all [30.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International

Position: **Todesstrafe**

Interview mit Oliver Hendrich (Amnesty International) (2016)[1]

"Es gibt einen klaren Trend gegen die Todesstrafe"

- **Wie kann man aktiv gegen die Todesstrafe vorgehen?**

  » Wir von Amnesty International setzen uns mit Eilaktionen und Petitionen für Menschen ein, die von der Todesstrafe bedroht sind. Außerdem engagieren sich unsere Mitglieder überall auf der Welt für die Abschaffung der Todesstrafe als wichtiger Beitrag zur Durchsetzung der Menschenrechte allgemein. Mit Öffentlichkeitsarbeit übt Amnesty in Sachen Todesstrafe Druck auf Regierungsstellen aus. Die Organisation fördert auf allen Ebenen den gesellschaftlichen und politischen Dialog über die Todesstrafe. Dabei sind Kontakte zu Richtern, Staatsanwälten, Justizministerien und politischen Entscheidungsträgern ebenso wichtig wie die argumentative Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit und verschiedensten Organisationen der Zivilgesellschaft. «

- **Todesstrafe zur Terrorismusbekämpfung nicht hilfreich.**

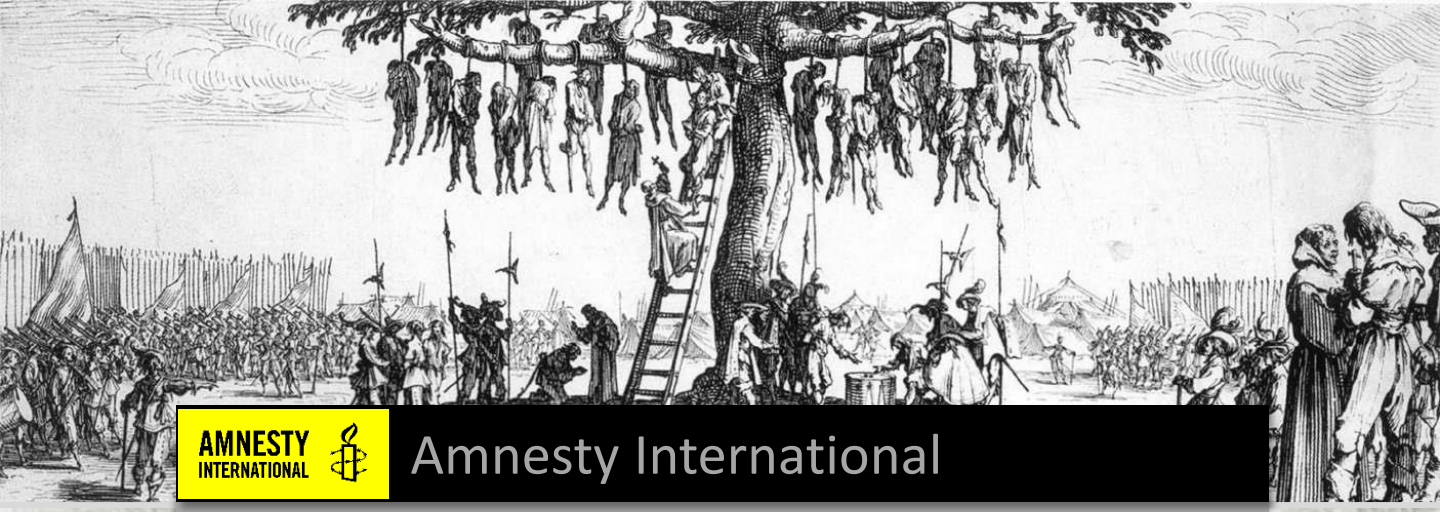
  » Die Todesstrafe ist keine angemessene Antwort auf terroristische Verbrechen und Kriminalität allgemein. Die Todesstrafe ist nicht abschreckender als andere Strafen und sollte abgeschafft werden. Anstatt auf die Todesstrafe als vordergründig starke Maßnahme zu setzten, sollten sich die Staaten der Wurzel des Übels annehmen. Das Phänomen des Terrorismus lässt sich nicht durch die Androhung der Todesstrafe bekämpfen, denn für Frauen und Männer, die bereit sind, ihr Leben und das anderer Menschen bewusst zur Erfüllung bestimmter politischer Ziele aufs Spiel zu setzen, sind Hinrichtungen keine Abschreckung, sondern eher ein Anreiz. Statt Gewalt zu verhindern, könnten Hinrichtungen vielmehr als Rechtfertigung für Vergeltungsmaßnahmen und damit für noch mehr Gewalt benutzt werden. Staaten, die auf die Todesstrafe zur Terrorismusbekämpfung setzen, betreiben hiermit in erster Linie Symbolpolitik. «

- **Trend zur Abschaffung.**

  » Auf der einen Seite ist Jahr für Jahr eine kleine Gruppe von Staaten für einen Großteil der Hinrichtungen verantwortlich. Auf der anderen Seite gibt es einen klaren Trend gegen die Todesstrafe. Immer mehr Staaten wenden diese Strafe nicht mehr an und inzwischen hat sich sogar eine Mehrheit gesetzlich von der Todesstrafe verabschiedet. «

[1] **Interview mit Oliver Hendrich (Amnesty International)** (2016): https://www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/232224/todesstrafe?p=all [30.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International

Position: **Todesstrafe**

Interview mit Oliver Hendrich (Amnesty International) (2016)[1]

"Es gibt einen klaren Trend gegen die Todesstrafe"

- **Todesstrafe in Bevölkerung beliebt, daher fundierte Diskussion unterstützen.**

  » 2012 haben die Kalifornier in einem Volksentscheid gegen die Abschaffung der Todesstrafe gestimmt. Ist ein Volksentscheid ein angemessenes politisches Instrumentarium in solch einer fundamentalen Frage?

  In vielen Ländern mit Todesstrafe genießt diese Strafe die Unterstützung der Bevölkerung. Erst eine fundierte und faktenreiche Diskussion über Sinn und vor allem den Unsinn dieser Strafe führt hier zu einem Umdenken. Volksabstimmungen sollten also immer entsprechend begleitet werden – auch durch entsprechende zivilgesellschaftliche Initiativen. «

- **Todesstrafe in Industrienationen Japan und USA.**

  » Warum existiert auch in vermeintlich so zivilisierten und fortschrittlichen Staaten wie den USA noch immer die Todesstrafe?

  Die Todesstrafe gehörte noch vor wenigen Jahren zum strafpolitischen Sanktionssetzkasten fast aller Staaten. Die Abkehr von der Todesstrafe ist von daher eine neuere Entwicklung. Unter den G8-Staaten hält neben den USA nur Japan an dieser Strafe fest. Ein Fakt, über den es sich lohnt nachzudenken. Es mag sein, dass die Todesstrafe in einigen fortschrittlichen Staaten historische Wurzeln hat, so dass sie bis heute als Teil einer wenig hinterfragten "Rechtstradition" verstanden wird. Dass die Todesstrafe auch in einigen wenigen hochentwickelten Staaten überdauern konnte, dürfte nicht zuletzt mit ihrer Symbolkraft zu tun haben, auf die Politikerinnen und Politiker ungern verzichten. «

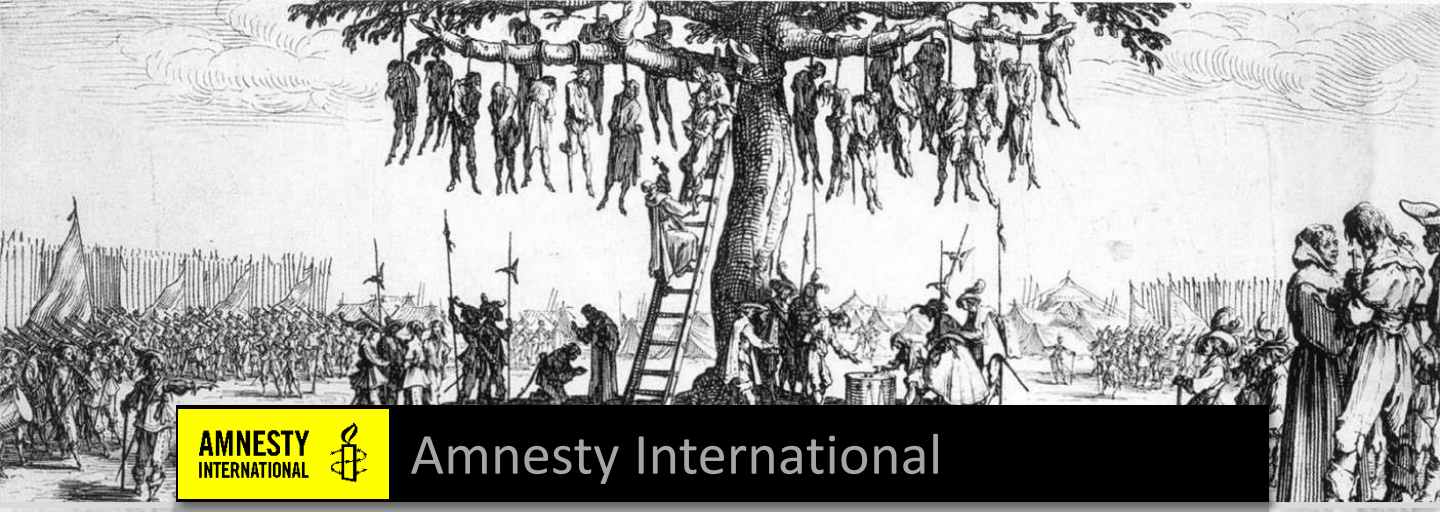
- **Todesstrafe diskriminierend angewandt.**

  » Gerade in den Vereinigten Staaten ist die Todesstrafe auch untrennbar mit der Frage einer ungleichmäßigen Behandlung von afroamerikanischen und weißen US-Bürgern vor Gericht verbunden.

  Dies ist ein immer wieder kritisierter Punkt. Ganz entscheidend für die Frage, ob ein Prozess mit einem Todesurteil endet, sind die anwaltliche Vertretung und die Auswahl der Geschworenen (Jury). Die Frage der anwaltlichen Vertretung ist vor allem für einkommensschwache Personenkreise, zu denen Afroamerikaner, aber auch andere Minderheiten oftmals zu zählen sind, ganz entscheidend. Ebenso spielt die Hautfarbe des Opfers eine dominante Rolle bei der Entscheidung, ob ein Todesurteil ergeht. «

[1] **Interview mit Oliver Hendrich (Amnesty International)** (2016): https://www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/232224/todesstrafe?p=all [30.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International

Position: **Todesstrafe**

Interview mit Oliver Hendrich (Amnesty International) (2016)[1]

"Es gibt einen klaren Trend gegen die Todesstrafe"

- **China: Hohe Zahl an Hinrichtungen auch, weil bei vielen Verbrechen verhängt.**

  » China ist weiterhin für einen Großteil der weltweiten Exekutionen verantwortlich – woran liegt das und gibt es Hoffnung, dass sich etwas ändert?

  Die mächtige Bevölkerungszahl Chinas darf bei der Betrachtung absoluter Hinrichtungszahlen selbstverständlich nicht unberücksichtigt bleiben. Allerdings können in China über 40 Delikte mit dem Tode bestraft werden. Dies trägt sicher zu den hohen Hinrichtungszahlen bei. «

- **China: Leichte Verbesserungen erkennbar.**

  » Dennoch wurden auch in der Volksrepublik Maßnahmen unternommen, die Anwendung der Todesstrafe zu reduzieren. Die Anzahl der Delikte wurde verringert, die anwaltliche Vertretung verbessert und vor der Vollstreckung müssen alle Urteile zwingend vom Obersten Volksgerichtshof überprüft werden. Es ist zu vermuten, dass diese Maßnahmen tatsächlich zu einer Reduktion der Todesstrafenzahlen geführt haben könnten. «

- **China: Situation kaum zu bewerten, weil Daten geheim bleiben.**

  » Solange Peking allerdings die Todesstrafe als Staatsgeheimnis behandelt, ist es für Amnesty und anderen unmöglich, hier eine Bewertung vorzunehmen. «

- **Staaten mit Todesstrafe von Abschaffung überzeugen.**

  » Wird die Todesstrafe im 21. Jahrhundert vollständig abgeschafft werden?

  Es ist zu hoffen und Amnesty International wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass wir dieses Ziel erreichen. Die Weltgemeinschaft ist hier schon einen großen Teil des Weges gegangen und mittlerweile wendet eine Mehrheit der Staaten diese Strafe nicht mehr an. Es muss jetzt darum gehen, die zunehmend isolierte Minderheit der Anwenderstaaten dazu zu bewegen, diesen Schritt ebenfalls zu gehen. «

[1] **Interview mit Oliver Hendrich (Amnesty International)** (2016): https://www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/232224/todesstrafe?p=all [30.05.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Netzwerktreffen** | flickr.com / *University of Nottingham* | Lizenz: CC BY-NC-SA 2.0

Sonstige Akteure

Abbildung: **Elisabeth Tichy-Fisslberger, Präsidentin des UN-Menschenrechtsrates 2020** | Wikimedia / *Antoine Tardy* | Lizenz: CC BY-SA 4.0

Vorsitz / Konferenzleitung

Rollenprofil | grundlegende Infos

Vorsitz

Allgemeine Informationen

Ihre Rolle ist der Vorsitz im UN-Menschenrechtsrat.

- **Regeln:** Als Vorsitzende ist es vor allem Ihre Aufgabe, auf die Einhaltung der Gesprächsregeln bzw. der Geschäftsordnung zu achten, wie bspw. die Einhaltung der Redezeit.
- **Neutralität:** Als Vorsitzende sollten Sie versuchen, eher neutral zu sein und keine eigene Meinung einzubringen.
- **Rotation:** Jedes Jahr übernimmt ein anderes Land den Vorsitz. Im Jahr 2020 wurde der UN-Menschenrechtsrat durch Elisabeth Tichy-Fisslberger aus Österreich geleitet.

Wikipedia [1]

Elisabeth Tichy-Fisslberger

» Elisabeth Tichy-Fisslberger (1957 als Elisabeth Fisslberger in Wien) ist eine österreichische Juristin und Diplomatin.* […] *Im Dezember 2017 wurde Tichy-Fisslberger ständige Vertreterin Österreichs beim Büro der Vereinten Nationen in Genf. Am 6. Dezember 2019 wählte der UNO-Menschenrechtsrat Tichy-Fisslberger zu seiner Präsidentin für das Jahr 2020. «*

[1] **Wikipedia**: https://de.wikipedia.org/wiki/Elisabeth_Tichy-Fisslberger [01.06.2021]

Abbildung: **von links nach rechts der Präsident der UN-Generalversammlung, die Präsidentin des UN-Menschenrechtsrates und der UN-Generalsekretär bei der Eröffnung des UN-Menschenrechtsrats, Genf, Schweiz** | 2020 | UN Photo / *Violaine Martin* | Lizenz: Fair Use

Vorsitz

Allgemeine Informationen

Kleine Zeitung (2019)[1]

Elisabeth Tichy-Fisslberger - Österreicherin neue Präsidentin des UNO-Menschenrechtsrates

- **Wahl zur Vorsitzenden.** *» Der UNO-Menschenrechtsrat hat am Freitag die österreichische Diplomatin Elisabeth Tichy-Fisslberger zu seiner neuen Präsidentin gewählt* […] *auf Vorschlag der westeuropäischen Staatengruppe.* […] *Tichy-Fisslberger ist die erste Österreicherin an der Spitze des zentralen Gremiums für den weltweiten Schutz der Menschenrechte. «*
- **Wahl sei Anerkennung für Österreich.** *» Außenminister Alexander Schallenberg: […] auch ein Zeichen der Anerkennung für das jahrzehntelange und unermüdliche österreichische Engagement für Menschenrechte innerhalb der Vereinten Nationen." «*
- **Österreichische Schwerpunktthemen.** *» Österreich setze sich insbesondere für den Schutz von Frauen und Kindern, Journalisten und Minderheiten ein, betonte der Außenminister. «*
- **Aufgaben des UN-Menschenrechtsrats.** *» Der Rat* [solle] *über die Einhaltung der Menschenrechte weltweit wachen. Alle UNO-Mitglieder müssen regelmäßig zur Lage in ihren Ländern Rede und Antwort stehen. Der Rat beauftragt u.a. auch unabhängige Experten, die angezeigte Menschenrechtsverstöße untersuchen. Sie veröffentlichen dazu Berichte. Der Rat greift auch Themen auf wie Hinrichtungen, Unabhängigkeit der Justiz und viele andere. «*
- **UN-Menschenrechtsrat umstritten wegen zweifelhafter Mitglieder.** *» Das Gremium ist umstritten, weil ihm auch Staaten angehören, denen massive Menschenrechtsverstöße angelastet werden. Gemeinsam mit Österreich wurden im Vorjahr etwa auch die Philippinen, Kamerun, Bahrain oder Eritrea in den Menschenrechtsrat gewählt. «*
- **Österreich irritiert über Kritik an Flüchtlingspolitik.** *» Unter der türkis-blauen Bundesregierung hatte es Irritationen zwischen Österreich und der UNO in Menschenrechtsfragen gegeben, weil die Hohe Kommissarin der UNO für Menschenrechte, Michelle Bachelet, in ihrer Antrittsrede beim Menschenrechtsrat eine Überprüfung der österreichischen Flüchtlingspolitik angekündigt hatte. Die Reaktion Österreichs fiel brüsk aus. Der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) forderte eine "Klarstellung" der UNO, "um welche Menschenrechtsverstöße in Österreich es gehen soll". Zugleich richtete er der UNO aus, sie solle sich jenen Staaten widmen, "wo Folter und Todesstrafe auf der Tagesordnung stehen". «*

[1] **Kleine Zeitung** (2019): https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5734578/Elisabeth-TichyFisslberger_Oesterreicherin-neue-Praesidentin-des [01.06.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *» Die Kleine Zeitung ist eine regionale österreichische Tageszeitung. Sie wurde 1904 gegründet und erscheint in der Steiermark, in Kärnten und in Osttirol. «*

Abbildung: **von links nach rechts der Präsident der UN-Generalversammlung, die Präsidentin des UN-Menschenrechtsrates und der UN-Generalsekretär bei der Eröffnung des UN-Menschenrechtsrats, Genf, Schweiz** | 2020 | UN Photo / *Violaine Martin* | Lizenz: Fair Use

Vorsitz

Allgemeine Informationen

SRF – Schweizer Rundfunk (2020)[1]

Ein Gespräch mit der Präsidentin des UNO-Menschenrechtsrates

- **Durchsetzung der Menschenrechte schwierig.** Es sei sehr schwierig, alle Menschenrechtsprobleme zu beseitigen, auch weil der UN-Menschenrechtsrat keine Möglichkeit habe, die Durchsetzung seiner Entscheidungen zu erzwingen, sondern eher den Charakter von Empfehlungen habe.
- **Weltweites Gericht für Menschenrechte fehle.** Die UNO habe keinen Gerichtshof, an den man sich bei Menschenrechtsverletzungen wenden könne wie den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Europa.
- **Vielfältige Mitgliedsstaaten.** Man habe im Menschenrechtsrat Länder mit unterschiedlichen Situationen. Die Schweiz schneide bspw. sehr gut ab. Dann gebe es Länder im Mittelfeld wie den Sudan. Diese wüssten, dass es bei ihnen Probleme gebe und würden sich beraten lassen. Und dann gebe es noch Länder mit schlechter Menschenrechtslage, die die Zusammenarbeit verweigern wie Syrien, Burundi, Venezuela, Jemen oder Weißrussland.
- **Beweise für Menschenrechtsverletzungen sammeln.** Der Menschenrechtsrat könne aber zumindest Untersuchungen einleiten, um Beweise für Menschenrechtsverletzungen für zu sammeln, falls es später zu Gerichtsverfahren komme.
- **Wahl von Ländern mit schlechter Menschenrechtssituation.** Wenn Länder mit besonders schlechter Menschenrechtslage in den Rat gewählt werden, werfe dies einerseits kein gutes Licht auf den UN-Menschenrechtsrat.
- **nur mit vorbildlichen Ländern diskutieren?** *» Doch man kann umgekehrt sagen: Was hat es für einen Sinn, wenn im Menschenrechtsrat nur Länder wie die Schweiz, Norwegen oder Kanada sitzen und sich dann darüber unterhalten, dass sich andere Länder schlecht benehmen? Das würde diese anderen Länder sicher nicht dazu veranlassen, irgendetwas zu verbessern. Wenn man sich hingegen mit ihnen zusammensetzt und immer wieder auf problematische Dinge hinweist, kann man mit der Zeit vielleicht doch eine gewisse Einsicht und damit Verbesserungen erreichen.* […] *Darin sehe ich den Sinn einer sehr gemischten Mitgliedschaft. «*
- **Nachteile, wenn sich Länder aus Protest zurückziehen.** Es sei nicht hilfreich, wenn sich Länder sich aus Protest aus dem Menschenrechtsrat zurückziehen. Denn dann wachse der Einfluss von anderen Ländern mit schlechter Menschenrechtslage.

S. 219

[1] **Schweizer Rundfunk** (2020): https://www.srf.ch/news/international/uno-menschenrechtsrat-menschenrechtsrat-praesidentin-gewisse-laender-schalten-auf-stur [01.06.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) ist ein Unternehmen, das am 1. Januar 2011 durch die Zusammenlegung von Schweizer Radio DRS und Schweizer Fernsehen entstand. Die neue Unternehmenseinheit der SRG SSR wurde damit zum grössten elektronischen Medienhaus der Deutschschweiz.“*

Abbildung: **Elisabeth Tichy-Fisslberger in der UN-Generalversammlung,** New York, USA | 2020 | UN Photo / *Eskinder Debebe* | Lizenz: Fair Use

Abbildung: **Elisabeth Tichy-Fisslberger, Präsidentin des UN-Menschenrechtsrates 2020** | Wikimedia / *Antoine Tardy* | Lizenz: CC BY-SA 4.0

Vorsitz / Konferenzleitung

Rollenprofil | vertiefende Infos

Vorsitz

Allgemeine Informationen

SRF – Schweizer Rundfunk (2020)[1]

Menschenrechtsrat-Präsidentin: «Gewisse Länder schalten auf stur»

- **Gespräch mit Vorsitzender.**

  » Der UNO-Menschenrechtsrat hat eine schwierige Herbstsession hinter sich: Finanzprobleme und immer dreistere Versuche zahlreicher Staaten, die UNO-Menschenrechtspolitik zu hintertreiben, sorgen für Spannungen. Nun sollen auch noch etliche weitere Unrechtsstaaten in den Rat gewählt werden. Ein Gespräch mit der Präsidentin des UNO-Menschenrechtsrates, der österreichischen Spitzendiplomatin Elisabeth Tichy-Fisslberger.. «

- **Durchsetzung der Entscheidungen schwierig.**

  » Was waren für Sie umgekehrt Tiefpunkte der eben beendeten Session?

  Es gelingt uns natürlich nie, alle weltweit auftretenden Menschenrechtsprobleme zu beseitigen. Zumal wir keine rechtsverbindlichen Instrumente haben, Beschlüsse durchzusetzen.. «

- **Manche Länder an Verbesserung interessiert.**

  » Wir haben im UNO-Menschenrechtsrat Länder, in denen es ganz schrecklich zugeht. Auf der anderen Seite haben wir Länder, wie etwa die Schweiz, die vielleicht fast perfekt sind. Dazwischen haben wir die Mehrheit der Länder, die wissen, dass es bei ihnen Missstände gibt. Und die bereit sind, etwas dagegen zu tun. Das aktuelle Positivbeispiel ist der Sudan, der sich vom Menschenrechtsrat beraten lässt und wo sich die Lage deutlich verbessert hat. Etwa indem Gesetze beschlossen wurden, welche die Genitalverstümmelung verbieten. «

- **Manchen Länder unwillig.**

  » … doch viele Länder lassen sich nicht beraten… –

  Genau. Regierungen wie etwa jene in Syrien, Burundi, Venezuela oder Jemen sind nicht bereit zu kooperieren. . «

- **Kein weltweites Gericht für Menschenrechte.**

  » Wir haben auch keinen Gerichtshof im Rücken, wie das in Europa mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte der Fall ist. «

[1] **Schweizer Rundfunk** (2020): https://www.srf.ch/news/international/uno-menschenrechtsrat-menschenrechtsrat-praesidentin-gewisse-laender-schalten-auf-stur [01.06.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) ist ein Unternehmen, das am 1. Januar 2011 durch die Zusammenlegung von Schweizer Radio DRS und Schweizer Fernsehen entstand. Die neue Unternehmenseinheit der SRG SSR wurde damit zum grössten elektronischen Medienhaus der Deutschschweiz.“*

Abbildung: **Elisabeth Tichy-Fisslberger in der UN-Generalversammlung,** New York, USA | 2020 | UN Photo / *Eskinder Debebe* | Lizenz: Fair Use

Vorsitz

Allgemeine Informationen

SRF – Schweizer Rundfunk (2020)[1]

Menschenrechtsrat-Präsidentin: «Gewisse Länder schalten auf stur»

- **Beweise für Menschenrechtsverletzungen sammeln.**

  » Dort setzt der Menschenrechtsrat Untersuchungskommissionen ein. Diese sammeln unter anderem Beweise für den Tag, wo dann hoffentlich einmal ein Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gegen die Verantwortlichen stattfindet. So wurde zum Beispiel die burmesische Führung vor den Strafgerichtshof gebracht. Und da ist man natürlich froh, wenn man vorgängig Beweismaterial hat. «

- **Weißrussland.**

  » Belarus war ein grosses Thema. Doch längst nicht alle Mitglieder des Rates wollten eine Dringlichkeitssitzung zu den Menschenrechtsverletzungen durch das Regime in Minsk… –

  Es gibt wohl manche Regierung, die gar nicht so genau weiss, wo sich Belarus befindet oder für welche die Situation dort keine Wichtigkeit oder Dringlichkeit hat. Deshalb haben sich manche Länder nicht sehr engagiert. Mir fiel aber auf, dass die belarussische Regierung auch nicht viel Unterstützung bekommen hat. Und am Ende gelang es, eine Resolution zu verabschieden, die Belarus kritisiert. Allerdings mit vielen Enthaltungen. Immerhin wollten die wenigsten Staaten dabei mitmachen, die belarussische Regierung zu verteidigen. «

- **Wahl von Ländern mit schlechter Menschenrechtssituation.**

  » Diese Woche wählt die UNO-Generalversammlung fünfzehn neue Mitglieder in den UNO-Menschenrechtsrat. So gut wie gewählt sind China, Russland, Saudi-Arabien oder Kuba. Diese Länder agieren punkto Menschenrechte alles andere als mustergültig. Ist die Wahl solcher Länder nicht ein Hohn? –

  Das ist ein zweischneidiges Schwert. Man kann durchaus argumentieren, dass Länder, die sich nicht vorteilhaft benehmen, gar nicht aufgenommen werden sollen, weil schon die Mitgliedschaft als eine Art Gütesiegel interpretiert werden kann. «

[1] **Schweizer Rundfunk** (2020): https://www.srf.ch/news/international/uno-menschenrechtsrat-menschenrechtsrat-praesidentin-gewisse-laender-schalten-auf-stur [01.06.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) ist ein Unternehmen, das am 1. Januar 2011 durch die Zusammenlegung von Schweizer Radio DRS und Schweizer Fernsehen entstand. Die neue Unternehmenseinheit der SRG SSR wurde damit zum grössten elektronischen Medienhaus der Deutschschweiz.“*

Abbildung: **Elisabeth Tichy-Fisslberger in der UN-Generalversammlung,** New York, USA | 2020 | UN Photo / *Eskinder Debebe* | Lizenz: Fair Use

Vorsitz

Allgemeine Informationen

SRF – Schweizer Rundfunk (2020)[1]

Menschenrechtsrat-Präsidentin: «Gewisse Länder schalten auf stur»

- **Soll Menschenrechtsrat nur mit vorbildlichen Ländern diskutieren?**

  » Doch man kann umgekehrt sagen: Was hat es für einen Sinn, wenn im Menschenrechtsrat nur Länder wie die Schweiz, Norwegen oder Kanada sitzen und sich dann darüber unterhalten, dass sich andere Länder schlecht benehmen? Das würde diese anderen Länder sicher nicht dazu veranlassen, irgendetwas zu verbessern. Wenn man sich hingegen mit ihnen zusammensetzt und immer wieder auf problematische Dinge hinweist, kann man mit der Zeit vielleicht doch eine gewisse Einsicht und damit Verbesserungen erreichen. Es gibt Länder, die schalten auf stur. Es gibt aber genug andere, die sich wenigstens bemühen, in kleinen Schritten etwas zu verbessern. Darin sehe ich den Sinn einer sehr gemischten Mitgliedschaft. «

- **Besonders schwierige Länder ausschließen?**

  » Müsste man nicht zumindest krasse Fälle wie Saudi-Arabien ausschliessen, dessen Regime sogar von der UNO-Sonderberichterstatterin wegen der Ermordung des Journalisten Dschamal Khashoggi scharf kritisiert wurde?

  Das stimmt. Aber die Mitgliedschaft ist eben kein Urteil darüber, wie gut oder schlecht sich ein Land benimmt. Sie ist auch kein Garant dafür, dass ein Land nicht mehr kritisiert wird, wenn es drin ist im Menschenrechtsrat. Früher galt das gelegentlich, weil manche Länder sich scheuten, schlecht über Anwesende zu reden. Aber das funktioniert nicht mehr. «

- **Nachteile, wenn sich Länder aus Protest zurückziehen.**

  » Es gibt Länder, allen voran China, die nicht nur selber die Menschenrechte mit Füssen treten, sondern zugleich versuchen, die internationale Menschenrechtspolitik auszuhöhlen… –

  Das ist richtig. [Es ist nicht hilfreich, wenn sich Staaten mit besserer Menschenrechtslage zurückziehen]. *Das* [schafft] *eine Lücke, in die* […] *Staaten wie China hineinstossen. Wenn man anderen die Bühne überlässt, darf man sich nicht wundern, dass die Entwicklung in eine Richtung geht, die man ungern sieht. «*

S. 223

[1] **Schweizer Rundfunk** (2020): https://www.srf.ch/news/international/uno-menschenrechtsrat-menschenrechtsrat-praesidentin-gewisse-laender-schalten-auf-stur [01.06.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) ist ein Unternehmen, das am 1. Januar 2011 durch die Zusammenlegung von Schweizer Radio DRS und Schweizer Fernsehen entstand. Die neue Unternehmenseinheit der SRG SSR wurde damit zum grössten elektronischen Medienhaus der Deutschschweiz.“*

Abbildung: **Elisabeth Tichy-Fisslberger in der UN-Generalversammlung,** New York, USA | 2020 | UN Photo / *Eskinder Debebe* | Lizenz: Fair Use

Vorsitz

Allgemeine Informationen

SRF – Schweizer Rundfunk (2020)[1]

Menschenrechtsrat-Präsidentin: «Gewisse Länder schalten auf stur»

- **China wolle Sicht auf Menschenrechte verändern.**

  » China verhielt sich lange still im Menschenrechtsrat. Das hat sich geändert. Peking versucht inzwischen – und findet dafür, vor allem in Afrika und Asien, auch Verbündete – gänzlich andere Vorstellungen von Menschenrechten durchzusetzen. Für China steht das Recht auf Entwicklung im Vordergrund. Dieses Recht haben nicht einzelne Menschen, sondern Staaten. China will wegkommen von individuellen Menschenrechten, auf die sich Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat berufen können. «

- **Versuche, kritische Untersuchungen zu verhindern.**

  » Etwas vom besten beim Menschenrechtsrat sind die zahlreichen Sonderberichterstatter, die recherchieren, wie es in einzelnen Ländern um die Menschenrechte steht, und die dann offen Kritik üben. Nun gibt es aber Bestrebungen, unter anderem mit zwei Briefen von Regierungen an Sie als Präsidentin, die Rolle der Sonderberichterstatter zu schwächen… –

  Das ist nicht ganz neu. Viele Länder sind rundweg dagegen, dass im Menschenrechtsrat einzelne Länder kritisiert werden. Mit mancherlei Methoden versuchen sie, das zu verhindern. Etwa indem immer wieder neue thematische Mandate für Sonderberichterstatter erfunden werden. Jüngst etwa ein weiteres zum Recht auf Entwicklung. Man will so erreichen, dass die Finanzmittel fehlen für die Mandate der länderspezifischen Sonderberichterstatter. «

- **Menschenrechtsverletzungen Auslöser von bewaffneten Konflikten.**

  » Die Menschenrechtspolitik ist einer der drei Hauptpfeiler der UNO – neben Frieden und Sicherheit sowie Entwicklung. Ist sie nicht mit Abstand der schwächste Pfeiler, auch angesichts des bescheidenen Anteils am UNO-Budget von weniger als vier Prozent? –

  Sie war von Anfang an der schwächste Pfeiler. Und auch finanziell stark unterdotiert. Man versucht jetzt, die Menschenrechte zu verknüpfen mit den anderen Pfeilern Frieden und Sicherheit sowie Entwicklung und ihnen so mehr Gewicht zu geben. Menschenrechtsverstösse sind schliesslich oft der Auslöser für militärische Konflikte. Und sie behindern die wirtschaftliche Entwicklung von Staaten. «

[1] **Schweizer Rundfunk** (2020): https://www.srf.ch/news/international/uno-menschenrechtsrat-menschenrechtsrat-praesidentin-gewisse-laender-schalten-auf-stur [01.06.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) ist ein Unternehmen, das am 1. Januar 2011 durch die Zusammenlegung von Schweizer Radio DRS und Schweizer Fernsehen entstand. Die neue Unternehmenseinheit der SRG SSR wurde damit zum grössten elektronischen Medienhaus der Deutschschweiz."*

Abbildung: **Elisabeth Tichy-Fisslberger in der UN-Generalversammlung,** New York, USA | 2020 | UN Photo / *Eskinder Debebe* | Lizenz: Fair Use

Vorsitz

Allgemeine Informationen

SRF – Schweizer Rundfunk (2020)[1]

Menschenrechtsrat-Präsidentin: «Gewisse Länder schalten auf stur»

- **Zu wenig Geld für Menschenrechtsschutz.**

  » Die UNO-Hochkommissarin klagte in der Herbstsession über die finanzielle Situation […]. Wie dramatisch ist die Situation? –

  Sie ist gravierend. Nicht nur ist das beschlossene Budget bescheiden. Hinzu kommt nun, dass viele Länder nicht mal die verabschiedeten Beiträge zahlen. Wir sind nun im Oktober und man hat soeben bei einem Kassensturz in New York festgestellt, dass nur 38 der 193 UNO-Mitgliedsländer ihre Beiträge für 2020 voll bezahlt haben. Das Hochkommissariat für Menschenrechte ist wegen der geringen ordentlichen Geldzuweisungen stark auf Zusatzzahlungen angewiesen – und von denen fallen nun viele aus. «

- **Geldmangel wegen Wirtschaftskrisen und Ablehnung der UNO.**

  » Haben die Säumigen echte Zahlungsprobleme oder wollen sie die UNO schwächen? –

  Es gibt Länder wie die USA, – und nicht nur sie – die damit zeigen wollen, dass sie die UNO und den Multilateralismus nicht sehr schätzen. Es gibt aber auch viele, die wegen Corona in einer tiefen Wirtschaftskrise stecken und wirklich nicht zahlen können. «

[1] **Schweizer Rundfunk** (2020): https://www.srf.ch/news/international/uno-menschenrechtsrat-menschenrechtsrat-praesidentin-gewisse-laender-schalten-auf-stur [01.06.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: *„Das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) ist ein Unternehmen, das am 1. Januar 2011 durch die Zusammenlegung von Schweizer Radio DRS und Schweizer Fernsehen entstand. Die neue Unternehmenseinheit der SRG SSR wurde damit zum grössten elektronischen Medienhaus der Deutschschweiz.“*

Abbildung: **Elisabeth Tichy-Fisslberger in der UN-Generalversammlung,** New York, USA | 2020 | UN Photo / *Eskinder Debebe* | Lizenz: Fair Use

Abbildung: **Michelle Bachelet, UN-Hochkommissarin für Menschenrechte** | 2013 | Wikimedia / *Comando Michelle Bachelet* | Lizenz: CC BY-SA 3.0 CL

UN-Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR)

Rollenprofil | grundlegende Infos

UN-Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR)

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]

Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte

*» Der **Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte** beschäftigt sich mit der weltweiten Situation der Menschenrechte und setzt sich für deren weltweite Anerkennung und Einhaltung ein. Der Hohe Kommissar ist direkt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen unterstellt.*

*Der Hohe Kommissar steht dem Office of the High Commissioner for Human Rights, **OHCHR** (deutsch Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte) vor, welches die Arbeit der Experten des UN-Menschenrechtsrats unterstützt. Es gibt 13 Ländervertretungen und etwa 1300 angestellte Mitarbeiter.*

Aufgaben und Ziele:

- *Sie fördern die Durchsetzung der Menschenrechte in der Praxis, bringen den Willen der Weltgemeinschaft zum Ausdruck, dies zu tun;*
- *Sie spielen die Hauptrolle in Menschenrechtsfragen und betonen die Bedeutung der Menschenrechte auf internationaler und nationaler Ebene;*
- *Sie fördern die internationale Zusammenarbeit in Bezug auf Menschenrechte;*
- *Sie fördern und koordinieren Maßnahmen zur Durchsetzung der Menschenrechte im System der Vereinten Nationen;*
- *Sie fördern die weltweite Ratifizierung und Umsetzung internationaler Menschenrechtsabkommen;*
- *Sie helfen bei der Entwicklung neuer Normen;*
- *Sie unterstützen Menschenrechtsorgane bei ihrer Arbeit und überwachen sie;*
- *Sie reagieren auf schwere Verletzungen der Menschenrechte;*
- *Sie koordinieren vorbeugende Menschenrechtsaktionen;*
- *Sie fördern den Aufbau von nationalen Menschenrechtsstrukturen;*
- *Sie koordinieren den Bereich Menschenrechtsorganisationen;*
- *Sie bieten Aufklärung, Information, Beratung und technische Hilfe im Bereich der Menschenrechte. «*

[1] **Wikipedia – Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte**, 2021 abgerufen (Text gekürzt): https://de.wikipedia.org/wiki/Hoher_Kommissar_der_Vereinten_Nationen_f%C3%BCr_Menschenrechte

Abbildung: **Michelle Bachelet** | Wikipedia / *Ministra Paula Narváez asiste a la Cuenta Pública 2017 de la Presidenta Michelle Bachelet* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

UN-Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR)

Position: **Todesstrafe**

UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR)[1]
Statement by United Nations High Commissioner for Human Rights, Michelle Bachelet.

- **Abschreckung nicht erwiesen.** Eine abschreckende Wirkung der Todesstrafe sei ein häufiges Argument von Staaten die diese noch anwenden. Es sei jedoch nicht erwiesen, dass die Todesstrafe stärker abschrecke als andere Bestrafungen.
- **Konsequente Strafverfolgung statt Härte.** Bereits im 18. Jahrhundert hätte sich gezeigt, dass Abschreckung nicht durch die Härte der Strafe erreicht werde, sondern dadurch, dass jedes Verbrechen auch wirklich verfolgt werde und also nicht ein Gefühl der Straflosigkeit entstehe.
- **Todesstrafe werde diskriminierend angewandt.** Die Todesstrafe werde auch diskriminierend angewandt. So werde sie bspw. überdurchschnittlich häufig gegen ärmere Bevölkerungsteile und gesellschaftliche Randgruppen verhängt, wie bspw. Ausländer·innen, Homo-, Bi- und Transsexuelle oder andere Minderheiten.
- **Umgang mit Fehlern bei Gerichtsverfahren.** Menschen machen Fehler, auch im Justizsystem. Wenn ein Mensch zum Tode verurteilt und hingerichtet werde und sich im Nachhinein herausstelle, dass dem Gericht ein Fehler unterlaufen sei, wäre dieser Fehler nicht wiedergutzumachen.
- **Statistiken zu Todesstrafen erheben.** Staaten, die die Todesstrafe anwenden, sollten auch Studien und Statistiken veröffentlichen, bspw. über die Anzahl der vollstreckten Urteile, um eine informierte Diskussion zu ermöglichen.
- **Todesstrafe höchstens bei Mord.** Der internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte sehe vor, dass Staaten, die die Todesstrafe noch nicht abgeschafft haben, diese höchstens für Mord verhängen dürfen.
- **Fortschritte beim Verbot der Todesstrafe.** Trotz der noch bestehenden Probleme in diesem Bereich sei es doch erfreulich, dass der Trend dahin gehe, dass immer mehr Staaten die Todesstrafe verbieten. Mehr als die Hälfte der Staaten, mit unterschiedlichsten Kulturen, Religionen und Traditionen hätten dies bereits getan.
- **Recht auf Leben als Fundament.** Die Todesstrafe untergrabe die Menschenwürde und verwehre das grundlegendste Menschenrecht, das Recht auf Leben. Danke an alle Staaten, die Anstrengungen unternehmen, um dieses fundamentalste Menschenrecht zu gewährleisten, von dem alle anderen Rechte abhängen.

S. 228

[1] **Zeit.de**, 2018: https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-08/vereinte-nationen-michelle-bachelet-menschenrechtskommissarin-chile
Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Michelle Bachelet, UN-Hochkommissarin für Menschenrechte** | 2013 | Wikimedia / *Comando Michelle Bachelet* | Lizenz: CC BY-SA 3.0 CL

UN-Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR)

Rollenprofil | vertiefende Infos

UN-Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR)

Allgemeine Informationen

die Zeit[1]

Michelle Bachelet ist neue UN-Menschenrechtskommissarin

*» Die frühere chilenische Präsidentin Michelle Bachelet ist zur **Menschenrechtskommissarin** der Vereinten Nationen gewählt worden. Die Entscheidung erfolgte im Konsens der Versammlung von 193 Staaten.*

*Dass Menschenrechte der 66-Jährigen ein wichtiges Anliegen sind, bezweifelt niemand: In ihrem Heimatland war Bachelet während der Diktatur von Augusto Pinochet inhaftiert und gefoltert worden. Der Chef der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, Kenneth Roth sagte, "da sie **selbst Opfer war**, bringt sie eine einzigartige Perspektive mit".* […]

*1975 wurde sie als Mitglied der Sozialistischen Jugend zusammen mit ihrer Mutter im Foltergefängnis Villa Grimaldi in Santiago de Chile inhaftiert. Bachelets Vater, ein Luftwaffengeneral, wurde bereits 1973 verhaftet und starb wenig später unter Folter. Nach ihrer Freilassung gelang Bachelet die **Flucht über Australien in die DDR**, wo sie ihr Medizinstudium fortsetzte. 1979 kehrte sie mit ihrem einjährigen Sohn nach Santiago zurück und wurde **Kinderärztin**, durfte diesen Beruf aus politischen Gründen aber nicht ausüben. Als Mitarbeiterin einer Nichtregierungsorganisation kümmerte sich Bachelet um Kinder von Opfern der Pinochet-Diktatur.*

*Nach dem Ende der Militärjunta wandte Bachelet sich in den Neunzigerjahren verstärkt der Politik zu und arbeitete im Gesundheitsministerium. 2002 kam sie an die Spitze des Verteidigungsministeriums – als erste Frau in Lateinamerika. Als Bachelet 2006 dann auch die **erste Frau in Chiles Präsidentenamt** wurde, war das in dem lateinamerikanischen Land eine Sensation. Als Sozialistin, Tochter eines Vertrauten des ehemaligen Präsidenten Salvador Allende, alleinerziehende Mutter und Atheistin galt sie im konservativ-katholischen Chile als unkonventionell.*

*Sie setzte in ihren beiden Amtszeiten von 2006 bis 2010 und von 2014 bis 2018 **gesellschaftliche Reformen** durch: So wurde etwa die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt; Schwangerschaftsabbrüche wurden in einigen Fällen legalisiert. Zwischen ihren beiden Amtszeiten war sie Leiterin von UN Women. «*

S. 230

[1] **Zeit.de**, 2018: https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-08/vereinte-nationen-michelle-bachelet-menschenrechtskommissarin-chile

Abbildung: **Michelle Bachelet** | Wikipedia / *Ministra Paula Narváez asiste a la Cuenta Pública 2017 de la Presidenta Michelle Bachelet* | Lizenz: CC BY-SA 2.0

UN-Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR)

Position: **Todesstrafe**

die Zeit[1]

Im Süden des Iran sind zwei Jungen hingerichtet worden – ohne ordentliches Gerichtsverfahren. UN-Menschenrechtschefin Michelle Bachelet zeigte sich entsetzt.

*» Im **Iran** sind nach Angaben des UN-Menschenrechtsbüros zwei 17-jährige Jungen ohne fairen Prozess hingerichtet worden. Den Teenagern sei Raub und Vergewaltigung vorgeworfen worden, sagte UN-Menschenrechtschefin Michelle Bachelet in Genf. Einer der beiden habe eine Sonderschule besucht, die Gerichte hätten seinen geistigen Zustand aber nicht geprüft. "Ich bin entsetzt", sagte Bachelet. Sie verwies darauf, dass die **Hinrichtung von Kindern nach internationalem Recht verboten** ist.*

*Die beiden Jungen wurden den Angaben nach **im Alter von 15 Jahren festgenommen**, erst zwei Jahre später seien sie wegen Vergewaltigung und Raubes angeklagt worden. Sie hätten über Misshandlungen durch Polizisten berichtet und ausgesagt, zu falschen Geständnissen gezwungen worden zu sein. Weder sie selbst, ihre Anwälte noch ihre Eltern seien vorab über die Hinrichtung am 25. April in Schiras im Süden des Landes informiert worden.*

*Vor der Vollstreckung des Todesurteils wurden die Teenager der UN zufolge ausgepeitscht. Auch das sei nach internationalem Recht verboten, sagte Bachelet. Die Tat komme **Folter** gleich.*

*Das UN-Kinderhilfswerk Unicef berichtete zugleich, in **Saudi-Arabien** seien ebenfalls drei Minderjährige hingerichtet worden. Das Urteil sei am 23. April vollstreckt worden. "Das ist ein klarer Verstoß gegen Kinderrechte", teilte Unicef mit. Weitere Einzelheiten zu den Fällen nannte die Organisation nicht. «*

S. 231

[1] **Zeit.de**, 2018: https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-08/vereinte-nationen-michelle-bachelet-menschenrechtskommissarin-chile

Abbildung: „Der Galgenbaum”: Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

UN-Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR)

Position: **Todesstrafe**

UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR)[1]

Statement by United Nations High Commissioner for Human Rights, Michelle Bachelet.

- **Abschreckung nicht erwiesen.** Eine abschreckende Wirkung der Todesstrafe sei ein häufiges Argument von Staaten die diese noch anwenden. Es sei jedoch nicht erwiesen, dass die Todesstrafe stärker abschrecke als andere Bestrafungen. Stattdessen hätte sich gezeigt, dass bei Abschaffung der Todesstrafe die Mordrate gleich bleibe oder sogar abnehme:

  » I am pleased to join you in discussing the fundamental question of whether the death penalty has a deterrent effect on crime rate. I say fundamental because deterrence is often an argument of those who oppose its abolition. However, there is no evidence that it deters crime more effectively than any other punishment. On the contrary, studies suggest that some States that have abolished the death penalty saw their murder rates unaltered or even decline.«

- **Gegen Terrorismus ungeeignet.** Menschenrechtsexpert·innen der UN hätten keine überzeugenden Hinweise gefunden, dass die Todesstrafe einen Vorteil bei der Terrorismusbekämpfung bieten würde:

  » A group of UN Human Rights Experts noted the lack of persuasive evidence that the death penalty could contribute more than any other punishment to eradicating terrorism. «

- **Konsequente Strafverfolgung statt Härte.** Bereits im 18. Jahrhundert hätte sich gezeigt, dass Abschreckung nicht durch die Härte der Strafe erreicht werde, sondern dadurch, dass jedes Verbrechen auch wirklich verfolgt werde und also nicht ein Gefühl der Straflosigkeit entstehe. Abschreckend seien also nicht drakonische Strafen, sondern eine Rechtsstaatlichkeit, die jedes Verbrechen konsequent verfolge:

  » Evidence should speak louder than assumptions. Studies have shown that it is the certainty of punishment, not its severity, that deters criminals. As early as the 18th century, criminologist Cesare Beccaria stated "one of the greatest curbs on crimes is not the cruelty of punishments, but their infallibility…" There can be no greater call for an end to impunity. If impunity feeds crime, justice will prevent it. True deterrence is the rule of law.

[1] **ohchr.org**, 2021: https://www.ohchr.org/SP/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26778&LangID=E

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

UN-Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR)

Position: **Todesstrafe**

UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR)[1]

Statement by United Nations High Commissioner for Human Rights, Michelle Bachelet.

- **Todesstrafe werde diskriminierend angewandt.** Die mangelhafte Abschreckung sei nicht das einzige Argument gegen die Todesstrafe. Sie werde auch diskriminierend angewandt. So werde sie bspw. überdurchschnittlich häufig gegen ärmere Bevölkerungsteile und gesellschaftliche Randgruppen verhängt, wie bspw. Ausländer·innen, Homo-, Bi- und Transsexuelle, Indigene oder andere Minderheiten:

  » Furthermore, failure in deterring crime is not the only reason why we should move away from the death penalty. […] *An often arbitrary and discriminatory application, with odds often against the voiceless – the poor and economically vulnerable, those belonging to religious or ethnic minorities, LGBTI, people with disabilities, foreign nationals, indigenous peoples and other marginalised members of society. «*

- **Umgang mit Fehlern bei Gerichtsverfahren.** Menschen machen Fehler, auch im Justizsystem. Wenn ein Mensch zum Tode verurteilt und hingerichtet werde und sich im Nachhinein herausstelle, dass dem Gericht ein Fehler unterlaufen sei, wäre dieser Fehler nicht wiedergutzumachen:

  » Moreover, there is no such thing as an infallible mistake-proof judiciary. Legal systems are made of people – and it is human to make mistakes. But when a miscarriage of justice results in the killing of a person, the State itself violates the fundamental right to life. «

- **Statistiken zu Todesstrafen erheben.** Staaten, die die Todesstrafe anwenden, sollten auch Studien und Statistiken veröffentlichen, bspw. über die Anzahl der vollstreckten Urteile, um eine informierte Diskussion zu ermöglichen:

  » Studies and statistics regarding the use of capital punishment in retentionist States should be publicly available in order to enable informed debates. «

- **Todesstrafe höchstens bei Mord.** Der internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte sehe vor, dass Staaten, die die Todesstrafe noch nicht abgeschafft haben, diese höchstens für Mord verhängen dürfen:

  » And it is worth reiterating that article 6 of the International Covenant on Civil and Political Rights sets out specific safeguards so that it is only applied for the most serious crimes -- which must be read restrictively and relate only to crimes of extreme gravity involving intentional killing. There are also safeguards protecting the rights of those facing the death penalty applicable in countries where the International Covenant has not yet been ratified. «

[1] **ohchr.org**, 2021: https://www.ohchr.org/SP/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26778&LangID=E

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

UN-Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR)

Position: **Todesstrafe**

UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR)[1]

Statement by United Nations High Commissioner for Human Rights, Michelle Bachelet.

- **Fortschritte beim Verbot der Todesstrafe.** Sowohl Argumente als auch die wissenschaftlichen Hinweise würden für ein Verbot der Todesstrafe weltweit sprechen. Diese Strafe habe keinen Platz im 21. Jahrhundert. Trotz der noch bestehenden Probleme in diesem Bereich sei es doch erfreulich, dass der Trend dahin gehe, dass immer mehr Staaten die Todesstrafe verbieten. Mehr als die Hälfte der Staaten, mit unterschiedlichsten Kulturen, Religionen und Traditionen hätten dies bereits getan. Zuletzt hätten Kasachstan und der Tschad die Todesstrafe abgeschafft oder Schritte in diese Richtung unternommen, was ausdrücklich zu begrüßen sei:

  » Both the evidence and the policy arguments support our opposition to the death penalty everywhere and in all circumstances. As the Secretary-General said, this punishment "has no place in the 21st century". Despite still having causes for concern, I am deeply encouraged by the international trend towards abolition. In this regard, I commend Kazakhstan for the signing of a law ratifying the Second Optional Protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights, aiming at the abolition of the death penalty. I look forward to the formal submission of a ratification instrument to the United Nations and I encourage Kazakhstan to amend its national legislation to be in full compliance with the Protocol, including through Constitutional amendments. I encourage the Government of Chad to ratify the second Optional Protocol, following the abolition of the death penalty in national law last May. […] Worldwide, the vast majority of States, with a variety of legal systems, traditions, cultures and religions, have either abolished the death penalty in law, or do not carry out executions in practice. «

- **Recht auf Leben als Fundament.** Die Todesstrafe untergrabe die Menschenwürde und verwehre das grundlegendste Menschenrecht, das Recht auf Leben. Danke an alle Staaten, die Anstrengungen unternehmen, um dieses fundamentalste Menschenrecht zu gewährleisten, von dem alle anderen Rechte abhängen:

  » The death penalty undermines human dignity and denies our most basic right, the right to life. I congratulate all States that have either abolished or taken steps away from the death penalty. I encourage you to share your experiences and encourage others to consider the movement in this same direction. Thank you for work to uphold this most fundamental of rights, upon which all others depend. «

[1] **ohchr.org**, 2021: https://www.ohchr.org/SP/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26778&LangID=E

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Lesesaal der Universität Oxford, Großbritannien** | unsplash / *Ben Seymour* | Lizenz: unsplash
Logo: **Universität Oxford** | Wikimedia / *ChevronTango* | Lizenz: CC0 1.0

Universität Oxford

Rollenprofil | grundlegende Infos

Universität Oxford

Allgemeine Informationen

Wikipedia[1]
Universität Oxford

*» Die University of Oxford ist **eine der ältesten und renommiertesten Universitäten der Welt.** Sie ist die älteste Universität der englischsprachigen Welt und existiert nachweislich seit dem 12. Jahrhundert. […] Oxford hat eine stattliche Anzahl von bemerkenswerten Alumni hervorgebracht, darunter 28 Premierminister des Vereinigten Königreichs und zahlreiche internationale Staats- und Regierungschefs. Bis November 2019 haben 55 Nobelpreisträger, 3 Fields-Medaillengewinner und 6 Turing-Preisträger an der Universität studiert oder gearbeitet. […]*

***Motto**: Dominus Illuminatio Mea (Deutsch: Der Herr ist mein Licht) «*

Universität Oxford[2]
Forschungsgruppe Todesstrafe

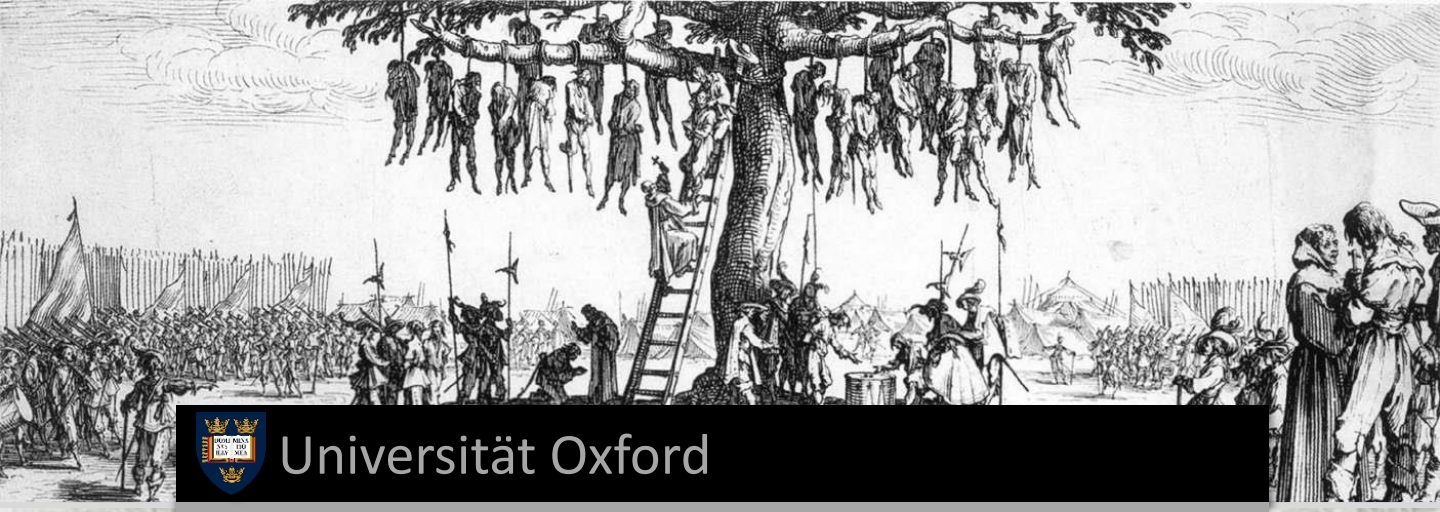
» Die Forschungsgruppe Todesstrafe [DPRU – Death Penalty Research Unit] *verfolgt als Hauptziel* [unter anderem]*: weltweit empirische, theoretische und politikrelevante **Forschung zur Todesstrafe** zu entwickeln;* […] *Die Forschungsgruppe wird von Professor Carolyn Hoyle geleitet.*

*Unser Ziel ist es, die **Gründe für die Todesstrafe zu verstehen**, wie sie in der Praxis angewendet wird und ihre vielfältige Anwendung und Auswirkungen auf die Gesellschaften.*

*Diese Arbeit zielt nicht nur darauf ab, über das Gesetz und die Praxis der Todesstrafe weltweit aufzuklären, sondern sie in Frage zu stellen, mit dem ausdrücklichen **Ziel der Abschaffung** oder, falls dies nicht gelingt, fortschreitender Beschränkung.* […] *«*

S. 236

[1] **Wikipedia – Universität Oxford**: https://de.wikipedia.org/wiki/University_of_Oxford [09.09.2021]
[2] **Universität Oxford**: https://www.law.ox.ac.uk/research-and-subject-groups/death-penalty-research-unit [09.09.2021]
Abbildung: **Abschlussklasse an der Universität Oxford, Großbritannien** | wikimedia / *Ninara* | Lizenz: CC BY 2.0
Abbildung: **England location map** | Wikimedia / *Palosirkka* | Lizenz: CC BY-SA 3.0



Universität Oxford

Position: **Todesstrafe**

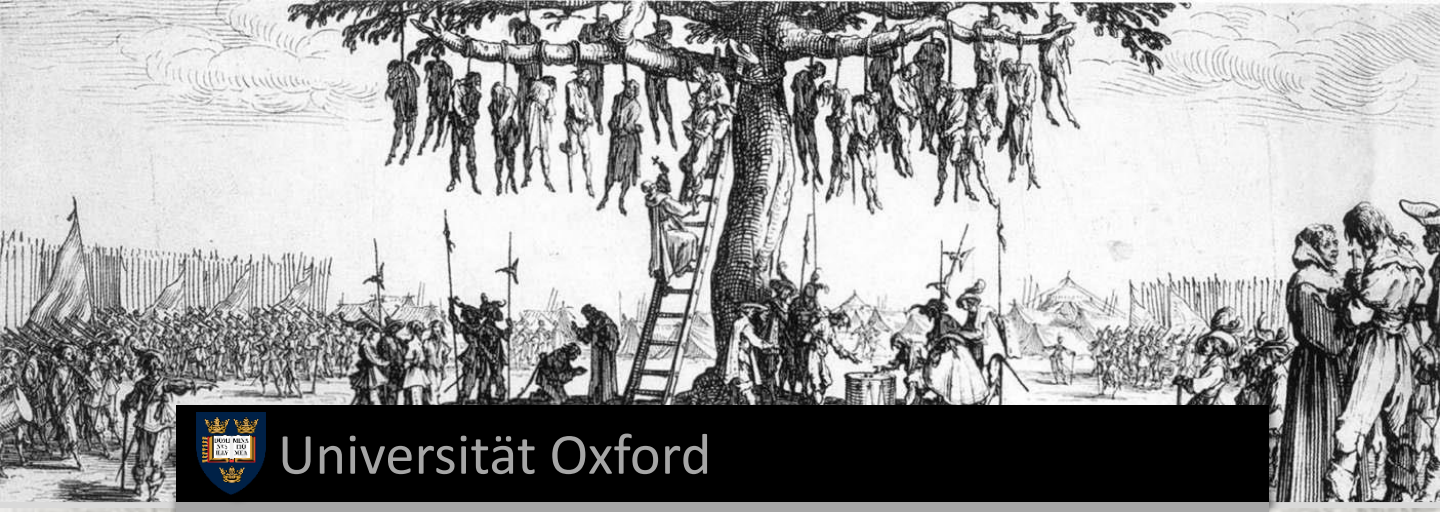
Statement von Carolyn Hoyle, (Universität Oxford) (2021)[1]

Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit der Todesstrafe

- **Todesstrafe verletze Menschenrechte.** Ein Argument von Gegnern der Todesstrafe sei, dass Länder zwar selbst auswählen können, welche Strafen sie für Verbrechen verhängen. Allerdings verletze die Todesstrafe die Menschenrechte, insbesondere wenn sie für andere Verbrechen als Mord verhängt werde.
- **Abschreckender Effekt überzeuge Bürger·innen.** Regierungen würden die Todesstrafe mit einem abschreckenden Effekt rechtfertigen. Für die Bevölkerung sei dieses Argument häufig überzeugend.
- **Risiko von Festnahmen schrecke ab, aber nicht die Todesstrafe.** Natürlich möchten alle, dass insbesondere schwere Verbrechen verringert werden. Wie das gelingen könne, darüber gebe es aber Uneinigkeit. Zwar habe sich gezeigt, dass es in der Tat einen abschreckenden Effekt hätte, wenn für Verbrecher das Risiko steigt, entdeckt und festgenommen zu werden. Es konnte aber nicht bewiesen werden, dass die Todesstrafe von Morden abschrecke.
- **Abschreckungstheorie gehe von sachlichem Abwägen aus.** Die Abschreckungstheorie gehe davon aus, dass mögliche Verbrecher·innen sachlich die Vor- und Nachteile eines Verbrechens abwägen. Und wenn die Nachteile überwiegen, weil bspw. die Todesstrafe drohe, würden diese Personen ihr Vorhaben überdenken und das Verbrechen nicht begehen. Dieser Ansatz nimmt an, dass mögliche Verbrecher·innen sich von Vernunft und Logik leiten lassen.
- **Menschenbild des vernünftigen Verbrechers sei unrealistisch.** Das angenommene Menschenbild in der Abschreckungstheorie sei unrealistisch. Einerseits würden ganz allgemein nur wenige Menschen alle Entscheidungen nach sachlichen und logischen Abwägungen treffen. Zudem kämen Straftäter·innen häufiger aus schwierigen Verhältnissen und hätten häufiger psychische Probleme. Dadurch falle es ihnen noch schwerer, sachliche Entscheidungen zu treffen.
- **Verbrechen meist in Stresssituationen.** Obendrein seien die Situationen, in denen es zu Straftaten kommt, häufig sehr stressig. Hier sei es noch schwieriger, sachliche Entscheidungen zu treffen und die Akteure seien noch stärker von starken Gefühlen gesteuert als von vernünftigem Abwägen.
- **Abschreckungstheorie nehme an, dass Verbrecher·innen Gesetze kennen.** Die Abschreckungstheorie gehe davon aus, dass Verbrecher·innen wissen, welche Strafen das Gesetz für welche Verbrechen vorsieht. Ob Verbrecher·innen dieses Wissen über Gesetze und vorgesehene Strafen haben, sei fraglich.

[1] **Statement von Carolyn Hoyle von der Forschungsgruppe Todesstrafe der Universität Oxford im UN-Menschenrechtsrat** (2021): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/OTH/OTH_1353_74_7bbc3fe3_7d89_49ad_a949_699269cee02a.docx [10.09.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Universität Oxford

Position: **Todesstrafe**

Statement von Carolyn Hoyle, (Universität Oxford) (2021)[1]

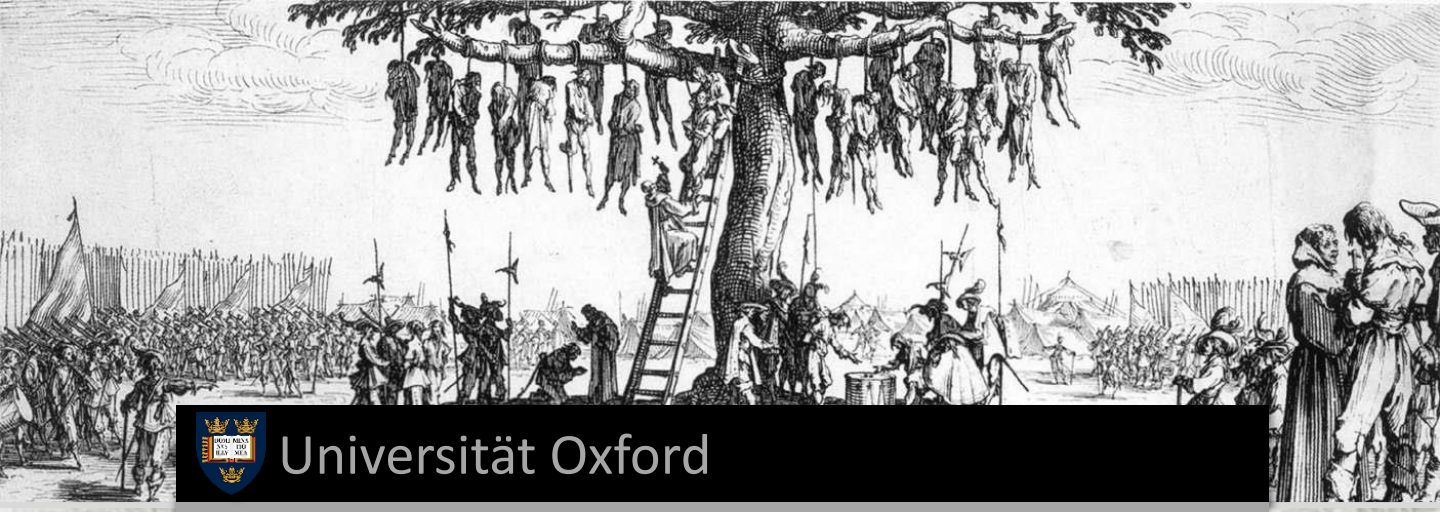
Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit der Todesstrafe

- **Abschreckung bei kleineren Vergehen nachweisbar, nicht bei Mord.** Die meisten Forschungsergebnisse gebe es für die USA und Europa. Hier habe sich gezeigt, dass es einen abschreckenden Effekt für kleinere Verbrechen gibt. Allerdings habe sich kein abschreckender Effekt für Mord nachweisen lassen, auch nicht durch die Todesstrafe.
- **Rückgang von Mordraten in allen US-Bundesstaaten.** Wenn man sich die Mordraten in den USA anschaue, so habe sich gezeigt, dass diese ganz allgemein in allen Bundesstaaten seit den 1990ern abnehmen, sowohl in Staaten mit, als auch ohne Todesstrafe.
- **Mordrate höher in US-Bundesstaaten mit Todesstrafe.** Erstaunlicherweise zeige sich, dass die Mordrate in US-Bundesstaaten mit Todesstrafe im Allgemeinen höher sei als in US-Bundesstaaten ohne die Todesstrafe.
- **Nach Abschaffung der Todesstrafe keine Erhöhung der Mordrate.** In US-Bundesstaaten, in denen die Todesstrafe in den letzten 20 Jahren abgeschafft wurde, konnte keine Erhöhung der Mordrate beobachtet werden.
- **Sinkende Mordrate nach Abschaffung der Todesstrafe.** Wenn die Todesstrafe vor Morden abschrecke, sollte eine Abschaffung der Todesstrafe dazu führen, dass die Mordrate in dem betreffenden Land wieder steige, weil ja die Abschreckung durch die Todesstrafe nicht mehr gegeben sei. Stattdessen sinke die Mordrate in der Mehrzahl der Staaten, die die Todesstrafe abgeschafft oder ausgesetzt haben, wie beispielsweise Australien, Kanada, in Osteuropa oder Südafrika.
- **Singapur vs. Hongkong.** Eine Vergleichsstudie habe die Mordraten in den südostasiatischen Stadtstaaten Singapur und Hongkong verglichen. Hongkong habe die Todesstrafe vor 30 Jahren abgeschafft, Singapur habe sie beibehalten. Es sei kein Unterschied zwischen den Mordraten in Singapur und Hongkong und damit kein abschreckender Effekt der Todesstrafe erkennbar.
- **Todesstrafe nicht abschreckender als Gefängnis.** Es gebe keinen Hinweis darauf, dass die Todesstrafe stärker abschrecke als eine lebenslange Gefängnisstrafe.

S. 238

[1] **Statement von Carolyn Hoyle von der Forschungsgruppe Todesstrafe der Universität Oxford im UN-Menschenrechtsrat** (2021): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/OTH/OTH_1353_74_7bbc3fe3_7d89_49ad_a949_699269cee02a.docx [10.09.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Universität Oxford

Position: **Todesstrafe**

Statement von Carolyn Hoyle, (Universität Oxford) (2021)[1]

Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit der Todesstrafe

- **Statistiken würden teilweise geheim gehalten.** Manche Ländern wie China und Vietnam würden keine Statistiken zu Todesurteilen und Hinrichtungen veröffentlichen.
- **Drogenkriminalität und Todesstrafe.** Abschreckung sei das zentrale Argument für den Einsatz der Todesstrafe bei Drogendelikten. Weltweit seien mehr als 3.000 Menschen wegen Drogenkriminalität zum Tode verurteilt (wahrscheinlich noch deutlich mehr, wenn man die Zahlen aus China oder Vietnam kennen würde).
- **Todesstrafe bei Drogendelikten reduziere Drogenkriminalität nicht.** Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung UNODC habe gezeigt, dass in Ländern, in denen die Todesstrafe für Drogendelikte eingeführt wurde, die Menge der produzierten und verkauften Drogen trotzdem zugenommen habe, insbesondere in Südostasien und dem Iran.
- **Auch in Drogenkriminalität seien Entscheidungen nicht rational.** Auch bei der Drogenkriminalität gehe die Abschreckungstheorie davon aus, dass Menschen, die Drogendelikte begehen, vernünftig handeln sowie Vor- und Nachteile sachlich abwägen. Die Forschung habe aber gezeigt, dass diese Personengruppe oft aus benachteiligten Teilen der Gesellschaft stamme oder zu Drogendelikten gezwungen werde. Diese Personen seien oft nicht in der Lage, vernünftige und sachliche Entscheidungen zu treffen.
- **Todesstrafe sei Menschenrechtsverletzung, selbst wenn sie abschreckend wäre.** Selbst wenn die Wissenschaft herausfinden würde, dass die Todesstrafe von manchen Verbrechen abschrecke, so wäre sie immer noch eine Verletzung des Menschenrechts auf Leben der Täter·innen und deshalb abzulehnen.
- **Todesstrafe werde diskriminierend angewandt.** In allen Justizsystemen gebe es in der Rechtsprechung ein gewisses Maß an Willkür. Die Forschung habe gezeigt, dass es in allen Ländern, die die Todesstrafe anwenden, eine gewisse Diskriminierung gebe und Menschen eines bestimmten Geschlechts, einer Hautfarbe oder Ethnie vor Gericht anders behandelt würden. Insbesondere Menschen mit psychischen Problemen oder von Armut betroffene seien weniger dazu in der Lage, sich vor Gericht zu verteidigen, entlastende Beweise vorzulegen oder die Möglichkeiten des Justizsystems auszuschöpfen. Diese Personengruppe könne dann eher von Justizirrtümern gefährdet sein oder die Todesstrafe erhalten, während jemand anderes für die gleiche Straftat nur eine Gefängnisstrafe erhält.

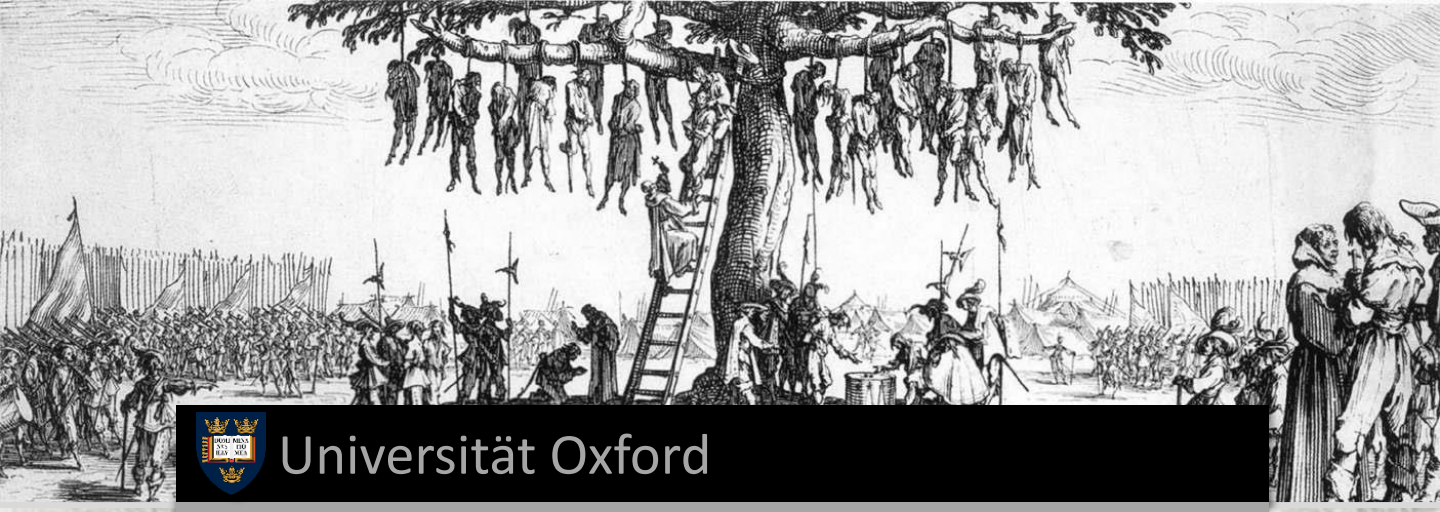
[1] **Statement von Carolyn Hoyle von der Forschungsgruppe Todesstrafe der Universität Oxford im UN-Menschenrechtsrat** (2021): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/OTH/OTH_1353_74_7bbc3fe3_7d89_49ad_a949_699269cee02a.docx [10.09.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0

Abbildung: **Lesesaal der Universität Oxford, Großbritannien** | unsplash / *Ben Seymour* | Lizenz: unsplash
Logo: **Universität Oxford** | Wikimedia / *ChevronTango* | Lizenz: CC0 1.0

Universität Oxford

Rollenprofil | vertiefende Infos



Universität Oxford

Position: **Todesstrafe**

Statement von Carolyn Hoyle, (Universität Oxford) (2021)[1]

Human rights violations related to the use of the death penalty

» Hello, I'm Professor Carolyn Hoyle, from the University of Oxford, and I've been asked to speak about deterrence.

In recent decades, those who advocate abolition and restriction of the death penalty have argued that while states have the sovereign right to administer punishments of their choosing, the death penalty violates human rights norms, especially for crimes other than murder.

However, governments often justify retention of capital punishment by asserting that it is an effective deterrent. Research by the legal action charity, The Death Penalty Project suggests that citizens believe this.

Judges, politicians, criminologists and the public generally agree they'd like to see reductions in serious crime. But how to reduce serious crime? Here, there is much disagreement.

Criminologists should be best placed to answer this question, but we've struggled. However, we can say with some confidence that the answers aren't readily found in the criminal justice or penal system.

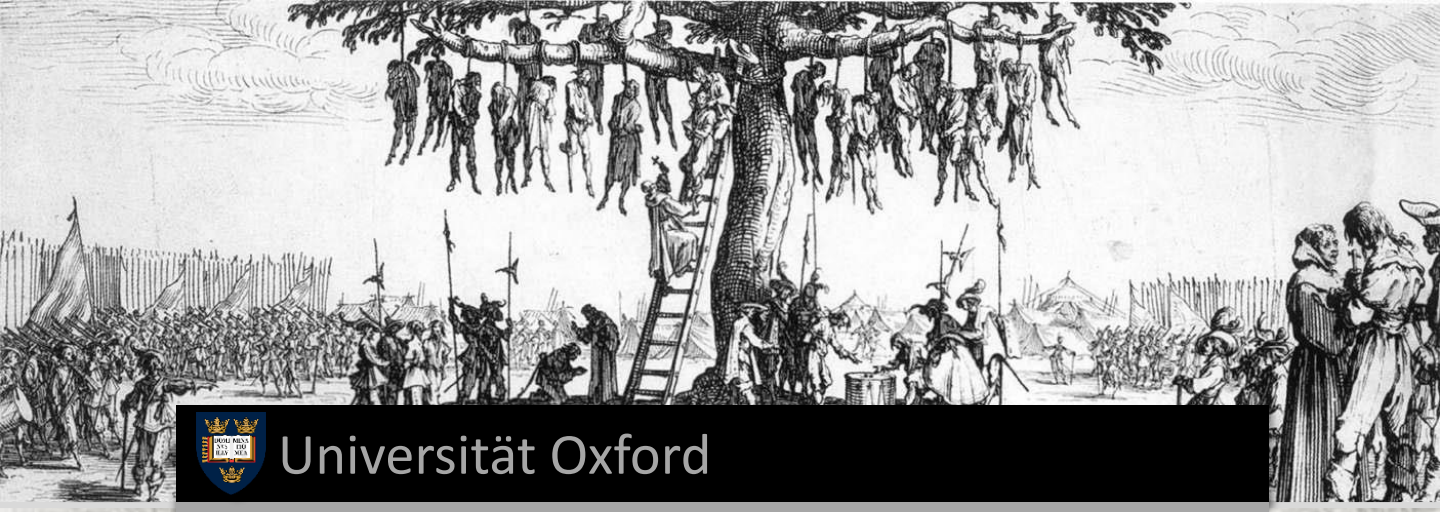
Criminologists have adopted various methods to investigate deterrence, but while some studies have detected deterrent effects from the risk of detection and arrest by law enforcement, they have been unable to demonstrate deterrent effects from the severity of punishments. They haven't been able to establish that the death penalty deters murder.

I'm talking here about 'general deterrence' – the claim that crimes are less likely when the costs of punishment are greater than the perceived benefits. This assumes the criminal is a rational actor, capable of weighing up the benefits of a criminal act with the risk of getting caught and eventual punishment - in this case, possible execution. The idea is that offences will decrease as the probability of detection and the severity of punishment increase.

Deterrence theory requires, in other words, both knowledge of the law and likely punishments, and a remarkable ability to weigh up pros and cons in what might be a high-stress situation, where reasoned deliberations are difficult. «

[1] **Statement von Carolyn Hoyle von der Forschungsgruppe Todesstrafe der Universität Oxford im UN-Menschenrechtsrat** (2021): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/OTH/OTH_1353_74_7bbc3fe3_7d89_49ad_a949_699269cee02a.docx [10.09.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Universität Oxford

Position: **Todesstrafe**

Statement von Carolyn Hoyle, (Universität Oxford) (2021)[1]

Human rights violations related to the use of the death penalty

» Few of us are entirely rational in all our decisions and those sentenced to death are mostly from disadvantaged, marginalised communities, often with poor mental health. Such people may struggle to make reasoned decisions when anxious.

So what is the evidence from the range of scientific studies on deterrence and the death penalty?

Most empirical work has been done in the US, where studies have compared states that use the death penalty with similar states that don't.

Analysis of hundreds of deterrence studies in the US and Europe has found that while deterrent effects can be found in relation to minor crimes, there were no such effects on murder for any punishment, including execution. And a review of the five decades of research evidence on deterrence, for the American National Research Council, concluded that the belief in deterrence is unreliable and in many studies wrong.

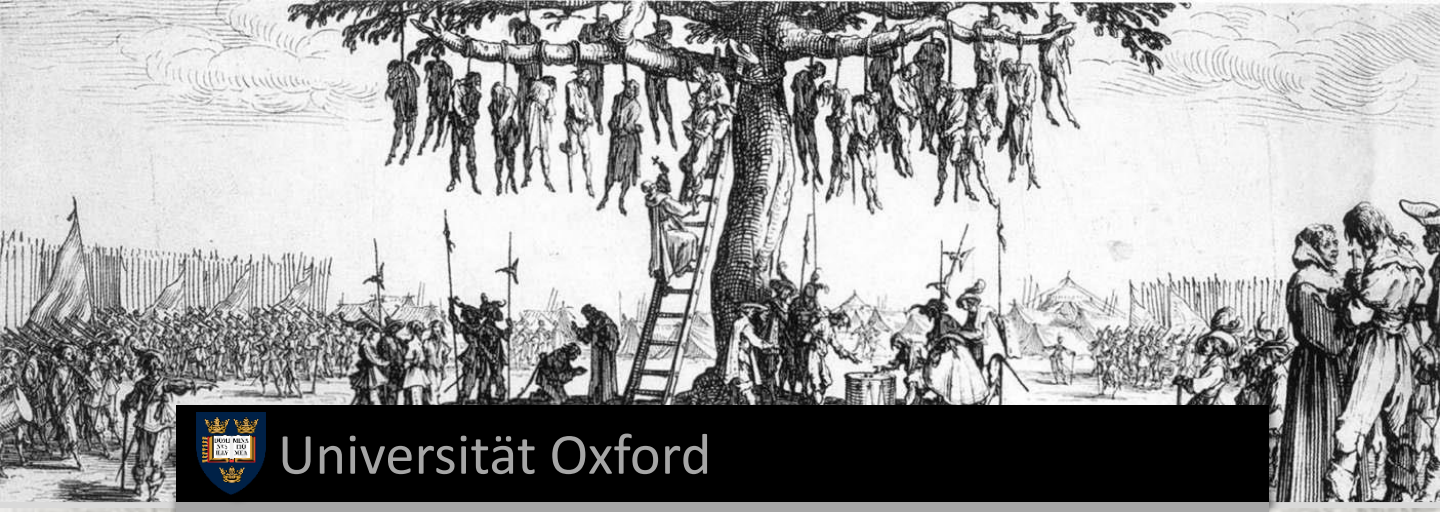
Furthermore, homicide rates have been declining since the early 1990s across all American states, both retentionist and abolitionist. States that abolished in the last two decades didn't see increasing murder rates and nor did those that kept the death penalty. Moreover, over the last 20 years, homicide rates in states with the death penalty have been higher than in states without it.

Some research has sought to establish if a moratorium or abolition appear to produce a rise in the rate of murder, or whether the introduction of the death penalty reduces the rate of murder. Of course, murder rates are affected by many factors beyond the criminal justice process. But, if the death penalty has a deterrent effect we would not expect a fall in murder rates following abolition. And yet the murder rate fell in various countries following abolition, including Australia, Canada and across eastern Europe. South Africa still has a high murder rate, but it's lower than it was before abolition.

A study comparing murder rates in Singapore, which uses the death penalty for murder, with Hong Kong, which has abolished, shows no difference since executions ended in Hong Kong 30 years ago. «

[1] **Statement von Carolyn Hoyle von der Forschungsgruppe Todesstrafe der Universität Oxford im UN-Menschenrechtsrat** (2021): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/OTH/OTH_1353_74_7bbc3fe3_7d89_49ad_a949_699269cee02a.docx [10.09.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Universität Oxford

Position: **Todesstrafe**

Statement von Carolyn Hoyle, (Universität Oxford) (2021)[1]

Human rights violations related to the use of the death penalty

» There's simply no evidence that the death penalty deters murder to a greater extent than the threat of life imprisonment.

Meanwhile, around the world, there are more that 3,000 people under sentence of death for drug offences (very many more if we include China and Vietnam, where data are impossible to verify). Criminologists don't yet know if the death penalty does deter drug crimes. Nevertheless, deterrence is the key argument used in favour of the death penalty for drug offences in Asia.

So does it? I've just started research with The Death Penalty Project to answer this question in Indonesia. It's not easy. Murder is measured consistently and rigorously in most countries, but the difficulties of measuring drug trafficking and use, and their sensitivity to the risks of capital punishment, complicate the research design.

Popular belief in the deterrent effect of the death penalty for drug offenders assumes they could be the most rational actors, because this is a crime with clear costs and benefits. But data on drug trafficking suggest that the death penalty does not deter.

Indeed, Harm Reduction International and UNODC data show that even as several countries have introduced the death penalty for drug offences, the drug market has flourished, with higher levels of drug production and trafficking than ever, particularly in Southeast Asia and Iran.

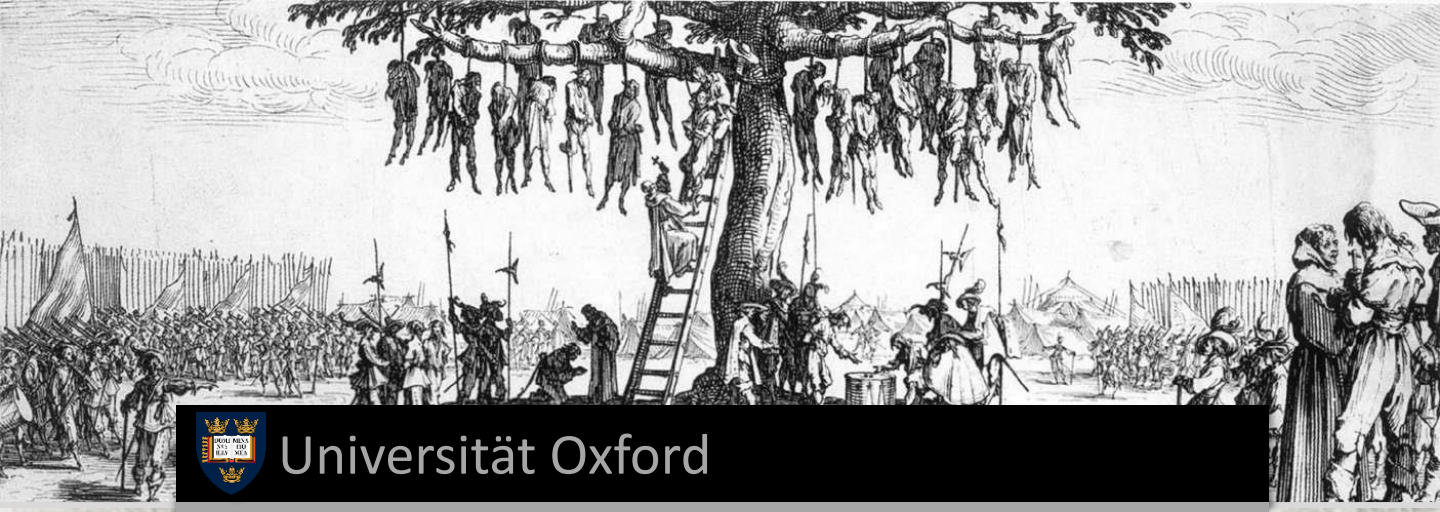
This won't surprise those who've conducted research on drug offenders. Many are vulnerable and disadvantaged, coerced by powerful manipulators. They typically aren't able to make rational choices.

So, to conclude: Does it matter that we have not yet proven that criminals are not deterred by the death penalty? For a criminologist, it's an interesting methodological challenge.

But should it matter? Even if social science could demonstrate that some serious crimes were deterred by the threat of execution, would that be sufficient justification for retention? I'd say not. Because either way, the death penalty is an affront to human rights. «

[1] **Statement von Carolyn Hoyle von der Forschungsgruppe Todesstrafe der Universität Oxford im UN-Menschenrechtsrat** (2021): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/OTH/OTH_1353_74_7bbc3fe3_7d89_49ad_a949_699269cee02a.docx [10.09.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0



Universität Oxford

Position: **Todesstrafe**

Statement von Carolyn Hoyle, (Universität Oxford) (2021)[1]

Human rights violations related to the use of the death penalty

» Arbitrariness is endemic in capital punishment systems and will always be. Race, gender and caste are clearly correlated with legal decision making in all retentionist countries. Research has also found that mental health and disability often intersect with poverty and class to create acute vulnerabilities in the criminal process, which limit defendants' abilities to defend themselves and to present mitigating evidence at trial or appeal.

In my view, the research strongly indicates that arbitrariness is inherent in all criminal justice systems through which the death penalty continues to be imposed. Indeed, it is highly unlikely that any system could guarantee the absence of arbitrariness.

If the death penalty were to obtain its maximal deterrent effect, it would need to be mandatory and swift across most categories of serious crime. And that would only increase arbitrariness and produce many wrongful convictions.

So my one sentence conclusion is: deterrence arguments should never be allowed to influence penal policy. «

S. 244

[1] **Statement von Carolyn Hoyle von der Forschungsgruppe Todesstrafe der Universität Oxford im UN-Menschenrechtsrat** (2021): https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/OTH/OTH_1353_74_7bbc3fe3_7d89_49ad_a949_699269cee02a.docx [10.09.2021]

Abbildung: „Der Galgenbaum": Die Abbildung zeigt die Exekution von Dieben […] | 1632 | Wikipedia / Jacques Callot | Lizenz: CC0